



HESSISCHER LANDTAG

06. 02. 2019

3. Sitzung

Wiesbaden, den 6. Februar 2019

Amtliche Mitteilungen	87	4. Erste Lesung	
<i>Entgegengenommen</i>	87	Gesetzentwurf	
Präsident Boris Rhein	87	Landesregierung	
Vizepräsident Frank Lortz	112	Gesetz zu dem Zweiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag	
		– Drucks. 20/43 –	150
2. Regierungserklärung		<i>Nach erster Lesung dem Hauptausschuss überwiesen</i>	155
Hessischer Ministerpräsident		Minister Axel Wintermeyer	150
Aufbruch im Wandel – damit Hessen auch in Zukunft stark, sicher und lebenswert bleibt	87	Astrid Wallmann	151
<i>Entgegengenommen und besprochen</i>	148	Arno Enners	151
Ministerpräsident Volker Bouffier	87	Jürgen Frömmrich	152
Thorsten Schäfer-Gümbel	97	Angelika Löber	153
Mathias Wagner (Taunus)	105	Dr. Ulrich Wilken	154
Robert Lambrou	112	René Rock	155
Klaus Herrmann	117		
Volker Richter	119	Dringlicher Antrag	
Dr. Frank Grobe	120	Fraktion der SPD, Fraktion der Freien Demokraten	
René Rock	122	Zahl der Mitglieder in der Parlamentarischen Kontrollkommission zur Kontrolle des Verfassungsschutzes in Hessen	
Janine Wissler	131	– Drucks. 20/120 –	155
Michael Boddenberg	138	<i>Dringlichkeit verneint</i>	158
		Holger Bellino	155
Dringlicher Antrag		Thorsten Schäfer-Gümbel	155
Fraktion der AfD		René Rock	156, 157
Parlamentarische Kontrollkommission Verfassungsschutz		Mathias Wagner (Taunus)	156
– Drucks. 20/119 –	148	Michael Boddenberg	157
<i>Dringlichkeit verneint</i>	150	Dr. Frank Grobe	157
Holger Bellino	148		
Dr. Frank Grobe	148	10. Antrag	
Günter Rudolph	148	Fraktion der SPD, Fraktion der Freien Demokraten, Fraktion DIE LINKE	
Jürgen Frömmrich	149	Livestream der Plenarsitzungen des Hessischen Landtags	
Jürgen Lenders	149	– Drucks. 20/63 –	158
Hermann Schaus	150	<i>Dem Ältestenrat überwiesen</i>	163

26. Dringlicher Entschließungsantrag	
Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Übertragungen der Sitzungen des Hessischen Landtags	
– Drucks. 20/118 –	158
<i>Dem Ältestenrat überwiesen</i>	163
Vizepräsidentin Karin Müller	148
Dr. Ulrich Wilken	158
Felix Martin	159
Holger Bellino	159
Klaus Gagel	160, 163
Günter Rudolph	161
Jürgen Lenders	162
Hermann Schaus	163
11. Antrag	
Fraktion der SPD	
Öffentlichkeitsbeteiligung bei Rückzug des Landes aus Holzvermarktung in Kommunal- und Privatwald – Fristverlängerung bis 31.12.2020	
– Drucks. 20/65 –	163
<i>Dem Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen</i>	168

25. Dringlicher Antrag	
Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Schaffung von guten Rahmenbedingungen für eine zukunftssichere Holzvermarktung in Hessen	
– Drucks. 20/117 –	164
<i>Dem Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen</i>	168
Vizepräsidentin Karin Müller	148
Heinz Lotz	164
Frank Diefenbach	164
Claudia Papst-Dippel	165
Markus Meysner	166
Wiebke Knell	167
Ministerin Priska Hinz	168

Im Präsidium:

Präsident Boris Rhein
 Vizepräsident Frank Lortz
 Vizepräsidentin Karin Müller
 Vizepräsidentin Heike Hofmann
 Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Volker Bouffier
 Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen Tarek Al-Wazir
 Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer
 Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund Lucia Puttrich
 Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung Prof. Dr. Kristina Sinemus
 Minister des Innern und für Sport Peter Beuth
 Ministerin der Justiz Eva Kühne-Hörmann
 Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz
 Ministerin für Wissenschaft und Kunst Angela Dorn
 Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Priska Hinz
 Minister für Soziales und Integration Kai Klose
 Staatssekretär Michael Bußer
 Staatssekretär Patrick Burghardt
 Staatssekretär Dr. Philipp Peter Nimmermann
 Staatssekretär Jens Deutschendorf
 Staatssekretär Dr. Stefan Heck
 Staatssekretär Dr. Martin J. Worms
 Staatssekretär Dr. Manuel Lösel
 Staatssekretärin Ayse Asar
 Staatssekretärin Dr. Beatrix Tappeser
 Staatssekretärin Anne Janz

Abwesende Abgeordnete:

Dr. Thomas Schäfer

(Beginn: 9:03 Uhr)

Präsident Boris Rhein:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 3. Plenarsitzung des Hessischen Landtags in seiner 20. Wahlperiode. Ich darf Sie alle wohlbehalten und hoffentlich guter Dinge begrüßen.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit fest.

Weiterhin stelle ich fest, dass die Punkte 1, 3, 5, 6, 12, 22 und 23 bereits erledigt sind.

Zum Ablauf der Sitzung will ich Ihnen gerne mitteilen, dass wir heute vereinbarungsgemäß bis 18 Uhr tagen, und zwar ohne Mittagspause. Wir beginnen mit Tagesordnungspunkt 2. Dann folgt Tagesordnungspunkt 4.

Entschuldigt fehlt heute Herr Staatsminister Dr. Thomas Schäfer, und zwar ganztäglich.

Heute Abend findet im Anschluss an die Plenarsitzung eine Sitzung des Ältestenrats statt im Sitzungsraum 501 A. Im Anschluss daran kommt der Innenausschuss zusammen, ebenfalls im Sitzungsraum 501 A.

Damit kommen wir zu **Tagesordnungspunkt 2:**

Regierungserklärung

Hessischer Ministerpräsident

Aufbruch im Wandel – damit Hessen auch in Zukunft stark, sicher und lebenswert bleibt

Die vereinbarte Redezeit beträgt 60 Minuten. Lieber Herr Ministerpräsident, ich darf Ihnen das Wort erteilen.

Volker Bouffier, Ministerpräsident:

Verehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In der vergangenen Wahlperiode hatten wir unseren Koalitionsvertrag überschrieben mit „Verlässlich gestalten – Perspektiven eröffnen“. Heute können wir mit Recht sagen: Das ist gelungen, und die Wählerinnen und Wähler haben die erfolgreiche Arbeit dieser Koalition bestätigt.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darauf bauen wir auf. Mit einem neuen Regierungsprogramm unter der Überschrift „Aufbruch im Wandel durch Haltung, Orientierung und Zusammenhalt“ wollen wir uns den neuen Herausforderungen stellen. Wir wollen in diesen Zeiten des Wandels Orientierung geben und Haltung zeigen. Unsere Agenda ist eine Agenda des Aufbruchs und des Handelns. Dabei laufen wir nicht dem Zeitgeist hinterher, sondern wir wollen die neue Zeit gestalten – verantwortungsbewusst, verlässlich und lösungsorientiert.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es muss darum gehen, die richtigen Weichenstellungen und Rahmensetzungen zu treffen, und zwar nicht nur für die nächsten fünf Jahre. Der langjährige britische Premierminister William Gladstone hat den berühmten Satz gesagt, den Sie auch alle kennen:

Der Politiker denkt an die nächsten Wahlen, der Staatsmann an die nächste Generation.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies ist auch heute noch ein guter Ratschlag, dem wir uns nach meiner Überzeugung alle anschließen sollten.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Menschen wollen wissen, wie sie morgen leben werden. Ich möchte Ihnen heute unsere Antworten vorstellen auf die großen Herausforderungen, denen wir uns gegenübersehen. Ich will dies entlang von vier Leitbildern tun.

Wir wollen erstens Hessen als Land der Innovationskraft, der Bildung, der Wirtschaftsstärke und der Digitalisierung gestalten und die Chancen des Fortschritts für die Menschen verantwortlich nutzen.

Wir wollen zweitens ein sicheres, handlungsfähiges und weltoffenes Hessen; denn nur ein starker Rechtsstaat, eine funktionierende Demokratie und ein zukunftsfähiges Europa sichern ein gutes Zusammenleben.

Wir möchten drittens Hessen als lebenswerte Heimat für alle Generationen gestalten, in der Stadt und Land Zukunft haben, der Zusammenhalt zählt und die Integration gelingt.

Wir wollen viertens ein nachhaltiges Hessen mit dem Schutz von Natur, Umwelt und Klima, um die Schöpfung und unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Voraussetzungen für unsere Zukunft sind mehr als gut. Wir sind ein starkes Bundesland mit einer boomenden Wirtschaft, einem starken Dienstleistungssektor, einer exportkräftigen Industrie und einer ausgeprägten Weltoffenheit. Mit rund 3,5 Millionen Erwerbstätigen haben wir den höchsten Beschäftigungsstand aller Zeiten. Auch nicht ganz unwichtig: In Hessen werden bundesweit die höchsten Gehälter gezahlt.

Meine Damen und Herren, wir können stolz sein auf unser vielfältiges Bildungs- und Hochschulangebot. Es sichert den Ideenreichtum und die Fachkräfte von morgen. Vielleicht zur Erinnerung: Unsere Investitionen in Bildung haben 2018 einen historischen Höchststand erreicht mit fast 4 Milliarden €. Kein Flächenland in Deutschland gibt pro Einwohner mehr aus als Hessen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser Land zeichnet sich aus durch ein hohes Maß an bürgerschaftlichem Engagement, an kultureller Vielfalt und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Wir haben ein soziales Netz, das Unterstützung in Notlagen bietet und Selbsthilfe stärkt. Wir sind in bestem Sinn in guter Verfassung: mit einem starken Rechts- und Sozialstaat, mit einer lebendigen Demokratie, mit lebenswerten und leistungsfähigen Kommunen. Meine Damen und Herren, auf all diese Stärken können wir aufbauen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trotzdem ist es paradox. Wir erleben einerseits einen nie gekannten Wohlstand und Wirtschaftsboom in Deutschland. Unser Land ist zu einem Sehnsuchtsort geworden für viele Menschen aus der ganzen Welt. Andererseits zeigen Umfragen eine wachsende Zukunftsangst in lange nicht gekanntem Ausmaß. Nur noch 17 % der Deutschen sehen nach einer jüngsten IPSOS-Umfrage dem Jahr 2019 mit großer Zuversicht und Optimismus entgegen. 2014 waren dies immerhin noch 45 % der Befragten.

Der Hamburger Zukunftsforscher Horst Opaschowski beschreibt das Gefühl der breiten Mittelschicht mit dem sogenannten Paternoster-Prinzip:

Sie fährt mit dem Paternoster nach oben, ist sich aber sicher, dass es auch wieder abwärts geht, sobald man oben angekommen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Ziel ist klar: Wir müssen alles dafür tun, dass wir erstens oben ankommen und zweitens auch oben bleiben.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hinter diesen Verlustängsten stehen natürlich auch berechnete Fragen: Wie sichern wir unseren Wohlstand in einer Weltwirtschaftsordnung, in der eine „Wir zuerst“-Mentalität immer stärker dominiert? Wie halten wir den Klimawandel auf und erhalten unsere natürlichen Lebensgrundlagen? Wie gelingt Integration, und wo liegen die Grenzen des Leistbaren? Wie schützen wir uns vor dem internationalen Terrorismus und erhalten unsere freiheitliche Lebensweise? Auch nicht unwichtig: Was ist richtig, was ist falsch in Zeiten populistischer Lautsprecher oder von Fake News?

Diese Fragen spiegeln die Suche nach Orientierung wider. Sie richten sich natürlich insbesondere an diejenigen, die politisch handeln.

Dies gilt umso mehr angesichts der digitalen Revolution, die wir erleben. Wir befinden uns mitten in einem epochalen Wandel, der unser Land und die Welt nicht minder grundlegend verändert, als es die industrielle Revolution im 19. Jahrhundert tat.

Meine Damen und Herren, die Digitalisierung erfasst nahezu alle Wirtschafts- und Lebensbereiche und setzt die Gesellschaft, die Unternehmen, die Volkswirtschaften und die einzelnen Menschen unter einen enormen Änderungsdruck. Sie bietet aber auch große Chancen für den Erfolg unseres Landes. Deshalb ist eines unserer zentralen Leitbilder, Hessen als Land der Digitalisierung in die Zukunft zu führen und dabei unsere Stärken im Bereich der Innovation, der Bildung und der Wirtschaft weiterzuentwickeln.

Unsere Strategie Digitales Hessen wollen wir fortentwickeln und in vielen Bereichen neue Impulse setzen. Ich erinnere daran: Durch den Mobilfunkpakt wollen wir endlich die letzten Funklöcher schließen. Ebenso wollen wir auch unversorgte Regionen vollständig mit Breitband abdecken. Hessen finanziert allein mit einem Fördervolumen von 50 Millionen € die Mobilfunkmasten, an deren Bau kein Netzbetreiber herangehen will.

Mit der Gigabit-Strategie gehen wir schon jetzt weiter, in die 5G-Technologie mit einem Glasfasernetz für Hochleistungsgeschwindigkeiten, die insbesondere Schulen, Krankenhäusern und Gewerbegebieten zugutekommen soll.

Wir bündeln jetzt diese Maßnahmen auf allen Politikfeldern bei einer neuen Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung. Es geht hier nicht nur um ein neues Türschild, sondern um eine bundesweit einzigartige Einrichtung, mit der wir Hessen weiter voran in die digitale Zukunft führen. Die neue Ministerin übernimmt konkrete Aufgabenfelder von drei Ressorts, die gesamte strategische Ausrichtung und Koordination unserer Digitaloffensive, und sie vertritt Hessen auf diesem Feld gegenüber dem Bund und international.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Prof. Sinemus ist eine herausragende Besetzung für die Leitung dieser neuen Einrichtung. Es freut mich wirk-

lich sehr, dass dies positiv gewürdigt wurde – sogar von der Opposition hier im Haus.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen eine Digitalisierung, die vom Nutzen für die Menschen her gedacht und für die Menschen gemacht wird. Das fängt bei der Versorgung mit schnellem Internet und leistungsstarkem Mobilfunk an. Es reicht über die Stärkung unserer Schulen, Hochschulen und Unternehmen für die digitale Welt bis hin zu einer öffentlichen Verwaltung, die für die Bürgerinnen und Bürger auch online erreichbar ist. Wir werden dafür im Rahmen einer Digitalisierungsoffensive in dieser Legislaturperiode insgesamt 1 Milliarde € zur Verfügung stellen. Meine Damen und Herren, das erfordert eine große Anstrengung, ist aber auch eine bewusste Entscheidung für die Zukunft unseres Landes.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gilt, insbesondere unsere hessischen klein- und mittelständischen Unternehmen zur Sicherung der Arbeitsplätze und der Innovationskraft zu unterstützen. Deshalb fördern wir die hessische Wirtschaft und stärken ihre Position im europäischen Wettbewerb, insbesondere in den Themenfeldern Industrie 4.0 und Handwerk 4.0.

Wir behalten dabei die Beschäftigten besonders im Auge. Die Digitalisierung stellt sie vor grundlegende Veränderungen ihres Berufslebens. Die Sorgen um die Zukunft des eigenen Arbeitsplatzes werden konkret. Arbeit 4.0 verändert unsere hergebrachten Produktionsweisen, Dienstleistungen und damit auch Berufsbilder. Wir laden die Wirtschaft und die Gewerkschaften ein, im Dialog zu gemeinsamen Lösungen zu kommen, wie wir die Chancen dieses Veränderungsprozesses im Interesse der Menschen gestalten. Der Schlüssel wird hierbei insbesondere im lebenslangen Lernen liegen. Deshalb setzen wir einen besonderen Schwerpunkt mit einer digitalen Qualifizierungsoffensive.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Digitalisierung liegen vielfältige Chancen, sie verunsichert die Menschen aber auch. Wir wollen deshalb eine an den Bedürfnissen, der Sicherheit und der Würde des Menschen orientierte Digitalisierung für Hessen gestalten. Wir werden deshalb den beispielhaften Dialog mit den Experten im „Rat für Digitalethik“ fortsetzen. Mit der Einrichtung eines hessischen Forschungsinstituts „Verantwortungsbewusste Digitalisierung“ werden wir die rechtlichen und ethischen Fragen noch vertiefen.

Dort, wo Daten zur wertvollsten Währung geworden sind, sind auch völlig neue Arten der Bedrohung entstanden, die die Funktionsfähigkeit von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft untergraben können. Wir wollen der Digitalisierung deshalb die richtigen sicherheitspolitischen Leitplanken geben, um die Risiken zu beherrschen und Missbrauch abzuwenden.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu brauchen wir eine digitale Agenda für das Recht. Hessen hat hierzu bundesweit richtungsweisende Anstöße gegeben. Genannt sei beispielhaft die Einführung des Straftatbestandes des „digitalen Hausfriedensbruchs“. Wir schaffen zudem mit einem hessischen IT-Sicherheitsgesetz weitere rechtliche Grundlagen für eine effiziente Cybersicherheit, und wir werden das bereits geschaffene IT-Zentrum „Hessen3C“ der Landesregierung weiterentwickeln und die Präventionsarbeit ausbauen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir über Digitalisierung und Innovation reden, dann reden wir insbesondere auch über künstliche Intelligenz. Künstliche Intelligenz ist die „Speerspitze der Digitalisierung“, wie es Prof. Wolfgang Wahlster, der Pionier der KI-Forschung in Deutschland, jüngst in einem Interview formuliert hat. Es kann deshalb nicht oft genug betont werden: Investitionen in Wissenschaft und Forschung sind die Grundlage für die Arbeitsplätze und den Wohlstand von morgen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hessen nimmt auf dem Feld der künstlichen Intelligenz schon heute eine Spitzenstellung ein. Wir wollen aber noch besser werden. Wir wollen dieses exzellente Potenzial nutzen und einen neuen Tech Campus aufbauen. Dafür stellen wir zum Start 20 zusätzliche KI-Professuren zur Verfügung. Die Ausbildung dringend benötigter Fachkräfte im KI-Bereich und Impulse zur Gründung von Start-ups sollen dort integrale Bestandteile des Studiums werden. Mit der Stärkung von Forschungsnetzwerken und der Fortschreibung des Forschungsförderprogramms LOEWE werden wir Hessen auch auf anderen Feldern weiterhin als Ort der Spitzenforschung sichern und entwickeln.

Eine vielfältige Hochschullandschaft in Hessen, ob staatlich oder privat, ist und bleibt ein Motor der Innovation, der Wettbewerbsfähigkeit und der Nachwuchsförderung. Wenn derzeit über 261.000 junge Menschen bei uns studieren – das sind mehr als jemals zuvor –, dann zeigt dies eindrucksvoll, wie attraktiv der Hochschulstandort Hessen ist.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diesem deutlichen Zuwachs tragen wir mit dem neuen Hochschulpakt für die Jahre 2021 bis 2025 Rechnung. Wir geben den Hochschulen damit wieder eine gesicherte Perspektive und steigern ihre Grundfinanzierung jährlich um 4 %. Insbesondere bei der Personalausstattung wollen wir durch die Entfristung von Stellen, 300 neue Professuren sowie zusätzliche Mittel für die Mitarbeiter noch zulegen. Auch das ist eine gewaltige Anstrengung. Es ist aber auch eine bewusste Entscheidung für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die privaten Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, wie das Helmholtz-Zentrum, die Max-Planck- und die Fraunhofer-Institute, die Forschungszentren im Medizinsektor, und viele andere Innovationsstätten in Hessen werden wir ebenso weiterhin unterstützen und fördern.

Zudem wollen wir in den kommenden Jahren insgesamt 1,7 Milliarden € in die bauliche Modernisierung investieren, sowohl im Rahmen des laufenden Programms HEUREKA II als auch mit dem neuen Programm HEUREKA III für die Jahre 2027 bis 2031. Den Neubau, den Ausbau und die Sanierung studentischer Wohnheime werden wir dabei besonders im Blick behalten.

Meine Damen und Herren, Bildung, Zukunft und Ausbildung beginnen aber nicht an den Hochschulen. Schon in den Kitas setzen wir auf gute Bildung und Startchancen von Anfang an. Mit dem Hessischen Bildungs- und Erziehungsplan haben wir ein wertvolles Maßnahmenpaket mit hohen Qualitätsstandards auf den Weg gebracht. Den wollen wir konsequent weiterverfolgen und Kitas und Grundschulen noch besser verzahnen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir behalten dabei beides im Blick: die Qualität der frühkindlichen Bildung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir werden unsere Anstrengungen für eine gute Kinderbetreuung verstärken, unter anderem dadurch, dass wir jeden Euro verdoppeln, den wir für diesen Bereich vom Bund bekommen. Für jeden Euro, den wir vom Bund bekommen, wollen wir aus dem Landeshaushalt einem Euro dazugeben.

Wir wollen insbesondere die Plätze im Ganztagsbereich ausbauen und die Qualität durch eine höhere Personalausstattung der Kitas verbessern. Wir wollen auch weitere Schritte in Richtung Beitragsfreiheit gehen. Der schrittweisen Ausweitung der Beitragsfreiheit im Ü-3-Bereich soll die Ausweitung auf den U-3-Bereich folgen. Allerdings – das sage ich sehr bewusst und sehr deutlich – kann das nur im Rahmen der Möglichkeiten des Landeshaushalts geschehen. Etwas anderes zu versprechen wäre unredlich.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unerlässlich für den Schulerfolg, einen guten Berufsweg und die Chancen in der Gesellschaft ist das Beherrschen der deutschen Sprache. Nur wer sich mit anderen austauschen und sie verstehen kann, nur wer neues Wissen aufnehmen, prüfen und verwenden kann, wird sich in unserer Informationsgesellschaft zurechtfinden. Deshalb legen wir auf die Sprachkompetenz einen besonderen Fokus: durch eine Erweiterung der Stundentafel Deutsch in der Grundschule und darüber hinaus durch eine Intensivförderung für Kinder aus Migrantenfamilien sowie durch ein Deutschförderkonzept aus einem Guss für Kitas und Grundschulen. Wir setzen zudem auf eine sinnvolle und konsequente Anwendung des Rechtschreibens von Anfang an. Deshalb schaffen wir „Schreiben nach Gehör“ ab.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, nicht zuletzt im Hinblick auf einige Debatten in den letzten Tagen sage ich, damit das klar ist: Die Noten werden in Hessen nicht abgeschafft.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – René Rock (Freie Demokraten): Noch nicht! – Weitere Zurufe CDU und Freie Demokraten)

– Hören Sie gut zu, dann können Sie Ihre Rede daraufhin noch einmal überprüfen. – Wir wollen aber einigen Schulen die Möglichkeit geben, pädagogisch neue Wege bei der Erreichung der Bildungsziele zu gehen. Dies umfasst z. B. die Möglichkeit, Leistungen durch schriftliche Bewertungen statt durch Ziffernoten zu erfassen. Selbstverständlich erhalten die Schüler beim Wechsel oder beim Abschluss der Schule ein Zeugnis mit Benotung.

Von den 1.800 hessischen Schulen können sich bis zu 30 pro Jahr für diesen Weg entscheiden, der übrigens nach dem Hessischen Schulgesetz schon heute möglich ist. Es soll ein pädagogisches Angebot sein, das die Zustimmung der ganzen Schulgemeinde, einschließlich der Eltern, voraussetzt und konstruktiv durch die Schulaufsicht begleitet wird. Es ist ausdrücklich kein Verzicht auf das Erreichen der Bildungsziele und auch kein Verzicht auf das Leistungsprinzip. Deshalb ist dies auch keine Richtungsänderung der hessischen Schulpolitik.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weiter vorangehen wollen wir auch beim Ganztagsschulprogramm in Hessen. Beim neuen Pakt für den Ganztag

setzen wir auf zwei gleichberechtigte Angebote: die teilgebundenen und die gebundenen Ganztagschulen mit rhythmisiertem Unterricht. Wir wollen nämlich die lähmende Diskussion – entweder das eine oder das andere – in der Bildungspolitik überwinden. Wir wollen den Ausbau der Ganztagschulen voranbringen und die Wahlfreiheit auf dem Bildungsweg stärken. Ganztagschulen sind ein Angebot an die Eltern, aber niemals Zwang. Das Elternrecht steht für uns außer Frage.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir setzen auf mehr Qualität durch Bildungsvielfalt, ob es um Angebote für Kinder mit den unterschiedlichsten Förderbedarfen geht, um besondere Profilschulen oder um die Hochbegabtenförderung, z. B. in der Internatsschule Schloss Hansenberg. Zu dieser Vielfalt gehören für uns auch die Privatschulen mit ihren besonderen Angebotsprofilen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, uns allen ist doch bewusst, die Arbeit in den Schulen ist heute herausfordernder, und der Berufsalltag ist schwerer geworden sind. Die Lehrerinnen und Lehrer in Hessen verdienen deshalb für ihre Arbeit unsere Anerkennung, unseren Dank und unsere Unterstützung.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Janine Wissler (DIE LINKE))

Deshalb wollen wir weiterhin alle Schulformen optimal mit Lehrerinnen und Lehrern versorgen, und wir werden sie durch 500 neue Verwaltungskräfte und mehr Sozialpädagogen entlasten. Übrigens: Mit diesen 500 zusätzlichen Verwaltungskräften sorgen wir nicht nur für die Entlastung der Lehrkräfte und der Schulleitungen, sondern wir übernehmen erstmals in Hessen Aufgaben der äußeren Schulverwaltung und entlasten damit auch die kommunalen Schulträger. Das ist ein wichtiges Zeichen, das wir ganz bewusst gesetzt haben.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu den Herausforderungen in der Schule zählt auch eine kulturell und religiös vielfältig gewordene Gesellschaft, die sich im Schulalltag widerspiegelt. Wir bekennen uns ausdrücklich zur Achtung der Glaubens- und Gewissensfreiheit und zum bekenntnisorientierten Religionsunterricht an den Schulen. Wir wollen weiterhin auch ein religiöses Bildungsangebot für Schüler muslimischen Glaubens anbieten.

Mit Blick auf die Zusammenarbeit mit der DITIB sind wir in dieser Frage derzeit allerdings in einem komplexen Prüfungsprozess, der noch nicht abgeschlossen ist. Für uns ist aber eines klar: Es muss gewährleistet sein, dass Struktur und Angebot den rechtlichen Anforderungen entsprechen. Wenn der Kooperationspartner die seinerzeit festgelegten Voraussetzungen für eine staatliche Beteiligung nicht erfüllt, werden wir dies nicht akzeptieren und Alternativenangebote für Schülerinnen und Schüler muslimischen Glaubens machen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit dem hessischen Digitalpakt Schule werden wir die digitale Infrastruktur unserer Bildungseinrichtungen weiter fit für die neue Zeit machen. Dabei legen wir ein besonderes Augenmerk auf unsere beruflichen Schulen. Gerade die duale Berufsausbildung erfordert angesichts des raschen

technologischen Wandels der Arbeitswelt eine moderne Ausstattung und guten, praxisorientierten Unterricht.

Insbesondere das Handwerk und der Mittelstand brauchen engagierte, leistungsfähige Auszubildende und Fachkräfte. Wir alle brauchen einen starken Mittelstand mit einer hohen Qualität von Dienstleistungen und Produkten. Wir bekennen uns ausdrücklich auch zum Meisterbrief als Zeichen einer besonderen Qualifikation, eines nachhaltigen Unternehmertums und einer guten Ausbildung.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik, eine verstärkte Qualifizierung sowie die Stärkung der dualen Ausbildung und der beruflichen Bildung müssen dabei Hand in Hand greifen. Unser Leitbild ist ein sozialer Arbeitsmarkt, bei dem Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanziert wird. Wir werden deshalb unsere hessische Fachkräfteoffensive fortsetzen und insbesondere durch eine intensive Qualifizierung sowohl die Chancen von Langzeitarbeitslosen als auch die von Migranten auf dem Arbeitsmarkt verbessern.

Meine Damen und Herren, in unserer Arbeit folgen wir Grundüberzeugungen. Deshalb bekennen sich die Landesregierung und die sie tragende Koalition aus CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ausdrücklich zur sozialen Marktwirtschaft als tragendem Prinzip und Ordnungsmodell für Wirtschaft und Gesellschaft. Sie verbindet verantwortliche wirtschaftliche Freiheit mit sozialer Verpflichtung. Sie war und ist ein Erfolgsmodell, das für uns auch für die Zukunft gelten muss.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das zeigt sich in besonderer Weise beim Mittelstand in Hessen. Er stellt über 99 % der hessischen Unternehmen, ist Arbeitgeber für bis zu 1,6 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und bildet jedes Jahr rund 80.000 junge Menschen aus. Den Mittelstand und die Gründerkultur in Hessen zu stärken ist und bleibt deshalb Kernanliegen dieser Landesregierung. Wir setzen uns für den weiteren Abbau von Bürokratie und für einfachere Verfahren ein.

Wir wollen auch durch die Gründung eines neuen Wachstumsfonds mit einem Volumen von 200 Millionen € jungen, innovativen Unternehmen den Zugang zu Wagniskapital erleichtern und ihnen Wind unter die Flügel geben. Mit diesem neuen Wachstumsfonds wird die Attraktivität des Standortes Hessen auch und gerade für Hightech-Unternehmen nachhaltig gestärkt.

Gerade mit dem Finanzplatz Frankfurt verfügt Hessen bereits heute über ein globales, modernes und technologisch starkes Cluster für Banken, Versicherungen und Finanzdienstleistungen. Wir wollen diese Kompetenz weiter ausbauen und am Standort stärken, z. B. durch die Förderung von Zukunftsthemen wie Fintech oder Green Finance. Wir freuen uns sehr über die Empfehlung des Wissenschaftsrats, das Finanzmärkte-Forschungszentrum SAFE im House of Finance der Frankfurter Goethe-Universität in die Leibniz-Gemeinschaft aufzunehmen. Meine Damen und Herren, das ist nicht nur im Bereich der Wissenschaft eine ausgesprochene Auszeichnung, sondern unterstreicht auch unsere Anstrengungen auf diesem Gebiet.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir darüber reden, Hessens Stärken zu nutzen, dann umfasst dies für uns ein

klares Bekenntnis zur Wettbewerbsfähigkeit des Frankfurter Flughafens. Für unseren Wirtschaftsstandort ist seine Bedeutung nicht hoch genug zu schätzen. Er ist ein zentraler Standortfaktor und hat einen enormen Beschäftigungseffekt, weit über das Rhein-Main-Gebiet hinaus. Deshalb will diese Koalition, dass er auch in Zukunft wettbewerbsfähig und stark bleibt.

Gleichzeitig werden wir die Belastungen für Mensch und Umwelt so rasch und wirksam wie möglich verringern. Ich zitiere gern den Vorsitzenden der Fluglärmkommission, der dem Wirtschaftsminister beim Lärmschutz wörtlich attestiert hat, die vorhandenen Stellschrauben „in die richtige Richtung gedreht“ zu haben. Meine Damen und Herren, dies stammt nicht von CDU und GRÜNEN, sondern von demjenigen, der sich um diesen Bereich intensiv kümmert, und das ist ein sehr erfreulicher Beleg für unseren Einsatz für die Region.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um den Luftverkehr unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten weiterentwickeln zu können, wollen wir außerdem ein Kompetenzzentrum „Klima- und Lärmschutz im Flugverkehr“ schaffen. Und auch das gehört zu unseren Stärken: Mit dem Airport Kassel haben wir eine wichtige Strukturentscheidung für Nordhessen getroffen, an der wir ausdrücklich festhalten.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein sicheres, handlungsfähiges und weltoffenes Hessen ist für uns das zweite zentrale Leitbild für die Zukunft. Ich will dies am Beispiel der Sicherheit deutlich unterstreichen: Für eine offene und liberale Gesellschaft ist es unverzichtbar, und es ist die oberste Pflicht des Staates, die Freiheit und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Beide Leitbilder bedingen einander. Dies kann nur gelingen durch einen handlungsfähigen, starken Rechtsstaat, durch moderne Strukturen und ausreichende Ressourcen unserer Sicherheitsbehörden.

Die objektive Sicherheitslage für die Menschen in Hessen war nie besser als heute. Wir verzeichnen die niedrigste Kriminalitätsbelastung seit fast 40 Jahren, und die Aufklärungsquote von 64,2 % ist der mit Abstand höchste jemals gemessene Wert. Nie gab es mehr Polizeivollzugsbeamte in Hessen als heute. Dank unserer Sicherheitspakete haben wir bereits die Weichen für den größten Personalaufwuchs gestellt, den wir je hatten. Bis zum Jahre 2022 werden 1.500 zusätzliche Anwärter ausgebildet sein. Und wir stärken die Sicherheit in unserem Land weiter: 750 zusätzliche Vollzugsstellen, besonders für den Schutzmann und die Schutzfrau vor Ort, mehr Verwaltungsfachkräfte und mehr Wachpolizei schaffen spürbar mehr Präsenz unserer Sicherheitskräfte. Damit kommen wir auch dem ausdrücklichen Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach mehr Schutz im öffentlichen Raum nach.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit der Fortsetzung der Ausstattungsoffensive und neuen rechtlichen Möglichkeiten, wie dem sogenannten IP-Tracking oder dem Ausbau der Videoüberwachung an besonderen Gefahrenorten, gewährleisten wir in Hessen Sicherheit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Einsatz unserer Polizeibeamtinnen und -beamten ist eine der schwierigsten, anspruchsvollsten und gefährlichsten Aufgaben überhaupt. Sie verdienen unseren hohen Respekt, unsere Dankbarkeit

und unseren besonderen Schutz. Die Polizistinnen und Polizisten stehen für unsere Sicherheit ein und sind Garant für einen funktionierenden Rechtsstaat. Deshalb sage ich an dieser Stelle eines sehr klar und deutlich: Vorfälle, wie wir sie leider derzeit in Frankfurt und anderswo erleben müssen, nehmen wir sehr ernst. Sie schaden dem Ansehen der Polizei und untergraben das Vertrauen in den Rechtsstaat. Das gilt immer und besonders auch bei rechtsextremem Fehlverhalten.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir werden dies mit aller Entschiedenheit aufklären und ahnden sowie intensive Vorsorgemaßnahmen gegen Wiederholungen treffen. Dafür kann es kein falsches Verständnis geben.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, aber eines sollte auch klar sein: Unsere 16.000 Polizeibeamtinnen und -beamten verdienen es nicht, unter einen Generalverdacht gestellt zu werden. Das sollte in diesem Hause auch klar sein.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts zunehmender Gefährdungen durch Extremismus und Terrorismus braucht ein wehrhafter Rechtsstaat eine stabile Sicherheitsarchitektur aus Polizei, Justiz und Verfassungsschutz. Das Hessische Landesamt für Verfassungsschutz ist ein wichtiger Bestandteil dieser Struktur. Seine Organisation, Rechtsgrundlagen und personelle Ausstattung haben wir bereits nachhaltig verbessert. Wir werden auch die auf der Grundlage der Handlungsempfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses eingeleitete Reform des Verfassungsschutzes weiterführen. Die guten und vielfältigen Maßnahmen der Extremismusprävention und der Demokratieförderung in Hessen wollen wir weiter stärken, unter anderem mit der Einrichtung eines Netzwerks Prävention.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger hat aber auch beim Brand- und Katastrophenschutz höchste Priorität. In diesem Sinne werden wir unsere 1.700 hauptamtlichen Feuerwehrleute und die über 73.000 ehrenamtlichen Kräfte im Brand- und Katastrophenschutz auch in Zukunft umfassend unterstützen und ausstatten. Insbesondere der wertvolle Einsatz der vielen Freiwilligen ist unbezahlbar.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir können ihn nur mit einem Dreiklang aus Förderung, Ausbildung und Nachwuchsgewinnung erhalten. Deshalb heben wir die Garantiesumme für den Brandschutz in Hessen bis zum Ende dieser Legislaturperiode noch einmal deutlich auf mindestens 45 Millionen € an. Diese Unterstützung ist unverzichtbar, gerade für den flächendeckenden Schutz und die Gefahrenabwehr durch Feuerwehr und Hilfsorganisationen, die dies tun; und sie tun dies nahezu, zu 95 %, freiwillig. Dafür können wir alle nur dankbar sein, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu einer funktionierenden Sicherheitsarchitektur und zum Schutz unserer Werteordnung gehören ein starker Rechtsstaat und eine leistungsfähige Justiz, einschließlich des Justizvollzugs. Wir werden das in der letzten Legislaturperiode begonnene Justizaufbauprogramm fortführen. Personalverstärkungen bei der Polizei werden wir korrespondie-

rend auch auf die Justiz übertragen. Den zwischen Bund und Ländern vereinbarten Pakt für den Rechtsstaat werden wir erfüllen. Auch der Opferschutz und die Präventionsarbeit bleiben ein zentrales Anliegen unserer Justizpolitik.

Meine Damen und Herren, ich hatte darauf hingewiesen: Die Digitalisierung birgt neben Chancen natürlich auch Risiken. Dem Bereich der Internetkriminalität treten wir nicht nur mit mehr Personal entgegen, sondern wir arbeiten mit anderen Ländern und dem Bund weiter an einer digitalen Agenda für das Straf- und Zivilrecht. Einen besonderen Schwerpunkt werden wir dabei auf die Bekämpfung der Hate Speeches legen. Diesen unsäglichen Verunglimpfungen in den sozialen Medien wollen wir entschieden entgegenreten. Für Hetze darf kein Platz im hessischen Rechtsstaat sein, egal, ob sie analog oder digital stattfindet.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies sage ich ganz besonders vor dem Hintergrund der Hasskommentare, Lügen und populistischen Verdrehungen, die sich im Internet immer wieder auch in der Flüchtlingsfrage zeigen. Wir wollen es nicht zulassen, dass die schwierigen und verantwortungsbewusst abzuwägenden Fragen der Asyl- und Migrationspolitik in einem Sumpf an Halbwahrheiten, pauschalisierten Angriffen und Verunglimpfungen untergehen, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Flüchtlingspolitik gilt es, den eigenen Werten und dem Schutz für Notsuchende ebenso gerecht zu werden wie dem Anspruch auf Sicherheit und Aufnahmefähigkeit unserer Gesellschaft. Deshalb stehen unsere Antworten auf diese Herausforderungen auch weiterhin unter dem Grundsatz „Humanität und Ordnung“.

Wir bieten Schutz, eröffnen Bildungschancen, und wir vermitteln unsere Werte. Umgekehrt ist die Einhaltung unserer Verfassungsordnung und unserer Gesetze unabdingbare Voraussetzung für das Miteinander und eine gelungene Integration.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daher setzen wir unsere erfolgreichen Integrationskurse und die Rechtsstaatsklassen fort und werden sie weiterentwickeln. Außerdem wollen wir allen schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen bereits in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes, spätestens ab dem dritten Monat ihres Aufenthalts, den Schulbesuch ermöglichen.

Gerade mit der Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen haben wir die Aufnahme von Flüchtlingen und die Bearbeitung ihrer Verfahren bundesweit vorbildlich organisiert. Darauf aufbauend, wollen wir auch neue Wege gehen. Unser Ziel ist es, denjenigen, die sich rasch integrieren wollen und Deutsch lernen, durch eine zügige Zuweisung in die Kommunen die Möglichkeit zu geben, diese Integration fortzusetzen. Umgekehrt gilt aber auch, dass diejenigen, die durch ihr individuelles Verhalten – z. B. durch Nichteinhalten von Gesetzen, Begehung von Straftaten oder Ähnliches – auffallen, nicht in die Kommunen verteilt werden und in der Erstaufnahmeeinrichtung verbleiben müssen. Für solche Asylbewerber streben wir die Rückverlegung in die Erstaufnahmeeinrichtung an, auch wenn sie bereits in die Kommunen verteilt wurden.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Janine Wissler (DIE LINKE): Prima Idee!)

Es gilt auch weiterhin: Wer kein Aufenthaltsrecht hat, muss unser Land wieder verlassen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir setzen dabei bewusst zuerst auf die freiwillige Ausreise und machen den Menschen konkrete und individuelle Angebote. Eine Abschiebung steht immer am Ende eines Verfahrens, aber es darf auch kein Missverständnis verbleiben: Wir sind bereit und in der Lage, durch Umsetzung des geltenden Rechts auch zu diesem Mittel zu greifen. Das gilt insbesondere für Straftäter und Gefährder, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An dieser Stelle will ich einen Punkt nicht aussparen: Ja, wir haben in der Koalition eine unterschiedliche Einschätzung bei der Einstufung bestimmter Staaten als sichere Herkunftsländer. Aus meiner Sicht leidet die Diskussion aber unter einer Verengung der Begrifflichkeit. Sie wird unter dem Symbol der sicheren Herkunftsstaaten geführt. In Wirklichkeit geht es aber doch darum, ob und wie es gelingt, bei Asylbewerbern aus Staaten mit sehr geringer Anerkennungsquote zu einem beschleunigten Asylverfahren zu kommen.

Davon unberührt bleiben die Verfahren, die den besonderen Schutz der sogenannten vulnerablen Gruppen betreffen. Wenn wir an diesem Punkt die Symbolhaftigkeit der Debatte überwinden und zu pragmatischen Lösungen kommen würden, wäre dies ein Gewinn. Ich setze hierzu weiter auf einen konstruktiven Dialog, insbesondere in der Bundespolitik. Sollte dies nicht gelingen, wird sich Hessen im Bundesrat enthalten.

(Zuruf Freie Demokraten)

Meine Damen, meine Herren, bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen leisten gerade die Städte und Gemeinden Herausragendes. Bei der Bewältigung dieser und anderer Zukunftsaufgaben stehen wir weiterhin als Partner an der Seite der Städte und Gemeinden. Die Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit der Kommunen ist dabei eng verbunden mit ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit. Wir werden uns auch künftig für ausgeglichene Haushalte, den Schuldenabbau und die Stärkung der Investitionskraft der Städte und Gemeinden einsetzen. Dazu gehört natürlich auch, dass für die vom Land zusätzlich auf die Kommunen übertragenen Aufgaben die nötigen Mittel durch das Land bereitgestellt werden.

Gerade bei Erhalt, Sanierung und Neubau kommunaler Infrastruktur liegen große Herausforderungen für die Zukunft, und wir unterstützen die Städte und Gemeinden dabei nachhaltig. Ich darf daran erinnern: Durch die Hessenkasse und unsere erfolgreichen Kommunalinvestitionsprogramme KIP und „KIP macht Schule!“ können die Kommunen über 2,2 Milliarden € investieren. Das ist die größte Summe, die es dafür in Hessen jemals gab.

Wir wollen diese Unterstützung durch ein KIP III verstärken. Der Schwerpunkt dieses Programms wird auf der Entwicklung der digitalen Infrastruktur und der Modernisierung von Schulbauten liegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht nur die Handlungsfähigkeit der Kommunen gilt es auch für die Zukunft zu sichern. Wir halten auch auf Landesebene an unserem soliden Kurs der Finanzpolitik ohne neue Schulden fest.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur ein Staat, der die Nachhaltigkeit seiner Haushaltspolitik im Blick behält, sichert die Handlungsspielräume von morgen. Wir halten an diesem Weg bewusst fest. Unsere mittelfristige Finanzplanung bis 2022 sieht eine dauerhafte Schuldentilgung von jeweils 200 Millionen € in den Jahren ab 2020 vor. Wir stärken auch die Rücklagen, damit wir zukünftig die Versorgungslasten besser tragen können.

Mit dieser dauerhaften Trendumkehr für den Schuldenstand des Landes erhalten wir unsere Handlungsfähigkeit und sichern insbesondere eine gute Personal- und Sachausstattung in der Landesverwaltung. Ja, es ist richtig: Ohne engagiertes und qualifiziertes Personal ist kein Staat zu machen. Deshalb bedanken wir uns bei unseren Landesbediensteten für ihre engagierte Arbeit, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Hessen ist das europäischste unter den 16 deutschen Ländern. Dafür sorgen der Frankfurter Flughafen, die Europäische Zentralbank, die Weltraumagentur ESA und viele andere Einrichtungen. Mit einem Exportanteil von über 53 %, weit über dem Bundesdurchschnitt, und davon der größte Teil in Länder der EU, sichern wir unseren Wohlstand in Hessen. Diese Einbindung in Europa ist unsere Stärke, die wir bewahren müssen.

Die aktuelle Entwicklung in Großbritannien führt uns in grellem Licht vor Augen, was eine Abkehr von der Europäischen Gemeinschaft bedeutet. Der Brexit, ob mit oder ohne Deal, schadet nicht nur Großbritannien. Er wird auch erhebliche Auswirkungen auf uns haben. Wir haben gestern, im Rahmen der Debatte um das Brexit-Übergangsgesetz, bereits dazu gesprochen.

Ich möchte sehr deutlich machen: Europa ist und bleibt das Friedens- und Wohlstandsprojekt schlechthin. Einige Redner haben dies gestern hervorgehoben. Meine Damen und Herren, unsere Bürgerinnen und Bürger in Hessen wissen das. Nicht zuletzt die Tatsache, dass weit über 80 % von ihnen im Herbst für ein klares Bekenntnis zu Europa in unserer Verfassung gestimmt haben, belegt dies.

Ich möchte aber, wir wollen aber, dass die Menschen auch in Zukunft auf Europa vertrauen und die Gegner Europas keine Chance haben. Denn, meine Damen und Herren, es ist nicht ganz fernliegend: Es könnte passieren, dass nach dieser Europawahl diejenigen, die der Integration abwehrend oder sogar ablehnend gegenüberstehen, am Schluss stärker im Europäischen Parlament vertreten sind als die Befürworter eines gemeinsamen Europas. Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb bitte ich Sie herzlich: Lassen Sie uns gemeinsam mit allem Nachdruck für eine hohe Wahlbeteiligung an der Europawahl und für ein gemeinsames Europa werben. Das nutzt Hessen, und das ist eine Aufgabe.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine starke Gemeinschaft der Länder in Europa auf der einen Seite und eine kulturell vielfältige, lebenswerte Heimat in den Regionen auf der anderen Seite ist kein Widerspruch. Das ist eine fundamentale Symbiose, die wir weiter mit Leben füllen werden.

Dies knüpft an unser drittes Leitbild an: eine lebenswerte Heimat Hessen für alle Generationen, in der Stadt und Land Zukunft haben und Zusammenhalt zählt. Dies zu gestalten, ist eine unserer zentralen Aufgaben. Angesichts der großen Veränderungsprozesse und eines Gefühls der Verunsicherung ist der Wunsch nach einem vertrauten Rückzugsort, nach Heimat und Wurzeln bei vielen Menschen wieder gewachsen.

Mit der Offensive „Land hat Zukunft“ haben wir bereits in der abgelaufenen Legislaturperiode einen erfolgreichen Prozess eingeleitet und 1,8 Milliarden € Landesmittel für die Entwicklung des ländlichen Raums bereitgestellt. Darauf wollen wir aufbauen und mit einem Aktionsprogramm „Ländlicher Raum“ vorangehen. Mit diesem Programm wollen wir in allen Lebensbereichen den Menschen eine verlässliche Grundversorgung sicherstellen, z. B. durch die Förderung medizinischer Versorgungszentren, durch den Ausbau öffentlicher Verkehrsträger, durch eine flächendeckende Anbindung an leistungsfähige Mobilfunknetze oder die Einrichtung von WLAN-Hotspots, um nur einige Beispiele zu nennen.

Meine Damen und Herren, wir haben uns auch vorgenommen, 3.000 Arbeitsplätze der öffentlichen Verwaltung auf das Land zu verlagern. Wir wollen weitere Hessen-Büros, sogenannte Co-Working-Spaces, als moderne Form vernetzten Arbeitens einrichten. Wenn wir es schaffen, Wohnen und Arbeiten stärker zusammenführen, dann hat dies vielfältigen Nutzen: Die Beschäftigten verbringen weniger Zeit im Verkehr, und sie gewinnen mehr Zeit für Familie, Freunde und Freizeit. Die Pendlerströme werden reduziert und Straßen und Umwelt entlastet. Und wir stärken gerade die ländlichen Regionen; denn die Menschen bleiben in ihrer Heimat und sorgen so mit für den Erhalt regionaler Wertschöpfung.

Hessen ist ein Vorreiter mit diesen Initiativen, und wir wollen diesen Weg konsequent fortsetzen. Es ist eine der besten Botschaften für Menschen, die jeden Tag zur Arbeit zweieinhalb oder noch mehr Stunden brauchen. Diesen Trend wollen wir umkehren.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir können stolz sein auf die Vielfalt, Leistungsfähigkeit und Innovationsstärke unserer Regionen. Das gilt für beides, sowohl städtisch geprägt als auch ländlich geprägt.

Die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main zählt zu den wirtschaftsstärksten Regionen Europas mit einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur und dem Flughafen als Drehkreuz in die ganze Welt. Die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit dieser Region wollen wir weiterentwickeln mit besonderem Blick auf Herausforderungen wie etwa die Mobilität, die Stadt- und Regionalentwicklung, die Flächenaktivierung oder die Energieerzeugung.

Dafür streben wir einen gemeinsamen, identitätsstiftenden Innovationsprozess an, indem wir die Ausrichtung einer „Specialised Expo“ vorantreiben. Diese Internationale Spezialausstellung möchten wir unter dem Motto „smart region – smart people“ initiieren und auf diese Weise eine Vielzahl exzellenter Initiativen zum Wohle der Region zusammenführen. Ich bin überzeugt, eine solche Einrichtung wird dieser Metropolregion nicht nur ein neues Gefühl der Zusammengehörigkeit bringen, sondern auch einen gewaltigen Schub in ihrer Entwicklung. Deshalb werden wir auf diesen Bereich besonderen Wert legen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Dynamik unserer großen Städte ist sehr erfreulich, stellt uns aber auch vor Herausforderungen. Gerade die Entwicklung am Wohnungsmarkt, besonders in den Ballungsräumen, fordert das Land, die Kommunen und die Wohnungswirtschaft enorm. Es ist und bleibt unser Ziel, dass alle in Hessen eine angemessene Wohnung zu einem bezahlbaren Preis finden können.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Mietpreisbremse ist dabei ein Instrument zur Dämpfung der Preisentwicklung. Die wichtigste Lösung und Antwort auf eine erhöhte Nachfrage und steigende Mieten ist und bleibt aber die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für alle Bedarfe bis hin zum Eigentum. Dabei müssen viele Räder richtig ineinandergreifen, ob mehr Bauland, schnelleres Baurecht, die richtigen Investitionsanreize oder auch ausreichende Fachkräfte.

Das Wirtschaftsministerium ist deshalb jetzt auch das Wohnungsbauministerium. Alle wohnungspolitischen Kompetenzen und Zuständigkeiten werden dort gebündelt. Ein neuer, zusätzlicher Staatssekretär wird sich besonders um diesen Bereich kümmern. Wir setzen auf das umfassendste Maßnahmenpaket, das es in Hessen je gegeben hat. So werden wir z. B. den erfolgreichen hessischen Masterplan Wohnen deutlich ausbauen und um weitere Förderinstrumente und zusätzliche Mittel erweitern. Wir werden dafür sorgen, dass auch weiterhin jeder Förderantrag im sozialen Wohnungsbau genehmigt wird.

Meine Damen und Herren, das ist nicht nur ein Wollen, sondern es ist ein Handeln. Beginnend mit dem Jahr 2019 werden wir bis 2024 die Fördersumme von insgesamt 2,2 Milliarden € für den sozialen Wohnungsbau bereitstellen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das entspricht etwa 22.000 Wohnungen für rund 66.000 Menschen. Wir werden außerdem weitere Anreize setzen, damit der Bestand der öffentlichen, kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbaugesellschaften weiter wächst. Wir setzen die Allianz für Wohnen fort, um gemeinsam mit allen Akteuren am Wohnungsmarkt weitere Anreize und Instrumente zu entwickeln.

Eine der entscheidendsten Voraussetzungen für die Schaffung von Wohnraum ist die Ausweisung der erforderlichen Flächen. Deswegen setzen wir nicht nur unsere erfolgreiche Bauland-Offensive fort. Wir wollen auch Städten und Gemeinden über den Kommunalen Finanzausgleich finanzielle Anreize bieten, die Ausweisung von Wohnbauflächen voranzutreiben.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nicht zu vergessen ist auch das private Wohnungseigentum; denn das eigene Zuhause stiftet für viele weiterhin nicht nur Erfüllung, sondern bedeutet auch Sicherheit, insbesondere im Alter. Daher wollen wir ein Maßnahmenpaket auf den Weg bringen, das vor allem junge Familien und Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen im Wunsch nach Wohneigentum unterstützt.

Neben dem Ausbau der Kinderbetreuung und guter Bildung ist dies auch ein Beispiel für das Grundanliegen der Landesregierung: die Stärkung der Familien. Familie gibt uns Wurzeln, sie ist der intensivste Ort des Soziallebens und der gegenseitigen Verantwortung. Deshalb setzen wir uns mit Nachdruck und in allen Feldern der Landespolitik

für die Stärkung der Familien ein, z. B. durch den Ausbau familienpolitischer Angebote wie den hessischen Familienzentren.

Familien stehen in Zeiten des demografischen Wandels aber oft vor einer doppelten Herausforderung: Es ist nicht nur die Sorge und Betreuung für Kinder. Dazu kommen oft noch die pflegebedürftig gewordenen Eltern oder andere Angehörige, die einer besonderen Betreuung und Sorge bedürfen. Mit Blick auf die Altersentwicklung unserer Bevölkerung haben wir hier eine der großen Zukunftsaufgaben zu lösen.

Deshalb werden wir Pflegende bei dieser wertvollen, aber auch fordernden Aufgabe nachhaltig unterstützen, z. B. durch weitere Entlastungsangebote bei häuslicher Pflege und wohnortnahe Hilfe durch Sozialstationen, Pflegestützpunkte oder auch Gemeindegewerkschaften. Wir werden zudem ein neues hessisches Pflegequalifizierungszentrum einrichten, damit z. B. ausländische Pflegekräfte schnellstmöglich zu Fachkräften entwickelt werden können.

Ein besonderes Anliegen dieser Landesregierung ist die gesundheitliche und pflegerische Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger, egal welchen Alters. Dabei legen wir ein besonderes Augenmerk auf den Beginn und das Ende des Lebens mit einem Zukunftsprogramm zur Hebammenversorgung einerseits und der Stärkung der bereits gut entwickelten Palliativversorgung andererseits.

Meine Damen und Herren, die Sicherstellung einer flächendeckenden gesundheitlichen Versorgung besonders im ländlichen Raum ist ein wesentlicher Teil der Daseinsvorsorge und daher von hoher Priorität. Dazu werden wir unter anderem weitere regionale Gesundheitszentren fördern, Gemeinschaftspraxen und Medizinische Versorgungszentren stärken und den Einsatz von Gemeindegewerkschaften und telemedizinischen Anwendungen unterstützen. Mit der Einführung einer Landarztquote im Hochschulzugang und der Auslobung von besonderen Stipendien wollen wir noch mehr Medizinerinnen und Mediziner für den ländlichen Raum gewinnen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir strengen uns weiter an: Wir wollen auch die Zahl der Studienplätze in der Humanmedizin weiter erhöhen.

Auch unsere Krankenhauslandschaft soll weiterhin gut aufgestellt bleiben. Dafür werden wir in den Jahren 2020 bis 2024 unsere geplanten Investitionen noch einmal um jährlich 35 Millionen € erhöhen. Mit dem Hessischen Gesundheitspakt 3.0 haben wir eine gute Grundlage geschaffen, um unsere gesundheitspolitischen Ziele zu erreichen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, selbstverständlich gehören zu einer lebenswerten Heimat nicht nur die Vorsorge für Krankheit und Pflegebedarf. Es geht um die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen, egal welches Alter oder Geschlecht sie haben, wo sie herkommen, ob mit oder ohne Behinderungen. Die Würde des Menschen ist für die Politik der unteilbare Auftrag unseres Grundgesetzes und eine besondere Verpflichtung. Wir folgen dem Leitbild eines aktivierenden Sozialstaats, der Unterstützung gibt, wo sie notwendig ist, und gleichzeitig zur Selbsthilfe, Eigenverantwortung und Selbstbestimmung ermutigt.

Mit dem Sozialbudget 2025 knüpfen wir das soziale Netz noch enger und unterstützen verlässlich die vielen Initiativen, Vereine und Verbände, die sich für die Teilhabe aller

einsetzen. Wir werden die Mittel hierfür um 15 Millionen € aufstocken.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden wollen wir das Konzept für einen Hessenpass entwickeln, der Menschen mit keinem oder geringem Einkommen den ermäßigten oder kostenlosen Eintritt zu öffentlichen Kultur- und Freizeitangeboten ermöglicht.

Auch Menschen mit Behinderungen sollen gleichberechtigt in unserer Mitte leben können. Dazu wollen wir weiter daran arbeiten, Barrieren im Alltag und im Arbeitsleben abzubauen. Wir werden das Hessische Perspektivprogramm weiterführen und die Spitzenstellung Hessens bei der Beschäftigung von behinderten Menschen im öffentlichen Dienst beibehalten.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen, meine Herren, mit der Initiative „Hessen lebt Respekt“ haben wir deutliche Zeichen gesetzt für eine Gesellschaft, in der das Miteinander zählt und Vielfalt auch als Bereicherung gesehen wird. Diese Respektkampagne werden wir fortführen. Sie ist Ausdruck unserer Überzeugung, dass in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft jeder Mensch Achtung und Respekt verdient. Wir setzen daher die Hessische Antidiskriminierungsstrategie aktiv fort und sagen ganz deutlich: Hass, Diskriminierung, Rassismus oder Antisemitismus dürfen in Hessen keinen Platz haben. Das bleibt so.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Janine Wissler (DIE LINKE))

Bei der Integration haben wir mit den beiden „Aktionsplänen zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ wegweisende Impulse gesetzt. Wir werden das fortführen. Deshalb werden wir unter anderem den Hessischen Integrationsplan und das Landesprogramm WIR gemeinsam mit den Kommunen und den relevanten Organisationen weiterentwickeln.

Wenn wir über eine lebenswerte Heimat für alle Generationen sprechen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die gelingende Integration als Leitbild beschreiben, dann darf das ehrenamtliche Engagement nicht fehlen. Es ist eine der zentralen Säulen des gesellschaftlichen Miteinanders und zu Recht als Staatsziel in unserer Landesverfassung verankert worden. Das Ehrenamt macht aus einer Gesellschaft eine Gemeinschaft.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Anerkennung und Förderung des Ehrenamtes bedeuten nicht den Rückzug des Staates von seinen Aufgaben, sondern das Nutzen der vielfältigen Chancen, die das Ehrenamt für den Einzelnen, aber auch für die Gesellschaft bietet. Die Politik kann dieses freiwillige Engagement nicht verordnen. Aber wir können und wir müssen meiner Überzeugung nach die richtigen Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass dieses Staatsziel mit Leben gefüllt wird.

Wir tun dies bereits seit Jahren mit Nachdruck. Aber wir wollen noch mehr tun. Wir möchten unsere Wertschätzung beispielsweise dadurch zum Ausdruck bringen, dass wir ein neues Ehrenamtsticket im ÖPNV einführen.

Gleiches gilt für den Sport, dessen hohe Bedeutung ebenfalls zu Recht als Staatsziel in der Verfassung herausgehoben wurde. Der Sport unterscheidet nicht nach Arm und

Reich, nach Herkunft oder Alter. Er führt Menschen unterschiedslos zusammen. Deshalb wollen wir den Sport mit seiner verbindenden Funktion unterstützen und insbesondere auch das ehrenamtliche Engagement besonders fördern. Das Land versteht sich dabei als Partner des Landessportbundes, der Vereine und ihrer engagierten Mitglieder. Wir werden die Förderung des Breiten-, des Behinderten- und des Leistungssports auf gesichertem hohen Niveau fortsetzen.

Ein weiterer unverzichtbarer Bereich für die Lebensqualität der Heimat Hessen sind Kunst und Kultur. Beides ist wichtig. Das ist nicht das Sahnehäubchen, wenn uns sonst nichts mehr einfällt. Gerade die Kultur spiegelt für die Gesellschaft das, was das Gedächtnis für den Einzelnen umfasst. Sie bietet Orientierung, schafft Gemeinschaft und ermöglicht, Wurzeln zu bewahren und Neues mutig aufzunehmen.

Unser Land ist reich an kulturellen Schätzen und kultureller Vielfalt. Die wollen wir in allen Facetten erhalten und weiterentwickeln. Mit dem Kulturatlas haben wir in Hessen eine wichtige Grundlage zur Erstellung eines Masterplans Kultur.

Zum Erhalt der historischen Liegenschaften, die natürlich ein Kernstück dieser Kultur sind, werden wir zudem nach dem Vorbild der Hochschulbauoffensive HEUREKA eine neue Kulturbauoffensive HERKULES starten. Dafür werden wir in den kommenden zehn Jahren zusätzlich 150 Millionen € zur Verfügung stellen. Denn die Sicherung des kulturellen Erbes für unsere Kinder und Enkelkinder bedeutet, dass man eine Brücke von der Vergangenheit in die Zukunft baut. Deshalb ist uns das wichtig.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in noch viel größerem Ausmaß gilt dieses Denken an die nachfolgenden Generationen bei der Bewahrung unserer Schöpfung. Sauberes Wasser, reine Luft und gesunde Böden sind die Grundlage unseres Lebens und Voraussetzung für die hohe Lebensqualität in unserem Land. Diesem Ziel dient die erfolgreiche hessische Nachhaltigkeitsstrategie, die wir deshalb konsequent weiterentwickeln werden.

Insbesondere die globale Erwärmung und der Klimawandel sind Entwicklungen, vor denen keiner die Augen verschließen kann. Sie sind Realität und keine Fake News.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden deshalb engagiert daran arbeiten, unsere Klimaschutzziele entsprechend dem hessischen Klimaschutzplan 2025 weiterzuverfolgen. Wir wollen sie fortentwickeln. Dabei wollen wir bis 2030 die Treibhausgasemissionen um 55 % im Vergleich zu 1990 senken. Wir setzen dabei vor allem auf Information und auf Anreize für die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft.

Zu diesem Verständnis gehört auch eine ganzheitliche Energiepolitik, die nicht nur den Strom, sondern ebenso Wärme und Verkehr einbezieht. Wir werden unsere engagierte Energiepolitik fortsetzen, unter anderem mit einem neuen Fotovoltaikprogramm sowie einem neuen Schwerpunkt bei der Energieeffizienz und -einsparung. Bei der energetischen Sanierung der Wohngebäude wollen wir deutlich schneller werden und die Rate bis zum Jahr 2025 auf 27.000 Gebäude pro Jahr verdoppeln. Das ist anspruchsvoll. Aber wir sind zuversichtlich, dass es gelingen wird.

Das wollen wir insbesondere durch die Energieberatung der Bürgerinnen und Bürger sowie kleiner und mittlerer Unternehmen erreichen. Wir wollen das verstärken und sie insbesondere über vorhandene Fördermöglichkeiten besser informieren.

Für die Nachhaltigkeit, ein gutes Leben und den Erhalt unserer Kulturlandschaft hat auch unsere Landwirtschaft eine unschätzbare Bedeutung.

Präsident Boris Rhein:

Herr Ministerpräsident, ich erinnere an die vereinbarte Redezeit für die Fraktionen.

Volker Bouffier, Ministerpräsident:

Gesunde, regional erzeugte Lebensmittel gehören für die allermeisten Menschen zur Lebensqualität. Die mittelständische, familienbetriebene bäuerliche Landwirtschaft verdient dabei unsere besondere Wertschätzung und Unterstützung. Deshalb wollen wir den Berufsstand stärken und zur gesellschaftlichen Akzeptanz und Anerkennung der Arbeit der Bäuerinnen und Bauern beitragen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der „Zukunftspakt hessische Landwirtschaft“ wird auch in den nächsten Jahren die wesentliche Säule unserer Agrarpolitik bleiben. Wir wollen weiterhin einen fairen Ausgleich zwischen konventioneller und ökologischer Landwirtschaft ermöglichen. Unabhängig davon, ob sich ein Betrieb ökologisch oder konventionell ausrichtet, wird es weiterhin eine gezielte Förderung und Angebote für eine nachhaltige Landwirtschaft geben.

Wir wollen den Anteil ökologisch bewirtschafteter Flächen auf 25 % erhöhen. Schon jetzt hat Hessen einen Spitzenplatz beim ökologischen Landbau erreicht.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch der Natur- und Artenschutz ist ein zentraler Bestandteil unseres Leitbildes zur Bewahrung unserer Schöpfung. Die Hessische Biodiversitätsstrategie ist dafür eine bewährte Grundlage. Diese Strategie wollen wir fortentwickeln, um den Rückgang bedrohter Arten zu stoppen und die Lebensräume für die Tier- und Pflanzenwelt insgesamt zu schützen.

Auch die bestehenden Naturschutzgroßprojekte werden wir weiter vorantreiben und die Einwerbung europäischer Fördermittel verstärken. Besonders wertvolle Naturwälder wollen wir für die nachfolgenden Generationen dauerhaft rechtlich sichern.

Ich nenne ein Beispiel. Den Nationalpark Kellerwald-Edersee wollen wir im Einvernehmen mit der Region um die Nordhänge des Edersees erweitern. Die touristische Nutzung dieser Flächen wollen wir umfassend sicherstellen, die Nutzung der Wasserfläche des Edersees aber nicht einschränken.

Denn eines bleibt uneingeschränkt unsere Maxime – ich nenne das als Beispiel –: Politische Maßnahmen zum Schutz unserer Natur und zur Reduktion der Treibhausgasemissionen müssen immer verhältnismäßig sein und einen Dreiklang erfüllen, den Dreiklang aus ökologischen, ökonomischen und sozialen Belangen. Sie sind gleichrangig zu berücksichtigen.

Das gilt natürlich gerade auch für die Verkehrspolitik. Einerseits hat sie eine besondere Rolle bei der Klimaschutzpolitik. Andererseits ist sie für die Sicherung der Mobilität der Menschen und der Güter essenziell. Sie ist essenziell für unsere wirtschaftliche Dynamik und die individuelle Freiheit.

Wir beachten beides: eine engagierte Klimaschutzpolitik und eine intensive Verkehrspolitik. Deshalb ist noch nie so viel Geld in Busse, Bahnen, Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen wie in den Jahren seit 2014 geflossen.

(Anhaltender Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diesen Weg werden wir konsequent fortsetzen. Wir wollen die Mobilität für jeden Einzelnen einfacher und umweltschonender machen. Wir wollen aber die verschiedenen Verkehrsarten nicht gegeneinander ausspielen. Deshalb werden wir das Tempo beim Ausbau unserer Verkehrswege steigern. Wir werden insbesondere die Mittel und Planungskapazitäten für den Landesstraßen- und Radwegebau erhöhen.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Haus wird oft über die Landesstraßen und die entsprechenden Mittel diskutiert. Wir haben die Absicht, die Mittel für die Landesstraßen bis zum Ende dieser Legislaturperiode auf 170 Millionen € anzuheben. Gleichzeitig werden wir konsequent die Ertüchtigung der Autobahnkreuze, die Sanierung der Brückenbauwerke verfolgen. Wir werden die Autobahnprojekte wie die A 44 und die A 49 sowie den Riederwaldtunnel fertigstellen. Die Mittel für den Straßenbau in Hessen sind auf einem historischen Höchststand. Daran wollen wir festhalten.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jeder zusätzliche Meter Gleis entlastet auch den Straßenverkehr. Die Neu- und Ausbauprojekte Rhein-Main-Rhein-Neckar oder Hanau-Fulda sowie Nahverkehrsprojekte wie die Nordmainische S-Bahn und die Regionaltangente West werden wir entschieden vorantreiben.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach dem großen Erfolg des Schülertickets wollen wir die Ausdehnung des Flatrateprinzips auf weitere Bevölkerungsgruppen. Der nächste Schritt ist das Senienticket und ein Hessenticket für Ehrenamtliche. Langfristige Vision ist ein kostengünstiges Bürgerticket. Deshalb begrüßen wir sehr die Initiative zur Einführung eines Kommuntickets für Beschäftigte der Kommunen und werben bei der Wirtschaft für entsprechende Jobtickets.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesen Leitbildern und vielen konkreten Projekten und Maßnahmen habe ich Ihnen aufgezeigt, wie wir unser Bundesland in eine gute Zukunft führen wollen. Wer etwas vermisst haben mag, den lade ich herzlich ein, unseren 196 Seiten starken Koalitionsvertrag aufmerksam zu lesen.

Das will und kann kein unveränderlicher Masterplan sein; denn angesichts der raschen Veränderungsprozesse werden auch neue, heute noch gar nicht absehbare Herausforderungen auf uns zukommen. Deshalb ist dieses Programm

gleichzeitig Weg- und Zielbeschreibung. Das wollen wir mit Vernunft, Augenmaß und klaren Werten verfolgen.

Wir wollen den offenen Dialog, das Ringen um tragfähige und zukunftsweisende Lösungen mit Argumenten und gegenseitigem Respekt – Respekt vor den Grundüberzeugungen und auch Leistungen des anderen. Monokausale Erklärungsmuster oder gar ideologische Welterklärungen bringen uns genauso wenig weiter wie der Appell an diffuse Ängste.

Lassen Sie uns über eine Politik streiten, die sich an der Lebenswirklichkeit der Menschen orientiert – unaufgeregt und sachorientiert, mit klarem Blick für die Umsetzung, aber auch für die konkrete Wirkung für die Menschen in unserem Land. Dietrich Bonhoeffer hat es einmal so formuliert:

Die Ehrfurcht vor der Vergangenheit und die Verantwortung gegenüber der Zukunft geben fürs Leben die richtige Haltung.

Das ist unsere Maxime. Wir wollen mit Vernunft und Leidenschaft für die eigenen Überzeugungen und Werte eintreten und diese ohne glühenden Eifer oder gar Herabwürdigung Andersdenkender umsetzen.

Deshalb dürfen wir uns auf die Aufgaben der nächsten fünf Jahre freuen. Demokratie braucht heute keine großen Helden mehr, aber engagierte Demokraten. Wir können die Zukunft unserer freiheitlichen Ordnung und den Zusammenhalt in der Gesellschaft nicht alleine sichern. Die Gesellschaft, das sind wir alle. Wir alle haben es in der Hand, wie wir miteinander umgehen und in welcher Gesellschaft wir heute und morgen leben wollen.

Deshalb laden wir alle hier im Parlament und jeden in unserem Land dazu ein, an der Gestaltung unserer Zukunft in einem lebendigen und lebenswerten demokratischen Gemeinwesen mitzuwirken. Unsere Vorstellungen dazu habe ich beschrieben. Erreichen können wir dies nur gemeinsam, mit Zuversicht und mit Mut – nicht mit Übermut. Mit dieser Zuversicht und diesem Mut, aber auch mit Demut vor der Aufgabe nehmen wir unsere Arbeit für die kommende Legislaturperiode auf. Wir tun dies, damit Hessen auch in Zukunft stark, sicher und lebenswert bleibt. – Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Boris Rhein:

Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident. – Bevor ich die Aussprache eröffne, möchte ich auf der Besuchertribüne unsere ehemalige Kollegin Karin Wolff begrüßen. Liebe Frau Wolff, seien Sie uns herzlich willkommen. Wir freuen uns, dass Sie bei uns sind.

(Allgemeiner Beifall)

Gemäß der vereinbarten Rednerreihenfolge beginnen wir nun mit der SPD, dann folgt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dann die Fraktion der AfD, die ihre Redezeit bereits aufgeteilt hat, dann die Freien Demokraten, dann die LINKE, dann die CDU-Fraktion und, sofern gewünscht, die fraktionslose Abgeordnete. Den Oppositionsfraktionen sind fünf Minuten zusätzliche Redezeit zugewachsen.

Herr Fraktionsvorsitzender Schäfer-Gümbel, Sie haben das Wort.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Rollenverteilung im Hessischen Landtag in der 20. Wahlperiode ist eindeutig. Am 28. Oktober 2018 haben die Bürgerinnen und Bürger mit der denkbar knappsten möglichen Mehrheit von knapp 1.000 Stimmen Schwarz-Grün im Hessischen Landtag bestätigt.

(Demonstrativer Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit ist die Rollenverteilung klar: Es gibt Regierungsfaktionen, die bereits in den letzten fünf Jahren für sich den Anspruch vertreten haben, dass sie entscheiden. Auf der anderen Seite gibt es Oppositionsfraktionen – insbesondere die sozialdemokratische Fraktion als stärkste Oppositionsfraktion –, die in ihrer Oppositionsrolle die Aufgabe haben, die Regierungspolitik zu begleiten, zu überwachen und Gegenvorschläge zum Regierungshandeln zu machen.

In genau diesem Rollenverständnis werden wir als sozialdemokratische Landtagsfraktion auch diese fünf Jahre angehen – auch wenn dieser Wahlsonntag für uns nach wie vor Nachwirkungen hat. Das werden Sie an ein paar Stellen meiner Rede merken, weil ich glaube, dass es nicht nur uns so geht.

Damit will ich zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten kommen. Wenn er blutiger Anfänger wäre, dann wäre es eine Regierungserklärung, die ich in der Sache an vielen Stellen anders aufnehmen würde als nach den Erfahrungen der letzten 20 Jahre. Der Ministerpräsident ist kein blutiger Anfänger. Er hat seit 20 Jahren Verantwortung. Er hat eine Mannschaft aufgestellt, die am Ende auf der Unionsseite auf 66 Regierungsjahre kommt. Worin darin der Neuanfang liegen soll, ist mir nicht klar. Er hat seine Regierungserklärung mit „Aufbruch im Wandel“ überschrieben. Das Problem ist schon an der Regierungserklärung deutlich geworden: Wenn man einen Aufbruch angehen will, braucht man ein Ziel, eine Idee, und am Ende braucht man vor allem Mut, um diese Fragen anzugehen. Davon war heute nichts zu spüren.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Ich bin sehr sicher, dass der Ministerpräsident viele Menschen beteiligt und beschäftigt hat, um diese Regierungserklärung zu schreiben. Aber von dem, was er als Zukunftsbild zu entwickeln versucht hat, war am Ende aus meiner Sicht wenig zu sehen.

(Zurufe CDU)

Keine normale Wahl war das, am 28. Oktober. Das gilt insbesondere für Union und SPD. Deswegen hätte ich schon beim Lesen des Koalitionsvertrags eigentlich die Erwartung gehabt, dass es nicht einfach eine Verlängerung der Gegenwart gibt, sondern dass wir uns einmal konsequent mit der Frage beschäftigen, was da eigentlich passiert ist, wo diese Verunsicherung entsteht, von der der Ministerpräsident – wie ich finde, zu Recht – gesprochen hat.

Mein Eindruck ist und bleibt, dass das Credo dieses Koalitionsvertrags und dieser Regierungskonstellation mehr der Machterhalt ist und weniger die Reformpolitik in diesem Land. Die GRÜNEN haben ja versucht, sich in aller Form gegen eine Reformregierung in Hessen zu winden.

(Beifall SPD und René Rock (Freie Demokraten) – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie kommen Sie denn auf diese Idee?)

Eines muss man BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei diesem Koalitionsvertrag allerdings lassen, Herr Wagner: Mit 19,8 % haben Sie in der Tat aus Sicht der GRÜNEN – mit einer Ausnahme, zu der ich später kommen werde – ziemlich viel herausgeholt – einschließlich 90 % der freien Mittel des Haushalts, die nicht zwingend durch formale Vorgaben oder Personalgeschichten gebunden sind. 90 % der freien Mittel sind in grünen Ressorts. Deswegen werden die nächsten fünf Jahre mit Blick auf die Ansprüche spannend.

Von Aufbruch im Wandel, Herr Boddenberg, Herr Bouffier, ist zumindest auf Unionsseite wenig zu sehen; ich habe eben schon eine Bemerkung dazu gemacht. Das Kabinett besteht doch eher aus altbekannten Gesichtern, auch wenn Sie behaupten, dass es ein Team für die Zukunft sei.

(Holger Bellino (CDU): Das nennt man Erfahrung!)

Mein Eindruck jedenfalls ist – und ich glaube, dass ich damit nicht allein bin –, dass die tatsächliche Besetzung des Kabinetts eher das Resultat des beliebten Kinderspiels „Reise nach Jerusalem“ war als eine Antwort auf die Frage des eben beschriebenen Neuanfangs. Jedenfalls sind auf den Stühlen diejenigen, deren Stimmen bei der Wahl des Ministerpräsidenten gebraucht wurden. Darin liegt kein Aufbruch.

(Beifall SPD)

Herr Ministerpräsident, damit will ich auch gar nicht eine Stunde und zehn Minuten verbringen, sondern ich will mich heute ausdrücklich auf die strategischen Fragen des Landes in den nächsten Jahren konzentrieren.

Der Ministerpräsident hat ja versucht, in seiner Rede auch auf die einzige wirklich neue Personalie einzugehen, die ich in der Tat begrüßt habe, nämlich weil ich Frau Dr. Sinemus ausdrücklich zubillige und auch zutraue, dass sie diese große Aufgabe der Digitalisierung in dieser Hessischen Landesregierung angehen kann,

(Holger Bellino (CDU): Hört, hört!)

wenn sie dazu die Möglichkeiten bekommt. Auch dazu werde ich gleich noch ein paar Bemerkungen machen.

Deswegen verwundert es nicht, dass die Digitalisierung, weil es nach den letzten fünf Jahren im Prinzip das einzige Neue ist, was Sie hier zu bieten haben, zumindest in Ihrem schriftlichen Manuskript 33-mal als Begriff auftaucht – ich habe jetzt bei Ihrem Vortrag nicht mehr mitgezählt. Aber die spannende Frage, wenn ich mir Ihre Rede anhöre und durchlese, ist, ob aus dem 33-maligen Nennen des Wortes „digital“ in den unterschiedlichsten Abwandlungen irgendeine Form von Strategie wird.

Ich will Ihnen eine Passage vorlesen, damit sie sich Ihnen noch einmal vermittelt.

(Holger Bellino (CDU): Wir haben das doch schon gehört!)

Sie schreiben in Ihrem Manuskript:

Wir behalten dabei besonders die Beschäftigten im Auge. Die Digitalisierung stellt sie vor grundlegende Veränderungen ihres Berufslebens.

(Holger Bellino (CDU): Ja!)

Die Sorgen um die Zukunft des eigenen Arbeitsplatzes werden konkret.

(Holger Bellino (CDU): Ja!)

Arbeit 4.0 verändert unsere hergebrachten Produktionsweisen, Dienstleistungen und damit auch Berufsbilder. Wir laden die Wirtschaft und die Gewerkschaften ein, im Dialog zu gemeinsamen Lösungen zu kommen, wie wir die Chancen dieses Veränderungsprozesses im Interesse der Beschäftigten gestalten.

(Beifall CDU)

Von einer Landesregierung, die für sich in Anspruch nimmt, im Besitz der tieferen Wahrheit zu sein, kann man allerdings erwarten, dass wenigstens ein einziger Vorschlag gemacht worden wäre, wie man in diese Gespräche geht.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Ich will dazu gerne ein paar Bemerkungen machen.

(Ministerpräsident Volker Bouffier: Sie müssen das mit dem lebenslangen Lernen noch vorlesen!)

– Ja, zu dem lebenslangen Lernen komme ich gleich noch, Herr Bouffier, keine Sorge. – Dieser Koalitionsvertrag und diese Regierungserklärung sind geprägt und getragen von einem „Weiter so“. Sicherheit im Wandel mit konkreten Vorschlägen spielt keine Rolle. Sie hätten beispielsweise – da sind wir in der Sache möglicherweise unterschiedlicher Auffassung – über das Arbeitslosengeld Q reden können als einem Vorschlag, wie man mit dem Wandel in der Arbeitswelt umgeht – oder über das Chancenkonto.

(Beifall SPD)

Sie hätten über einem möglichen Vorschlag zu einer Wahl-arbeitszeit reden können, um die Fortschritte und Chancen der Digitalisierung für eine moderne Arbeitszeit- und Arbeitsplatzgestaltung angemessen sowohl für Arbeitgeber als auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu nutzen. Aber nichts davon ist vermittelt worden. Sie haben in Ihrer Regierungserklärung keinen einzigen konkreten Vorschlag dazu gemacht. Ich finde, das ist zu wenig, wenn man hier über „Aufbruch im Wandel“ redet.

(Beifall SPD)

Die Begriffe „lebensbegleitendes Lernen“, „Weiterbildung“, „Nachqualifizierung“ kommen im Kern in dieser Regierungserklärung nicht vor.

Sie haben ein bisschen über das Thema Infrastruktur und den ländlichen Raum geredet. Mir ist auch nach Ihren Ausführungen nicht klar, wie Sie das am Ende umsetzen wollen. Dass das Thema Digitalisierung nicht nur mit Infrastruktur etwas zu tun hat, sondern mit Bildungsinhalten,

(Günter Rudolph (SPD): Kein Ton!)

hat in Ihrer Rede keine Rolle gespielt. Ich finde, das ist einfach zu wenig, wenn man sich mit Digitalisierung als dem zentralen Thema beschäftigt.

(Beifall SPD und Jürgen Lenders (Freie Demokraten))

Sie haben sich für Fragen der IT-Sicherheit gerühmt und Maßnahmen angekündigt. Ich halte das intern für richtig, weil es notwendig ist, sich mit Datenschutz und Datensicherheit, E-Governance und anderen Themen zu beschäftigen. Ich hätte mir heute gut vorstellen können, dass einmal

ein Vorschlag dazukommt, wie man die Hessische Zentrale für Datenverarbeitung neu aufstellt und weiterentwickelt. Aber auch dazu kam nichts. Dass Sie allerdings mit dem Thema Datenschutz nur wenig zu tun haben und Ihre Probleme damit haben, hat Ihnen nun das Bundesverfassungsgericht erneut ins Stammbuch geschrieben,

(Günter Rudolph (SPD): Zum wiederholten Male!)

mit Blick auf Ihre zum zweiten Mal gescheiterten Vorschläge zum Thema Kfz-Kennzeichenerkennung. Deswegen wundert es mich auch nicht, dass das Thema im Kern hier heute keine Rolle gespielt hat.

(Beifall SPD)

Aber das ist zu wenig, wenn man den Anspruch hat, die Digitalisierung zum zentralen Thema zu machen, gerade auch vor dem Hintergrund der Stärke Hessens, der Wirtschaftsstruktur. Da muss schon ein bisschen mehr Substanz an das, was man erzählt. Man darf sich das nicht nur aufschreiben lassen, damit das Stichwort möglichst oft vorkommt. Jedenfalls war Ihre Regierungserklärung in diesem Punkt eine ziemliche Enttäuschung.

Das gilt im Übrigen auch für andere Themen. Das gilt beispielsweise für Ihren kurzen Ausflug zum Thema Finanzplatz. Gerade der Finanzplatz und die Finanzwirtschaft als zweitgrößter Beschäftigungssektor in Hessen hätten es verdient, hier in dieser Rede etwas ausführlicher behandelt zu werden, insbesondere mit Blick darauf, dass alle beteiligten Fachleute sagen, dass es der Finanzplatz ist, wenn die Digitalisierung in ihren Arbeitsplatz- und Wertschöpfungseffekten zeitnah irgendwo eine Rolle spielt. Das ist der zweitgrößte Beschäftigungssektor. Das hat in Ihrer Regierungserklärung faktisch keine Rolle gespielt. Lediglich im Redemanuskript oder im Koalitionsvertrag spielt es noch eine Rolle in Form Ihrer sogenannten Deutschland-Rente, die ja von der Fachwelt wie auch von den Fraktionen im Deutschen Bundestag, angefangen von den GRÜNEN bis zur Union, im Kern als Rohrkrepierer bezeichnet wird.

(Günter Rudolph (SPD): Ja!)

Das ist zu wenig, wenn man den Anspruch formuliert, Aufbruch in Hessen zu schaffen.

(Beifall SPD und Oliver Stirböck (Freie Demokraten))

Ich will ganz bewusst mit Blick auf mögliche Verwerfungen der nächsten Zeit das Thema Finanzplatz noch ein bisschen weiterentwickeln. Wenn es so ist, dass der Finanzplatz und der Finanzsektor der zweitgrößte Beschäftigungssektor unseres Landes sind, sind sie bei allen Schwächen immer noch einer der wesentlichen Gründe dafür, dass Hessen ein finanzstarkes Land ist. Man muss sehr genau hinschauen, was da gerade passiert. Das gilt aber nicht nur für den Finanzsektor.

Die drei größten Beschäftigungssektoren des Landes sind Verkehr und Logistik, insbesondere auch die Luftverkehrswirtschaft, zweitens der Finanzplatz und der Finanzsektor und drittens der gesamte Block Automotive. Dass in einer Regierungserklärung die drei großen Beschäftigungssektoren angesichts der Verwerfungen, die wir gerade erleben und die auch durch den Brexit drohen, konkretisiert werden, hätte man zumindest einmal erwarten können – auch mit Blick auf die Fragen, was das technologisch heißt, was das für den Erhalt von Wertschöpfung bedeutet. Man hätte im Mutterland und im Stammland von Opel möglicherwei-

se auch einmal zwei Sätze dazu sagen können, dass das, was PSA gerade bei Opel macht, eine Sauerei für die Beschäftigten ist.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Das gilt erst recht, wenn man den Punkt Verkehrs- und Mobilitätswende ernst nimmt. Wenn wir darüber reden, dass wir die Elektrifizierung der Mobilität wollen und brauchen: Was heißt das denn für Technologiestränge? Was heißt das denn für die Ausrichtung der Forschungs- und Wissenschaftspolitik des Landes? – In anderen Bundesländern beispielsweise wird so etwas wie industriennahe Forschung in der Tat intensiv begleitet. Ich vernehme aus dem Automotivbereich in Hessen eher eine kritische Distanz dazu, was passiert. Aber wenn es nicht gelingt, diesen Prozess gestalterisch zu begleiten, wird das am Ende zu Wohlstands- und zu Arbeitsplatzverlusten in massivem Umfang in Hessen führen. Ich hätte angesichts dieser Fragen, die in den nächsten fünf Jahren von zentraler Bedeutung für unser Land werden, erwartet, dass ein Ministerpräsident in einer Regierungserklärung zu Beginn der Legislaturperiode dazu einmal etwas sagt.

(Beifall SPD)

Damit will ich gern zum zweiten großen Feld kommen, das aus unserer Sicht strategische Bedeutung für das Land hat und auch im Landtagswahlkampf eine große Rolle gespielt hat. Das sind in der Tat die Mobilitätswende und die Frage, in welchem Zustand die Mobilitätswende auch und gerade in Hessen ist.

Die Scherze auf Twitter zum Thema „Staufreies Hessen“ stehen mir längst Oberkante Unterlippe. Wir erinnern uns alle: Es gab einmal einen Ministerpräsidenten Roland Koch, der vor der Landtagswahl 1999 gesagt hat, dass – wenn er Ministerpräsident wird – am nächsten Tag die Bagger an der A 49 und der A 44 rollen werden.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist glatt gelogen!)

Das hat nicht ganz funktioniert. Ich bin froh, dass im Koalitionsvertrag wenigstens steht, dass die A 44 weitergebaut werden soll.

(Zuruf SPD: Hört, hört!)

Die Ankündigung des Ministerpräsidenten, dass er den Riederwaldtunnel bis Ende der Periode fertiggestellt haben wird, legen wir uns ganz definitiv, wie manch anderes, was gesagt wurde, auf die Seite und schauen es uns in fünf Jahren an.

(Beifall SPD – Zuruf Günter Rudolph (SPD))

– Ich habe den Ministerpräsidenten offensichtlich falsch zitiert. Dann will ich mir das im Protokoll ausdrücklich noch einmal anschauen und im Zweifelsfall zurücknehmen. Denn falsch zitieren will ich natürlich ausdrücklich niemanden.

(Günter Rudolph (SPD): Es wird schon so sein!)

Ich freue mich darüber, dass die A 44 wenigstens weitergebaut werden soll. Aber dass das Thema Mobilitätswende in Hessen riesige Vollzugsdefizite und konzeptionelle Probleme hat, ist doch offensichtlich. Ich bin ziemlich sicher, dass diese Regierungskoalition nicht noch einmal fünf Jahre kommunikativ damit durchkommen wird, dass sie fünf Jahre lang erklärt, dass sie sich mag. Das wird in den nächsten fünf Jahren ganz ausdrücklich nicht mehr reichen, sondern Sie werden in diesen großen strategischen Fragen

liefern müssen. Das ist übrigens auch das beste Rezept gegen Populismus, aber dazu komme ich am Ende noch einmal.

Wenn Busse und Bahnen voll sind, dann muss man von einem Land erwarten – genauso wie von allen anderen Akteuren; denn es ist eine Binsenweisheit, dass das Land das nicht allein kann –, dass da mehr Tempo und Druck gemacht werden. Das gilt auch für den Straßenbau. Ich bleibe dabei, dass die im Grundsatz richtige Botschaft „Sanierung vor Neubau“ – das haben wir fünf Jahre lang immer mitgetragen – in Hessen ganz offensichtlich in letzter Zeit eher zu „Sanierung statt Neubau“ wurde. Das halten wir für falsch.

(Beifall SPD)

Wir werden auch bei der Frage der Infrastrukturentwicklung weitere Maßnahmen ergreifen müssen. Das gilt für den schienengebundenen Verkehr ganz besonders, weil wir ansonsten die verkehrlichen Fragen in Hessen nicht gelöst bekommen. Aber es gilt eben ganz ausdrücklich auch für den Straßenbau. Ich nenne nur einmal das Stichwort Odenwald. Das ist übrigens ein Landkreis, der uns hier im Hessischen Landtag in nächster Zeit sicherlich häufiger beschäftigen wird.

(Vereinzelter Beifall Freie Demokraten)

Dazu hätte ich mir dann übrigens auch gewünscht, Herr Ministerpräsident, dass ein paar Sätze mehr zur Frage der Perspektive von Hessen Mobil im Hessischen Landtag in dieser Regierungserklärung fallen. Denn Hessen Mobil ist das zentrale Instrument des Landes bei der verkehrlichen Infrastrukturentwicklung. Wie die Verzahnung mit dem Ministerium aussehen soll und wie vor allem der notwendige Personalaufbau in den nächsten Jahren sichergestellt werden soll, ist zu klären.

Das Thema Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst wird eine Riesenherausforderung für uns alle werden. Es hat in den letzten zwei Jahren immer einmal wieder eine Rolle gespielt. Wir haben dazu unterschiedlichste Vorschläge gemacht. Ich stelle fest, dass das in Ihrer Regierungserklärung faktisch keine Rolle gespielt hat. Das betrifft auch größere Infrastrukturprojekte wie den aus meiner Sicht zwingend notwendige Ringschluss, den schienengebundenen Ringschluss, um den Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main, den man jetzt anschieben muss, wenn man will, dass er in 15 oder 20 Jahren Realität werden soll. Denn diese Themen sind so arg sperrig. Auch da hätte ich mir gewünscht, dass etwas dazu gesagt wird. Dass nichts dazu gesagt wird, macht mich sehr nachdenklich, was diese Frage angeht.

(Beifall SPD und vereinzelt Freie Demokraten)

Zu Fahrverboten und zum Diesel halte ich mich heute zurück, weil wir morgen die Gelegenheit haben, das intensiv zu diskutieren. Aber auch darüber werden wir zu reden haben, ebenso wie über das Thema Straßenausbaubeiträge, ebenfalls ein Element der Stärkung des ländlichen Raumes auf der einen Seite und der Frage von Verkehrs- und Infrastrukturpolitik. Darüber haben wir gestern bereits intensiv miteinander diskutiert.

Ich will allerdings einen Punkt noch einmal aufnehmen; denn dieser ist mir in der Debatte gestern zu kurz gekommen. Die Unterfinanzierung der kommunalen Seite, zu der wir uns zwischen Schwarz-Grün und dem Rest heftig gestritten haben, hat sich deswegen in den letzten Jahren so

verschlechtert, weil man immer sehen muss, dass der Aufgabekatalog für die kommunale Seite in Hessen überdurchschnittlich stark gestiegen ist und die Finanzierung nicht entsprechend mitgewachsen ist.

Das hat hier insbesondere bei dem Thema Investitionen beim Kommunalen Finanzausgleich immer eine große Rolle gespielt. Dieses Thema ist nicht weg. Das heißt, wenn man Ihren Ansatz, den ich für falsch halte, wenigstens ernst nehmen würde, dann muss man dafür sorgen, dass die kommunale Seite mit Finanzmitteln so ausgestattet werden kann, dass sie eine ernsthafte und realistische Chance hat, auch diese Entscheidung zu treffen, Straßenausbaubeiträge abzuschaffen. Sonst bleibt es eine Mogelpackung.

(Beifall SPD)

Kollege Michael Boddenberg wird sich möglicherweise an die erste Haushaltsdebatte der letzten Legislaturperiode erinnern,

(Michael Boddenberg (CDU): Ja!)

als ich vorgeschlagen habe, weil ich weiß, dass das Thema Staatsmodernisierung ein sperriges und schwieriges Thema ist, mit Blick auf den modernen Staat eine Enquetekommission einzurichten. Denn ich glaube – auch nach den Erfahrungen der letzten 40 Jahre, Stichwort: Stadt Lahn und manch anderes mehr; nun rede ich allerdings nicht über Gebietskörperschaften, sondern über Funktionalreform –, dass das alles komplizierte und schwierige Themen sind. Die Antwort von Ihnen, Herr Boddenberg, war damals in der Debatte: Sie machen Staatsmodernisierung in Hessen jeden Tag.

(Michael Boddenberg (CDU): Ja!)

Das war ein netter Lacher, den wir damals miteinander hatten. Ich will es trotzdem noch einmal seitens der SPD-Fraktion versuchen. Denn Opposition heißt eben auch konstruktiv-kritische Begleitung. Ich will das noch einmal in Richtung der Regierungsfaktionen genauso wie beim Thema Finanzplatz sagen: Wir bieten Ihnen an, gemeinsam eine Enquetekommission einzurichten oder ein anderes Instrument zu finden, um das Thema der Staatsmodernisierung endlich anzugehen.

Unsere Strukturen müssen überarbeitet werden. Fachkräftemangel ist das eine Thema. Digitalisierung ist das andere Thema. Ich glaube, in einer gemeinsamen Kraftanstrengung kann man da einiges erreichen, weil wir es aus dem parteipolitischen Streit herausnehmen könnten. Das Angebot der SPD-Landtagsfraktion lautet nach wie vor: Lassen Sie uns diese große gemeinsame Aufgabe endlich angehen. Das Durchwurschteln muss jedenfalls ein Ende haben.

(Beifall SPD)

Wenn wir über Mobilitätswende reden, reden wir natürlich auch über den Luftverkehr. Der Ministerpräsident hat dankenswerterweise das Interview von Thomas Jühe, dem Vorsitzenden der Fluglärnkommision, von vergangener Woche in einer Tageszeitung aufgenommen – mit dem Hinweis darauf, dass Thomas Jühe in dem Interview ausdrücklich gesagt hat, auch als Sozialdemokrat, dass er froh ist, dass unter der letzten Landesregierung, insbesondere unter dem derzeitigen Wirtschaftsminister, in Sachen Fluglärm mehr passiert ist als davor. Diese Einschätzung teile ich ausdrücklich. Das haben wir auch mehrfach gesagt.

Der Wirtschaftsminister hat sich fünf Jahre in keiner Regierung mit diesem Thema beschäftigt – kein einziges Mal,

obwohl es eines der strittigsten Themen der Landespolitik war –, weil er sich dieser Debatte hier im Haus aus eigener Initiative und Kraft immer verweigert hat.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Unser Punkt war nur immer in der Debatte auch mit dem Wirtschaftsminister, dass wir der Auffassung sind – und das haben wir dann auch immer mal wieder gesagt –, dass manches von dem, was er in den letzten fünf Jahren gemacht hat, noch vor der letzten Landtagswahl, wenn es die Sozialdemokratie vorgeschlagen hat, als reformistisch abgelehnt wurde.

Ich erinnere mich noch an Sondierungsgespräche zwischen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der Linkspartei vor fünf Jahren, in denen diese Frage einer der ganz großen Konflikte war, weil BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und auch der damalige Landesvorsitzende Tarek Al-Wazir nicht sprechfähig waren bei den Themen Lärmobergrenze, Lärmpausen und vielem anderen mehr. Alle haben sich belagert – nach dem Motto: Wer sich zuerst bewegt, hat verloren. Das war eine Form von Mikado, die da politisch gespielt wurde, die bedenklich ist. Diesen Teil erhalten wir auch aufrecht.

(Lachen Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Trotzdem ist in den letzten fünf Jahren das eine oder andere passiert. Bei den Themen Lärmpausen und Lärmobergrenzen hatten wir konzeptionell unterschiedliche Vorstellungen. Ich will allerdings auch sagen, dass die Widersprüchlichkeit einer der Punkte sein wird – das Thema Widersprüchlichkeit wird gleich noch ein paarmal eine Rolle spielen –, die in der nächsten Zeit hier eine immer größere Rolle spielen werden. Denn der anfängliche Widerstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – ich erinnere mich an die „Bild“-Zeitung, die nach dem Motto schrieb: „Mit mir kein T 3“ –

(Zuruf SPD: Oh ja!)

löste sich am Ende auf in das Fernbleiben beim Spatenstich des T 3. Das kann man so machen.

(Beifall SPD und vereinzelt Freie Demokraten)

Besonders klug und geschickt fand ich das nicht.

(Zuruf René Rock (Freie Demokraten))

Dass unter Tarek Al-Wazir und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mehr Nachtflüge genehmigt wurden als jemals zuvor – nicht einmal Florian Rentsch hat das hingekriegt –, gehört auch zur Wahrheit dazu.

(Zuruf SPD: Hört, hört!)

Mein Dauerärgernis ist die politisch motivierte und begleitete – „motiviert“ ziehe ich zurück, weil es nicht politisch motiviert war –, aber politisch abgesicherte Ansiedlung von Ryanair am Frankfurter Flughafen, dieser Heuschrecke des Luftverkehrs.

(Zuruf René Rock (Freie Demokraten))

Das ist nach wie vor etwas, was politisch ebenfalls mit dieser Regierung nach Hause geht. Mit uns hätte es das in der Tat nicht gegeben. Das haben wir für falsch gehalten.

(Beifall SPD – Lachen Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dass der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung „Aufbruch im Wandel“ zu den beiden Fragen: „Wie gehen wir mit Ryanair und der Beschäftigungssituation am Frankfurter Flughafen sowie mit dem Dauerstreit bzw. Dauerkonflikt zwischen Lufthansa auf der einen Seite und Fraport auf der anderen Seite um?“,

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Rheinland-Pfalz, Herr Kollege! – Gegenruf Günter Rudolph (SPD): Wir sind aber in Hessen!)

gar nichts sagt,

(Marius Weiß (SPD): Kein Wort! Null!)

ist auch ein Hinweis darauf, dass bestimmte Fragen auch in Zukunft liegen bleiben.

(Beifall SPD)

Ich habe mich darüber gefreut, dass die GRÜNEN im Koalitionsvertrag ganz offensichtlich ihren Frieden mit Kassel-Calden gemacht haben. Das fand ich angesichts der Wahlkampfsituation einen interessanten Vorgang. Aber gut, das ist jetzt auch gut so.

Ich will trotzdem noch einmal unterstreichen, dass wir in der Flughafenpolitik wie in anderen Bereichen immer differenziert draufschauen werden: Was ist richtig? Was teilen wir? – Was wir teilen, werden wir auch positiv begleiten. Wo wir anderer Auffassung sind, werden wir etwas einbringen. Das gilt im Übrigen auch mit Blick auf die Energiewende. Das gab mir gestern schon Gelegenheit, etwas zu sagen, aber ich will es heute aufnehmen; denn auch das hat etwas mit Widersprüchen und mit Widersprüchlichkeiten zu tun.

Ich war vor wenigen Wochen mit meiner SPD-Fraktion in der Regionalversammlung. Das Thema „Teilplan Erneuerbare Energien Südhessen“ hat eine gewisse Rolle gespielt. Dass die grüne Regierungspräsidentin den neuen Teilplan Erneuerbare Energien Südhessen zwei Tage vor der Landtagswahl

(Torsten Warnecke (SPD): Immerhin!)

auf USB-Stick den Abgeordneten schickt

(Torsten Warnecke (SPD): Immerhin!)

und dies mit dem Hinweis verbindet, man möge das möglichst noch im Dezember beschließen,

(Torsten Warnecke (SPD): Tja!)

dass parallel dazu Sandra Funken, CDU-Abgeordnete aus dem Odenwaldkreis, die mit wenigen Stimmen Vorsprung den Wahlkreis gewonnen hat mit einer hoch aggressiven Positionierung gegen jedes einzelne Windrad im Odenwaldkreis

(Zustimmung SPD – Zuruf AfD: Käse!)

und mit dem Hinweis darauf, dass man eigentlich in Südhessen in der Regionalversammlung nichts daran machen könne, denn das sei das Problem der Großen Koalition,

(Günter Rudolph (SPD): Ja!)

während der Kollege Frank Diefenbach vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dessen Homepage ich heute Morgen ausführlich studiert habe,

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lohnt sich immer!)

ausdrücklich die Grundposition in Sachen erneuerbarer Energien teilt, die die SPD trägt, die die GRÜNEN tragen, die formal auch die Union trägt – ausdrücklich nehme ich die Position der FDP aus –, dass das ein Dauerkonflikt dieser Koalition bleiben wird, ist doch offensichtlich. Die Beispiele wurden gestern schon genannt. Peter Beuth stimmt immer frohlockend den Energiewendeanträgen der Koalition zu, während er in seinem eigenen Wahlkreis keine Gelegenheit auslässt, gegen jedes Windrad zu polemisieren, dem er begegnet oder das gebaut wird. Dieser Konflikt wird bleiben und größer werden.

(Marius Weiß (SPD): So ist es! – Günter Rudolph (SPD): Scheinheilig, scheinheilig, scheinheilig!)

Ich habe mit meiner Fraktion auch in der Regionalversammlung gesagt: Ich glaube, dass das 2-%-Ziel, wie wir es beim Energiegipfel auf Ihre Einladung hin vor einigen Jahren gemeinsam verabredet haben, angesichts der Entscheidung der Kohlekommission so nicht aufrechterhalten werden kann.

(Nancy Faeser (SPD): Richtig!)

Wir werden bei den Themen Netzausbau, Speicherung und Zubau erneuerbarer Energien nachlegen müssen. Dazu muss es auch in Südhessen einen regionalen Ausgleich geben; denn diese Frage wird nicht allein im Rheingau, im Main-Kinzig-Kreis oder im Odenwald gelöst werden.

(Beifall SPD)

Aber die Position, gar kein Windrad mehr zu bauen, wird ganz sicher nicht mehrheitsfähig sein. Ich verspreche Ihnen, dass Sie sehr bald in einer namentlichen Abstimmung die Gelegenheit bekommen, sich zu den energiepolitischen Vorstellungen von Schwarz-Grün zu bekennen.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Aber wir werden den Wirtschaftsminister dabei ausdrücklich bestärken.

Nach allem, was ich gesagt habe, hat der Wirtschaftsminister viele Aufgaben. Ich dachte eigentlich, dass er entlastet wird, zumal er schon vor der Landtagswahl immer und immer wieder erklärt hat, dass ein Wohnungswirtschaftsministerium oder ein Wohnungsministerium erst einmal ein Jahr Selbstbeschäftigung sei. Außerdem hat er jeden Tag erklärt, dass die Arbeit von Priska Hinz als Wohnungsbauministerin so exzellent ist,

(Mathias Wagner (Taurus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stimmt!)

dass das alles nicht notwendig sei.

Nach der Wahl haben wir festgestellt, dass das, was vor der Wahl gesagt wurde, so nicht mehr stimmt. Die angebliche Selbstbeschäftigung mit dem genannten Jahr der Neustrukturierung trifft jetzt das grüne Ministerium von Tarek Al-Wazir. Mein Eindruck ist, dass jenseits der wortreichen Ankündigungen offensichtlich die Probleme nicht kleiner werden.

Das kann man z. B. daran ersehen, dass die erste Ankündigung aus dem neuen Wohnungswirtschaftsministerium lautet, dass die Mietpreisbremse für den Raum Frankfurt sogar mit größeren Lücken versehen werden wird, weil mehr Stadtteile aus der Mietpreisbremse, die sowieso nicht funktioniert, zumal sie schon unter der alten Ministerin gescheitert ist, herausgenommen werden sollen – mit der Begründung, dort sei die Mietentwicklung nicht so stark.

Die Stadt Frankfurt und der Mieterverein haben dagegen Position bezogen und gesagt, sie hielten das für falsch. Denn insgesamt ist die Mietentwicklung in Frankfurt dramatisch. Wenn man über „Aufbruch im Wandel“ redet, kann man nicht als Ministerpräsident in dieser Regierungserklärung fordern, dieselben Instrumente, die schon in den letzten fünf Jahren nicht funktioniert haben, einfach für die Zukunft fortzuschreiben. Das wird keinen bezahlbaren Wohnraum in ausreichendem Maße schaffen.

(Beifall SPD)

Mein Eindruck ist und bleibt, dass bezahlbarer Wohnraum unter dieser Regierung keine Priorität genießen wird. Es wird nicht ohne die massive Ausweisung von zusätzlichen Flächen funktionieren. Wir alle in diesem Raum wissen, dass das zu Konflikten führen wird – auch und gerade wegen sehr unterschiedlicher politischer Vorstellungen. Es wird nicht gehen, ohne den Kampf gegen die Boden- und Grundspekulation einzudämmen. Es wird auch nicht ohne die Schaffung von Entfremdungsverboten gehen, um dafür zu sorgen, dass die Wohnraumspekulation beendet wird. Am Ende wird es auch nicht ohne schnellere Verfahren gehen und auch nicht ohne neue sowie moderne – vor allem durch Zuschüsse unterlegte – Förderprogramme. Ansonsten – das prognostiziere ich Ihnen – wird am Ende dieser Wahlperiode weniger bezahlbarer Wohnraum existieren, insbesondere in Form von Sozialwohnungen, als zu Beginn der Periode.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Damit will ich zum vierten Punkt, der Frage der Bildungsgerechtigkeit, kommen. In der Tat habe ich den Text, Mathias Wagner, gern gelesen.

(Mathias Wagner (Taurus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Echt?)

Ich meine den Text zum Thema Bildung.

(Mathias Wagner (Taurus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na!)

Ich habe den Text gern gelesen; denn mancher Textbaustein hat mich sehr an Wahlprogramme und Anträge der SPD erinnert. Mein Eindruck war, dass zumindest auf den ersten Blick und aus meiner Sicht die bildungspolitischen Vorstellungen zwischen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Sozialdemokratie näher beieinander sind als diejenigen mit der anderen Seite des Hauses.

(Mathias Wagner (Taurus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das spricht für euch!)

Das hat die Landesvorsitzende einmal in einem Interview dementiert und anders erklärt. Ich bleibe dabei, dass es meine Einschätzung ist, dass es sich mit Blick auf viele Themen, die wichtig sind – Inklusion, Ganztagschule, Bildungsinhalte, frühkindliche Bildung – ein bisschen bewegen könnte. Ich glaube, dass es da ein Problem gibt, zu dem ich gleich komme.

Ich habe mich während der Regierungserklärung sehr daran erinnert gefühlt, dass der Ministerpräsident – auch wenn die Geschichtsklitterung im Buch von Norbert Kartmann fröhliche Urstände gefeiert hat, warum der Bildungsgipfel gescheitert ist – auf dem JU-Landtag wenige Wochen vor dem Ende des Bildungsgipfels in Hessen gesagt hat, dass es keinen Millimeter Bewegung der Union in Richtung der SPD in so wichtigen Fragen wie der Ganztagschule geben werde. Wir haben im Landtagswahl-

kampf erlebt, wie unsere Vorstellungen zur Ganztagschule verbrämt wurden. Das ist Teil von politischer Rabulistik – geschenkt.

Aber dass der Ministerpräsident heute wieder erklärt, dass sich nichts ändern werde, macht mich sehr bösgläubig, ob die vernünftigen Sachen, die teilweise formuliert werden, am Ende funktionieren.

Dazu gehört im Übrigen, dass Kultusminister Prof. Lorz bis zum Wahltag erklärt hat, in Hessen gäbe es keinen Unterrichtsausfall,

(Günter Rudolph (SPD): Gibt ja auch keine Statistik dafür!)

und Lehrermangel sei kein Thema. Ich habe damals schon immer wieder im Wahlkampf gesagt: Wer Kinder hat – ich habe drei –, kann ein paar Hinweise geben, wie es mit Unterrichtsausfall in Hessen ist und welche Konsequenzen das hat. Der Kultusminister hat wortreich erklärt, das sei gar kein Problem, und man sei gut vorbereitet.

Nach der Wahl, nachdem er in seine neue Rolle als Sprecher der Kultusministerkonferenz gekommen ist, hat er erklärt: Es gibt schon ein Lehrerproblem. Es gibt vielleicht auch ein Problem mit Planungen. Man müsse über das Thema Unterrichtsausfall reden. Beim Thema Ganztagschule müsse man sich ein bisschen bewegen. – Zur Inklusion habe ich nichts gehört, aber ich glaube, dass da ein richtiges Problem ist.

Das alles macht mich bösgläubig. Ich glaube nicht, dass, solange das Ministerium unter Führung von Prof. Lorz – das füge ich ausdrücklich hinzu und sage das auch politisch zugespitzt – und Staatssekretär Lösel steht, der sozusagen für die linientreue Umsetzung der Personal- und Organisationspolitik im Hause zuständig ist, angesichts der Ankündigungen des Ministerpräsidenten bildungspolitisch irgendetwas passiert. Wenn es einen strategischen Fehler von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gab, dann war es der Fehler, darauf zu verzichten, das Kultusministerium zu übernehmen. Ich wäre deutlich beruhigter, wenn es in deinen bzw. in Ihren Händen wäre als in den Händen von Prof. Lorz. Das will ich heute ausdrücklich sagen.

(Beifall SPD – Michael Boddenberg (CDU): Netter Versuch!)

– Das hat mit einem Versuch nichts zu tun. Herr Prof. Lorz ist trotz der Fehlleistungen der vergangenen fünf Jahre am Ende Kultusminister geblieben, Kollege Boddenberg. Das hat vor allen Dingen mit der Frage zu tun, wer hier sitzt und wer hier möglicherweise sitzen würde, wenn die politische Karriere von Prof. Lorz beendet worden wäre, nämlich ein anerkannter Problemfall aus der Wiesbadener Kommunalpolitik. Ich glaube, das ist ein offenes Geheimnis, Kollege Boddenberg. Ich meine Herrn Lorenz, der Nachfolger als Wahlkreiskandidat von Prof. Lorz gewesen wäre. Deswegen hatte Herr Prof. Lorz eine gute Verhandlungsposition.

(Zuruf Michael Boddenberg (CDU))

Ich finde nicht, dass in den vergangenen fünf Jahren im Kultusministerium die Arbeit gemacht wurde, die eigentlich notwendig ist. An dieser Stelle möchte ich auf die ausführlichen Bemerkungen des Ministerpräsidenten zu den Themen Integration und Zusammenhalt verweisen. Die Bildungspolitik ist zentral dafür, dass die Integrationsauf-

gaben gelöst werden können. Deswegen werden wir sehr genau hinschauen, was da weiter passiert.

Das überzeugt uns ausdrücklich nicht – ich wiederhole das –, weil der Ministerpräsident und die hessische Union in den vergangenen 20 Jahren immer und immer wieder gesagt haben, dass auch bei den fortschrittlichen Fragen von Ganztagschule, von Inklusion, von Bildungsinhalten und von kultureller Bildung nichts passiert. Ich fand, dass es im Wahlkampf ein paar interessante Debatten dazu gab. Wenn man über „Aufbruch im Wandel“ redet, ist das, was die Koalition bzw. der Ministerpräsident heute vorgetragen hat, entschieden zu wenig.

(Beifall SPD)

Lassen Sie mich am Ende ein paar grundsätzliche Bemerkungen machen. Ich habe am Anfang gesagt, dass der 28. Oktober ein besonderer Wahltag war. Er hat insbesondere zwei Parteien besonders gefordert. Das sind Union und SPD. Ich glaube, dass die Antworten auf die richtigerweise in der Regierungserklärung aufgeworfenen Fragen nicht überzeugen.

(Beifall SPD)

In den vergangenen fünf Jahren sind Widersprüche in der Koalition durch Finanzpolitik aufgelöst worden, indem jeder seinen Teil bekommen hat. Dieses Modell ist angesichts der Ankündigungen zur weiteren Finanzentwicklung möglicherweise begrenzt. Insofern wird sich die Koalition in den nächsten fünf Jahren stärker auch mit den inhaltlichen Widersprüchen beschäftigen müssen. Das gilt für die Frage der Energiepolitik. Das gilt für das Thema Verkehr. Das gilt für das Thema Wohnen. Das gilt allerdings auch für andere Themen.

Ich will deswegen am Ende ganz bewusst auf vier Sätze des Ministerpräsidenten eingehen. Es hat mich allerdings überrascht, dass es nur vier Sätze waren. Das waren die vier Sätze zu den Vorfällen in der hessischen Polizei.

Ich teile ausdrücklich, was der Ministerpräsident nach den ersten vier Sätzen zum Allgemeinen gesagt hat. Wir bedauern es alle zusammen – ich glaube, dass die Sozialdemokratie in den letzten Tagen viele Beiträge dazu geleistet hat –, dass das inakzeptable Verhalten einiger weniger Beamtinnen und Beamten auf die große Mehrzahl unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten übertragen wird. Dass aber am Ende vier Sätze zu diesen Vorfällen in der Regierungserklärung bleiben, dass der Ministerpräsident keinen einzigen Satz zu den Angriffen auf die Rechtsanwältin Seda Basay-Yildiz sagt,

(Günter Rudolph (SPD): Ja! – Heike Hofmann (Weiterstadt) (SPD): Richtig!)

finde ich wirklich nicht in Ordnung.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Ich finde das deswegen nicht in Ordnung, weil jenseits der Frage – ich will das ausdrücklich aussprechen –, ob man die Arbeit der Rechtsanwältin in allen Fragen teilt – – Ich meine damit explizit die Rechtsvertretung von Terrorverdächtigen, die der zweite Teil ihrer Mandatschaft ist neben NSU. Diese Frage darf nicht dazu führen, dass wir uns zurückziehen und akzeptieren, dass es Angriffe auf eine Vertreterin unseres Rechtswesens gibt. Hierzu hätte ich mir heute klarere Worte vom Ministerpräsidenten gewünscht. Diese sind aber nicht gefallen. Deswegen sage ich es: Angriffe auf Rechtsvertreterinnen und Rechtsvertreter sind

genauso inakzeptabel wie Angriffe auf alle anderen, aber da ganz besonders. Das muss unser Konsens sein.

(Beifall SPD, Michael Boddenberg und Manfred Pentz (CDU))

Es verwundert mich, dass die Koalitionsfraktionen bei dieser Frage so ruhig sind. Ich hätte mir hierzu in den vergangenen Tagen und Wochen mehr und klarere Erklärungen gewünscht. Deswegen will ich noch einmal grundsätzlich etwas zu den Vorfällen rund um „NSU 2.0“ und zu dieser Polizeigruppe sagen.

Nach dem Protokoll der Sitzung des Innenausschusses vom 19. Dezember 2018 war der hessische Innenminister nach eigenem Bekunden am 6. August 2018 über die Drohungen gegenüber der Anwältin informiert worden – und damit 16 Tage vor den Beratungen des Hessischen Landtags über den Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses.

Anders als in anderen schwerwiegenden Fällen ist die Opposition nicht informiert worden auf der Ebene der Obleute. Das hat auch bis zur Landtagswahl keine Rolle gespielt. Eine der für mich spannenden Fragen, die in den nächsten Wochen im Zusammenhang mit der Aufklärung und Begleitung im Hessischen Landtag zu diskutieren sein wird, ist: Wer wusste nach dem 6. August 2018 jenseits des Innenministers in dieser Koalition von den Vorfällen?

(Günter Rudolph (SPD): Jawohl!)

Natürlich hätte das Mitte August Auswirkungen auf die Debatte gehabt. Wir hätten darauf gemeinsam anders reagiert. Deswegen ist der Vorgang noch lange nicht beendet. Dies gilt auch für die parlamentarische Aufbereitung. Das sind zwei unterschiedliche Vorgänge. Deswegen wäre es richtig gewesen, wenn der Ministerpräsident schon eine Regierungserklärung unter der Überschrift „Aufbruch im Wandel“ hält, diese Frage hier und heute anders aufzunehmen, als er es getan hat. Das ist wieder einmal eine verlorene Chance des Ministerpräsidenten, hier jenseits von Sonntagsreden klar Position zu beziehen.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Dennoch will ich auch diesen Teil versöhnlich schließen. Die hessische Sozialdemokratie hat in der vergangenen Legislaturperiode – das ist hier schon mehrfach zum Thema gemacht worden – im Umgang mit der Humanitätskrise 2015/2016 auf jede politische Profilierung gegenüber der Landesregierung verzichtet. Wir haben uns gemeinsam auf den Weg gemacht, die Probleme und Herausforderungen zu lösen. Am Anfang hat das auch sehr gut funktioniert. Ich glaube, dass das in Teilen andere politische Klima etwas damit zu tun hat, dass wir uns nicht wechselseitig erklärt haben, wer möglicherweise an der einen Stelle diesen Fehler gemacht hat und wer an jener Stelle einen anderen Fehler gemacht hat.

Das wird die Grundhaltung der Sozialdemokratischen Partei auch in dieser Periode sein. Wir werden in den Bereichen, in denen es um die großen Fragen des Zusammenhalts und der Zusammenarbeit geht, diese Grundlinie weiter durchhalten. Es ist das ausdrückliche Angebot an die Regierungskoalition, bei solchen konkreten, aber auch bei den abstrakten Fragen dafür zu sorgen, dass eine demokratische Klammer in diesem Land weiter stabil und stark ist.

Das ist doch auch Ergebnis der Landtagswahl. Das ist Ausdruck von Verunsicherung. Das ist auch Ausdruck von Diskriminierung. Dazu komme ich gleich noch einmal. Das ist

vor allem auch ein Problem der demokratischen Zusammenarbeit.

Nachdem der Ministerpräsident bereits einige Zitate angeführt hat, will ich mein wichtigstes Zitat der vergangenen zwei Jahre zum Besten geben. Ich darf den großen Ministerpräsidenten Georg August Zinn zitieren, der einmal formuliert hat, dass die Demokratie nicht nur eine Staatsform, sondern eine Lebenshaltung ist.

Dieser Satz bringt zum Ausdruck, dass die Frage, ob unser demokratisches Gemeinwesen funktioniert, nicht davon abhängt, ob wir uns in tiefer Freundschaft verbunden sind, sondern davon, ob wir in den entscheidenden Fragen gemeinsam Verantwortung übernehmen – nicht nur für uns selbst, sondern für das Ganze. Unser Anspruch als Sozialdemokraten bleibt auch in dieser Legislaturperiode, nach genau diesem Anspruch zu arbeiten. Ich hoffe, dass er von möglichst vielen in diesem Haus geteilt wird.

(Beifall SPD)

Da er aber nicht von allen geteilt wird, will ich am Ende noch etwas zum Thema Populismus sagen. Lassen Sie mich einige Worte über das Ergebnis der Landtagswahl verlieren, das uns in der Tat die denkbar knappste Neuaufgabe von Schwarz-Grün und eine neue Fraktion im Hessischen Landtag beschert hat. Seien wir ehrlich: Herr Ministerpräsident, Ihre CDU ist von den Wählerinnen und Wählern genauso abgestraft worden wie meine Partei, die Sozialdemokratische Partei. Wir haben viele – ich sage: entschieden zu viele – Wählerinnen und Wähler an Parteien verloren, die auf unterschiedliche Art und Weise einen Populismus betreiben, der für sich in Anspruch nimmt, komplexe Probleme einfach lösen zu können.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wen meinen Sie damit?)

– Wenn Sie mich ausreden lassen, Herr Wagner, werden Sie das gleich feststellen.

Da ist zum einen der ordinäre – man könnte auch sagen: der hässliche – Populismus von rechts, der Angstpopulismus, der damit spielt, dass sich Menschen in Phasen der Unsicherheit in eine vermeintlich gute alte Zeit zurücksehnen, der aus dem Unbekannten und dem Fremden eine Bedrohung für Leib und Leben macht, der sagt: „Fürchtet euch, es ist alles ganz schrecklich, euer Hab und Gut sind in Gefahr, eure Familien und Werte sind bedroht.“ Das ist der gefährliche Populismus, dessen Vertreter am Ende ein ganz anderes Land wollen, ein ganz anderes System, einen autoritären Staat, der angeblich Sicherheit gibt, tatsächlich aber nur Freiheit nimmt, der den freiheitlichen Rechtsstaat verachtet. Dieser Angstpopulismus ist nun auch im Hessischen Landtag vertreten, und wir müssen ihm als Demokraten gemeinsam entgegenreten.

(Beifall SPD, DIE LINKE und Michael Boddenberg (CDU))

Es gibt aber auch den – lassen Sie es mich annäherungsweise so formulieren – Kuschel- und Wohlstandspopulismus. Er ist nicht aggressiv, nicht laut, er lebt nicht vom Skandal und von der Provokation. Dieser Kuschel- und Wohlstandspopulismus erlebt gerade eine Hochphase, weil er letzten Endes eine ziemlich unpolitische Wohlfühlpolitik anbietet. Er zielt auf Menschen, denen es materiell und sozial gut geht und die finden, dass es schön wäre, wenn es anderen auch gut ginge. Das Angebot dieses Kuschel- und Wohlstandspopulismus ist: Kommt zu uns, dann gehört

auch ihr zu den Guten; wählt uns, denn wir sind allen anderen intellektuell und moralisch überlegen. – Das ist Populismus für sozial, kulturell und finanziell gefestigte Bildungsbürger ohne Verlustängste. Auch damit werden sich vor allem die beiden Volksparteien beschäftigen und umgehen müssen; denn auch diese Art von Populismus wird kein gutes Ende finden – weder für Hessen noch für Deutschland und Europa.

(Beifall SPD, DIE LINKE und Freie Demokraten)

Ich habe den in der Regierungserklärung geäußerten Wunsch des Ministerpräsidenten, den Koalitionsvertrag aufmerksam zu lesen, antizipiert und schon aufgenommen, als der Koalitionsvertrag veröffentlicht wurde. Ich habe die 196 Seiten des Koalitionsvertrags aufmerksam gelesen. Darin gibt es manchen Spiegelstrich, manchen politischen Punkt, den ich ausdrücklich für richtig halte. Ich halte Teile des Vertrags sogar für gut. Ich bin gespannt, ob der Koalitionsvertrag wirklich umgesetzt wird; zum Bereich Bildung habe ich diesbezüglich etwas ausführlicher gesprochen. Es gibt in dem Koalitionsvertrag aber auch Aussagen, die ich Ihnen nicht abnehme, von denen ich nicht glaube, dass sie in irgendeiner Form tragfähige Antworten darstellen können.

Bei der Landesbestenehrung der IHK in Wiesbaden hat Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir am Ende seiner Ansprache gesagt, dass es einen guten Koalitionsvertrag gebe, und wenn man einmal Schlafschwierigkeiten habe, könne man sich die 196 Seiten zur Hand nehmen und lesen, das helfe.

(Minister Tarek Al-Wazir: Am Stück!)

– Man kann sie am Stück, aber auch in Teilen lesen. – Ob das Lesen des Koalitionsvertrags am Ende eine Schlafhilfe sein kann, weiß ich nicht. Ich finde, es lohnt sich in der Tat, sich mit dem Koalitionsvertrag intensiv auseinanderzusetzen. Aber den Anspruch, den der Herr Ministerpräsident heute formuliert hat, nämlich einen „Aufbruch im Wandel“ einzuleiten, bei dem man ein Ziel, eine Idee und Mut braucht, den kann ich weder nach Ihrer Regierungserklärung, Herr Ministerpräsident, noch nach der Lektüre des Koalitionsvertrags uneingeschränkt teilen. Insofern werden die fünf Jahre dieser Legislaturperiode ganz sicherlich spannend und die Debatten hochgradig kontrovers. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Schäfer-Gümbel. – Das Wort hat der Abg. Wagner, Fraktionsvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Mathias Wagner (Tausus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrt Herr Kollege Schäfer-Gümbel, bei den Ausführungen, die Sie zum Thema Populismus gemacht haben, bei den Parallelen und Linien, die Sie da gezogen haben, hat es mir schlicht den Atem verschlagen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Ich bitte Sie schlicht, darüber noch einmal nachzudenken, es nach Möglichkeit nicht zu wiederholen, sonst müssen wir darüber irgendwann einmal vertiefend diskutieren. Das

hat nämlich das Niveau in einem Maße unterboten, das ich in dieser Debatte nicht für möglich gehalten hätte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Ich habe zu Beginn einer Legislaturperiode immer wieder die Hoffnung, dass die neue Wahlperiode des Hessischen Landtags irgendwie anders sein werde als die vorhergehenden, dass wir an die Themen in neuer Weise herangehen würden, dass wir uns die Zeit nehmen würden, der Anstrengung unterwerfen würden, den einen oder anderen Textbaustein zu überprüfen. Meine Hoffnung wurde vom Verlauf des gestrigen Tages, aber auch von den Ausführungen des Oppositionsführers in dieser Debatte leider erneut enttäuscht.

Für parlamentarische Initiativen gibt es die Tradition, dass für sie die sogenannte Diskontinuität gilt, dass also die Initiativen, die der abgelaufenen Wahlperiode eingebracht worden sind, in der neuen Wahlperiode nicht nahtlos fortgeführt werden. Vielleicht würde das Prinzip der Diskontinuität und des Neu-Nachdenkens über Probleme und Debatten auch mancher Rede guttun.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Seit dem Wahlkampf sind fünf Monate vergangen. Die Welt hat sich weitergedreht. Manche Probleme sind erhalten geblieben, manche Probleme haben sich neu gestellt. Vielleicht nehmen wir uns alle die Freiheit, das in unseren Redebeiträgen zu berücksichtigen.

Ich glaube, es täte uns allen gut, wenn wir in der 20. Wahlperiode an die Themen neu herangehen würden, statt uns die immer gleichen Textbausteine um die Ohren zu hauen. Ich glaube, es täte uns allen gut, wenn die Regierung nicht so täte, als könne sie zaubern, und die Opposition zur Kenntnis nähme, dass auch sie kein Geld drucken kann. Ich glaube, es täte uns gut, wenn wir uns nicht gegenseitig Unwilligkeit oder gar Unfähigkeit unterstellen, sondern tatsächlich um die besten Lösungen in der Sache ringen würden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Herr Schäfer-Gümbel, Sie haben zu Beginn Ihrer Rede die Amtszeit der Ministerinnen und Minister angesprochen. Für Sie drückt sich darin aus, ob es Innovation, neue Ansätze und einen Aufbruch gibt. Schauen wir uns die Amtszeit der Ministerinnen und Minister an: Kollegin Dorn, Kollege Klose

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ich habe überhaupt nicht über die GRÜNEN geredet!)

und Kollegin Sinemus sind seit 2019 im Amt. Kollege Al-Wazir, Kollegin Hinz, Kollege Beuth und Kollege Lorz sind seit 2014 im Amt. Kollege Wintermeyer und Kollegin Puttrich sind seit 2010 Minister. Kollege Schäfer ist ebenfalls seit 2010 Minister. Frau Kühne-Hörmann ist seit 2009 Ministerin. Herr Kollege Schäfer-Gümbel, kein Minister ist länger im Amt, als Sie Oppositionsführer sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, ich käme niemals auf die Idee, Ihre zehnjährige Amtszeit als Oppositionsführer zum Anlass zu nehmen, Ihnen mangelnde Kreativität, mangelnde Schaffenskraft und mangelnde neue Ideen vorzuwerfen. Vielleicht tun Sie das in Bezug auf die Landesregierung auch nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wenn Sie einen lebhaften und lebhaften Beweis dafür wollen, dass Jahreszahlen, Alter und Amtsdauern überhaupt nichts über die geistige und sonstige Vitalität aussagen, gehen Sie zwei Reihen nach hinten zum Kollegen Kaufmann, zum ältesten Mitglied unserer grünen Landtagsfraktion. Herr Kollege Schäfer-Gümbel, dann wissen Sie, dass das biologische Alter gerade einmal gar nichts über die geistige Frische aussagt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir beginnen die 20. Wahlperiode des Hessischen Landtags in einer Zeit, in der auf der Welt viel in Veränderung ist. Wir haben in dieser – –

(Fortgesetzte Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Glockenzeichen)

– Bei 60 Minuten Redezeit kann ich das gut abwarten. Wenn es noch etwas zu klären gibt, will ich Sie nicht stören.

Vizepräsident Frank Lortz:

Meine Damen und Herren, das Wort hat der Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die zwei jungen Leute können das draußen machen, wenn sie wollen. Dann sehen wir weiter.

(Allgemeine Heiterkeit)

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wir erleben in diesem Jahr den 30. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer. Mit dem Fall der Mauer war für uns alle – in Europa und weltweit – die Hoffnung verbunden, dass auf der ganzen Welt endgültig ein Zeitalter von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit angebrochen ist. Es sah lange Zeit auch ziemlich gut aus. Es hat sich in diese Richtung entwickelt. Demokratie war auf dem Vormarsch, und Rechtsstaatlichkeit war auf dem Vormarsch.

Wir mussten aber in den vergangenen Jahren feststellen, dass diese Entwicklung nicht mehr so weitergeht. Wir erleben, dass selbst in gefestigten Demokratien wie den Vereinigten Staaten Populismus an der Tagesordnung ist, dass es um Fake News und nicht mehr um sachliches Regierungshandeln geht. Wir haben diese Entwicklung auch in vielen anderen Nationen auf der Welt. Das ist eine der Rahmenbedingungen, unter denen der 20. Hessische Landtag zusammenkommt.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass 70 Jahre nach den Anfängen der Europäischen Union mit Großbritannien erstmals ein Land die Europäische Union verlassen will, es also nicht mehr darum geht, mehr Europa zu realisieren. So bin ich aufgewachsen: Es wird immer mehr Europa, es wird mehr Gemeinschaft, es gibt weniger Grenzen, und es gibt mehr internationale Zusammenarbeit. Wir erleben, dass auch das gefährdet und auf dem Rückzug ist und dass auch das unsere Arbeit im Landtag bestimmt.

Auch in Deutschland – auch in Hessen – sind viele Menschen verunsichert. Sie fragen sich: Wie geht das auf dieser Welt weiter? Wie geht es weiter mit der Europäischen Union? Was ist mein Platz in einer globalisierten Welt? Was ist mein Platz in einer Welt, die sich immer stärker digitalisiert? All diese Fragen zur Kenntnis zu nehmen und eine Antwort auf sie zu geben ist unsere Aufgabe im Hessischen Landtag.

Die Wahlperiode dieses Landtags wird die Jahre 2019 bis 2024 umfassen. Wir gestalten in dieser Wahlperiode also die ersten Jahre eines neuen Jahrzehnts. Meine Damen und Herren, es sollte ein Jahrzehnt des ökologischen und sozialen Aufbruchs werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Ein ökologischer Aufbruch ist nötig, weil wir nicht mehr unendlich viel Zeit haben, um diesen Planeten zu retten und unseren Kindern und Kindeskindern eine lebenswerte Umwelt zu hinterlassen. Es sollte auch ein Jahrzehnt des sozialen Aufbruchs sein, weil viele Menschen in Zeiten der Globalisierung, der Digitalisierung und der Individualisierung fragen, wo ihr Platz in dieser Gesellschaft ist. Sie suchen nach Halt, sie suchen nach sozialer Sicherheit – ja, sie suchen Heimat. Deshalb müssen wir auf all diese Fragen, auf die ökologische sowie auf die soziale Herausforderung, eine Antwort geben, und deshalb lassen Sie uns dieses Jahrzehnt zu einem Jahrzehnt des ökologischen und sozialen Aufbruchs in Hessen machen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Keine Sorge, wir glauben nicht, dass wir allein von Hessen aus die Welt retten können. Aber wir wollen und müssen unseren Beitrag dazu leisten. „Global denken, lokal handeln“ ist aktueller denn je, und wir haben im Koalitionsvertrag eine sehr gute Grundlage dafür gelegt, unseren Beitrag zum ökologischen und sozialen Aufbruch zu leisten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ökologischer Aufbruch bedeutet, sich noch intensiver um Umwelt- und Klimaschutz zu kümmern. Wir haben schon gestern über den Klimaschutz diskutiert. Von einigen Rednerinnen und Rednern wurde erwähnt, dass Deutschland bislang nicht sehr gut im Erreichen der Klimaschutzziele ist. Ja, das ist ausdrücklich richtig. Aber, Herr Kollege Rock, die Antwort darauf kann doch nicht sein, dass wir in unseren Bemühungen um den Klimaschutz nachlassen, sondern die Antwort muss heißen, dass wir uns mehr anstrengen, dass wir uns ambitioniertere Ziele setzen und dass wir den Klimaschutzplan in Hessen fortschreiben. Genau das machen wir mit dem Klimaschutzziel: 2030 minus 55 % Emissionen. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Klimaschutz.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir unsere Natur für die kommenden Generationen erhalten wollen, ist es doch richtig, dass wir jetzt im Koalitionsvertrag vereinbart haben, 10 % des Staatswalds aus der wirtschaftlichen Nutzung herauszunehmen und diesen Wald sich selbst zu überlassen, damit Natur Natur und erfahrbar bleiben kann und in Hessen die Urwälder von morgen wachsen können. Meine Damen und Herren, das ist doch richtig, wenn wir in Hessen eine lebenswerte Natur erhalten wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Außerdem müssen wir uns um das große Ziel des Erhalts der biologischen Vielfalt kümmern. Der Erhalt der biologischen Vielfalt – oder der Biodiversität, ein Wort, das für die Hessen nicht immer ganz leicht auszusprechen ist – beginnt im ganz Kleinen. Ich weiß, dass sich einige viele Jahre lang lustig gemacht haben, wenn die Umweltverbände und die GRÜNEN darauf hingewiesen haben, dass der Erhalt der biologischen Vielfalt sehr viel mit einem sehr kleinen Lebewesen zu tun hat, nämlich mit den Bienen.

Seit Jahren fällt uns der „stumme Frühling“ auf: dass wir, wenn draußen alles grünt und blüht, viel weniger als bislang das Summen von Insekten hören. Das hat auf einmal ganz viele zum Nachdenken darüber gebracht, ob das nicht ein Hinweis darauf ist, dass wir, was den Erhalt der biologischen Vielfalt betrifft, auf einem ganz falschen Weg sind: dass die biologische Vielfalt nicht zunimmt oder erhalten bleibt, sondern abnimmt, und dass wir auch in diesem Bereich umsteuern müssen.

Deshalb ist es richtig, dass wir uns im Koalitionsvertrag auch in diesem Bereich ambitionierte Ziele gesetzt haben. Ich erwähne z. B. das Programm „100 wilde Bäche“ oder unsere Strategie für einen Pestizidreduktionsplan. All das trägt ganz konkret dazu bei, Tieren Lebensräume zu erhalten und die biologische Vielfalt und den Artenreichtum unserer Natur sicherzustellen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Ökologischer Aufbruch bedeutet, das Mobilitätsbedürfnis der Menschen für Mensch und Umwelt verträglicher zu gestalten; denn immer weniger Menschen sind bereit, die negativen Auswirkungen der Art, wie wir Mobilität organisieren, zu akzeptieren. Ich erwähne Lärm; ich erwähne Abgase; ich erwähne aber auch viele Innenstädte, die mehr autogerecht als menschengerecht sind. Immer mehr Menschen sagen: Wir wollen hier eine Veränderung. Wir wollen und wir brauchen die Verkehrswende. – Auch das verstehen wir unter ökologischem Aufbruch: die Verkehrswende, eine andere Form von Mobilität zu organisieren, sie intelligenter und umweltverträglicher zu organisieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Wir haben in den vergangenen fünf Jahren Schienenprojekte, über die in Hessen über Jahre und Jahrzehnte nur geredet wurde, endlich in die konkrete Planung gebracht: die Regionaltangente West, die Nordmainische S-Bahn, den Ausbau der S 6, die ICE-Schnellbahntrassen. All diese Projekte sind in der vergangenen Legislaturperiode in die konkrete Planung gekommen; und wir wollen in dieser Legislaturperiode so weit kommen, dass wir bei diesen Projekten in den Stand der Realisierung kommen, denn diese sind für die Verkehrswende in Hessen entscheidend.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Aber wir bleiben damit nicht stehen. Wir planen schon das nächste große Ding. Wir planen das nächste große Ding, was den schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehr angeht. Wir wollen als zentrales Zukunftsprojekt für den schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehr einen Schienenring rund um Frankfurt. Denn, meine Damen und Herren, auch bei allen Träumen über das autonom fahrende Auto, bei allen Wünschen an mehr Elektromobilität im Individualverkehr, wird der schienengebundene öffentliche Personennahverkehr das Rückgrat einer zukunftsfähigen Mobilität bleiben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Die Attraktivität von Bussen und Bahnen hängt ganz maßgeblich davon ab, dass sie einfach zu benutzen sind. Hier war die Einführung der Flatratetickets ein echter Meilenstein. Wir haben noch in den Neunzigerjahren das Studienticket auf den Weg gebracht. Seitdem haben alle

Studierenden ein Ticket für die Busse und Bahnen in Hessen in der Tasche.

Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode das Schülerticket auf den Weg gebracht, mit dem Schülerinnen und Schüler für 1 € am Tag alle Busse und Bahnen in Hessen nutzen können. Wir haben das Landesticket für den öffentlichen Dienst auf den Weg gebracht, sodass auch die Beschäftigten des Landes kostengünstig Busse und Bahnen nutzen können. Jetzt wollen wir als nächsten Schritt das Seniorenticket verwirklichen; und mit dem Seniorenticket muss noch lange nicht Schluss sein. Wir wollen für alle Hessinnen und Hessen perspektivisch ein günstiges Bürgerticket erreichen: 1 € am Tag, 365 € im Jahr, alle öffentlichen Verkehrsmittel in Hessen. Das ist einfacher ÖPNV, das ist konkrete Verkehrswende, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Verkehrswende bedeutet aber auch, sich um die Straßeninfrastruktur zu kümmern. Auch hier haben wir in der vergangenen Legislaturperiode bereits die Trendwende eingeleitet, die da heißt: „Erhalt geht vor Neubau“. Über Jahre und Jahrzehnte war es so, dass prestigeträchtige Neubauprojekte teilweise wichtiger waren als der Erhalt des Straßennetzes, das wir schon hatten. Das haben wir in der vergangenen Legislaturperiode umgekehrt; und wir haben in dieser Legislaturperiode des Hessischen Landtags das Ziel, dass es erstmals so sein wird, dass Hessen in den Erhalt der Straßen so viel investiert, wie für den Erhalt der Straßen auch notwendig ist. Das ist nachhaltige Verkehrspolitik, wie wir sie in diesem Koalitionsvertrag beschreiben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Es geht nicht darum, ein Verkehrsmittel gegen das andere auszuspielen. Es geht darum, dass jedes Verkehrsmittel auf seiner Distanz, den Bedürfnissen der Menschen entsprechend, seine Stärken ausspielen kann. Deshalb fördern wir den Radverkehr, weil der Radverkehr für viele Menschen, auch jenseits des Freizeitverkehrs, zu einer modernen, urbanen Verkehrsinfrastruktur dazugehört. Deshalb schaffen wir Radschnellwege. Deshalb bauen wir ein „Radnetz Hessen“. Deshalb unterstützen wir die Kommunen mit der AG Nahmobilität in Bezug auf den Radverkehr bei der Verwirklichung konkreter Fördermaßnahmen in den Kommunen. Alles gehört zusammen, meine Damen und Herren: Radfahren, zu Fuß gehen, Busse und Bahnen und natürlich auch der Individualverkehr. Das ist konkrete Verkehrswende für einen ökologischen Aufbruch in Hessen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Ökologischer Aufbruch bedeutet, dass wir auch in der Landwirtschaft umsteuern. Viele Menschen haben ein ganz klares Gefühl: Gesunde Lebensmittel können nicht aus einer kranken Natur kommen. Und sie haben keine Lust mehr, beim herzhaften Biss in ein Stück Fleisch an quälerrische Tierhaltung zu denken. Es ist unsere Aufgabe, die Landwirtschaftspolitik, die Unterstützung unserer Landwirtinnen und Landwirte, so zu gestalten, dass sich das, was wichtig ist, was Mensch und Umwelt dient, was die Verbraucherinnen und Verbraucher wollen, für die Landwirtinnen und Landwirte auch tatsächlich finanziell auszahlt. Das ist die Aufgabe moderner Agrarpolitik.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb ist es richtig, dass wir Hessen zur Ökomodellregion in Deutschland machen und dass wir den Anteil der ökologisch bewirtschafteten Flächen auf 25 % steigern

wollen. Wir machen das auch so, wie wir es in den vergangenen fünf Jahren gemacht haben: Wir spielen nicht die konventionellen Landwirte gegen die Ökolandwirte aus, sondern wir machen es gemeinsam, weil wir es gemeinsam voranbringen wollen und weil auch die Landwirtinnen und Landwirte unter einer Politik leiden, die viel zu lange an den Bedürfnissen des Weltmarkts orientiert war und nicht an den Bedürfnissen des Wochenmarkts. Deshalb brauchen wir die Agrarwende, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Wer hätte gedacht, dass es einmal so sein würde, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den einzigen Landwirt im Hessischen Landtag stellt? – Herzlich willkommen, Hans-Jürgen Müller.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Ökologischer Aufbruch bedeutet, das Zeitalter der erneuerbaren Energien in Hessen mutig zu gestalten. Deshalb muss die Energiewende in den kommenden fünf Jahren auch in Hessen noch mehr Fahrt aufnehmen. Wir haben in den vergangenen Tagen den Bericht der Kohlekommission zur Kenntnis genommen. Ich finde, es ist bemerkenswert. Es ist ein Meilenstein; und es ist hoffentlich auch ein Einschnitt für manche energiepolitische Debatte in diesem Landtag. Atomkraft ist in Deutschland Geschichte, und mit dem Bericht der Kohlekommission ist auch die Verstromung von Kohle auf absehbare Zeit in Deutschland Geschichte. Meine Damen und Herren, das Zeitalter der fossilen Energien ist vorbei. Lassen Sie uns das Zeitalter der erneuerbaren Energien mutig gestalten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Vielleicht könnte es – es muss nicht diese Woche, es muss nicht im nächsten Plenum, es muss nicht vor der Sommerpause sein – ja nach der Sommerpause sein, dass in den Debatten von allen in diesem Hessischen Landtag ankommt, dass es nicht mehr um das Ob des Zeitalters der erneuerbaren Energien geht, sondern dass es nur noch um das bestmögliche Wie des Zeitalters der erneuerbaren Energien geht.

Herr Kollege Rock, vielleicht überprüfen Sie die eine oder andere Rede, die Sie in vergangenen Legislaturperioden gehalten haben. Die Frage, die Sie beantworten müssen, wenn Sie weiter gegen das Zeitalter der erneuerbaren Energien polemisieren, lautet: Woher kommt bei den Freien Demokraten eigentlich der Strom? – Solange Sie darauf keine Antwort liefern, haben Sie keinen ernsthaften Beitrag zu dieser Debatte zu leisten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wie jede grundsätzliche Infrastrukturmaßnahme wird auch der Ausbau der erneuerbaren Energien, der Ausbau der Netze, mit Schwierigkeiten verbunden sein. Natürlich wird es betroffene Bürgerinnen und Bürger geben, die es gar nicht gut finden, dass eine Infrastrukturmaßnahme in ihrer Nähe realisiert werden muss. Das ist übrigens bei erneuerbaren Energien nicht anders als bei jedem anderen Bauprojekt auch.

Es kommt aber darauf an, diese Probleme zu bearbeiten und zu besprechen, und nicht den Eindruck zu erwecken, als könne diese Entwicklung aufgehalten werden. Wir müssen Probleme lösen, Sorgen ernst nehmen, aber nicht

immer so tun, als ginge es um das Ob der erneuerbaren Energien. Wie gesagt, wenn wir das mit Mut angehen, können wir das sehr gut gestalten. Mancher sollte seine Redebeiträge aus der letzten Legislaturperiode überdenken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Neben einem ökologischen Aufbruch wollen wir auch einen sozialen Aufbruch in Hessen gestalten. Sozialer Aufbruch bedeutet, dass alle Menschen in unserem Land Chancen haben. Alle Menschen sollen ein selbstbestimmtes Leben führen können.

Hierfür ist eines ganz entscheidend, das ist Bildung: Bildung im umfassenden Sinne, Bildung in der Kita, Bildung in der Schule, Bildung in der Berufsausbildung, Bildung an der Hochschule. Dieser Bereich nimmt einen ganz großen Schwerpunkt im Koalitionsvertrag ein.

Wir fangen bei der Kita an. Wir wollen den Bereich der frühkindlichen Bildung weiter stärken. Für diese Stärkung brauchen wir den Dreiklang von Ausbau von Plätzen, besserer Qualität und Beitragsfreiheit. Dieser Dreiklang ist unbestritten. Wir wollen bei diesem Dreiklang einen großen Schritt vorangehen.

Ich weiß gar nicht, ob es so viele andere Bundesländer gibt, die sich den Satz zu sagen trauen, den wir uns im Koalitionsvertrag vorgenommen haben. Wir haben gesagt: Für jeden Euro, den wir vom Bund aus dem Gute-Kita-Gesetz bekommen, legen wir 1 € Landesgeld obendrauf. – Damit das nicht so abstrakt bleibt: Wir werden in der Spitze vom Bund 150 Millionen € für den Bereich der Kinderbetreuung bekommen. Wir legen jeweils 1 € Landesgeld darauf. Das heißt: 300 Millionen € für die Verbesserung der Kinderbetreuung.

(Zuruf René Rock (Freie Demokraten))

Lassen Sie uns darüber debattieren, wie wir das Geld am besten einsetzen, wie wir das Beste damit erreichen. Meine Damen und Herren, lassen Sie uns aber bitte nicht mehr die Debatten zum Thema „Rundum sorglos – alles ist auf einmal erreichbar“ führen, sondern ganz konkret schauen, was für die Kinderbetreuung und für die frühkindliche Bildung tatsächlich am meisten bringt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Im Bereich der Schulpolitik wird uns alle ganz zentral der Ausbau der Ganztagschulen beschäftigen. Er wird uns ganz zentral beschäftigen, weil er richtig ist. Er ist richtig für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und er ist vor allem deshalb richtig, weil er mehr Zeit zum Lernen und mehr Zeit zur Förderung von Schülerinnen und Schülern schafft.

(Beifall Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Ich wünsche mir, dass diejenigen, die jetzt klatschen – vielen Dank, Herr Schäfer-Gümbel –, dann auch weiter bei uns sind, wenn es darum geht,

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Es zu machen!)

den Rechtsanspruch auf Betreuung von Grundschulkindern – den die Große Koalition in Berlin richtigerweise will – hier in Hessen auch umzusetzen. Wir sind auf diese Herausforderung mit dem Pakt für den Nachmittag sehr gut vorbereitet.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Mutig!)

Ich wünsche mir sehr, dass alle kleinkarierten politischen Spielchen auf kommunaler Ebene

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Auf allen Ebenen!)

beim Ausbau des Ganztagsangebots, beim Ausbau des Pakts für den Nachmittag endlich aufhören und wir diesen Rechtsanspruch auf Betreuung der Grundschul Kinder endlich gemeinsam verwirklichen können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Auch die Landesregierung!)

Wir bringen multiprofessionelle Teams in die Schulen. Auch das ist ein sperriger Begriff, das haben die Bildungspolitiker manchmal so an sich. Was bedeutet das? – Wir wollen der Vielfalt unserer Schülerinnen und Schüler gerecht werden. Die Kinder und Jugendlichen kommen mit ganz unterschiedlichen Voraussetzungen in unsere Schulen. Sie brauchen ganz unterschiedliche Unterstützung. Lehrerinnen und Lehrer können ihnen viel bieten, sie können ihnen viel mitgeben. Lehrerinnen und Lehrer können aber nicht alles, und sie sollen auch nicht alles können müssen. Das kann niemand von uns.

Deshalb müssen wir die gute und wertvolle Arbeit unserer Lehrerinnen und Lehrer dadurch unterstützen, dass wir auch Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen in die Schule bringen, dass wir an den inklusiv arbeitenden Schulen feste Teams mit Förderschullehrerinnen und -lehrern sowie Integrationshelfern haben. So kann man gemeinsam im Team an der bestmöglichen Förderung aller Schülerinnen und Schüler arbeiten. Genau das haben wir uns im Koalitionsvertrag vorgenommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Mit 500 Verwaltungskräften wollen wir die Schulen von Bürokratie entlasten. Noch besser wäre es, wenn Bürokratie erst gar nicht entsteht. Auch darum wollen wir uns kümmern.

Wir sind von einer Sache sehr überzeugt: Wir brauchen für unsere Schulen eine bessere Ressourcenausstattung, wie das immer heißt. Das bedeutet mehr Personal, mehr Lehrerinnen und Lehrer, mehr Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, mehr Verwaltungskräfte.

Wir müssen den Schulen aber auch die Freiheit geben, pädagogisch neue Wege zu gehen. Ich habe es gesagt: Die Schülerinnen und Schüler sind so vielfältig, dass die eine Lösung, die auf alle passt, weniger denn je funktioniert.

Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass wir den Schulen, die das wollen, einen pädagogischen Aufbruch ermöglichen wollen. Sie können in ihrer Unterrichtsgestaltung dann etwas anders machen. Sie können, wenn sie der Meinung sind, dass es gut für ihre Schülerinnen und Schüler ist, statt Ziffernoten andere Formen der Leistungsbewertung einführen. Ich betone: Leistungsbewertung. In dieser Debatte geht es nicht darum, ob Leistung bewertet wird oder nicht. Es geht um die richtige Form, Schülerinnen und Schüler bestmöglich beim Erbringen von Leistung zu unterstützen, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einzelt CDU)

Diese Debatte kann wirklich nur derjenige für neu halten, der lange nicht mehr in Schulen war oder seine Schulbesuche sehr einseitig ausgerichtet hat.

(René Rock (Freie Demokraten): Wen meinen Sie?)

Wenn Sie an Schulen gehen – Herr Kollege Rock, wer immer sich angesprochen fühlt, den meine ich –, dann sehen Sie, dass Schulen das teilweise schon machen oder dass es Schulen gibt, die sich wünschen, das machen zu können. Es ist kein Massenphänomen, das hat auch niemand behauptet. Die Schulen, die aber ein solches pädagogisches Konzept haben, die das mit viel Herzblut und viel Leidenschaft im Interesse ihrer Schülerinnen und Schüler entwickelt haben, sollen es endlich machen können. Dabei sollen sie nicht mehr von der Bildungsverwaltung blockiert werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einzelt CDU)

Herr Kollege Rock, zu Ihrer Beruhigung: Schauen Sie sich doch die §§ 127 ff. des Schulgesetzes zu diesem Thema an. Diese Paragraphen hat Ihre Kultusministerin, Dorothea Henzler, mehr oder minder persönlich ins Schulgesetz geschrieben. Ich weiß relativ genau, wie es war. Ich habe Hochachtung dafür, dass sie diese Paragraphen ins Schulgesetz aufgenommen hat, weil sie diese Selbstständigkeit, über die ich gerade geredet habe, beschreiben.

Wir wollen, dass die Schulen diese Selbstständigkeit nutzen können und sie beim Ausnutzen dieser Selbstständigkeit unterstützt werden. Vertiefte Sachkenntnis verhindert auch hier manchmal die muntere Debatte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zuruf Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten))

Wir wollen die Finanzierung unserer Hochschulen noch einmal verbessern. Die Trendwende haben wir in der vergangenen Legislaturperiode eingeleitet. Jetzt legen wir noch einmal eine Schippe darauf: plus 4 % bei der Finanzierung des Hochschulpaktes jährlich. Wir setzen auch unseren Schwerpunkt für die Hochschulen für angewandte Wissenschaften fort. Wir wissen, dass es gerade die Hochschulen für angewandte Wissenschaften sind, die vielen Menschen den Weg in eine akademische Ausbildung ebnen, die sonst diesen Weg nicht eingeschlagen hätten oder nicht hätten einschlagen können. Deshalb bleibt es dabei: Wir stärken die Hochschulen insgesamt, aber mit einem besonderen Schwerpunkt auf die Hochschulen für angewandte Wissenschaften.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Auch das Bauprogramm HEUREKA setzen wir fort, weil wir wissen, dass wir gut ausgebaute Hochschulen brauchen, in denen gut gelehrt, in denen gut gelernt und in denen gut geforscht werden kann.

Zur Bildung gehört auch immer kulturelle Bildung. Das bedeutet, auch ein lebhaftes, buntes und vielfältiges kulturelles Angebot in unserem Land vorzuhalten. Auch hier verstärken wir die Mittel nicht nur für die Hochkultur, sondern auch für die vielen kleinen Initiativen, die unser Land so lebendig machen und die dafür sorgen, dass Menschen sich an Kultur reiben können, dass Menschen einen Zugang zu Kultur haben, dass Kultur selbstverständlicher Bestandteil des öffentlichen Lebens in Hessen ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Sozialer Aufbruch bedeutet, sich noch besser um Menschen in Not zu kümmern. Wir haben das hessische Sozialbudget auf den Weg gebracht, mit dem die vielen Vereine, Initiativen und Verbände, die sich um Menschen in schwierigen Lebenssituationen kümmern, verlässlich unterstützt werden können. Aber schwierige Lebenssituationen sind nichts Statisches. Der Hilfebedarf, der Unterstützungsbedarf von Menschen ändert sich. Deshalb wollen wir dieses Sozialbudget weiterentwickeln, und wir wollen es weiter stärken mit zusätzlich 15 Millionen € in dieser Legislaturperiode.

Mit der Stärkung der Gemeinwesenarbeit wollen wir dafür sorgen, dass die Unterstützungssysteme, die Unterstützungsleistungen, die es von Bund, Land und Kommunen gibt, tatsächlich bei den Menschen ankommen.

Und auch hier: Was bedeutet der sperrige Begriff „Gemeinwesenarbeit“? Er bedeutet, dass es in einem Quartier, wo es viele soziale Probleme gibt, wo es viele sozial benachteiligte Menschen gibt, einen Ansprechpartner, eine Ansprechpartnerin gibt, einen Kümmerer gibt, der dafür sorgt, dass das, was wir an sozialer Unterstützung, an Sozialstaat organisiert haben, tatsächlich bei den Menschen ankommt und Menschen neue Perspektiven eröffnet werden. Das Geld für die Gemeinwesenarbeit ist verdammt gut investiertes Geld.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Meine Damen und Herren, sozialer Aufbruch bedeutet gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land. Ich betone: gleichwertige Lebensverhältnisse. Es geht nicht darum, aus Wabern Frankfurt am Main zu machen. Wir wollen auch nicht aus Frankfurt am Main Wabern machen.

(Torsten Warnecke (SPD): Was?)

Jede Region Hessens hat ihre spezifischen Stärken, und diese Stärken wollen wir erhalten und ausbauen. Wir wollen auf die spezifischen Probleme der städtischen Gebiete in unserem Land und der ländlichen Regionen in unserem Land eingehen. Die Probleme sind höchst unterschiedlich.

Wenn wir uns die Städte anschauen, sehen wir, dass ein zentrales Problem Verkehr und Mobilität sind – darüber habe ich gesprochen –, aber natürlich auch die Frage des bezahlbaren Wohnraums. Auch da würde ich mir wünschen, dass wir in dieser Wahlperiode des Landtags das Problem, das wir haben, etwas grundsätzlicher diskutieren und angehen.

Ja, es gehört zur Wahrheit, dass wir die Aufgabe, bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen, nicht von heute auf morgen werden realisieren können, so bitter und so schwierig das ist. Aber die Fehler, die in diesem Bereich über viele Jahre und nicht nur in Hessen, sondern bundesweit gemacht wurden, können wir nicht ganz schnell korrigieren. Jeder, der etwas anderes behauptet, macht den Leuten etwas vor.

Wir hatten in den Zweitausenderjahren überall in Deutschland eine Politik, wo öffentliche Wohnungsbaugesellschaften verkauft wurden, wo die öffentlichen Etats für sozialen Wohnungsbau zurückgefahren wurden. Unter dieser Politik leiden wir heute in Hessen wie in allen anderen Bundesländern. Aber wir korrigieren diese Politik.

Meine Damen und Herren, wir korrigieren sie, indem auch in den kommenden fünf Jahren eine Rekordsumme zur

Förderung des sozialen Wohnungsbaus zur Verfügung stehen wird. 22.000 Wohnungen für 66.000 Menschen ist unser Ziel der Förderung für den sozialen Wohnungsbau in dieser Legislaturperiode.

Wir wollen den Kommunen, aber auch den Mieterinnen und Mietern die Instrumente an die Hand geben, um dem Ausufer der Mietpreise entgegenzuwirken. Die Mietpreisbremse ist schon erwähnt. Als neues Instrument – da hat mich sehr die Unterstützung aus der Stadt Frankfurt gefreut – gibt es den Genehmigungsvorbehalt der Kommunen bei der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentum – ein ganz zentrales Instrument. Wir erhöhen die Fördermittel, und wir schaffen die Instrumente.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Eine völlig andere Situation besteht im ländlichen Raum. Dort eine Wohnung, ein Haus zu finden, ist relativ einfach. Ich will nicht bestreiten, dass es auch da Probleme geben kann. Aber im Vergleich zur Stadt ist es schon so. Im ländlichen Raum stellt sich eine ganz andere Herausforderung, die auch entscheidend ist für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Es ist die Frage: Gelingt es uns, eine Grundausstattung an öffentlicher Infrastruktur auch im ländlichen Raum zu erhalten?

Denn wie ist der Kreislauf, den wir in vielen Kommunen im ländlichen Raum haben? Erst reduziert sich die öffentliche Infrastruktur, das kulturelle Angebot, das schulische Angebot, das Ausbildungsangebot. Dann sagen die Menschen: Wenn das Angebot zurückgeht, dann ziehe ich weg. Dann wohne ich woanders. – Das wiederum führt dazu, dass noch weniger Einwohner es schwieriger machen, die Infrastruktur aufrechtzuerhalten.

Hier eine Haltelinie einzuziehen, zu sagen: „Wir formulieren eine Grundausstattung an öffentlicher Infrastruktur, auf die sich die Kommunen und die Bürgerinnen und Bürger dieser Kommunen verlassen können, um diesen Kreislauf zu durchbrechen“, das ist die Idee des Aktionsplans für den ländlichen Raum: eine Grundversorgung in Bezug auf medizinische Leistungen, auf öffentliche Dienstleistungen, auf schnelles Internet, auf Mobilfunk. Das ist die große Idee, die wir mit diesem Aktionsplan realisieren wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Sozialer Aufbruch bedeutet, dass alle dazugehören, niemand ausgegrenzt oder diskriminiert wird. Das gilt selbstverständlich für die Gruppe in unserer Bevölkerung, die die Mehrheit stellt. Das sind die Frauen. Wir wollen, dass der Grundsatz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ nicht nur in unserer Verfassung steht, sondern endlich überall Verfassungswirklichkeit wird: im Alltag, im Beruf, in der öffentlichen Verwaltung und auch in Führungspositionen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zuruf Michal Boddenberg (CDU))

– Das ist unterschiedlich ausgeprägt, wie es schon gelungen ist, wenn ich die Hinweise des Kollegen Boddenberg richtig gehört habe.

Mit der Antidiskriminierungsstelle leisten wir weiter einen Beitrag, um jedweder Form von Diskriminierung entgegenzuwirken und für die von Diskriminierung Betroffenen eine verlässliche Anlaufstelle zu schaffen. Der Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt wird weiter dafür sorgen – der Ansatz wird ausgebaut –, dass sich niemand aufgrund sei-

ner sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität in Hessen benachteiligt, diskriminiert, schräg angesehen oder was auch immer fühlen muss. Es wird auch endlich Zeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Unsere Integrationspolitik zeichnet ein sehr einfacher, aber weitgehender Satz aus: Es kommt nicht darauf an, wo du herkommst, sondern wo du hinwillst. – Damit ist genau der Ansatz beschrieben. Wir wollen Menschen, die dauerhaft in Hessen leben können, dabei unterstützen. Wir wollen, dass sie gut ankommen. Wir wollen, dass sie sich in die Gesellschaft integrieren können. Aber wir erwarten natürlich auch, dass sie sich an die Regeln halten, die in unserem Land gelten.

Meine Damen und Herren, das neue Jahrzehnt soll ein Jahrzehnt des ökologischen und sozialen Aufbruchs sein. Aber dieses Jahrzehnt wird für uns auch viele neue Herausforderungen in Bezug auf das Verhältnis zwischen Freiheitsrechten von Bürgerinnen und Bürgern und dem Sicherheitsbedürfnis von Bürgerinnen und Bürgern bereithalten.

Deshalb ist es wichtig und richtig, dass wir unsere Polizei personell und sächlich besser ausstatten. Deshalb ist es auch wichtig, dass wir unser Personal in der Justiz, bei den Gerichten weiter erhöhen. Denn ein handlungsfähiger Rechtsstaat ist für das Vertrauen der Menschen in das Funktionieren des Rechtsstaats wichtig. Wir brauchen nicht immer neue Gesetze. Vielmehr brauchen wir das Vertrauen, dass bei einem Regelverstoß, bei einem Verstoß gegen das Gesetz, schnell etwas passiert, dass die Polizei schnell da ist und dass die Gerichtsverfahren schnell durchgeführt werden. Diesen Ansatz verfolgen wir mit dem Koalitionsvertrag.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Am besten ist es natürlich, wenn eine Straftat erst gar nicht begangen wird. Deshalb werden wir noch einmal mehr in die Prävention investieren. Wir werden ein neues Netzwerk Prävention schaffen, in dem die vielen Initiativen, die es in Hessen schon gibt, gebündelt werden wird. Sie können dann ihre Arbeit noch besser koordinieren.

Wir wollen dem steigenden Extremismus, vor allem dem Rechtsextremismus, entschieden entgegenwirken, indem wir die vielen Demokratieprojekte besser fördern werden. Wir werden ihre Arbeit stärken. Wir sagen zu Beginn dieser Wahlperiode noch einmal ausdrücklich: Sie haben unser volles Vertrauen. Sie leisten unverzichtbare Arbeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Wir sehen mit großer Sorge, dass sich in den vergangenen Wochen und Monaten rechtsmotivierte Straftaten und rechtsmotivierter Extremismus ausgeweitet haben. Ich bin sehr erschrocken, dass ich in den letzten Wochen sehr kurz hintereinander lesen musste, dass es Drohbriefe gegen das Leben des Kindes einer Frankfurter Anwältin und gegen die Anwältin selbst gegeben hat. Die Berichte über solche rechtsextremen Straftaten haben sich gehäuft.

In Hessen mussten Gerichtsgebäude geräumt werden, weil – wer auch immer – meinte, einen Drohbrief schicken zu müssen, der mit „Nationalsozialistische Offensive“ unterzeichnet war. Die Briefe an die Frankfurter Anwältin sind

mit „NSU 2.0“ unterschrieben. Es kann eine unfassbare Geschmacklosigkeit sein, einen Brief so zu unterschreiben. Aber wir müssen alles tun, um sicherzugehen, dass es keine rechtsterroristische Struktur ist, die sich in unserem Land eventuell wieder entwickelt. Wir müssen alles dafür tun, das vollständig aufzuklären. Wir müssen schauen, welche Strukturen es gibt.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Und woher die Daten kamen!)

Wir müssen wachsam sein und alles tun, damit es keine Strukturen „NSU 2.0“ in unserem Land gibt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und vereinzelt SPD)

Das tun wir auch im Interesse der Polizistinnen und Polizisten. Denn die sehr große Mehrheit der Polizistinnen und Polizisten macht einen unglaublich verantwortlichen und einen unglaublich tollen Job im Interesse von uns allen. Deshalb geht es darum, die schwarzen Schafe zu identifizieren. Da darf es keine Kumpanei geben. Vielmehr muss das aufgeklärt werden. Denn damit können wir die redlichen Polizistinnen und Polizisten schützen. Sie werden dann weiterhin unsere volle Solidarität haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und vereinzelt SPD)

Das neue Jahrzehnt wird eines der Digitalisierung sein. Wer wollte das bestreiten?

Natürlich geht es bei der Digitalisierung um die Technik. Ist die Breitbandversorgung überall gut? Ist die Mobilfunkversorgung überall gut? Wie geht das mit dem Ausrollen von 5G? Das ist gar keine Frage.

Aber es geht bei der Digitalisierung auch darum, ob bei diesem Prozess alle mitkommen, ob alle entsprechende Chancen haben und ob alle teilhaben können. Deswegen wünsche ich mir sehr, dass in der 20. Wahlperiode die Debatten über die Digitalisierung auch über die Technik geführt werden, dass aber auch über soziale und ethische Fragen diskutiert wird. Wem nutzt die Digitalisierung? Bloß weil etwas digital gemacht wird, wird es nicht besser.

Es gibt auch Menschen, die Fragen zur Digitalisierung stellen. Wenn einem Arbeitnehmer aufgrund der Digitalisierung sein Arbeitsplatz wegfällt, wird seine Begeisterung für die Digitalisierung relativ begrenzt sein.

Es ist unsere Aufgabe, den Transformationsprozess zu beschreiben. Wir wollen und wir werden da nichts aufhalten. Aber es ist unsere Verantwortung, das zu gestalten. Die Begeisterung älterer Menschen über Onlinebanking ist relativ begrenzt, wenn die Bankfiliale im Ort dann gleichzeitig nicht mehr da ist und sie sich fragen müssen, wo sie ihre Bankdienstleistungen machen.

Auch das gehört zu einer Debatte über die Digitalisierung dazu. Ja, man sollte die Chancen nutzen, aber auch die Risiken sehen. Am Ende sollte man dafür Gewähr tragen, dass die Digitalisierung den Menschen nutzt, die Menschen aber nicht an die Digitalisierung angepasst werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Frau Sinemus, Sie haben die Herkulesaufgabe, das alles zu gestalten. Ich dachte, ich packe Ihnen hinsichtlich all dem, was da noch zu gestalten ist, noch etwas drauf. Sie haben vor allem die Aufgabe, das große Thema Digitalisierung

mit der öffentlichen Verwaltung zu versöhnen. Digitalisierung und öffentliche Verwaltung – na ja –, ich würde einmal sagen, das sind keine natürlichen Freunde. Es sind keine natürlichen Freunde. Denn oftmals wird das unglaublich teuer. Manchmal wird es unglaublich kompliziert.

Frau Sinemus, wir haben volles Vertrauen, dass Sie es schaffen, dass es dieses Mal anders kommt. Insofern herzlich willkommen in der Hessischen Landesregierung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Ein herzliches Willkommen gilt auch den beiden anderen neuen Mitgliedern der Landesregierung. Dies sind Angela Dorn und Kai Klose. Wir wünschen auch euch sehr viel Erfolg bei der Gestaltung der wichtigen Themen, für die ihr jetzt in der Landesregierung verantwortlich seid.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, weil die Amtszeit für uns kein Gradmesser für Qualität ist, freuen wir uns selbstverständlich auf die spritzigen, neuen und tollen Ideen der Ministerinnen und Minister sowie des Ministerpräsidenten, die dieser Landesregierung schon länger angehören. Auch da freuen wir uns auf die Zusammenarbeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Einen letzten Gedanken möchte ich äußern. Wir werden die Zwanzigerjahre eines neuen Jahrhunderts gestalten. Lassen Sie uns bitte alles dafür tun, dass die Zwanzigerjahre dieses Jahrhunderts nicht so wie die Zwanzigerjahre des letzten Jahrhunderts werden.

Wir sind weit davon entfernt, Zustände wie in der Weimarer Republik zu haben. Gott sei Dank. Die Weimarer Republik ist unter anderem daran gescheitert, dass ihr die Demokratinnen und Demokraten ausgegangen sind. Auch davon sind wir, Gott sei Dank, sehr weit entfernt. Aber wir erleben seit einiger Zeit die Entwicklung, dass sich das Eintreten für Demokratie, das Akzeptieren der demokratischen Spielregeln und der Umgangston untereinander doch sehr deutlich verändert haben.

Lassen Sie uns alle gemeinsam dafür wirken, dass sich nicht die Haltung ausbreitet, die besagt: Demokratie gibt es nur, wenn ich recht bekomme, Demokratie ist es nur dann, wenn meine Meinung zählt, Demokratie ist es nur dann, wenn sich meine Interessen durchsetzen. – Denn das ist der Anfang eines Prozesses, der dazu führt, dass wir die Gesellschaft nicht mehr werden zusammenhalten können.

Lassen Sie uns alle gemeinsam dafür werben, dass wir dem anderen zuhören. Wir müssen seine Meinung nicht teilen. Aber wir sollten ihm erst einmal unterstellen, dass er es gut meint. Wir sollten versuchen, in unserer Gesellschaft Kompromisse zu finden. Denn nur so können wir die Gesellschaft tatsächlich zusammenhalten. Das geht nicht mit immer mehr Egoismus. Das geht nicht mit immer mehr der Einstellung: Demokratie, das bin nur ich. – Vielmehr geht es bei der Demokratie auch immer um die anderen. Es geht immer auch um die Meinung der anderen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Dann breiten sich in unserem Land leider immer stärker Hass und Populismus aus. Ich rate dazu, Hass und Populismus und denjenigen, die sie vertreten, nicht mehr Beachtung zu schenken als unbedingt notwendig. Ich rate dazu,

ihnen etwas entgegenzusetzen, und das sind Mut und Zuversicht – Mut und Zuversicht, dass wir Lösungen für die Probleme in unserem Land gestalten können; und dazu wollen wir in dieser 20. Wahlperiode des Hessischen Landtags einen entschiedenen Beitrag leisten. Mut und Zuversicht sind die Antworten auf Hass und Populismus. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Wagner.

Bevor wir in der Debatte fortfahren, darf ich Ihnen noch mitteilen, dass an Ihren Plätzen noch ein Dringlicher Antrag der SPD-Fraktion betreffend Kompromiss-Regelung zu § 219a StGB verteilt worden ist, Drucks. 20/116. Wird die Dringlichkeit allgemein bejaht? – Dann ist dies Tagesordnungspunkt 24 und kann morgen früh mit Tagesordnungspunkt 19, der Aktuellen Stunde, aufgerufen und ohne Aussprache abgestimmt werden. Findet das die allgemeine Zustimmung? – Dann wird das so gemacht.

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Lambrou von der AfD-Fraktion. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Robert Lambrou (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident, wertere Kollegen, verehrte Presse und Gäste auf der Besuchertribüne! Herr Ministerpräsident Bouffier, in Ihrer Regierungserklärung haben Sie nur wenig zur zukünftigen Regierungsarbeit wirklich erklärt. Sie haben bei Ihrer Tour d'Horizon zwar alle landespolitischen Themenbereiche kurz gestreift, Sie haben aber das meiste mit freundlichen Wohlgefühlformulierungen nur vage umrissen oder angedeutet. In Ihrer bewährten Art haben Sie einmal mehr den gütigen Landesvater gegeben, der sich um alles und jedes kümmern will.

(Holger Bellino (CDU): Macht er ja auch!)

Zugleich profilieren Sie sich als „Sowohl-als-auch-Politiker“, der keine klaren Schwerpunkte setzt, sondern alles voller Harmoniebedürfnis in einen Ausgleich bringen will.

(Beifall AfD)

Hessen ist das Land der Brüder Grimm und gilt daher auch als das Land der Märchen. Ein Märchen, Herr Ministerpräsident, ist schon Ihre Einleitung, dass mit dem Wahlergebnis vom 28. Oktober 2018 die Wähler die angeblich erfolgreiche Arbeit der schwarz-grünen Koalition bestätigt hätten.

(Holger Bellino (CDU): Was denn sonst?)

Ich darf Ihr Gedächtnis kurz auffrischen: Die CDU hat zweistellig Prozentpunkte verloren, und die GRÜNEN haben das nicht annähernd durch ihren Zuwachs kompensiert.

(Beifall AfD)

Die von Ihnen so hochgelobte schwarz-grüne Koalition ist im Parlament von einst zwölf Sitzen Mehrheit auf nunmehr einen einzigen Sitz Vorsprung geschrumpft. Darauf wollen Sie aufbauen, haben Sie gesagt, Herr Ministerpräsident. – Das wird ein Aufbruch aus Ruinen.

(Beifall AfD)

Wir haben in Hessen viele akute Probleme, von der Kriminalitätsentwicklung in bestimmten Deliktsefeldern, der zum großen Teil misslungenen Integration, der anhaltenden Migration über fehlenden bezahlbaren Wohnraum bis hin zu drohenden Fahrverboten, Fachkräftemangel, Pflegenotstand und Problemen bei der Verkehrsinfrastruktur.

In Ihren vier Leitbildern aber stellen Sie ganz andere Themen in den Vordergrund: Wirtschaftsstärke, Digitalisierung, ein weltoffenes, also für Zuwanderung offenes Hessen, ein zukunftsfähiges Europa, ein nachhaltiges Hessen mit Klimaschutz, kulturelle Vielfalt, will heißen: Hessen ist bunt.

Allen bisher ungelösten Problemen wollen Sie mit einem Pakt beikommen: Mit einem Mobilfunkpakt, einem Digitalpakt, einem Hochschulpakt, einem Pakt für die Ganztagschulen, einem Pakt für den Rechtsstaat, einem Gesundheitspakt 3.0 und einem Zukunftspakt hessische Landwirtschaft. – Das alles haben Sie in der Regierungserklärung vielversprechend aufgelistet. Habe ich einen Pakt vergessen? – Kann sein, ist ja auch egal. Wir brauchen nämlich keine Pakte.

(Beifall AfD)

Ob es jetzt sieben, acht oder neun Pakte sind, die Zuständigkeit und politische Verantwortung von dieser Regierung wegverlagern: Die AfD erwartet von einem Regierungsprogramm einen eigenen Plan, ein konkretes Handlungskonzept, einen Maßnahmenkatalog und eigene Ideen, die umgesetzt werden sollen.

(Beifall AfD)

Kurzum: Hessen braucht in diesen Zeiten des Umbruchs und Wandels Führung statt Moderation, es braucht Zupacken und keine Sammlung von Leitideen wie in Ihrer Regierungserklärung.

Es reicht auch nicht, wenn ein Ministerpräsident in der Regierungserklärung alle zwei Minuten ein neues, möglichst positiv besetztes Stichwort in den Plenarsaal wirft. Ich meine damit z. B. den inflationären Gebrauch von Konsensbegriffen wie „Zusammenhalt“, siebenmal, „Heimat“, zehnmal, „Sicherheit“, 18-mal und „Stärke“, 40-mal.

(Ministerpräsident Volker Bouffier: Sehr gut!)

Das dient doch nur einer rosaroten Vernebelung der Schattenseiten schwarz-grüner Regierungspolitik.

(Beifall AfD)

Zu den Schattenseiten gehören die von Ihnen erwähnten Digitalisierungsdefizite außerhalb von Großstädten im ländlichen Raum, Funklöcher und schleppende Datenübertragung. Man hört insgesamt zu viel Wortgeklingel in Ihrer Rede.

Sie betonen z. B. die Weiterentwicklung von Hessen3C, wollen Speerspitze der Digitalisierung werden. Sie kündigen den Aufbau eines neuen Tech Campus an und KI-Professuren. „KI“, das steht für künstliche Intelligenz – die werden wir dringend brauchen, Herr Ministerpräsident, wenn die Landesregierung noch mehr Schulen gestattet, auf Zeugnisnoten zu verzichten.

(Beifall AfD)

Was für ein pädagogischer Irrweg in einer Wettbewerbs- und Leistungsgesellschaft, schon in der Schule das Leistungsprinzip über Bord zu werfen.

Zu den Schattenseiten der Politik unter Schwarz-Grün gehört auch die Lehrerversorgung. Aber der Herr Ministerpräsident kündigt stattdessen 500 neue Verwaltungskräfte und mehr Sozialpädagogen für die Schulen an. Das ist Bürokratieausbau statt Bürokratieabbau.

(Beifall AfD)

Auch bei der Polizei brauchen wir dringend mehr einsatzbereite Polizisten auf der Straße und nicht mehr Verwaltungsfachkräfte, wie Sie ankündigen.

Einen besonderen Schwerpunkt wollen Sie auf die Bekämpfung der Hate Speeches legen. Diese digitalen Verunglimpfungen in den sozialen Medien müssen in der Tat bekämpft werden. Aber ich hoffe, dass die Regierung nicht einseitig vorgeht und nur über das Ziel hinausschießende Migrationskritiker ins Visier nimmt, sondern genauso Hetze und Diffamierungen von Linken und linksextremen Facebook-Stammtischen gegen politisch Andersdenkende wie uns.

(Beifall AfD)

Herr Ministerpräsident, mir ist schleierhaft, wie Sie dringend benötigten bezahlbaren Wohnraum in der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main schaffen wollen.

Sie kündigen einen identitätsstiftenden Innovationsprozess an, durch die Ausrichtung einer „Specialised Expo“ unter dem Motto „smart region – smart people“. Schon diese Ballung von Anglizismen findet die AfD nicht gerade identitätsstiftend.

(Beifall AfD)

Wo smarte Projekte nicht reichen, da haben Sie einen Masterplan zur Hand – einen hessischen Masterplan Wohnen oder einen Masterplan Kultur. Sogar den Koalitionsvertrag empfehlen Sie als Masterplan zur Lektüre.

Ach ja, eine Allianz für Wohnen, einen Hessenpass, ein Landesprogramm WIR und ein Sozialbudget 2025 haben Sie auch in die Wundertüte Ihrer Regierungserklärung gesteckt. Wo politische Inhalte fehlen, müssen wenigstens eindrucksvoll klingende Verpackungsbegriffe her.

Statt konkreter Beschlüsse zur Lösung hessischer Probleme hörte ich in Ihrer Rede allzu oft nur „wir wollen“, „wir setzen Anreize“, „wir fördern“, „wir setzen auf“, „wir bringen auf den Weg“, „wir entwickeln weiter“, „wir wollen sicherstellen“, „wir begrüßen“, „wir verfolgen“, usw. usw.

Herr Ministerpräsident, Sie haben von Zuversicht, Mut und Demut mit Blick auf die bevorstehenden Aufgaben in dieser Legislaturperiode gesprochen. Ich empfinde die Regierungserklärung eher als ein Zeugnis von Mutlosigkeit.

(Beifall AfD)

Aber bei dem Koalitionspartner, auf den Sie sich wieder eingelassen haben, kann ich Ihnen diese Mutlosigkeit nachfühlen.

(Heiterkeit und Beifall AfD)

Ihr Koalitionsvertrag, auf dem Ihre Regierungserklärung ja mehr oder weniger beruht, lässt sich so zusammenfassen: Es ist ein Schriftstück, das an reine Wahlwerbung erinnert und der Propaganda eines grünen Weltbildes dienen soll.

(Beifall AfD)

Echte programmatische Aussagen muss man dort mit der Lupe suchen. Der Tenor ist grün – mit einigen schwarzen

Versatzstücken. Wer ist in dieser schwarz-grünen Koalition eigentlich Koch, und wer ist Kellner?

(Beifall AfD)

Was ist aus der früheren Konrad-Adenauer- und Ludwig-Erhard-CDU geworden, dass sie sich von den GRÜNEN das Heft derart aus der Hand nehmen lässt und in ihren konservativen Werten kaum noch erkennbar ist?

(Beifall AfD)

Ihre Regierungserklärung und der Koalitionsvertrag gehen beide an der Lebenswirklichkeit vieler hessischer Bürger vorbei und setzen auf weitere grüne Indoktrinationen.

(Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oh, oh, oh!)

Für Sie und Ihre Koalitionäre ist z. B. der Schutz des Klimas eine zwanghafte Wunschvorstellung, die beinhaltet, dass das Klima gleich bleiben sollte und vom Menschen gesteuert werden könne. Haben Sie sich jemals mit unabhängigen Wissenschaftlern und nicht nur mit Klimaideologen zu diesem Thema unterhalten?

(Beifall AfD – Holger Bellino (CDU): Ei, ei, ei!)

Diese hätten Ihnen gesagt, dass die Erde seit Milliarden von Jahren einem steten Klimawandel unterliegt. Dieser Wandel ist auch historisch-wissenschaftlich gut dokumentiert. Hätte es übrigens in der Vergangenheit keine Erderwärmung gegeben, dann würden wir heute nicht hier sitzen, sondern immer noch in der Eiszeit leben – zusammen mit Mammuts und Säbelzähntigern.

(Beifall AfD)

Bereiten Sie die Bürger auf die allmähliche Anpassung an den Klimawandel positiv vor.

(Zuruf Janine Wissler (DIE LINKE))

Aber das passt alles nicht in Ihr neues schwarz-grünes Weltbild, das den gesamten Koalitionsvertrag durchzieht. Sie wollen nichts anderes, als die Vormundschaft des Staates auszuweiten und die Deutungshoheit der politisch gesteuerten sogenannten Zivilgesellschaft zu gewinnen.

(Beifall AfD)

Das bedeutet eine obrigkeitsstaatliche Bevormundung der Bürger, und folgerichtig strebt Schwarz-Grün auch die staatlich geförderte Reglementierung der Kindheit an. Was sich im ersten Moment positiv anhören mag, bedeutet letztlich die Einschränkung der Rechte der Eltern und eröffnet unter Umständen auch einer grünen Klageindustrie ein neues Feld.

(Beifall AfD)

Das gilt ebenso für den Abschnitt in diesem Vertrag, der als „Das Leben entdecken und die Persönlichkeit entfalten – Begleitung von Kindern und Jugendlichen“ daher kommt. Die AfD lehnt jegliche Bevormundung durch den Staat ab. Wir sind für die Freiheit jedes Einzelnen im Rahmen der allgemeingültigen Gesetze.

(Beifall AfD)

Wir lehnen insbesondere linke Spielwiesen, die die Umerzweckung der Menschen beabsichtigen, rigoros ab.

(Beifall AfD – Lachen Janine Wissler (DIE LINKE))

Wenn es darum geht, sich der Probleme der ärmeren Bevölkerung, der Kranken, der Geringverdiener, der befristet beschäftigten Leiharbeiter, der Alleinerziehenden, der Langzeitarbeitslosen oder der Rentner anzunehmen, dann kommt von Ihnen nur noch wenig, Herr Ministerpräsident. Es gibt im Koalitionsvertrag kaum konkrete Zusagen, etwa zu Senioren oder zur Pflege- und Gesundheitspolitik.

(Beifall AfD)

Hier nennen Sie lieber Allgemeinplätze, nur Worte statt Konkretes, und Sie sind mit Ihrem Latein schnell am Ende.

(Holger Bellino (CDU): Was wollen Sie denn?)

Wo bleiben denn beispielsweise Ihre fundierten Antworten auf die dringenden Fragen und Sorgen der in ihrem Lebensstandard bedrohten und unter enormer Steuerlast ächzenden Mittelschicht in Hessen und in Deutschland?

(Beifall AfD)

Diese Mittelschicht will konkrete Antworten darauf, ob es für sie eine gerechte Besteuerung ohne überproportionale Belastung gibt, ob es eine wirklich flächendeckende gesundheitliche Versorgung, bezahlbaren Wohnraum und eine bezahlbare Altersabsicherung geben wird und ob sich die Menschen in Hessen ohne die Präsenz von bewaffneten Sicherheitskräften noch ohne Angst im öffentlichen Raum bewegen können.

(Beifall AfD)

Das sind Sorgen, die alle Bürger umtreiben: jetzt, hier, heute. – Dietrich Bonhoeffer, den Sie in Ihrer Rede zitierten, wies zu Recht auf die Ehrfurcht vor Vergangenen und der Verantwortung für die Zukunft hin. Diese Haltung verlangt allerdings jetzt konkretes Handeln. Jetzt wollen die Bürger Antworten – ehrliche Antworten.

Nennen Sie uns z. B. endlich die wahren Kosten, die dem deutschen Steuerzahler durch die Migrationspolitik der Altparteien aufgebürdet werden; denn auch das gehört zu Ihrer Informationspflicht.

(Beifall AfD)

Es geht um die weitgehend unkontrollierte und fortwährende Einwanderung von Millionen von Migranten nach Deutschland

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist ja gar nicht wahr!)

und damit in den deutschen Sozialstaat.

(Beifall AfD)

Der Freiburger Wirtschaftswissenschaftler Bernd Raffelhüschen bezifferte bereits Ende 2015 die langfristigen Zusatzkosten dafür auf rund 900 Milliarden €. Das sind fast 1 Billion € – rund ein Drittel der deutschen Wirtschaftsleistung. Doch Sie wünschen sich laut Ihrem Koalitionsvertrag unter dem Kapitel „Integration gestalten, Schutzsuchenden helfen“ die Ausweitung dieser längst gescheiterten Willkommenskultur.

(Beifall AfD)

Haben wir uns nicht schon genug politische Konflikte, Terrorgefahr und zusätzliche Kriminalität nach Deutschland importiert? Denken Sie z. B. auch an Wahlkampfauftritte türkischer Politiker, die goldene Erdogan-Statue in Wiesbaden oder den überwiegend aus islamisch geprägten Ländern importierten Antisemitismus,

(Zuruf Janine Wissler (DIE LINKE))

der dazu führt, dass wie in Frankreich immer mehr jüdische Bürger unser Land verlassen.

(Beifall AfD)

Ich frage Sie, Herr Ministerpräsident: Können Sie von der Zuwanderung mit allen ihren negativen Begleiterscheinungen nicht genug bekommen? – Offensichtlich nicht; denn wenn es anders wäre, hätten Sie im Koalitionsvertrag auch etwas zum Thema strengere Grenzkontrollen

(Hermann Schaus (DIE LINKE): In Hessen?)

und zur Pflicht, mit dem Ausweis sein wirkliches Herkunftsland zu belegen, gesagt. Oder Sie hätten etwas zu den Sicherheitsinteressen der hessischen Bürger gesagt.

(Beifall AfD)

Sie hätten unbedingt etwas zur Arbeitsmigration und der Tatsache sagen müssen, dass sich viele hessische Bürger mittlerweile fremd im eigenen Land, in der eigenen Stadt fühlen. Haben Sie uns Deutsche aufgegeben, Herr Ministerpräsident?

(Beifall AfD – Lachen Janine Wissler (DIE LINKE))

Sie erwähnen eher am Rande das Strafrecht und die Abschiebungen. Ich verstehe, dass Sie dazu nicht ausführlicher berichten; denn im letzten Jahr haben Sie und Ihr Innenminister Beuth von derzeit rund 10.000 ausreisepflichtigen Ausländern in Hessen nur 1.754 Migranten abgeschoben. Sie wollen im Grunde genommen auch nicht mehr abschieben. Lieber erteilen Sie trotz Asylablehnung eine Duldung nach der anderen.

(Beifall AfD)

Sie geben zu, dass Sie sich nicht einmal auf eine bescheidene Erweiterung des Kreises der sicheren Herkunftsstaaten mit Ihrem Koalitionspartner, den GRÜNEN, einigen können. Das bedeutet, dass Sie im Bundesrat praktisch ein Veto gegen eine Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten einlegen und der Bevölkerung, die etwas anderes wünscht, damit vor den Kopf stoßen.

(Beifall AfD)

Wenn in nächster Zeit einer dieser nicht abgeschobenen Migranten Verbrechen verübt, tragen auch Sie eine Mitverantwortung. Was sagen Sie den Eltern in Hessen, deren Kind ein Verbrechen erleidet, das von nicht abgeschobenen Migranten begangen wurde? Wir wissen natürlich, dass Migranten nicht per se kriminell sind. Aber wir wissen auch, dass die Kriminalität unter ihnen stärker ist als unter deutschen Staatsbürgern.

(Beifall AfD)

Was wollen Sie dagegen tun? Das fragen wir von der AfD. Wie wollen Sie eigentlich aufgrund all der eben genannten Probleme unsere Gesellschaft zusammenhalten, wenn Sie dazu nichts Konkretes vorhaben? – Die AfD sagt Ihnen deutlich: Sie setzen mit Ihrer Regierungserklärung die falschen Prioritäten.

(Beifall AfD)

Die CDU hat bereits in den Vorjahren fast alle ihre konservativen Werte aufgegeben und sich einem schleichenden links-grünen Wertewandel angeschlossen.

(Beifall AfD – Lachen Janine Wissler (DIE LINKE))

Bereits unter Bundeskanzlerin Merkel wurden Rechtsvorschriften zu Ehe, Familie, Bundeswehr, innerer Sicherheit und Staatzugehörigkeit geschliffen.

(Beifall AfD)

Für die in der Wählergunst bröckelnde CDU zählt nur noch eines: Machterhalt auf Teufel komm raus.

(Beifall AfD)

Erst vor einigen Tagen wurde bekannt, dass die CDU auch bei der Bildung gegenüber den GRÜNEN eingeknickt ist. Erste hessische Schulen sollen nun selbst entscheiden, ob sie noch Noten vergeben wollen. Bleibt es bei 30 Schulen, oder ist es nicht doch der Einstieg in den Ausstieg von Noten im Schulsystem?

(Beifall AfD – Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, ich darf Sie daran erinnern und zitiieren, was Sie noch 2013 im Wahlkampf gesagt haben:

Wir wollen und werden nicht zulassen, dass ... es keine Noten mehr gibt und die Menschen alle in eine Einheitsform gepresst werden.

(Vereinzelter Beifall AfD)

Das ist nicht nur inhuman, das ist auch falsch, und wir werden alles tun, unsere Kinder vor dieser Irrfahrt zu bewahren.

So weit Herr Ministerpräsident Bouffier im Jahre 2013.

(Beifall AfD)

Was machen Sie jetzt? – Sie stechen mit einem schwarzgrünen Schulkreuzfahrtschiff in die bildungspolitische Hessensee und unternehmen genau diese Irrfahrt mit Kurs auf die gefährlichen Untiefen der abgeschafften Schulnoten.

(Beifall AfD)

Letztendlich werden die hessischen Kinder und ihre Eltern diese verkehrte Bildungspolitik noch teuer mit Bildungsdefiziten bezahlen.

(Beifall AfD)

In Ihrem Koalitionsvertrag will man zu einem „Aufbruch im Wandel“ aufrufen, und zwar „durch Haltung“. „Haltung“ klingt so gut, bedeutet aber in Ihrer Koalition vor allem starre Voreingenommenheit. „Haltung“ heißt für die Hessische Landesregierung Zustimmung zum von vielen Medien beklachteten politischen Mainstream, um unerwünschte politische Haltungen Andersdenkender und Anderswählender zu sanktionieren.

(Zuruf CDU)

Es geht Ihnen darum, die Meinungsbildung staatlich zu beeinflussen und dafür auch Polizei, Justiz und Verfassungsschutz zu instrumentalisieren.

(Beifall AfD – Zuruf CDU: Frechheit!)

So möchten Sie, dass das Landesamt für Verfassungsschutz von nun an der Toleranz dienen und für eine Gesellschaft wechselseitiger Achtung sorgen soll. Das ist wieder etwas, was gut klingt. Doch eigentlich sollte die wichtigste Aufgabe Überwachung von Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung sein und nicht die der Toleranzüberwachung.

(Holger Bellino (CDU): Machen wir doch!)

Übrigens steht von einer Toleranzüberwachung auch überhaupt nichts im Hessischen Verfassungsschutzgesetz.

(Beifall AfD)

Ich möchte Ihnen nur so viel dazu sagen: Wir von der Alternative für Deutschland stehen voll und ganz auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

(Beifall AfD – Lachen Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Zuruf Holger Bellino (CDU))

Lassen Sie mich nun zur schwarz-grünen Wohnungspolitik kommen, einem wichtigen Thema in Zeiten knappen Wohnraums. Die neue Regierung hat sich vorgenommen, den Anstieg der Mieten und der Kosten von Wohnraum zu bremsen. Das klingt gut, wenn es denn klappen würde. Doch mich erinnert die Vorgehensweise an die DDR-Wohnraumangelbewirtschaftung mit allen daraus resultierenden Folgen.

(Beifall AfD)

Marktwirtschaftlich ist das nicht. Denn dann werden sich private Immobilienbesitzer immer mehr vom Markt zurückziehen.

(Beifall AfD)

Nur noch der Staat mit seinen öffentlichen Wohnungsgesellschaften sowie große Immobiliengesellschaften, also die wahren Miethäie, werden als Einzige übrig bleiben.

(Beifall AfD – Hermann Schaus (DIE LIKE): Und wer sind die unwahren Miethäie?)

Ein anderes Thema: Die GRÜNEN unterstützen die Abholzung von 2.150 ha mitten im Reinhardswald. Das ist der in Hessen berühmte Märchenwald der Brüder Grimm. Zum Vergleich mit den 2.150 ha, die abgeholzt werden sollen: Der jetzt noch bestehende Hambacher Forst im umkämpften Kohlerevier in NRW ist nur 550 ha groß. Der Schutz und die Erhaltung von Natur spielen für die GRÜNEN im Reinhardswald keine Rolle.

(Beifall AfD)

Denn von Protesten seitens der GRÜNEN in Nordhessen habe ich noch nichts gehört. Es ging daher also auch im Hambacher Forst in NRW wahrscheinlich nur um ideologische Symbolpolitik.

(Beifall AfD)

Die Ausführungen dieser Regierung zu erneuerbaren Energien und zur Verkehrswende sind nichts anderes als illusorische Doktrinen. Die Energiewende ist nichts anderes als die Lebenslüge der XXL-Merkel-Koalition, bestehend aus CDU, CSU, SPD und den GRÜNEN.

(Beifall AfD)

Jetzt schlagen die Koalitionsfraktionen vor, den Umbau der Energieversorgung ganzheitlich und intelligent zu gestalten. Das hören wir seit vielen Jahren. Aber die Berichte des Bundesrechnungshofs aus den Jahren 2015 und 2017 geben ein ganz anderes Bild, nämlich das einer politisch-administrativ gescheiterten Wende, die im Widerspruch steht zu den Realitäten von Natur und Technik.

(Beifall AfD)

Die Anteile der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung werden auf 23 % angesetzt. Hessen ist auch in gro-

ßem Ausmaß Importeur von Strom aus benachbarten Ländern wie Nordrhein-Westfalen. Man kann also feststellen, dass Hessen durch Kohlestrom und Atomstrom aus anderen Ländern am Leben gehalten wird. In dieser Lage lässt die Landesregierung kommentarlos zu, dass die letzten zur Netzregulierung geeigneten Kraftwerke für die Stilllegung vorgesehen sind.

(Beifall AfD)

Die Energiewende hat Deutschland die höchsten Strompreise in Europa beschert, ohne dass im letzten Jahrzehnt dafür ein Erfolg bei der Emission von Treibhausgasen feststellbar ist.

(Beifall AfD)

Der Verzicht auf die Kernkraftwerke – in Hessen das bewährte und zuverlässige Werk in Biblis –

(Zurufe SPD: Oh! – Lachen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

hat die CO₂-Bilanz Deutschlands verschlechtert. Jetzt soll auch noch auf die Kohle verzichtet werden. Ein Blick über die Grenzen Hessens hinweg zeigt, dass in der ganzen Welt Turbinen das Rückgrat der Stromversorgung sind, seien diese von Wasser, Gas oder Kohle angetrieben. Der erste Schritt der Landesregierung zur Sicherung der Lebensgrundlagen von Bevölkerung und Wirtschaft müsste sich daher gegen die Vorschläge der Kohlekommission richten. Aber das tut die Landesregierung nicht.

Wie eingangs bereits gesagt, bringt der ganze Koalitionsvertrag den Bürgern Hessens nur wenig. Es geht vielmehr um die weitere Bevorzugung von Migranten und von Maßnahmen, die die Meinungsfreiheit einschränken und die Bürger verunsichern.

(Beifall AfD)

Herr Ministerpräsident, Ihre Aussage, dass Sie Ihre Arbeit der letzten Legislaturperiode durch die Wahl erfolgreich bestätigt sehen, geht an der Realität recht erfolgreich vorbei. Diese Koalition mit ihrer hauchdünnen Mehrheit von einer Stimme ist bereits weitgehend am Ende, bevor sie so richtig anfängt, zu arbeiten.

(Beifall AfD)

Gut, dass es mit der AfD im Landtag jetzt eine neue, unverbrauchte und glaubwürdige Oppositionskraft gibt –

(Beifall AfD – Zuruf Holger Bellino (CDU))

eine Oppositionskraft, die aus Bürgern besteht, die nun bürgerlich-konservative Politik machen und ihre Aufgabe, die Kontrolle der Regierung, leidenschaftlich und konstruktiv ausfüllen werden.

(Beifall AfD)

Die AfD wird den von Ihnen zur Seite geschobenen und übergangenen Bürgern hier im hessischen Parlament eine starke Stimme geben.

(Beifall AfD)

Die AfD wird dafür sorgen, dass auch in Hessen mehr Vernunft und Realitätssinn wieder in die Politik einziehen.

(Beifall AfD – Lachen CDU)

Die AfD wird – und das ist das Wichtigste – echte Alternativen aufzeigen als Antworten auf all die drängenden Fragen und Probleme unserer hessischen Bürger.

(Beifall AfD – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Aneinanderreihen von Platitüden ist noch keine Rede!)

Denn nur sie, die Bürger Hessens, sind unsere Auftraggeber. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall AfD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Lambrou. – Das Wort hat der Abg. Herrmann für die AfD-Fraktion.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Wie viele kommen denn da noch?)

Klaus Herrmann (AfD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete! Wenn man die Aussagen der Regierungskoalition von CDU und GRÜNEN zur inneren Sicherheit hört und ihre hehren Absichten und Forderungen dazu im Koalitionsvertrag liest, kann man durchaus den Eindruck gewinnen, dass sich die Bürger und Bediensteten bei Polizei und Justiz um die innere Sicherheit keine Sorgen zu machen brauchen.

Da ist z. B. von zusätzlichen Vollzugs- und Verwaltungsstellen, mehr Polizeipräsenz und Einsatz technischer Hilfsmittel in der Öffentlichkeit und einer Ausstattungsoffensive die Rede. Das hört sich tatsächlich gut an, und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass CDU und GRÜNE das Kapitel innere Sicherheit vom Parteiprogramm der AfD kopiert haben.

(Beifall AfD)

Keine Angst, das machen wir Ihnen nicht zum Vorwurf. Im Gegenteil, es ist erfreulich, zu sehen, dass Sie offensichtlich AfD-Positionen bereit sind zu übernehmen und auch zu vertreten.

(Beifall AfD)

Wie dem auch sei: Wenn die Regierungskoalition es ernst meint und ihre Absichten tatsächlich entsprechend umsetzt, werden wir von der AfD diese Maßnahmen natürlich gern unterstützen.

Allerdings hegen wir ernsthafte Zweifel angesichts der vergangenen fünf Jahre schwarz-grüner Sicherheitspolitik, dass diese durchaus sinnvollen und notwendigen Maßnahmen in ausreichender Form umgesetzt werden.

(Beifall AfD)

Dass diese Zweifel begründet sind, beweist die bisherige Personalentwicklung bei der Polizei, für die CDU und GRÜNE verantwortlich zeichnen. In den Jahren 2007 bis 2016 reduzierte sich sogar die Anzahl der Polizeibeamten von 13.877 auf 13.764 – und das entgegen der zeitgleich wachsenden Zahl der hessischen Bevölkerung von rund 6.072.000 auf 6.213.000 Einwohner.

Vollständigkeitshalber sei an dieser Stelle auf die Entwicklung der Straftaten in diesem Zeitraum entsprechend den Kriminalitätsstatistiken geblickt, obwohl diese natürlich nicht die tatsächliche Kriminalität und auch nicht die realen Gefahren und Bedrohungen für die Bevölkerung widerspiegeln. Diese Kriminalitätsstatistiken werden deshalb von Ihnen zu Unrecht gern als Beleg für den Erfolg Ihres politischen Handelns im Kampf gegen die Kriminalität herangezogen.

Die Kriminalitätsstatistik ist eine Hellfeldstatistik. Das bedeutet, dass nur die der Polizei und Justiz bekannten Straftaten registriert werden. Insofern ist diese Statistik auch stark abhängig vom Anzeigeverhalten der Bevölkerung, welches angefangen von der Angst vor Tätern und Ermittlungen bis hin zur negativen Einschätzung der Erfolgsaussicht einer Anzeige stark beeinflusst wird.

(Beifall AfD)

Als Beweis hierfür verweise ich auf eine aktuelle Dunkelfeldstudie des LKA Niedersachsen von 2017. Sie stellt fest, dass je nach Deliktfeld bis zu 94 % der Straftaten nicht zur Anzeige gebracht werden. Im Diebstahl- und Einbruchsbereich ist das Dunkelfeld relativ gering, bei Körperverletzungen und Sexualdelikten ist das Dunkelfeld deutlich größer, es beträgt nämlich bis zu 94 %. Daran können Sie erkennen, dass die Kriminalstatistik eben kein Gradmesser für die tatsächliche Sicherheit im Land darstellt.

(Beifall AfD)

Mittlerweile dürfte die gefühlte Sicherheit der Bevölkerung der bessere Gradmesser für die tatsächliche Sicherheit in Hessen sein, als es die offiziellen Statistiken dazu sind.

(Holger Bellino (CDU): Sicherheit nach Gefühlslage?)

Auch eine Feststellung des BKA lässt diese Schlussfolgerung zu. Demnach wurden rund 25 % der Polizeivollzugsbeamten in Deutschland, was also fast jedem vierten Polizisten entspricht, 2017 Opfer einer Gewalttat. Die Kriminalitätsstatistik ist aber durchaus ein Indikator für die Arbeitsbelastung und Leistung der Polizei.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach?)

Im Betrachtungszeitraum sank die Zahl der Straftaten von zunächst rund 420.000 auf rund 386.000 im Jahr 2013.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt stimmt sie wieder?)

Sie stieg danach aber wieder deutlich auf rund 412.000 Straftaten im Jahr 2016 an. Diese Zahlen zeigen deutlich, dass, unabhängig davon, ob sie steigen oder fallen, jeder einzelne Polizeibeamte gebraucht wird und unsere Polizei darüber hinaus voll ausgelastet ist.

(Beifall AfD)

Die immense Zahl der Überstunden ist ein trauriger Beweis dafür. Am 31. März 2018 berichteten sogar „Die Welt“ und andere Pressemedien darüber. Sie nannten die Zahl von 2,7 Millionen Überstunden. Dass es die hessische Regierung vor diesem Hintergrund gerade mal geschafft hat, in dieser Zeit den Personalstand bei der Polizei auf rund 14.000 Polizeivollzugsbeamte zu erhöhen, zeigt die bisherige Halbherzigkeit Ihres Handelns.

(Beifall AfD – Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Echt?)

Wir von der AfD fordern Sie deshalb auf, Ihren Ankündigungen im Bereich der inneren Sicherheit endlich solche Taten folgen zu lassen, die den Bedürfnissen der Bürgern und unserer Polizei tatsächlich gerecht werden. Da steht eine notwendige und angemessene Personalerhöhung auch unter Berücksichtigung der anstehenden Pensionierungen

von Personen aus geburtenstarken Jahrgänge an erster Stelle.

(Beifall AfD)

Die von Ihnen angekündigten 750 Vollzugsstellen, die spürbar mehr Präsenz bringen sollen, wie Sie sich ausdrücken, sind tatsächlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein, mehr auch nicht.

(Beifall AfD)

14.000 hessische Polizeibeamte entsprechen übrigens etwa einem Polizeibeamten pro 444 Einwohner. Damit liegt Hessen trotz Ihrer bisherigen Planstellenerhöhungen immer noch nur im bundesdeutschen Durchschnitt. Daran werden auch die geplanten 750 Vollzugsstellen nichts ändern.

(Beifall AfD)

Wir fordern eine deutliche Verbesserung der Personalsituation in den nächsten Jahren. Dabei orientieren wir uns an Bayern. Dort kommt ein Polizeibeamter auf ca. 313 Einwohner. Um ein annähernd ähnliches Verhältnis in Hessen zu erreichen, müssten 5.000 neue Planstellen geschaffen werden. Nur so werden wir dem Sicherheitsbedürfnis der Bürger und der Arbeitsbelastung der Polizei gerecht.

(Beifall AfD)

In ihrem Koalitionsvertrag teilen CDU und GRÜNE auch mit, dass sie die Ruhestandsgrenzen für Polizeibeamte verbessern wollen. Das hört sich gut an. Leider hat die Koalition aber vergessen, mitzuteilen, was sie unter „Verbesserung“ versteht. In der Vergangenheit brachten Veränderungen nur Nachteile für die Bediensteten. Die Arbeitszeitverlängerungen sowohl bei der Wochenarbeitszeit als auch bei der Lebensarbeitszeit sind Beispiele dafür.

Wir können also nur hoffen, dass es sich bei den von CDU und GRÜNEN angekündigten Verbesserungen nicht um Verschlimmbesserungen handelt.

(Beifall AfD)

Wir von der AfD fordern deshalb die Regierung auf, eine einheitliche Anpassung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden und eine grundsätzliche Ruhestandsgrenze für Polizeivollzugsbeamte von 60 Jahren wieder einzuführen, die je nach Verwendung auf maximal 65 Jahre ausgeweitet werden kann.

Erfreulicherweise lassen CDU und GRÜNE bei der Sachausstattung den Leser des Koalitionsvertrags nicht im Unklaren. Die angekündigte Ausstattungsoffensive mit z. B. Tasern, Bodycams, Tablets, Handys nehmen wir von der AfD wohlwollend zur Kenntnis und werden diese unterstützen. Es freut uns tatsächlich – das darf ich anmerken –, dass es bei der Ausstattung der Polizei zwischen AfD und Regierung zumindest auf dem Papier keine Meinungsverschiedenheiten gibt.

(Beifall AfD)

Eine weitere große Gefahr für unsere Gesellschaft stellen Extremismus und Terrorismus dar. Ob Rechts- oder Linksextremismus, religiöser oder rassistischer Fanatismus – gegen jede dieser gewaltbereiten Erscheinungsformen ist es notwendig vorzugehen.

(Beifall AfD – Zuruf Jan Schalauske (DIE LINKE))

Erstaunlich ist allerdings, dass die Regierungskoalition offenbar den Linksextremismus als weniger gefährlich als den Rechtsextremismus ansieht.

(Vereinzelt Beifall AfD – Manfred Pentz (CDU):
Dass Sie das so sagen, wundert mich nicht!)

Anders lässt es sich kaum erklären, dass im Koalitionsvertrag extra auf das „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ hingewiesen wird.

Wir fordern deshalb CDU und GRÜNE auf, mit dem gleichen Engagement gegen den Linksextremismus vorzugehen sowie entsprechende Netzwerke zu gründen und zu fördern.

(Beifall AfD)

Dass dies erforderlich ist, beweist der Verfassungsschutzbericht 2017. Demnach beläuft sich die Gesamtzahl der Rechtsextremisten in Hessen auf 1.465 Personen, die Gesamtzahl der Linksextremisten dagegen – bitte hinhören – auf 2.570 Personen. Das sind fast doppelt so viele.

(Zurufe DIE LINKE)

Jedem vernünftigen Menschen stellt sich hierbei die Frage, ob CDU und GRÜNE auf dem linken Auge blind sind, absichtlich schlecht sehen oder gar bewusst linksextremistische Umtriebe dulden.

(Beifall AfD)

Da sei die Frage erlaubt: Sollte das dem Koalitionsfrieden und dem Machterhalt geschuldet sein?

Im Gegensatz zu Ihnen bezieht die AfD gegen jede Form von Extremismus klar Stellung.

(Beifall AfD – Zurufe CDU: Oh!)

Die Bekämpfung von Links- und Rechtsextremismus, von Terrorismus in jeder Form ist für uns grundlegend.

(Manfred Pentz (CDU): Ja, klar! – Weitere Zurufe – Glockenzeichen)

Diejenigen, die diese Aufgabe selektiv betreiben und dadurch bestimmte Formen des Extremismus ignorieren und damit auch fördern, machen sich mitschuldig an den Opfern und zeigen ihre schändliche ideologische Geisteshaltung.

(Beifall AfD – Holger Bellino (CDU): Das ist grenzwertig!)

Ich fordere Sie deshalb im Namen der AfD-Fraktion auf, ein klares Bekenntnis zur Bekämpfung des Linksextremismus abzugeben und im gleichen Umfang Maßnahmen gegen diese Form des Extremismus zu ergreifen, wie Sie es gegen den Rechtsextremismus im Koalitionsvertrag festgeschrieben haben. – Danke sehr.

(Anhaltender Beifall AfD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Herrmann, vielen Dank. Das war bei Ihnen, wie auch zuvor beim Kollegen Lambrou, die erste Rede in diesem Haus. Herzlichen Glückwunsch dazu.

(Beifall AfD und vereinzelt SPD)

Jetzt hat das Wort der Abg. Richter, AfD-Fraktion. Bitte sehr.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einer geht noch!)

Volker Richter (AfD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Regierungserklärung wird als Ziel angegeben, den ländlichen Raum zu stärken. Bezogen wird sich dabei jedoch auf Maßnahmen, die bereits in der Vergangenheit zu keinem Erfolg geführt haben. Zur Stärkung des ländlichen Raums gehört die Stärkung von Städten und Gemeinden, was explizit im Koalitionsvertrag so auch definiert wurde. Ich zitiere aus dem Koalitionsvertrag eine Passage betreffend die kommunale Selbstverwaltung:

Dazu gehört auch, dass für die vom Land zusätzlich auf die Kommunen übertragenen Aufgaben die nötigen Mittel durch das Land bereitgestellt werden und das verfassungsrechtlich verankerte Konnexitätsprinzip umgesetzt wird.

Die Realität der vergangenen Jahre ist eine andere; denn unsere Städte und Gemeinden sind finanziell an ihrem Limit. Tatsache ist, dass die kommunalen Steuern eine immer größere Belastung für die Bürger sind.

(Beifall AfD)

Grund- und Gewerbesteuern steigen kontinuierlich, und das in einer Zeit, in der Steuereinnahmen in erheblichem Umfang generiert werden. Die Frage, wie wir das alles in wirtschaftlich schwächeren Zeiten oder gar einer Rezession bewältigen sollen, wird von niemandem von Ihnen beantwortet, auch nicht von Ihnen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall AfD)

Städte und Gemeinden leben nur noch von ihrer Substanz. Die Verwaltungen haben kaum noch Gestaltungsspielraum. So werden ausgeglichene kommunale Haushalte einzig durch die Erhöhung von kommunalen Steuern und den Verkauf kommunalen Eigentums erreicht. Öffentlich wirksame Umsetzungen von Entlastungen, wie z. B. kostenfreie Plätze in Kindertagesstätten, können zwar von den kommunalen Selbstverwaltungen frei gestaltet werden, um die Differenz zwischen Erstattung und tatsächlichen Aufwendungen auszugleichen. Politisch aber ist dies für Kommunalpolitiker nicht durchsetzbar. Der Ausgleich entsteht somit logischerweise durch die Erhöhung kommunaler Steuern, wofür sich die Kommunalpolitiker dann bei der Bevölkerung zu verantworten haben.

Die Gemeinde Fuldabrück hat diesbezüglich einstimmig eine Resolution beschlossen. Warum ich das erwähne? – Weil ich Beigeordneter im Gemeindevorstand der Gemeinde Fuldabrück bin. Es werden die politisch Verantwortlichen in Bund und Land aufgefordert, die Finanzierung der Städte und Gemeinden erheblich zu verbessern. Die Übertragung ständig neuer Aufgaben auf Städte und Gemeinden ohne ausreichende Gegenfinanzierung hat dazu geführt, dass Kommunen erheblich an den finanziellen Stellschrauben drehen mussten. Das ist der Bevölkerung nicht mehr vermittelbar,

(Beifall AfD)

insbesondere vor dem Hintergrund der insgesamt guten finanziellen Einnahmesituation von Bund und Land. Leider kommt davon bei den Städten und Gemeinden zu wenig an. Die ständige Plünderung des Kommunalen Finanzausgleichs durch das Land – ich möchte Beispiele nennen:

Ablösung der Kirchenbaulasten, Gebührenfreistellung des letzten Kita-Jahres, Schutzschirm, Hessenkasse, Gebührenfreistellung für Kinder von drei bis sechs Jahren zu 50 % aus dem Kommunalen Finanzausgleich – muss ein Ende haben.

(Beifall AfD)

Dazu kommt, dass mit Einführung des neuen kommunalen Haushaltrechts erhebliche finanzielle Belastungen, z. B. Abschreibungen, auf die Städte und Gemeinden zugekommen sind. Die seit 2018 zu erwirtschaftende Tilgung sowie der Liquiditätspuffer führen zu weiteren Belastungen des kommunalen Haushalts, welcher letztendlich von den ehrenamtlich tätigen Gemeindevertretern zu verantworten ist.

(Alexander Bauer (CDU): Quatsch, die Tilgung muss erwirtschaftet werden!)

Das Land macht die Vorgaben, und die Kommunalpolitiker kriegen den Ärger. Die in Art. 137 der Hessischen Verfassung garantierte kommunale Selbstverwaltung ist stark gefährdet. Die Gemeinden und Städte sind Kern der Demokratie. Hierfür ist die kommunale Selbstverwaltung unabhängig. Mit der vom Land vorgeschlagenen Änderung der Verfassung bezüglich des Ehrenamtes sollte das Land dies auch ernst nehmen und den ehrenamtlich tätigen Gemeindevertretern den Rücken stärken, indem Städte und Gemeinden finanziell entsprechend ausgestattet werden.

(Beifall AfD)

In diesem Brief an alle Fraktionen im Bundestag, an die Bundesregierung und an die Fraktionen im Hessischen Landtag wird darum gebeten, dass aufseiten des Landes dringend über eine Neuaufteilung des Steueraufkommens zugunsten der Städte und Gemeinden nachgedacht wird.

(Beifall AfD)

Dieser Brief macht deutlich, wie sehr unsere kommunalen Selbstverwaltungen unter Druck stehen, wie hoch die Belastungen sowohl für die Verwaltungen als auch für die ehrenamtlichen Mitglieder der Gemeindevertretungen und die Bürger sind.

Herr Ministerpräsident, daraus entsteht eine klare Aufgabenstellung. Es benötigt die Umsetzung der eben genannten Forderungen durch die hessische Regierungskoalition, um von allen Betroffenen die erhebliche Belastung nehmen zu können und den Städten und Gemeinden endlich wieder Handlungsspielraum zuzugestehen.

(Beifall AfD)

Genau an diesem Punkt möchte ich auf die von Ihnen hervorgehobene Stärkung von Handwerk und Mittelstand hinweisen. Ich zitiere erneut aus dem Koalitionsvertrag:

Das Handwerk und der Mittelstand haben große Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Hessen. Mit ihrer Innovationsfähigkeit, Ortsnähe und ihrem breiten und vielgestaltigen Angebot an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen sowie ihrem gesellschaftlichen Engagement leisten sie einen zentralen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und sind wesentliche Partner für die wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen der Zukunft.

Herr Ministerpräsident, wie ist das mit den Mehrbelastungen per kommunalen Steuern in Verbindung zu bringen? Richtig ist, dass gerade kleine und mittelständische Unternehmen unter den steuerlichen Belastungen zu leiden ha-

ben und es zwischen manchen Städten und Gemeinden zu regelrechten Standortwettbewerben kommt, um die kommunalen Steuern durch Gewerbebetriebe für sich zu verbessern. Richtig ist auch, dass dies alles einen erheblichen Einfluss auf die sozialen Bereiche innerhalb der kommunalen Selbstverwaltungen hat. Denn diese werden in einer rezessiven Phase nicht mehr finanziell abgedeckt werden können.

Die Verbindung zwischen wirtschaftlich starken Unternehmen, finanziell gut ausgestatteten kommunalen Selbstverwaltungen und Sozialleistungen wird von der Politik selten bis nie miteinander verknüpft, sondern jeweils nur als einzelne Bereiche angesehen. Wir als AfD möchten die Verbindung stärker in den Mittelpunkt gestellt wissen und erwarten auch hier von der hessischen Regierungskoalition, dass sie diese Aufgabe vordringlich meistert, da alle anderen Bereiche ohne eine starke ökonomische Basis nicht mehr handlungsfähig sind. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall AfD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Richter. Das war Ihre erste Rede im Parlament. Herzlichen Glückwunsch dazu.

(Beifall AfD, vereinzelt SPD und Freie Demokraten)

Jetzt hat das Wort der Abg. Dr. Grobe, AfD-Fraktion. Bitte sehr.

Dr. Frank Grobe (AfD):

Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Mein Vorredner Robert Lambrou hat es bereits mit anderen Worten gesagt: Der Koalitionsvertrag verdient viel Kritik auf dem Feld der Bildung, d. h. Schule, berufliche Bildung und Hochschule. Hier reiht sich eine falsche Prioritätensetzung an die andere.

(Beifall AfD)

Es geht Ihnen nicht mehr darum, die Bildung zu stärken oder die geistige Fähigkeit der Schüler und Studenten zu heben. Es geht vielmehr um eine Nivellierung der Leistungen auf einer niedrigeren Stufe.

(Beifall AfD)

Man gewinnt den Eindruck, dass der Programmteil „Bildung“ des Koalitionsvertrags aus grüner Feder stammt. Eine CDU-Handschrift lässt sich jedenfalls kaum noch erkennen. Dies geht alles zulasten der bildungshungrigen hessischen Schüler und Studenten.

Vielleicht müssen wir noch einmal darauf hinweisen, dass Bildung der einzige Rohstoff ist, der uns als rohstoffarmes Land geblieben ist und der uns wirtschaftlich stark und effizient gemacht hat.

(Beifall AfD)

Hat die Landesregierung vergessen – oder interessiert es sie nicht mehr –, dass Bildung der Motor der deutschen Wirtschaft und auch des Wirtschaftswunders nach dem Zweiten Weltkrieg war? Um in einer zunehmend digitalen Welt Schritt halten zu können, müssen wir die Ausgaben für Ausbildung, Bildung und Hochschule deutlich erhöhen.

Herr Ministerpräsident, Sie sprechen in Ihrer Regierungserklärung davon, dass kein bundesdeutsches Flächenland „pro Einwohner mehr ausgibt als Hessen“. Das stimmt.

(Ministerpräsident Volker Bouffier: Stimmt!)

Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Die Wahrheit ist, dass das Land Hessen nach dem vor Kurzem erschienenen „Bildungsfinanzbericht 2018“ nur peinliche 3,4 % des Bruttoinlandsprodukts in Bildung investiert. Der OECD-Durchschnitt liegt bei 5 %. Wir belegen damit im internationalen Vergleich einen der hinteren Plätze. Hessen als angeblich modernes und technikaffines Land ist nach dem OECD-Bericht auf dem Niveau von Albanien angelangt.

(Beifall AfD – Ministerpräsident Volker Bouffier: Fahren Sie mal nach Albanien, damit Sie sehen, wie es da ist!)

Nicht von ungefähr gleichen viele Schulen heute Bauruinen. Schämen Sie sich eigentlich nicht? Sie verspielen damit das Potenzial und die Zukunft unserer Kinder.

Dabei wäre Geld genug vorhanden. Hessen ist noch ein wohlhabendes Land. So hat sich das hessische Haushaltsvolumen im letzten Jahr um 1 Milliarde € erhöht. Aber Sie zahlen lieber weiter für die sogenannten Flüchtlinge.

(Zuruf CDU: Ey!)

Seit der irregulären Grenzöffnung Merkels 2015 hat allein Hessen 4,4 Milliarden € für diese ausgegeben – von den versteckten Kosten einmal ganz abgesehen.

(Beifall AfD)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, kommen wir wieder zum Koalitionsvertrag zurück. Dieser gleicht einem Irrweg; denn dort steht – ich zitiere aus dem Kapitel „Bildung“ –:

Bildung ist das Fundament unserer Gesellschaft und für jeden Einzelnen der Schlüssel für ein gelingendes Leben. Deshalb bleibt Bildung ein Schwerpunkt unserer Politik.

Und was müssen wir aus den Medien erfahren? – Dass es die Landesregierung den hessischen Schulen von nun an freistellt, ob sie Noten vergeben oder nicht. Auch wenn der Herr Ministerpräsident dies jetzt relativiert: Es ist ein Einstieg in den Ausstieg aus der Notengebung.

(Beifall AfD)

Widerspricht sich die Landesregierung nicht in ihrer Ankündigung, oder bedeutet das Zitat „Schlüssel für ein gelingendes Leben“ eine sozialistische Neuinterpretation des Begriffs Bildung? Man könnte auch sagen, die Kinder zur Lebensuntüchtigkeit erziehen; denn nichts anderes wird eintreten.

(Beifall AfD)

Herr Ministerpräsident, opfern Sie jetzt Ihre hessischen Landeskinder bildungspolitisch für ein grünes Menschenexperiment? Blenden Sie und Ihre CDU die Realität aus, nur um weiterhin an der Macht zu bleiben?

(Beifall AfD)

Was sagen Sie den Unternehmern, wie diese künftig noch leistungsfähige und -orientierte Mitarbeiter finden können? Können Sie uns sagen, welche grünen Schulreformen überhaupt erfolgreich gewesen sind?

(Beifall AfD)

Denn das „Schreiben nach Gehör“ war es nicht, und die Inklusion ist es nicht. Und was kommt als Nächstes, das „Abitur für alle“?

(Beifall AfD)

Wir sagen Ihnen: Wer das Selbstwertgefühl der Kinder stärken und das Qualitätsniveau nachprüfbar machen will, kommt an einer Notenvergabe nicht vorbei.

(Beifall AfD)

Denn Schüler empfinden Noten als Bestätigung für ihre Leistung. Aber Leistungsgedanken und grüne Politik passen noch nie zusammen.

(Beifall AfD)

Leistungsfeindlichkeit ist vielmehr ein „Qualitätsmerkmal“ der GRÜNEN.

(Beifall AfD)

Den GRÜNEN geht es darum, die gesellschaftlichen Fundamente Deutschlands endgültig zu ruinieren. Indem man Noten abschafft, lassen sich künftig auch keine Vergleiche mit Menschen aus bildungsfernen Ländern anstellen, die illegal nach Deutschland einwandern. Und hierin steckt des Pudels Kern.

(Beifall AfD)

Eines wird dadurch aber immer ersichtlicher: Die AfD setzt sich als einzige Partei in Deutschland für die Zukunft unserer Kinder und unserer Gesellschaft ein und hält den Leistungsgedanken hoch.

(Beifall AfD)

Was uns auch interessieren würde, ist, ob die hessischen Lehrer – die bereits heute unter einer hohen Arbeitsbelastung leiden – auch noch Zeit für ausführliche schriftliche Bewertungstexte haben. Denn in Ihrem Koalitionsvertrag wollen Sie Lehrer durch Verwaltungskräfte von bürokratischen Aufgaben entlasten. Ist das nicht ein Widerspruch in sich?

(Beifall AfD)

Oder kommen dann Ihre bereits 500 und mehr sozialpädagogischen Fachkräfte zum Einsatz, die Sie jetzt aufstocken wollen? Auch wenn die Landesregierung diese als „pädagogisch ausgebildet“ bezeichnet, heißt das noch lange nicht, dass diese auch tatsächlich pädagogisch befähigt und erfahren sind. Es ist vielmehr Rosstäuscherei, was Sie hier betreiben.

(Beifall AfD)

Es ist davon auszugehen, dass die Sozialpädagogen und Schulpsychologen auch deshalb eingesetzt werden, da die Landesregierung vor dem hohen Migrantenanteil in vielen Schulen kapituliert hat. Denn noch vor wenigen Jahren wurden sie nicht gebraucht.

(Beifall AfD)

Herr Prof. Lorz ist leider nicht da. – In einem „Welt“-Interview sagte Herr Minister Lorz vor einigen Tagen, „dass die schwierigsten Schulen die besten Lehrer“ bräuchten. Warum gilt das eigentlich nicht für die besten Schüler und Schulen? Wären diese da nicht besser aufgehoben?

(Beifall AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kommen wir zu den Wissenschaften und zur Berufsbildung. Auch hier zeigt sich, dass zwischen den Ankündigungen im Koalitionsvertrag der Regierung und der Realität Welten klaffen. Das hat bereits der „Bildungsmonitor 2018“ der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft belegt. Hessen landete danach auf den hinteren Plätzen dieser bundesweiten Studie.

Bei der Forschungsentwicklung liegt Hessen nur auf Platz 12 von 16, ebenso bei den Kompetenzen der Schüler – der Schulqualität – und bei der beruflichen Bildung.

Noch schlimmer sieht es bei den Betreuungsmöglichkeiten der Studenten aus. Hier liegt Hessen auf Platz 13. Beim Thema Internationalisierung, welches die „Anforderungen einer international vernetzten Wirtschaft und Gesellschaft“ umfasst, nimmt Hessen sogar den vorletzten Platz ein.

Das Bildungsdesaster der Schwarz-Grünen zeigt sich bei den Aufwendungen, wie bereits eingangs erwähnt. Hessen liegt bei den Investitionen nur auf Platz 14 von 16. Hessen schafft sich ab.

(Beifall AfD – Lachen Janine Wissler (DIE LINKE))

Nur noch ein kleiner Teil der fast 262.000 hessischen Studenten – das sind 113.000 mehr als vor 20 Jahren – ist wirklich studierfähig. Hier hätte viel früher eingegriffen werden müssen. Es wird nun Zeit, dass wir die Über-Akademisierung unseres Bildungssystems endlich verhindern.

(Beifall AfD – Holger Bellino (CDU): Ich denke, wir wollen mehr!)

Denn die Vermassung der Hochschulen lässt das Qualitätsniveau sinken. Besser wäre es, viele angehende Studenten in eine Ausbildung umzuleiten. Denn der Wirtschaft fehlen Auszubildende.

(Beifall AfD)

In Hessen befinden sich nur noch 114.000 junge Menschen in einer Berufsausbildung. Daher ist das weltweit hoch geschätzte deutsche duale Ausbildungssystem verstärkt zu fördern und das Ansehen des Handwerks und der technischen Berufe zu stärken und besser zu bezahlen.

(Beifall AfD)

Hessen braucht ein besseres Bildungssystem und mehr Geld für die vernachlässigten Bildungsinstitutionen – zum Wohle unserer Kinder. Denn diese sind die Zukunft Hessens. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall AfD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Dr. Grobe, herzlichen Dank. Das war auch Ihre erste Rede in diesem Parlament. Herzlichen Glückwunsch dazu.

(Beifall AfD, vereinzelt SPD und Freie Demokraten)

Wir fahren fort in der Debatte. Ich rufe nun den Vorsitzenden der FDP-Fraktion auf, den Kollegen René Rock, Seligenstadt.

(Beifall Freie Demokraten – Holger Bellino (CDU): Macht ihr auch vier oder fünf Redner? – Janine Wissler (DIE LINKE): Selten habe ich mich so auf eine Rede von dir gefreut!)

René Rock (Freie Demokraten):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die heutige Regierungserklärung von Ministerpräsident Bouffier war sehr ausführlich. Dennoch habe ich etwas vermisst. Insbesondere am Anfang der Regierungserklärung habe ich etwas vermisst. Herr Ministerpräsident, ich habe vermisst, dass Sie sich einmal kurz mit dem Wahlergebnis auseinandersetzen und mit der Botschaft, die die Bürgerinnen und Bürger womöglich an die Landesregierung gesendet haben. Diese Botschaft lautete sicherlich nicht: weiter so.

(Beifall Freie Demokraten – Manfred Pentz (CDU): Die FDP hat ja 20 % geholt!)

– Die Freien Demokraten haben ein sehr gutes Wahlergebnis erzielt und haben die Zahl der Mandate fast verdoppelt. Das kann man von der Union sicherlich nicht sagen, Herr Generalsekretär. Daher sind wir eigentlich ganz zufrieden.

(Beifall Freie Demokraten – Michael Boddenberg (CDU): Wie viele sind Sie denn jetzt?)

Im Wahlkampf haben wir festgestellt, dass die Union mit einigen Themen in besonderer Weise versucht hat, Wählerinnen und Wähler zu überzeugen. Wir haben bereits im Wahlkampf intensiv hinterfragt, mit welchen Themen Sie die Menschen überzeugen wollten. Im Wahlkampf haben Sie jedoch klare Aussagen zu einigen Themen getroffen, Herr Ministerpräsident.

Das gilt z. B. für das Thema Dieselfahrverbot. Sie haben die klare Aussage getroffen, dass Sie ein solches Verbot verhindern wollen. Nun hat die Landesregierung einem Vergleich zugestimmt und wird in ihren Luftreinhalteplan ein Dieselfahrverbot für Darmstadt aufnehmen. Wie würden Sie das nennen?

(Beifall Freie Demokraten)

Einerseits sagen Sie, dass Sie keine Dieselfahrverbote wollen. Andererseits übernehmen Sie Fahrverbote ein paar Monate später.

Sie haben im Wahlkampf immer wieder gesagt, dass Sie für eine Regelung zu den sicheren Herkunftsstaaten seien. Im Wahlkampf haben Sie klar gesagt, dass Sie für eine Regelung zu den sicheren Herkunftsstaaten sind. Der stellvertretende Ministerpräsident Al-Wazir hat herumgedrückt. Im Wahlkampf hat er zwar nicht gesagt, dass er das auf keinen Fall will. Der Ministerpräsident hat jedoch deutlich gemacht: Ich bin für die sicheren Herkunftsstaaten. Das ist etwas Wichtiges, was wir brauchen.

Auch an dieser Stelle haben wir heute ein deutliches Zurückrudern feststellen können. Ich habe Ihnen das ohnehin nicht abgenommen und Herrn Al-Wazir schon einmal gar nicht. Auch da haben Sie den Wählerinnen und Wählern im Wahlkampf nicht die Wahrheit gesagt, und das ist schade und schlecht für unsere Demokratie.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich habe es gestern auch schon einmal gesagt: Die Energiepolitik ist ein heiß umkämpftes Thema in unserem Land. Es gibt kaum ein Thema, zu dem es mehr Bürgerinitiativen in unserem Land gibt. Über 100 Bürgerinitiativen kämpfen in unserem Land gegen Ihre falsche Energiepolitik an.

In Ihrem Wahlprogramm haben Sie die 10-H-Regel übernommen. Sie haben klar gesagt, dass Sie den Windkraftausbau in unserem Land begrenzen wollen. Das war Ihre Wahlkampfaussage, die Sie mit sehr großer Intensität im

Odenwaldkreis und in anderen Landkreisen vorgetragen haben. Nichts davon ist geblieben. Sie haben die Menschen in diesen Landkreisen hinter die Fichte bzw. hinter das Windrad geführt.

(Beifall Freie Demokraten)

Ihre Abgeordnete Frau Funken aus dem Odenwaldkreis hat sich in ganz besonderer Weise öffentlich gegen diese Energiepolitik ausgesprochen. Mit ihrer Stimme sorgt sie nun für eine Mehrheit dieser Politik. Die Mehrheit ist jedoch knapp. Da sollten Sie sich einmal fragen, wie stabil diese Mehrheit der Regierung ist und wie Sie künftig mit diesem Landtag umgehen. Es geht auch darum, wie Sie Politik hier vortragen. Das müssen Sie hinterfragen. Dazu hätte ich mir ein paar Worte von Ihnen gewünscht, Herr Ministerpräsident.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich will auch noch einmal auf meine Kollegen von den GRÜNEN eingehen. Wir haben es gestern schon gesagt. Sie fordern immer Objektivität ein. Sie fordern immer Fakten ein. Sie sprechen sich gegen Fake News aus. Sie wollen immer wieder deutlich machen, dass Sie diejenigen seien, die die Wahrheit aussprechen. Ich habe es gestern schon einmal gesagt. Ich halte es noch einmal hoch.

(Der Redner hält ein Schriftstück hoch.)

Das ist eine Tabelle, die aus Ihrem Umweltministerium, von Ihrer grünen Umweltministerin stammt. Ihre Energiepolitik in Hessen führt nicht zu CO₂-Einsparungen. Die Windenergie macht nur 1,3 % des Endenergieverbrauchs aus. Deshalb sind diese Hunderte zusätzlicher Windräder kein wirklicher Beitrag, um die CO₂-Belastung in unserem Land zu reduzieren. Bei der Energiepolitik sind Sie auf dem falschen Weg. Halten Sie an, und überdenken Sie diese Politik.

(Beifall Freie Demokraten)

Herr Wagner, Ihr Vorschlag zur Frage der Noten ist wirklich ein schöner Versuch. Aber auch da muss ich Ihnen ehrlich sagen: Sie triumphieren, weil Sie einen Artikel in der Medienlandschaft platziert haben, kurz bevor die Zeugnisse in Hessen ausgegeben worden sind. Sie sagen: Das mit den Noten wird künftig anders in Hessen.

Damit haben Sie bei der Bevölkerung einen eindeutigen Eindruck erweckt. Nachdem Sie das gemacht haben, rudert plötzlich alles zurück. Dazu haben Sie hier auch keine klare Aussage getroffen. Sie stellen hier immer infrage, wie nah andere an der Schulpolitik dran sind und welche Schulen sie besucht haben.

Ich war letzte Woche Donnerstag bei einem Elternabend, und zwar kurz nachdem Sie Ihren Artikel lanciert haben. Da war Verwirrung bei den Lehrern und bei den Eltern. Da waren Ängste. Da waren Erwartungshaltungen. Da wurde plötzlich darüber diskutiert, was denn passiert, wenn die Noten wegfallen. Da haben die Lehrer gesagt, dass sie dann noch mehr Verwaltungsaufwand betreiben müssen.

Wir diskutieren hier seit Jahren über die Überlastung der Lehrer in unserem Bundesland. Alle sagen, dass wir die Lehrer von bürokratischen Aufgaben entlasten müssen. Das können Sie doch nicht ignorieren. Wenn wir das kritisieren, dann ist das gerechtfertigt. Wir haben dazu eine Anfrage gestellt, Herr Wagner. Wenn Sie die gelesen hätten, dann wüssten Sie sehr wohl, dass wir wissen, worüber wir reden.

Herr Wagner, Sie sagen, die Kultusministerin habe die selbstständige Schule auf den Weg gebracht. Das stimmt. Es stimmt auch, dass das § 127 des Schulgesetzes betrifft. Hier geht es aber nicht um die selbstständigen Schulen, sondern hier geht es um § 73 und § 74 des Hessischen Schulgesetzes. Dabei geht es nämlich um die Noten in unserem Land. Wir wollen wissen: Wollen Sie an diese beiden Paragraphen gehen? Wollen Sie da etwas ändern? Da wird es entscheidend für die Notengebung. Das ist die Frage, die wir stellen. Dabei haben Sie Verwirrung in der hessischen Schullandschaft ausgelöst. Falls Sie jetzt zurückrudern, ist das gut so. Falls Sie aber an die §§ 73 und 74 gehen wollen, dann werden wir das auf einem ganz anderen Niveau im Plenum diskutieren.

(Beifall Freie Demokraten)

Herr Wagner, Ihr Auftreten hat nicht zur Beruhigung der Eltern beitragen. Das hat auch nicht zur Klärung beigetragen, weil Sie immer noch nicht gesagt haben, was Sie eigentlich vorhaben.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lesen Sie es doch nach!)

Wir warten auf die Antwort auf unsere Anfrage. Das können wir dann öffentlich verwenden. Sie haben hier nichts dazu gesagt. Wollen Sie an die §§ 73 und 74 gehen? Wollen Sie die Notengebung an unseren Schulen verändern? Oder war es eine Zeitungsende, die Sie in die Zeitungen gebracht haben, und es ändert sich nichts? Irgendetwas haben Sie doch verkündet. Irgendetwas muss doch am Ende bei der Notengebung passiert sein oder eben nicht. Dann haben Sie eben die Leute hinter die Fichte geführt und haben viele Wellen geschlagen, ohne dass Substanz dahintersteht. Das werden wir hier im Hessischen Landtag sicherlich noch ausführlich beraten.

(Beifall Freie Demokraten)

Es ist leicht, mit dem Finger auf andere zu deuten. Bleiben Sie doch bitte bei den Fakten, liebe Freunde von den GRÜNEN. Tragen Sie an dieser Stelle zur Transparenz bei den Bürgerinnen und Bürgern bei. Verwirren Sie die Bürger nicht. Versuchen Sie nicht, mit Ablenkungsmanövern und falschen Zuordnungen von Schulinitiativen dann auch noch andere irgendwie zu diskreditieren. Wir wissen schon, worüber wir reden. Wir wissen, worüber wir in der Schulpolitik reden, weil das eine Kernkompetenz der Fraktion der Freien Demokraten ist. Deshalb brauchen wir auch nicht Ihre Belehrungen. Sagen Sie lieber, was Sie wollen, und beruhigen Sie die Menschen zu Hause, damit sie wissen, wie ihre Kinder künftig bewertet werden und auf was sie sich künftig einstellen müssen. Vielen Dank.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich fasse zusammen. Thorsten Schäfer-Gümbel hat das heute Morgen schon einmal ausgeführt. Diese Landesregierung verfügt über eine Mehrheit von 1.000 Stimmen. Ich habe gesagt, wie Sie sich im Wahlkampf verhalten haben. Wir alle wissen, der lange Sommer und das schöne Wetter haben eine Klimadiskussion ausgelöst. Diese wurde auch von vielen entsprechenden Veröffentlichungen getrieben. Das hat Ihnen natürlich im Wahlkampf geholfen. Bitte bewerten Sie das nicht für sich selbst als eine Bewertung der Leistung, die Sie hier im Hessischen Landtag abgeliefert haben. Sie haben halt ein bisschen Glück gehabt. Das schöne Wetter hat Ihnen bei der Regierungsbildung geholfen. Sie sind eine Schönwetter-Regierung. Das ist auch et-

was Schönes. Das berücksichtigen Sie aber bitte bei der künftigen Einbringung von Vorlagen im Landtag. Aus meiner Sicht ist diese Regierung gerade noch einmal davongekommen. Sie ist auf Bewährung.

Wir werden genau das einfordern. Wir werden ihr auf die Finger schauen. Ich bin mir sicher, dass diese Mehrheit dieses Mal nicht so komfortabel ist und dass Sie nicht wie in den vergangenen fünf Jahren durchregieren werden. Das kann ich Ihnen zusichern.

(Beifall Freie Demokraten)

Damit habe ich deutlich gemacht, was ich mir gewünscht hätte. Ich hätte mir ein „Wir haben verstanden“ gewünscht. Es gab Politiker in unserem Land, die haben es so formuliert: „Ich habe verstanden, ich weiß, ich muss etwas verändern.“ Das genaue Gegenteil haben wir heute hier erlebt. Wir haben ein gnadenloses „Weiter so mit deutlich mehr Grün“ erlebt. Das bedeutet, Sie haben nichts verstanden. Das erinnert mich an eine Politikerin in Berlin, die nach einer Wahl gesagt hat: „Ich verstehe gar nicht, was ich falsch gemacht haben könnte.“ Bitte gehen Sie in sich, überdenken Sie Ihre politische Linie und das, was Sie auf knapp 200 Seiten in Ihrem Koalitionsvertrag niedergeschrieben haben; denn das ist viel zu wenig für die Herausforderungen, die vor uns liegen.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich kann nicht erkennen, dass Sie in Ihrem Koalitionsvertrag eine ernsthafte Analyse der Schwächen in unserem Land vorgenommen haben. Eine ernsthafte Analyse der Schwächen in unserem Land hätte das Ergebnis – wie es in jeder Bildungsstudie, in jedem Wirtschaftsgutachten, in jedem Ranking deutlich wird –, dass wir einen großen Handlungsbedarf haben. Wir sacken in vielen Bereichen aus der Spitzengruppe immer mehr ins Mittelfeld ab. Es handelt sich dabei nicht um die Spitzengruppe in der Welt, auch nicht um die Spitzengruppe in Europa, sondern nur um die Spitzengruppe in Deutschland. Aus der rutschen wir Stück für Stück immer mehr ins Mittelmaß. Daher besteht Handlungsbedarf. Davon ist in Ihrem Koalitionsvertrag nichts zu erkennen.

(Beifall Freie Demokraten)

Es fehlt aber nicht nur eine Analyse. 70 % dessen, was Sie auf fast 200 Seiten vortragen, ist reine Prosa. Man muss mit dem Textmarker durchgehen, um eine klare Aussage zu finden. Wenn man einmal eine Zahl findet, dann ist es eine der obligatorischen Zahlen der Landesregierung: 5 Milliarden €, 10 Milliarden €, 3 Milliarden € in soundso vielen Jahren. Das ist aber nichts, was man konkret verwenden kann. In Ihrem Koalitionsvertrag stehen Luftbuchungen, mit denen Sie zu beeindrucken versuchen. Diese Luftbuchungen, das Zusammenzählen von Geldern, die sowieso schon irgendwo ausgegeben wurden, glaubt Ihnen aber doch niemand mehr.

In Ihrem Koalitionsvertrag ist nichts Konkretes zu erkennen. Vor allem ist bei den Aufgaben keine Hierarchie zu erkennen; alles ist gleich wichtig. Das kann nicht richtig sein. Politik besteht aus Prioritätensetzungen. Die Menschen wählen uns für Inhalte und für die Prioritäten, die wir setzen. Wir müssen für etwas stehen, und wir müssen sagen, was für uns das Wichtigste, das Zweitwichtigste und das Drittwichtigste ist. Wenn alles gleich wichtig ist, dann brauchen wir keine Politik mehr zu machen. Dann stellen wir einen Briefkasten auf, in den jeder einen Brief werfen

kann, in dem steht, was er gerne hätte; da alles gleich wichtig ist, verteilen wir das Geld gleichmäßig auf alle Anliegen und schauen zu, wann sie alle erfüllt sind. Das ist doch keine Form politischer Gestaltung, das ist keine Ausübung eines politischen Gestaltungsanspruchs. In Ihrem Koalitionsvertrag gibt aber keine Prioritätensetzungen. Das ist absolut falsch.

(Beifall Freie Demokraten)

Wir wissen – es ist heute mehrfach angeklungen, und man hört es in jeder „Tagesschau“-Sendung, in vielen Beiträgen im Fernsehen –: Unser Land ist im Umbruch, die Welt ist im Umbruch. Wir sind hier zwar im Hessischen Landtag und nicht bei den UN, der Hessische Landtag ist nicht der Deutsche Bundestag oder der amerikanische Kongress, aber auch die Bürgerinnen und Bürger Hessens werden von diesem Umbruch betroffen sein. Deshalb müssen wir versuchen, diesen Umbruch im Rahmen dessen zu gestalten, was wir tun können. Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung auf einen großen Staatsmann Bezug genommen. Ich will dazu sagen: Wir sind gefordert, diesen Umbruch zu gestalten – einen technologischen Umbruch und einen gesellschaftlichen Umbruch infolge der demografischen Entwicklung, die zu komplett veränderten gesellschaftlichen Strukturen führen wird.

Wir haben auch einen Umbruch im Hinblick auf die demokratischen Institutionen zu bewältigen, die in unserem Land unter Druck geraten. Die liberale Demokratie ist unter Druck geraten. Wenn wir diesen Umbruch und die damit einhergehenden Veränderungen nicht positiv aufnehmen und versuchen, ihnen Rechnung zu tragen, indem wir uns deutlich zu dem bekennen, was wir erhalten wollen, dann werden wir diesen Umbruch nicht bestehen.

Wir wollen in der Digitalisierung Fortschritte machen. Wir wollen den demografischen Wandel bewältigen, sodass die Lasten vernünftig auf alle Menschen verteilt werden und das Altwerden in unserem Land etwas Schönes ist.

Wir wollen unsere liberale Demokratie erhalten. Das ist für uns eine Kernaussage. Ich war schon ein bisschen überrascht, als ich in Ihrer Rede gehört habe, dass die Demokratie keine Helden brauche. „Helden“ ist ein antiquierter Begriff. Es ist aber doch klar, dass jeder Abgeordnete im Hessischen Landtag als Vertreter der hessischen Bevölkerung in besonderer Weise gefordert ist, die liberale Demokratie zu verteidigen – jeder Einzelne von uns.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Ich will nicht behaupten, dass wir Helden sind,

(Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten): Ein bisschen schon!)

aber wir müssen Vorbild sein, wir müssen das vorleben, was diese Institution ausmacht, und wir müssen sie jeden Tag persönlich verteidigen. Das ist die Herausforderung für jeden Abgeordneten in diesem Hause, der zu einer liberalen Demokratie steht und diese verteidigen will. Das ist ein wichtiger Hinweis, den man hier einmal geben muss.

(Beifall Freie Demokraten)

Die Regierungserklärung trägt den Titel „Aufbruch im Wandel“. Diesen Ausführungen ist ein Koalitionsvertrag mit fast 200 Seiten vorgeschaltet. Ich muss ehrlich sagen: Es war zum Teil ermüdend, sich durch all das zu lesen, weil der rote Faden ein bisschen gefehlt hat. Auf den fast 200 Seiten ist keine Geschichte erzählt worden; es ist eine

Aneinanderreihung verschiedener Initiativen und Überlegungen. In Ihrem Koalitionsvertrag, aber auch in der Regierungserklärung fehlt der rote Faden.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kann man aber auch vom FDP-Wahlprogramm sagen!)

„Aufbruch im Wandel“ formuliert einen Anspruch. Sie haben die richtigen Worte gewählt: Wir wollen einen „Aufbruch im Wandel“. Ihre Regierungserklärung und Ihr Koalitionsvertrag bleiben von diesem Anspruch aber unfassbar weit entfernt. Sie haben dem Anspruch, den die Überschrift Ihrer Regierungserklärung erhebt, nicht Rechnung getragen. Das muss man hier feststellen.

(Beifall Freie Demokraten)

Politik wird eigentlich immer in Personen manifest. Herr Wagner hat gesagt, er wolle sich von den Ideen und Initiativen überraschen lassen, die von dieser Landesregierung kommen. Volker Bouffier, der Ministerpräsident Hessens, ist mir wohlbekannt. Seine Politik ist mir wohlbekannt. Er wird es mir vielleicht nicht übelnehmen, wenn ich das sage: Ich fürchte, bei jedem Thema, über das hier geredet wird, weiß ich – zumindest einigermaßen –, was der Ministerpräsident dazu sagen wird. Es wird ihm kaum gelingen, mich hier im Plenum bei einem unserer normalen Themen wirklich zu überraschen. Er wird sicherlich für sich in Anspruch nehmen, dass ich das bei ihm nicht schaffe. Ich weiß, was ich an Volker Bouffier habe,

(Heiterkeit und demonstrativer Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und ich erwarte gewisse Dinge von ihm nicht. Es wäre eine echte Überraschung, wenn er in den kommenden fünf Jahren seiner Amtszeit bestimmte Dinge auf den Weg bringen würde.

Deshalb habe ich meinen Blick ein bisschen mehr auf sein Kabinett fokussiert. Da war ich schnell durch; denn das sind ja fast durchweg die bisherigen Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber, also Leute, die wir ebenfalls kennen, für die das gilt, was ich über Volker Bouffier gesagt habe: Eigentlich weiß ich genau, was jeder CDU-Minister zu den jeweiligen Themen sagen wird. Ich könnte die Reden wahrscheinlich vorformulieren. Überraschungen und innovative Gedanken sind daher zumindest aus diesem Teil des Kabinetts nicht zu erwarten.

Bei persönlichen Bewertungen muss man zwar immer vorsichtig sein, und ich möchte das auch nicht auf einzelne Menschen bezogen verstanden wissen, aber ich hätte schon erwartet, dass man die eine oder andere Änderung an der Zusammensetzung des Kabinetts erleben würde. Ich hätte schon erwartet, dass z. B. die große Kritik, die an der Amtsführung des einen oder des anderen geübt worden ist, oder auch der Umstand, dass das Vertrauen in bestimmte Minister hier im Parlament bei allen Fraktionen nicht mehr sehr ausgeprägt war, aufgenommen werden würde und vielleicht Änderungen möglich gewesen wären. Aber so wenig, wie Sie die Kraft zu einem mutigen Koalitionsvertrag hatten, hatten Sie die Kraft, Änderungen an Ihrem Kabinett vorzunehmen. Das ist natürlich schade und lässt nicht erwarten, dass es in dieser Legislaturperiode besser wird.

Schauen wir uns jetzt noch einmal die besondere Struktur der Hessischen Landesregierung an, die mittlerweile im Vergleich aller Bundesländer einzigartig ist:

(Günter Rudolph (SPD): Weltweit!)

Ein Küchenkabinett mit drei Staatsministern; vier Regierungsmitglieder sitzen im selben Gebäude. Volker Bouffier hat sein eigenes Küchenkabinett. Außerdem haben wir vier Fachminister der GRÜNEN und vier Fachminister der CDU. Dann kommen drei Fraktionen zu ihrer Sitzung zusammen. Es ist schon außergewöhnlich, wie sich solch eine Landesregierung strukturiert.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da wären Sie wohl gern dabei gewesen! Wir hätten für Sie auch einen Platz in der Küche! Sie können aber zum Kaffee vorbeikommen!)

Aber wir werden sehen, wie sich das bewährt. Es ist nur nicht ganz so, wie wir uns die Dinge vorstellen. Ich finde es auch sehr schade, dass man uns ein Digitalisierungsministerium versprochen hat und wir erst einmal nur eine Digitalisierungsministerin haben. Ich habe gesagt, dass wir in diesem Bereich sicherlich eine 100-Tage-Frist einräumen werden. Aber es ist nicht ganz das, was wir für diesen wichtigen Bereich erwartet haben. Vielleicht wird es noch; man soll die Hoffnung ja nie aufgeben. Aber die Struktur, die wir bei dieser Landesregierung jetzt vorfinden, lässt nicht zu, dass wir besonders darauf hoffen können, hier Innovation und Fortschritt zu erleben.

(Beifall Freie Demokraten)

Eine Personalie will ich hier doch noch einmal ansprechen. Ich bin langjähriger Sozialpolitiker. Über die Besetzung des Sozialministeriums habe ich mich schon gewundert; das muss ich wirklich sagen. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass der jetzige Sozialminister in den letzten elf Jahren etwas zu dem Thema Arbeitsmarkt, zu dem Thema Gesundheit und zu den anderen wichtigen Themen im Sozialbereich, z. B. frühkindliche Bildung, gesagt hätte.

(Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten): Er ist auch gar nicht da!)

– Er wird es bestimmt im Protokoll nachlesen; er interessiert sich mit Sicherheit für das, was ich sage.

(Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten): Aber seine Staatssekretärin ist da! Sie soll es ihm ausrichten!)

– Sie soll es ausrichten. – Herr Klose, der in diesem Landtag in elf Jahren keine Rede zur Sozialpolitik gehalten hat und der mir als langjährigem Mitglied im Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss noch nie irgendwie in diesem Bereich aufgefallen ist, ist jetzt plötzlich Sozialminister. Ich habe, ehrlich gesagt, große Bedenken, ob er der besonderen Herausforderung dieses vielfältigen Ministeriums tatsächlich gewachsen ist. Ich hatte gestern den Eindruck, dass er nicht so tief in alle Themen eingedrungen ist.

Wir werden sehen, ob sich das schnell beheben lässt oder ob sich meine Befürchtungen an dieser Stelle, dass dies eine unüberlegte Wahl der GRÜNEN war, tatsächlich bewahrheiten werden. Vielleicht hätten Sie sich das wirklich noch einmal überlegen und stattdessen das Kultusministerium nehmen sollen; denn unter den Sozialexperten, die ich in Ihrer Fraktion kennengelernt habe, war Herr Klose nicht.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Falsch!)

Deshalb habe ich große Bedenken und bin nicht sicher, dass Sie sich in diesem Bereich auf eine gute Entscheidung festgelegt haben.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Wenn ich zusammenfasse, was mir bis jetzt vorliegt: Ich habe einen Koalitionsvertrag gelesen, eine Regierungserklärung gehört und ein Personaltableau gesehen, und ich kann nicht sagen, dass mich das hoffnungsfroh stimmt. Ich kann auch nicht sagen, dass ich irgendwie den Eindruck habe, es gibt einen Aufbruch in dieser Regierung. Ich habe auch nicht den Eindruck, dass es hier einen besonderen Schwerpunkt gibt. Das kann ich anhand der bisherigen Mitteilungen nicht erkennen. Es gab viel Allgemeines – alles eine Ebene an Prioritäten. Wie gesagt, was die Digitalisierung betrifft, habe ich noch ein bisschen Hoffnung, aber das werden wir selbstverständlich intensiv begleiten.

Das, was uns jetzt vorliegt, ist nicht das, was Hessen braucht. Deshalb will ich Ihnen noch einmal Folgendes sagen – es ist wunderbar, dass wir heute ein bisschen mehr Redezeit haben –: Was braucht Hessen? Was ist denn wichtig für Hessen? Was ist aus Sicht der Freien Demokraten wichtig in Hessen?

Unser Land ist in einer besonderen Situation; ich habe es vorhin bereits gesagt. Es gibt zwei besondere Themen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Das ist auf der einen Seite eine gewisse Spaltung in unserem Land, die wir jeder Umfrage entnehmen und die wir auch in unseren politischen Debatten im Wahlkampf erlebt haben: Immer mehr Menschen fühlen sich ein Stück weit abgehängt. Immer mehr Menschen glauben auch, dass die Ungleichheit in unserem Land wächst und dass dieses Thema eine Rolle spielt.

Wer das ignoriert, auf den trifft der Spruch eines großen Staatsmanns zu, der ihn einmal auf deutschem Boden fallen ließ: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. – Wenn wir diese Dinge nicht ernst nehmen und glauben, wir könnten sie semantisch wegdefinieren, wird die Demokratie wirklich Schaden nehmen. Wenn wir das Thema „Was passiert in unserem Land? Wie nehmen die Menschen unsere Gesellschaft wahr? Wie empfinden sie die Vorteile unserer Gesellschaftsordnung?“ nicht ernst nehmen, werden wir Schiffbruch erleiden.

Auf der anderen Seite stellt sich die Frage – das ist mir auch sehr wichtig –: Welche Zukunft hat die liberale Demokratie in unserem Land – der liberale Rechtsstaat, also das, was wir schätzen gelernt haben und was unserem Land diesen Wohlstand gebracht hat? Die liberale Demokratie ist nämlich unter Druck. Sie ist überall unter Druck. Das sieht man daran, dass ihre Institutionen unter Druck sind. Das sehen wir am Umgang mit Polizisten, am fehlenden Respekt vor Richtern und selbst in den Behörden. Wir erleben in vielen Bereichen, dass es weniger Respekt vor den Institutionen dieser Demokratie gibt.

Die Antwort kann nicht immer nur Repression sein, sondern es geht um Respekt vor dem, was unsere Gesellschaft ausmacht. Respekt kann man aber nicht befehlen, Respekt müssen sich die Institutionen verdienen, und Respekt muss sich auch die Politik verdienen. Darum ist es auch eine Herausforderung für uns, dafür zu sorgen, dass die liberale Demokratie in unserem Land eine Zukunft hat.

(Beifall Freie Demokraten)

Dann möchte ich die Mitglieder der Regierung – vielleicht gerade auch meine Kollegen von den GRÜNEN – ansprechen. Es sind viele Neue dabei. Vielleicht sitzt jetzt der eine oder andere Hoffnungsträger auf den hinteren Bänken.

(Lachen CDU)

Wenn man die Gesellschaft in Gute und Böse einteilt, tut man ihr keinen Gefallen. Liebe Kollegen von den GRÜNEN, es gibt keine Fraktion, die das besser kann als Sie. Bitte überlegen Sie, was Sie mit unserer Gesellschaft anstellen, wenn Sie diese Politik weiterbetreiben: wenn Sie die Menschen in gute Autofahrer und böse Autofahrer einteilen, in Dieselfahrer und in Tesla-Fahrer; wenn Sie versuchen, das Land an dieser Stelle zu spalten; wenn Sie an dieser Frage moralische Kategorien festmachen. Der Familienvater nämlich, der sich nur einen gebrauchten Diesel leisten kann und mit seinen Steuergeldern die Subventionen für den Tesla bezahlt, erlebt, dass er keinen Parkplatz bekommt, während es für das Elektroauto einen privilegierten Parkplatz gibt. Er erlebt, dass man für die Leute mit dem 100.000-€-Fahrzeug extra Fahrspuren anlegt.

Wenn Sie eine solche Politik für richtig halten, die den sozialen Frieden in unserem Land gefährdet, kann ich nur sagen: Überlegen Sie sich, ob Sie eine solche Politik machen. Es gibt keine guten und keine bösen Autofahrer. Es gibt Menschen, die Mobilität in Anspruch nehmen müssen, und das machen sie ihren finanziellen Möglichkeiten und ihrem Bedarf entsprechend. Da sind Sie klug beraten, sich nicht Ihren moralischen Einordnungen zu unterwerfen. Hören Sie auf mit dieser Politik.

(Beifall Freie Demokraten)

Genauso ist es bei den Konsumenten. Es gibt keine guten und keine bösen Konsumenten. Es gibt Menschen, die können sich den Metzger nicht leisten; die gehen zum REWE. Es gibt Menschen, die können sich das frische Brot beim Bäcker nicht kaufen; die gehen eben in einen Markt. Da gibt es vielleicht kein Schild, auf dem „Fair Trade“ steht, und das Essen hat vielleicht auch kein Biosiegel. Aber die Menschen wollen trotzdem günstiges Fleisch essen, und sie wollen sich nicht sagen lassen: Dem ist es egal, wie das Tier geschlachtet worden ist. – Der andere dagegen, der sich das leisten kann, ist ein Gutmensch. Hören Sie auf damit, die Konsumenten in gute Konsumenten und böse Konsumenten einzuteilen.

(Beifall Freie Demokraten – Michael Boddenberg (CDU): Das macht doch keiner außer Ihnen, Herr Kollege!)

Oder nehmen wir die Bauern: Sie haben gesagt, Ihre Fraktion ist die einzige, die einen Bauern in ihren Reihen hat. Das ist auch ein wunderbares Thema. Es gibt nicht den guten Bauern und den bösen Bauern. Aber Sie versuchen mit Ihrer Politik immer, das zu unterstellen. Herr Wagner, das machen Sie.

(Michael Boddenberg (CDU): Wer sagt denn das? – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist halt der einzige Bauer! Er deckt beides ab!)

– Herr Wagner, ich merke, dass Sie das nicht ernst nehmen, und das ist traurig.

(Beifall Freie Demokraten)

Sie nehmen es nicht ernst. Sie wissen nicht, was Sie mit Ihrer Art, die Gesellschaft in Gute und Böse einzuteilen, den

Menschen in unserem Land am Ende antun. Hören Sie doch einfach auf damit.

(Beifall Freie Demokraten – Zuruf CDU: Das macht doch keiner außer Ihnen!)

Vielleicht nehme ich ein einfaches Beispiel, das auch Sie verstehen.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Sie haben es mit Ihrem Verhalten so verdient. – Den Beton auf einer Straße bekämpfen Sie. Der Beton in einem Windrad, das in einem Naturschutzgebiet aufgestellt ist, ist guter Beton; den finden Sie toll. Herr Wagner, das ist eine Einteilung in Gut und Böse.

(Beifall Freie Demokraten)

Das kann man nur als Ideologe und als jemand, der die Gesellschaft in Gut und Böse einteilt, verstehen.

(Zuruf Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Sie lachen. Ich finde das nicht lustig.

Sie sorgen dafür, dass der Arzt kostenlos fährt, während die Pflegerin bezahlt. Der Lehrer fährt umsonst, der Schüler bezahlt. Nehmen Sie doch wieder einmal die 360-Grad-Perspektive ein; schauen Sie auf die ganze Gesellschaft. Fangen Sie nicht damit an, die Menschen in dieser Gesellschaft nach Ihren Vorstellungen zu belohnen: Wer nach Ihrem Lebensbild lebt, bekommt Geld dafür. Da gibt es Geld für die Solaranlage, da kann etwas in ein Windrad investiert werden. Wer Ihre Politik macht, bekommt Geld. Wer ein Elektroauto kauft, bekommt einen extra Parkplatz und eine Förderung. Wer aber sagt: „Ich kann mir nur einen Diesel leisten“, muss eine höhere Steuer zahlen und darf nicht mehr zu seinem Arbeitsplatz fahren. Hören Sie doch bitte mit dieser Politik auf. Sie spalten dieses Land damit. Das, was Sie anderen vorwerfen, machen Sie an dieser Stelle genauso.

(Beifall Freie Demokraten – Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe es befürchtet. Thorsten Schäfer-Gümbel hat Ihnen doch heute Morgen schon einmal etwas ins Stammbuch geschrieben. Sie ignorieren das. Sie werfen anderen Menschen vor, was Sie selbst einmal in Ihrer Politik hinterfragen sollten. Das ist ein gut gemeinter Ratschlag. Diesen konnte ich hier noch nicht so vortragen, weil mir die Redezeit gefehlt hat. Aber jetzt habe ich die Zeit, Ihnen dies einmal so vorzutragen, wie wir dies als Freie Demokraten sehen und, ich glaube, wie dies auch viele Menschen in diesem Land sehen.

(Beifall Freie Demokraten)

Darum habe ich ja gesagt: In Bezug auf die Lernkurve Ihrer Kollegen in den hinteren Reihen habe ich noch Hoffnung – hier vorne merke ich, dass das eine richtige Einschätzung von mir war –, dass das am Ende auch bei Ihnen verfängt, dass man eine Gesellschaft so nicht spalten sollte.

(Beifall Freie Demokraten)

Wir haben in unserem Lande aber weitere Herausforderungen. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir diese ernst nehmen. Wir haben die Situation in unserem Land, dass viele Menschen unser Land nicht mehr als gerecht empfinden, dass sie glauben, dass unser Land auseinanderfällt, dass es immer mehr reiche und immer mehr arme Men-

schen gibt, dass es immer mehr Menschen gibt, die eben „abgehängt“ werden. Wenn wir das ignorieren, dann wird auch das – neben dem, was ich gerade mit den Kollegen der GRÜNEN ausgetauscht habe – eine richtig gefährliche Situation für unsere Demokratie werden. Und jetzt ist es so, dass man sagen kann: Na ja, wir müssen vielleicht mehr umverteilen; wir brauchen mehr Geld im Sozialstaat; wir müssen den Hartz-IV-Satz noch einmal um 10 € erhöhen.

Wir haben die Situation, dass wir annähernd 900 Milliarden € für Soziales in unserem Land ausgeben. In der Bundesrepublik werden fast 900 Milliarden € für Soziales ausgegeben. Die Ausgaben im Sozialbereich wachsen schneller an als das Wirtschaftswachstum. Das ist eine Entwicklung, die in unserem Land dauerhaft zu beobachten ist. Dennoch sagen viele Bürgerinnen und Bürger, dass dieses Land immer ungerechter werde. Es wird immer ungerechter, obwohl wir immer mehr in diese Umverteilung geben. Trotzdem sagen immer mehr Bürgerinnen und Bürger: Dieses Land wird ungerecht.

Wir geben aber – ich weiß jetzt gar nicht, wer dies vorhin gesagt hat – nur 127 Milliarden € für Bildung aus; und darin ist jede neue Kita enthalten. Jede neue Kita und jede neue Krippe, die wir eröffnen, zählt als Bildungseinrichtung und wird mit eingerechnet; sonst würde dieser Betrag in Deutschland geringer ausfallen.

Natürlich ist das Thema von sozialen Transferleitungen wichtig. Aber vielleicht haben viele Menschen deshalb das Gefühl, abgehängt zu werden, weil es um Chancen geht, die sie für sich nicht mehr sehen. Vielleicht geht es den Menschen um Möglichkeiten und Teilhabe. Vielleicht geht es den Menschen darum; vielleicht ist das ein Thema, um das man sich kümmern muss, das für uns wichtig ist und wo wir einfach erkennen müssen: Da ist Handlungsbedarf.

Sie wissen ja, dass ich über 100 Kitas in unserem Land besucht habe,

(Zuruf CDU: Unglaublich!)

und nachdem ich das gemacht hatte, war mir klar: Eigentlich brauchen wir in unserem Land eine Chancengarantie für Kinder.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, ob Sie Kinder in der Grundschule haben, ob auch Sie erlebt haben, dass ein Lehrer zu Ihnen sagte: „Ja, ich habe das gesehen; nach ungefähr einem halben Jahr kann ich Ihnen sagen, wo das Kind hingehet“, und dass die Hessische Landesregierung sagt: Wir wollen Sozialarbeiter in die Grundschulen bringen. – Das freut die Lehrer, weil die nämlich in ihren Schulen ziemlich unter Druck sind.

Aber ist es nicht sinnvoller, bereits in den Bereich der frühkindlichen Bildung zu investieren und uns dort zu engagieren, damit die Kinder, die dort sind, Kompetenzen erlernen, damit sie überhaupt am Bildungserfolg teilhaben können. Ist das nicht der richtige Weg? Müssen wir das nicht tun? – Herr Kollege Wagner, ich stelle aber fest, dass das, was Sie hier zu diesem Thema vorgetragen haben, überschaubar war. Wir haben in diesem Hessischen Landtag ein halbes oder Dreivierteljahr lang wirklich intensiv über das Thema der Qualität in der frühkindlichen Bildung diskutiert. Jede Fraktion hat hierzu einen Gesetzentwurf eingebracht. Wir wissen alle, wo Handlungsbedarf ist. Daher kann man doch nicht einfach in die Koalitionsvereinbarung

schreiben: „Mal schauen, was es aus Berlin gibt; wir legen dann 1 € drauf“, ohne diese Debatte irgendwie abzubilden und ernst zu nehmen, was hier vorgetragen worden ist.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich kann Ihnen sagen – darüber mag bei den GRÜNEN mancher lachen –, wenn Sie in eine Kita gehen, in der 80 Kinder sind und Ihnen die stellvertretende Leitung sagt: „Ich weiß nicht mehr, was ich tun soll“, und Sie den Eindruck haben, dass von diesen Kindern die meisten resilient sein müssen, um in diesem Bildungssystem einen guten Weg zu machen, Sie dann aber sagen: „Da gibt es keinen massiven Handlungsbedarf“, dann tut das weh. Dann tut einem das persönlich weh, gerade wenn man Kinder hat und sieht, wie unterschiedlich die Lebenschancen in unserem Bundesland Hessen verteilt sind und dass dies schon in der Kita anfängt, weil die Erzieherinnen und Erzieher nicht genug Zeit haben, die Kinder ausreichend zu fördern.

(Beifall Freie Demokraten)

Sie können sich hier als Landesregierung nicht verstecken und sagen, Sie wüssten nicht, was zu tun sei. Sie wissen genau, was zu tun ist; denn es gibt immer einen kleinen Schlenker, eine Zwischenüberschrift, wo man sagt: Eigentlich wissen Sie es schon, aber es wird halt nicht konkret. – Sie wissen, uns fehlen 7.000 Fachkräfte, um die erforderliche Qualität in den Kitas umzusetzen. Sie wissen, wir können diese nur gewinnen, wenn wir die Ausbildung künftig bezahlen; sonst haben die keine Chance. Sie wissen, es kostet rund 40 Millionen €. Das wissen Sie doch alles. Das ist Ihnen bekannt.

(Beifall Freie Demokraten)

Sie wissen auch, dass dies notwendig ist, um einmal den Schlüssel der Bertelsmann Stiftung zu erreichen und um in Bezug auf die Personalausstattung in unseren Kitas zumindest den europäischen Standard zu haben. Um diese wirklich zu Einrichtungen der frühkindlichen Bildung machen zu können, brauchen wir in den Kitas ein Drittel mehr Personal. Sie wissen auch, dass es am Ende, in der Endausbaustufe, rund 700 Millionen € kosten wird. Sie wissen, wir brauchen das Geld nicht gleich, weil wir die Erzieherinnen und Erzieher nicht haben; das kann aufwachsen. Sie wissen aber, dass es an dieser Stelle einen der größten Handlungsbedarfe gibt, die wir in unserem Lande haben. Dazu haben Sie eigentlich nichts gesagt; und das ist ein Versäumnis in Bezug auf die Chancen junger Menschen in unserem Land.

(Beifall Freie Demokraten)

Im Bereich der Schule diskutieren wir jetzt wieder über Notengebung und Pilotversuche. Wir hatten uns doch eigentlich darauf verständigt, dass wir die Schule auch einmal arbeiten lassen wollen, dass wir ihre Selbstständigkeit respektieren, dass wir sie nicht mit zusätzlichen Aufgaben belasten wollen. Wir wissen, dass die Lehrerinnen und Lehrer am Anschlag sind und dass wir nicht genügend Lehrkräfte gewinnen. Wir haben in der Schulpolitik doch ganz andere Baustellen als die von Ihnen genannten. Konzentrieren Sie sich doch einmal darauf, dass die Kinder gute Lernerfolge haben, dass die Lehrerinnen und Lehrer Zeit haben, Elterngespräche zu führen. Das brächte deutlich mehr, als fünf Sätze mehr an das Zeugnis anzuhängen. Geben Sie den Lehrerinnen und Lehrern die Zeit, mit den Eltern reden zu können, sowie Zeit für die Kinder. Das ist eine Priorität in Bezug auf die Bildung in unserem Land.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich bin einmal auf die Erfolge der Wissenschaftsministerin gespannt. Mal schauen, ob es demnächst mit den Exzellenzinitiativen besser wird. Aber auch hier gibt es einen großen Handlungsbedarf. Dieser ist nicht nur mit einer Prozentzahl in einem Vertrag zu lösen. Auch hier haben wir einen immensen Handlungsbedarf. Auch hierzu, finde ich, ist im Koalitionsvertrag einfach deutlich zu wenig gesagt worden. Dazu müsste deutlich mehr kommen.

Ich will trotzdem, auch wenn wir heute eine lange Redezeit haben, noch zwei, drei Punkte aufrufen, aufgrund derer ich ableite, dass die Chancengerechtigkeit in unserem Lande langsam, aber sicher wirklich zu hinterfragen ist. Für den Bereich der frühkindlichen Bildung habe ich dies, glaube ich, deutlich gemacht. Dort kenne ich es aus eigener Anschauung und bin wirklich unzufrieden, dass hierzu nicht ausreichend etwas passiert.

Zum Thema Digitalisierung. Es ist in Hessen mittlerweile doch so, dass hessische Schulen der einzige Ort sind, wo man vor der Digitalisierung sicher ist. Herr Kultusminister, die hessischen Schulen sind in Hessen der Ort, wo man vor der Digitalisierung noch sicher ist; und das finden Sie eigentlich gut.

(Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten): Oh, oh!)

Aber das ist der falsche Weg, weil er exklusiv ist. Er exkludiert junge Menschen, die vom Elternhaus nicht kompetent an das Thema der Digitalisierung herangeführt werden, die von zu Hause eben nicht auf diese Zeit und auf diese Welt vorbereitet werden. Es ist daher eine Aufgabe, die auch in der Schule geleistet werden muss, damit wir sicher sein können, dass sich die jungen Menschen den Herausforderungen im Internet stellen können. Da muss doch deutlich mehr passieren.

Wenn sie aber keinen Zugang haben, auch keinen Zugang, der ihnen einmal erklärt, was im Internet wirklich passiert, dann sind sie vielleicht vielen Themen ausgeliefert, über die wir uns hier wieder beschweren. Es kann nicht sein, dass wir die Schulen nicht zu einem besonderen Ort der Digitalisierung machen. Was ich bei Ihnen lese, ist daher halbherzig. Das ist alles viel zu spät; Sie hätten auch schon fünf Jahre lang Zeit gehabt, etwas zu machen. Sie haben unsere Haushaltsanträge hierzu alle abgelehnt. Ich glaube Ihnen daher gar nicht, dass dazu am Ende, nach fünf Jahren, überhaupt etwas passiert ist. Von daher: Digitalisierung ist auch ein Thema im Hinblick auf Chancengerechtigkeit.

Wenn Menschen beim Thema der Digitalisierung ausgeschlossen werden, werden sie in Zukunft nicht mehr an den Chancen unserer Gesellschaft teilhaben. Der Zugang zur Digitalisierung ist auch eine Chancenfrage, der wir, die Freien Demokraten, besondere Aufmerksamkeit widmen; und da spielen die Schulen und die Bildung eine besondere Rolle.

(Beifall Freie Demokraten)

Es macht einen Riesenunterschied, wo man in unserem Land lebt. Lebt man auf dem Land, wenn man das Pech hat, noch in der Nähe einer Milchkanne, hat man keine Internetanbindung. Lebt man in der Stadt, in Frankfurt, direkt neben einer S-Bahn-Haltestelle, kommt man in den Genuss von maximaler Mobilität; am besten noch kostenfrei, wenn man der richtigen Berufsgruppe angehört. Das ist eine ab-

solute Ungerechtigkeit in unserem Land. Die Mobilität muss auch in den ländlichen Räumen sichergestellt sein.

(Beifall Wiebke Knell (Freie Demokraten))

Es muss sichergestellt sein, dass es dort eine Internetverbindung gibt. Es muss eine Teilhabe- und Chancengerechtigkeit zwischen Stadt und Land geben. Das haben Sie in den letzten fünf Jahren ganz stark vernachlässigt. Ich glaube auch nicht, dass Sie wirklich bereit sind, hier etwas zu tun.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich habe jetzt schon drei Themen aufgezählt: Bildung, frühkindliche Bildung, Schule, Wissenschaft – Zuständigkeit des Landes. Digitalisierung – Zuständigkeit des Landes in den Themen, die ich angesprochen habe. Stadt und Land – Zuständigkeit des Landes. Die Mobilität lasse ich jetzt einmal außen vor; darüber könnte ich noch stundenlang reden. Der Minister ist sowieso nicht da. Er hat innerhalb von fünf Jahren keinen Lernerfolg gehabt, da wird sich auch nichts bessern.

Zum Thema Energie. Das ist eines der Themen, bei dem jedes Jahr gewaltige Mengen von Geld umverteilt werden. Ganz Deutschland war erregt über eine Flat Tax, also einen gleichen Steuersatz auf alles. Ganz Deutschland war erregt, einige etwas weniger, wir ein bisschen weniger, andere mehr.

Was ist denn die EEG-Umlage anderes als eine Flat Tax? – Sie ist nichts anderes als eine Flat Tax. Das eigene Einkommen spielt keine Rolle. Ein Hartz-IV-Empfänger zahlt 12 % seines Hartz-IV-Satzes in diesen Topf. Da gibt es keine Gnade, er zahlt 12 % in diesen Topf. Das ist in der Endsumme genauso viel, wie ein Millionär oder ein Landtagsabgeordneter, ein Gutverdiener zahlt. Alle zahlen die gleiche Summe in diesen Topf, weil alle im groben Durchschnitt den gleichen Stromverbrauch haben: fernsehen, waschen, Kaffee kochen. Es hat ungefähr jeder den gleichen Stromverbrauch.

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Fake News!)

Darum ist das mehr oder minder eine Flat Tax. Alle zahlen in einen Topf. 25 Milliarden € kommen von allen Bürgerinnen und Bürgern, egal, ob sie wenig oder viel Geld haben, in einen Topf. Dabei kann man noch eine kleine Unterscheidung machen: Eine Familie mit vielen kleinen Kindern hat einen deutlich höheren Stromverbrauch als derjenige, der alleine lebt. Die Familie zahlt also ein bisschen mehr in diesen Topf ein als der Alleinverdiener, der nicht so viel Strom verbraucht. Es ist also nicht ganz wahr, was ich sage, dass es eine Flat Tax ist. Familien sind etwas schlechter gestellt. Sie müssen mehr beitragen. Das ganze Geld kommt in einen Topf.

Dann fragt man sich: Wer kann eigentlich in diesen Topf greifen, wer kann dieses Geld bekommen? – Nur der Mensch, der zu viel Geld hat. Er muss also entweder ein Eigenheim haben – also ein Eigentümer sein; nur 40 % der Menschen haben Wohneigentum –, dann kann er sich, wenn er Geld investieren kann, eine Solaranlage auf das Dach bauen. Dann bekommt er noch eine steuerfinanzierte Subvention über den Kredit, damit die Anlage günstiger ist, und eine garantierte Einspeisevergütung, die von diesen 25 Milliarden € bezahlt wird.

Wenn ich also Vermögen habe, kann ich an die 25 Milliarden € kommen, weil ich in diese Dinge investiere. Das

heißt, in Deutschland werden jedes Jahr von allen, von den Familien ein bisschen mehr, 25 Milliarden € an diejenigen, die investieren können, umverteilt.

(Stephan Grüger (SPD): Fake News!)

Wenn man sich das einmal überlegt, ist das eigentlich ein Gesetz, von dem man sagen könnte: Wie konnte das in der Bundesrepublik Deutschland jemals Realität werden? Wie konnte ein Gesetz, das 25 Milliarden € von allen an wenige verteilt, in unserem Land Realität werden? – Natürlich hat sich das ein grüner Minister ausgedacht und hat dieses Gesetz auf den Weg gebracht.

Dieses Gesetz gibt es jetzt 20 Jahre. Es wird immer noch dafür gekämpft, dass dieses unglaublich unsoziale Gesetz, das aus unserer Sicht unfassbar bürokratisch ist, das in der Energiepolitik die falschen Anreize setzt, weiterhin Bestand hat. Es wird hier von den GRÜNEN, die immer an Fakten interessiert sind, verteidigt.

Ich kann Ihnen nur sagen: Solange Sie so eine Politik betreiben, dass Sie Geld einsammeln und dann wieder an andere verteilen – das zieht sich über ganz viele Baustellen in der Energiepolitik –, so lange kann ich Menschen verstehen, die sagen: Eigentlich ist es doch ungerecht, was in unserem Land stattfindet. Alle müssen bezahlen, und einige wenige werden dann für ihre politische Haltung belohnt und bezahlt. – Meine Damen und Herren, das ist falsch.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich habe Ihnen jetzt an vier, fünf Punkten, die wichtig sind und die exklusiv in diese Gesellschaft wirken, die die Gesellschaft spalten, die das Vermögen in dieser Gesellschaft umverteilen, die Chancen umverteilen, gezeigt, warum es so sein könnte, dass ganz viele Menschen in unserer Gesellschaft denken: Irgendetwas stimmt nicht, ich arbeite jeden Tag, ich bemühe mich, ich mache und tue und komme doch auf keinen grünen Zweig. Dabei muss ich mich auch noch schlecht fühlen mit dem, was ich den ganzen Tag mache, weil ich das falsche Auto fahre oder mir nur günstiges Essen leisten kann.

Liebe Freunde, wenn wir uns dem nicht entgegenstellen, wenn wir das nicht reduzieren, dann werden wir in diesem schweren Fahrwasser, in dem wir uns schon befinden, bleiben. Wir müssen den Aufbruch wagen. Wir müssen Veränderung wagen. Wir müssen an dieser Stelle auch sagen: Was falsch ist, muss verändert werden, und was wir verändern können, müssen wir auch verändern, um Hessen – das ist das Ziel der Freien Demokraten – zum Chancenland Nummer eins zu machen. Hessen muss Chancenland Nummer eins in Deutschland werden.

(Beifall Freie Demokraten)

Es ist nicht schwer. Ich habe die Punkte aufgezählt. Geld ist im Haushalt vorhanden. Die Ideen sind vorhanden. Viele Fraktionen haben Ideen entwickelt und Gesetzentwürfe eingebracht. Da kann man auch einmal etwas gemeinsam auf den Weg bringen. Da kann man auch für die Chancen der Menschen in unserem Land etwas gemeinsam auf den Weg bringen.

Ich kann nur an Sie appellieren: Gehen Sie weg von der Politik, die Sie bisher machen. Wir haben es erlebt. Sie haben seit 2015, das sagen die Gutachten, die höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten. Wir haben einen Sprung an Steuereinnahmen seit 2015. Ein Sprung an Steuereinnahmen – und die Investitionen der Kommunen und des Landes ge-

hen in Hessen regelmäßig zurück. Das ist der völlig falsche Weg. Wir investieren nicht genug in dieses Land und in die Zukunft dieses Landes. Hören Sie damit auf, und gehen Sie dahin, wo wir hin müssen: zum Chancenland Nummer eins in unserem Land.

(Beifall Freie Demokraten)

Wenn ich dann das Wort „Nachhaltigkeit“ lese oder in Ihrer Rede höre, dann überlege ich mir hinterher, dass manche eine nachhaltige Finanzpolitik nicht so sexy finden. Ich finde, nachhaltige Finanzpolitik ist im Respekt vor der Generationengerechtigkeit geboten. Nachhaltige Finanzpolitik ist absolut wichtig, damit die künftigen Generationen nicht nur einen guten Planeten haben, sondern eine Gesellschaft, in der sie Chancen haben. Denn wenn wir der kommenden Generation zu viele Schulden aufbürden, ist das genauso, als würden wir ihnen die Chancen wegnehmen, ihre Zeit und ihr Leben zu gestalten.

Sie haben vor, bei dieser Wirtschaftslage nur 200 Millionen € pro Jahr zu tilgen. Bayern hat erklärt, 2030 schuldenfrei zu sein. Bayern hat eine gute Wirtschaftssituation – wie wir. Bayern ist Geberland – wie wir. Wir geben pro Kopf sogar noch etwas mehr aus, aber das schwankt immer etwas, das wissen Sie sicherlich besser, Herr Ministerpräsident. Wir werden 200 Jahre brauchen, um unsere Schulden abzutragen. Die Bayern machen es bis 2030. Man muss vielleicht nicht ganz so gut sein wie Bayern. Es wäre schön, wir wären es. Aber dass wir 200 Jahre brauchen und Bayern elf oder zwölf, das kann doch nicht wahr sein, das kann doch nicht der Anspruch dieser Landesregierung sein, wenn man das Wort „nachhaltig“ benutzt.

(Beifall Freie Demokraten)

Lassen Sie mich nach diesem kurzen Schwenk, weil mich das vorhin geärgert hat, doch noch einmal kurz auf das Thema kommen, wie wir die Herausforderungen lösen können. Das ist gar nicht so schwer. Wir haben in diesem Land schon einmal gute Ideen gehabt. Diese Ideen waren unfassbar erfolgreich und haben dieses Land zur größten Freiheit, zum höchsten Wohlstand und zur längsten Friedenszeit geführt, die wir je kannten. Das ist die unfassbar tolle Idee der sozialen Marktwirtschaft.

Die soziale Marktwirtschaft prägt sich durch zwei Kriterien besonders aus. Das erste Kriterium lautet: Die starken Schultern tragen mehr als die schwachen Schultern.

Wenn wir von allen Geld einsammeln und zu den starken Schultern, sofern sie die richtige Gesinnung haben, das Geld rüberschieben und zu den anderen nicht, dann unterhöhlt das natürlich auch diese Überlegung, dass starke Schultern mehr tragen müssen als schwache Schultern.

Das zweite Kriterium ist – Erhard hat das so schön gesagt –: „Wohlstand für alle“. Das ist das Versprechen für den sozialen Aufstieg für jeden Bürger in unserem Land. Das ist die Chance für den sozialen Aufstieg, wenn er sich anstrengt. Jeder Bürger in unserem Land muss die Chance auf sozialen Aufstieg haben. Das heißt, das Chancenland Hessen garantiert uns die schönen Seiten der sozialen Marktwirtschaft.

Wenn wir uns diesem Prinzip verpflichtet fühlen, müssen wir unseren Vorschlag aufnehmen, Chancenland Nummer eins zu werden. Dann werden wir auch wieder aus der Spaltung der Gesellschaft herauskommen.

Es gibt den schönen Satz, der uns als Freien Demokraten immer gut gefällt: Leistung muss sich wieder lohnen. – Er greift fast zu kurz. Leistung muss sich nicht nur lohnen, sie muss auch mit sozialem Aufstieg belohnt werden. Das ist unsere politische Forderung, und für die streiten wir hier im Hessischen Landtag.

Wie können wir das erreichen? Wir haben schon mehrfach deutlich gemacht, dass wir hier schon konzeptionell gearbeitet haben und Ihnen das vorgelegt haben. Es ist nicht so, dass wir uns als Opposition verstehen, die alles negativ darstellt, was die Regierung tut. Es gibt momentan nicht so viel Positives, aber vielleicht wird es besser.

Aber wir haben konkrete Vorschläge gemacht, was wir tun müssen, um dieses Land für 2030 fit zu machen. Warum haben wir eine Agenda 2030 gefordert? – Das klingt auch in Ihrem Koalitionsvertrag kurz an: 2030 ist für uns in Hessen ein besonderes Datum, und das sind nur noch elf Jahre. 2030 werden wir nur noch gut 3 Millionen Menschen haben, die in Hessen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Jetzt sind es über 3,5 Millionen.

Das heißt, es sind über 10 %, fast 15 % Menschen weniger, die dem Arbeitsmarkt in Hessen zur Verfügung stehen. Wir haben heute keine Erzieher, keine Altenpfleger. Das Handwerk beklagt sich, wir haben nicht ausreichend Ingenieure. Wir haben heute schon einen unfassbaren Fachkräftemangel, der jetzt schon Auswirkungen aufs Wirtschaftswachstum hat.

Wenn ein mittelständischer Betrieb keinen Entwicklungsingenieur mehr findet und einstellen kann, dann kann sich dieser Betrieb nicht weiterentwickeln, nicht innovativ sein. Dann wird dieser Betrieb, nachdem seine Laufzeit sozusagen abgelaufen ist, verschwinden. Das werden wir statistisch gar nicht mehr merken. Das sind Auswirkungen des Fachkräftemangels. Das sind Auswirkungen, die vor uns liegen, denen wir uns stellen müssen.

Sie werden in besonderer Weise 2030 deutlich. Wir wissen statistisch, wann die absolute Veränderung bei der Frage, wie viele Menschen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, deutlich wird. Wir wissen auch, dass 2030 – darum haben wir genau dieses Datum genommen – künftig nur noch zwei Arbeitnehmer einen Rentner bezahlen. Das wird auch 2030 passieren. Wir werden also deutlich weniger Menschen haben als heute. Die Arbeitsagentur sagt uns, für 1 % bis 1,5 % Wachstum bräuchten wir 60.000 bis 70.000 Menschen mehr, um dieses Wachstum überhaupt abbilden zu können. Wir brauchen also ein massives Wirtschaftswachstum, obwohl die Menschen weniger werden.

Wir brauchen mehr Geld für die sozialen Sicherungssysteme, weil immer mehr Menschen aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden, aber natürlich noch Anspruch auf Altersversorgung haben. Wir haben natürlich auch ein steigendes Bedürfnis an guter Teilhabe in unserer Gesellschaft. Wir haben also ein Delta, das in elf Jahren und nicht irgendwann vor uns liegt. In elf Jahren, in zwei Legislaturperioden werden hier Leute stehen, die sich mit diesen Problemen herumschlagen. Hoffentlich wird dann keiner sagen: Ich habe es gar nicht gewusst. Wo kommt das jetzt her?

Wir wissen das, und wir haben Vorschläge gemacht. Sie können sie gerne in unserer Agenda 2030 nachlesen. Dazu gehört, dass man eine vernünftige Wirtschaftspolitik macht. Dazu gehört, dass man die Digitalisierung als Chance begreift. Denn wenn wir nicht mehr Wertschöpfung erzeugen können, dann muss in den Betrieben ein

Maschinenführer nicht nur zwei Maschinen, sondern vier führen. Das kann Digitalisierung leisten. Wenn 150.000 Menschen, die heute als Kraftfahrer unterwegs sind, vielleicht für andere Berufsfelder zur Verfügung stehen – das kann Digitalisierung leisten. Wir brauchen alle die Menschen. Uns werden die Jobs nicht ausgehen.

Wir haben nicht die Chance, dass die Menschen von irgendwo in Europa zu uns kommen und diese Lücken füllen. Denn in Frankreich, Spanien und Italien haben sie das gleiche demografische Problem wie wir. Das wird uns nicht retten. Es ist nicht wie bei der Energiedebatte, dass irgendwie aus Brüssel der Strom kommt. Nein, wir müssen selbst Lösungen finden. Das heißt, wir müssen unser Land fit machen, auch in Bildung. Alle jungen Menschen müssen leistungsfähig sein, damit sie später etwas zu ihrem Lebensunterhalt beitragen können.

(Beifall Freie Demokraten)

Wir müssen die Digitalisierung fit machen und die Wirtschaft fit machen. Diese Schwerpunkte wiederholen wir. Wir haben sie im Wahlkampf wiederholt, wir wiederholen sie hier im Plenum. Wir müssen in Bildung investieren. Wir müssen in Digitalisierung investieren. Wir müssen wirtschaftlich innovativ sein, und wir brauchen einen handlungsfähigen Staat.

Was bedeutet ein handlungsfähiger Staat? – Nicht immer mehr Vorschriften, die von der Verwaltung gar nicht durchgesetzt werden können. Denn dann ist es wieder Willkür, ob man in einem Landkreis lebt, wo die Bürokratie durchgesetzt wird, oder in einem Landkreis, wo sie nicht durchgesetzt wird. Dann habe ich Pech gehabt, wenn ich in einem Landkreis lebe, in dem diese Regeln exekutiert werden. Ich brauche eine handlungsfähige Verwaltung, die überall in Hessen gleichmäßig Recht und Gesetz durchsetzen kann, die kompetent besetzt ist.

Ich muss mir heute Gedanken machen, wie ich überhaupt noch Personal für die Landesverwaltung gewinnen kann. Denn wenn wir in wenigen Jahren auf dem Arbeitsmarkt eine große Konkurrenz haben, weiß ich nicht, ob jeder sagt, dass es toll ist, dass er in der Landesverwaltung arbeiten kann. Da muss ich als Landesverwaltung attraktiv sein. Ich muss ein attraktiver Arbeitgeber sein. Das heißt, ich muss alldem sowohl beim Thema Homeoffice als auch beim Thema Einsatz von digitalen Medien, die die Menschen gewohnt sind, Rechnung tragen. Ich muss auch effizienter werden – nicht, weil ich Leute in der Verwaltung loswerden will, sondern weil ich keine mehr finden werde. Das ist etwas, was uns endlich einmal klar werden muss. Wir werden einen anderen Arbeitsmarkt bekommen.

Wir haben einen anderen Arbeitsmarkt. Wenn der Wirtschaftsminister hier sagt: „Super, wir haben so niedrige Arbeitslosenzahlen“, dann müsste er auch sagen: Aber ich weiß, dass das noch kein so gutes Zeichen ist, wie ich es mir eigentlich wünsche. Denn eigentlich muss ich schauen, wie es mit dem Fachkräftemangel aussieht. – Denn die Frage, mit der wir uns künftig auseinandersetzen werden, ist nicht mehr die Frage der Sucharbeitslosigkeit oder der Menschen, die aus privaten, multiplen Problemen vielleicht keine Arbeit aufnehmen können, die wir unterstützen müssen. Die Frage wird vielmehr sein, wie wir überhaupt noch Fachkräfte für unsere Wirtschaft gewinnen, damit wir die ganze Veranstaltung bezahlen können.

Wir Freie Demokraten fordern Sie, diese Landesregierung, auf: Verschwenden Sie keinen Tag, verschwenden Sie nicht

wieder fünf Jahre, um diese Herausforderung zu schultern und aufzunehmen. Das ist meine Bitte und meine Forderung an Sie.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich habe es gesagt: Sie sind eine Schönwetter-Regierung. Ohne Schönwetter gäbe es Sie nicht. Sie sind auf Bewährung, und Sie machen eine Fortsetzung der alten Politik 1 : 1 mit deutlich mehr Grün. Sie bekommen von uns keine 100 Tage. Wir erwarten von Ihnen sofortiges Regierungshandeln im Sinne dessen, was ich Ihnen vorgetragen habe. Nehmen Sie die Herausforderungen wahr. Sie können hier nicht die Hände in den Schoß legen. Es hat sich ohnehin nicht viel geändert. Machen Sie endlich Ihre Aufgaben. Wir werden Sie vom ersten Tag an fordern. Das werden Sie morgen schon erleben. – Vielen Dank.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt AfD)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Herr Rock, vielen Dank. – Als Nächste hat sich Frau Wissler zu Wort gemeldet.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Ihre Regierungserklärung trägt den Titel: „Aufbruch im Wandel“. Da fragt man sich schon: Welcher Aufbruch? Sie gehören seit 20 Jahren ununterbrochen der Landesregierung an. Wenn man sich den Koalitionsvertrag anschaut und Ihre Regierungsmannschaft, dann stellt man fest, es ist alles andere als ein Aufbruch.

Die CDU-Vertreter unter den Ministern und Staatssekretären regieren zusammengerechnet 107 Jahre lang in Hessen, mal mit der FDP, mal alleine, jetzt mit den GRÜNEN – die Unterschiede sind leider nicht allzu groß. Das heißt, 107 Jahre Regierungsverantwortung, wobei ich das Wort „Verantwortung“ nicht im eigentlichen Wortsinn verstanden haben möchte, sitzen hier für die CDU auf der Regierungsbank, und da sprechen Sie von einem Aufbruch. Das ist schon ein bisschen drollig.

(Beifall DIE LINKE)

Herr Wagner, ich gebe Ihnen vollkommen recht, dass die Ideen, die man im Kopf hat, nicht unbedingt etwas mit dem biologischen Alter zu tun haben müssen. Das beste Beispiel ist die Junge Union. Da sind einige so antiquiert, als hätten sie die Fünfzigerjahre noch persönlich erlebt.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Von daher gebe ich Ihnen recht: Es muss nicht unbedingt etwas damit zu tun haben. Aber diese Regierung ist leider weder inhaltlich noch personell ein Aufbruch.

Herr Ministerpräsident, Sie haben wie üblich viel geredet, aber zu vielen aktuellen und entscheidenden Fragen nicht allzu viel gesagt. An der mangelnden Redezeit kann es nicht gelegen haben.

(Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten): Keine Schärfe, bitte!)

Die beinahe täglich neuen Veröffentlichungen um rechte Netzwerke in der Polizei waren Ihnen ganze vier Sätze wert. Sie haben bedauert, dass die Vorfälle dem Ansehen der Polizei schaden. Das Opfer dieser Bedrohung haben Sie überhaupt nicht erwähnt; denn sie ist diejenige, die den

eigentlichen Schaden trägt, und nicht in erster Linie die Polizei in ihrem Ansehen.

Dann haben Sie davor gewarnt, dass Polizisten in Generalverdacht gestellt werden, was im Übrigen überhaupt niemand getan hat.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Genau!)

Kein Wort haben Sie darüber verloren, welche Konsequenzen daraus gezogen werden müssen.

(Beifall DIE LINKE)

Die NSU-Opferanwältin Basay-Yildiz bekommt Morddrohungen gegen ihr zwei Jahre altes Kind, die mit „NSU 2.0“ unterschrieben sind. Darin sind Daten enthalten, die von einem Polizeicomputer im 1. Revier in Frankfurt abgerufen wurden.

Mittlerweile gab es mehrere Hausdurchsuchungen. Zwölf Polizisten wurden wegen rechtsradikaler Aktivitäten vom Dienst suspendiert; denn sie hatten Hakenkreuzbilder verschickt. Gegen sie besteht der Verdacht der Volksverhetzung. Sie haben illegale Waffen besessen. Einer hatte zu Hause sogar eine Art Hitler-Gedenkzimmer gehabt.

Ich will mir gar nicht vorstellen, was in diesem Land los wäre, wenn das keine Rechten, sondern wenn das Islamisten gewesen wären. Dann würden alle Alarmglocken schrillen. Es gab eine Bombendrohung gegen Gerichtsgebäude, die mit „Nationalsozialistische Offensive“ unterschrieben war. Es gab zehn Brandanschläge auf linke Zentren und linke Wohnprojekte im Rhein-Main-Gebiet. Es gab Morddrohungen im Namen eines „NSU 2.0“.

Herr Ministerpräsident, leider haben Sie zu alledem wenig gesagt. Ansonsten liegt Ihnen die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger doch so am Herzen. Ansonsten pochen Sie doch so darauf.

Ich sage: Angesichts einer Häufung so vieler Vorfälle rechter Gewalt müssten auch beim Ministerpräsidenten alle Alarmglocken schrillen. Ich erwarte deutliche Worte zu einer solchen Gefahr von rechts.

(Beifall LINKE und vereinzelt SPD)

Aber anstatt Konsequenzen zu ziehen, bleibt Herr Beuth Innenminister. Das ist der Mann, der nicht in der Lage war, ein verfassungsgemäßes Landtagswahlgesetz vorzulegen. Gerade gestern hat ihm das Bundesverfassungsgericht wieder einmal ein Überwachungsgesetz kassiert.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Nein, das war von Herrn Bouffier!)

Er hat sich in einer Büttendrede über minderjährige Flüchtlinge lustig gemacht. Er hat bei der Aufklärung der NSU-Vorfälle gemauert. Jetzt klärt er aktuell wieder nicht auf.

Herr Beuth hat es nicht einmal für nötig gehalten, das Parlament darüber zu informieren, dass es in Hessen eine Morddrohung gibt, die mit „NSU 2.0“ unterschrieben ist. Dann ergab sich bei den Ermittlungen auch noch eine Spur, die zu Polizisten führt.

Herr Beuth wusste seit Anfang August 2018 von diesem Drohbrief. Die Mitglieder des Landtags haben davon Mitte Dezember 2018 aus der Presse erfahren.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): So ist es!)

Das geschah, obwohl es in Hessen einen Mord des NSU gab, obwohl sich ein NSU-Untersuchungsausschuss jahre-

lang mit der Frage beschäftigt hat, warum der damalige Innenminister das Parlament nicht darüber informierte, dass ein Verfassungsschützer damals am Tatort war.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): So sind die Parallelen!)

Wir sagen ganz klar: Wir halten Herrn Beuth nach alledem für eine vollkommene Fehlbesetzung im Amt des Innenministers. Wir erwarten Aufklärung anstatt immer weiteres Mauern.

(Beifall LINKE)

Herr Ministerpräsident, Sie haben auch nichts zur zunehmenden sozialen Spaltung gesagt, obwohl Sie die alarmierenden Zahlen dazu im Landessozialbericht Ihrer eigenen Regierung nachlesen könnten. Auch das gehört zur bisherigen schwarz-grünen Bilanz.

Sie haben es paradox genannt, dass es in Hessen so viel Wohlstand wie noch nie gibt und dass es gleichzeitig immer mehr Zukunftsängste gibt. Herr Ministerpräsident, vielleicht kann ich Ihnen dieses scheinbare Paradoxon erklären. Es handelt sich einfach nicht um dieselben Menschen. Es profitieren eben nicht alle vom wachsenden Wohlstand.

Etwa 40 % der Bevölkerung besitzen heute weniger Kaufkraft als Ende der Neunzigerjahre. Die Annahme, wenn es der Wirtschaft gut gehe, gehe es allen gut, ist falsch. Sie war schon immer falsch.

Siemens macht Gewinn in Milliardenhöhe. Trotzdem baut es Hunderte Arbeitsplätze in Offenbach ab. Während sich ein einzelnes hessisches Geschwisterpaar in nur einem Jahr über eine Dividendenausüttung in Höhe von 1 Milliarde € aufgrund ererbter BMW-Aktien freuen darf, geht aus dem Sozialbericht der Landesregierung hervor, dass in Hessen 900.000 Menschen von Armut bedroht sind.

Diese Zahl ist in den letzten Jahren trotz guter Konjunktur und Haushaltslage angestiegen. Das ist jeder Siebte in Hessen. Das betrifft über 40 % der Alleinerziehenden. Jedes fünfte Kind in Hessen ist von Armut betroffen. Das bedeutet eingeschränkte gesellschaftliche Teilhabe, Benachteiligung bei der Bildung und bei der gesundheitlichen Entwicklung.

Die Maßnahmen der schwarz-grünen Landesregierung waren in den letzten Jahren – ich sage es einmal vorsichtig – sehr mager. Wir bräuchten dringend einen Aktionsplan gegen Kinderarmut. Es ist doch eine Schande, dass in einem so reichen und wirtschaftlich starken Land Kinder in Armut leben und sich ihr Mittagessen nicht leisten können.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Noch nie waren so viele Arbeitsverträge befristet. Während der schwarz-grünen Regierungszeit ist die Zahl der Menschen mit Leiharbeit gestiegen. Herr Ministerpräsident, Sie sagen dann gerne, wir hätten den höchsten Beschäftigungsstand aller Zeiten. Tatsache ist: Es haben in Hessen noch nie so viele Menschen zu Niedriglöhnen gearbeitet. Das sind nämlich 500.000 Menschen.

Ein Drittel der jungen Menschen unter 25 Jahren arbeitet in befristeten Arbeitsverhältnissen. Sie brauchen sich da nur einmal an den landeseigenen Hochschulen umzuschauen. Dort hangeln sich junge Menschen von Vertrag zu Vertrag.

„Euch wird es einmal besser gehen“, das haben meine Großeltern meinen Eltern gesagt. „Euch wird es einmal

besser gehen, es geht voran, es geht aufwärts.“ Ehrlich: Wer sagt das heute noch zu seinen Kindern? – Aus diesem Aufstiegsversprechen sind Abstiegsängste geworden. Das haben Sie angesprochen. Wird mein Vertrag entfristet? Wie soll ich im Alter leben, wenn ich nicht genug Einkommen habe, um privat vorzusorgen? Wo setzt mich die Leiharbeitsfirma nächste Woche ein? Der wachsenden Zahl an Menschen, die kaum über die Runden kommen und die auf die Tafeln angewiesen sind, die Flaschen sammeln, weil die Rente nicht reicht, steht eine wachsende Zahl an Einkommensmillionären gegenüber.

Herr Ministerpräsident, Sie sprechen immer gern vom gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wie soll eine Gesellschaft zusammenhalten, wenn die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht?

Die Gesellschaft heute lässt sich ein Stück weit mit einer Rolltreppe vergleichen. Der Soziologe Oliver Nachtwey hat dieses schöne Bild verwendet. Für manche geht es ohne Anstrengungen nach oben, während die anderen mächtig laufen müssen, um nicht nach unten getragen zu werden.

Auf der Rolltreppe nach unten verrohen die Sitten. Da entstehen Ressentiments. Misstrauisch werden vermeintliche Konkurrenten um das kleine Stück vom Kuchen beäugt.

Wer den sozialen Frieden will, der braucht nicht vor allem neue Gesetze für das Internet und zur Symptombekämpfung. Wer den sozialen Frieden will, der muss etwas gegen das Gefühl vieler Menschen tun, dass sie tagtäglich gegen den sozialen Abstieg kämpfen müssen.

(Beifall DIE LINKE)

Gerade diese Menschen sind es, die am meisten unter dem angespannten Wohnungsmarkt leiden. Einkommensschwache Mieterinnen und Mieter werden immer mehr aus den Innenstädten verdrängt, weil sie sich die hohen Mieten nicht leisten können. Das Wohnungsdefizit in Hessen ist so groß wie in keinem anderen Flächenland. Über 80.000 Wohnungen fehlen, und zwar ausschließlich im unteren und mittleren Preissektor. Das sind 12,8 Wohnungen auf 1.000 Einwohner. Das ist die Bilanz einer grünen Wohnungsbauministerin.

Das ist überhaupt kein Frankfurter Problem oder eines des Rhein-Main-Gebietes. Von den 26 hessischen Landkreisen und kreisfreien Städten haben nur neun einen Überhang an Wohnungen oder ein ausgeglichenes Angebot. In allen anderen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten gibt es einen Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Das heißt, in einem großen Teil der hessischen Landkreise und kreisfreien Städte haben wir ein Problem auf dem Wohnungsmarkt.

Jetzt wollen Sie bis zum Jahr 2024 den Bau von 22.000 Sozialwohnungen fördern. Das wird dem Bedarf nicht annäherungsweise gerecht. Seit den Neunzigerjahren hat sich die Zahl der Sozialwohnungen in Hessen mehr als halbiert. Sie sagen jetzt, das sei das größte Maßnahmenpaket, das es in Hessen gegeben habe. Herr Ministerpräsident, das ist schon absurd.

Bis zum Jahr 2030 werden in Hessen über 500.000 Wohnungen fehlen. Hunderttausende Haushalte in Hessen hätten dem Einkommen nach Anspruch auf eine Sozialwohnung. Sie sagen dann: Natürlich wird das Land geeignete Liegenschaften zur Verfügung stellen. – Es gab doch diese geeigneten Liegenschaften. Es gab doch das ehemalige Po-

lizeipräsidium in Frankfurt. Es gab den Campus Bockenheim.

Das Land hat das Polizeipräsidium zum Höchstpreis verkauft und damit die Bodenspekulation weiter angeheizt. Die öffentliche Hand, das Land Hessen, ist in den letzten Jahren Teil des Problems gewesen. Denn man hat die Bodenspekulation angeheizt, anstatt endlich dagegen vorzugehen.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Diese Flächen hätte man nutzen können, um sozialen Wohnungsbau zu realisieren. Wir haben jahrelang Haushaltsänderungsanträge gestellt, die zum Inhalt hatten, dass wir mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau brauchen. Jahrelang hat uns die Wohnungsbauministerin erklärt, Geld sei überhaupt nicht das Problem, es gebe keine Flächen. Das wurde uns jahrelang erzählt. Warum verkauft man dann beste innerstädtische Flächen zu Höchstpreisen, anstatt sie sinnvoll zu nutzen?

Deswegen war es natürlich ein Fehler, die Schaffung von Wohnraum dem Markt zu überlassen. Es ist gut, dass sich immer mehr Mieterinitiativen gegen steigende Mieten und Verdrängung wehren. An dieser Stelle gratulieren wir den Aktiven des Frankfurter Mietentscheids, dass sie über 25.000 Unterschriften im Rahmen eines Bürgerbegehrens gesammelt haben: herzlichen Glückwunsch zu diesem Erfolg. Ich hoffe, es wird Druck machen auf die Stadt Frankfurt, dass eine städtische Wohnungsgesellschaft endlich wieder ihrer Aufgabe nachkommt, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Im Koalitionsvertrag hat sich Schwarz-Grün erneut dazu bekannt, das Wohneigentum fördern zu wollen, und zwar insbesondere für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen, so nach dem Motto: Ihr könnt euch die hohen Mieten nicht leisten, dann kauft euch doch ein Haus. – Herr Ministerpräsident, wie soll denn die alleinerziehende Verkäuferin, die mit ihrem Konto regelmäßig im Dispo ist, zu einem Eigenheim kommen? Die Förderung von Wohneigentum hilft doch nicht denjenigen, die die größten Probleme auf dem Wohnungsmarkt haben.

Was wir brauchen, ist ein ambitioniertes Wohnungsbauprogramm. Wir brauchen ein entschiedenes Vorgehen gegen unbegründeten und spekulativen Leerstand, und wir brauchen eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse auf dem Wohnungsmarkt; denn Wohnungen sind ein Zuhause für Menschen und kein Renditeobjekt. Deswegen ist es ein Problem, dass sich die öffentliche Hand so stark aus dem Wohnungsbau zurückgezogen hat.

(Beifall DIE LINKE)

Die soziale Spaltung zeigt sich in den Wohnvierteln, und sie zeigt sich auch bei der Bildung. Ich war vor einigen Monaten in Kassel bei einer Veranstaltung des Bündnisses „Eine Schule für alle“. Dort wurde eine Karte von Kassel gezeigt, die abbildete, wie hoch der Anteil von Grundschülerinnen und Grundschulern ist, die nach der 4. Klasse aufs Gymnasium gehen. Diese Karte war unterteilt in die westlichen, eher reichen Stadtteile Kassels und die östlichen, eher ärmeren Stadtteile Kassels. Wenn man sich diese Karte anschaut, stellt man fest, dass in den westlichen, in den reicheren Stadtteilen Kassels bis zu 74 % der Grundschulkinder nach der 4. Klasse aufs Gymnasium gehen. In den östlichen, den ärmeren Stadtteilen geht es runter bis auf

11 %. Das hat mit verschiedenen Fähigkeiten nichts zu tun. Unterschiedliche Fähigkeiten und Begabungen verteilen sich auch in Kassel nicht von Ost nach West. Das hat auch überhaupt nichts mit dem Leistungsprinzip zu tun, von dem Sie so gerne sprechen. Nein, das zeigt einzig und allein, wie sozial ungerecht unser Schulsystem ist.

(Zuruf Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Bildung ist in Deutschland abhängig von der Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern. Kinder aus armen und Nichtakademiker-Familien müssen Glück haben, damit sie durch den Flaschenhals des Bildungssystems bis an eine Hochschule kommen. Glück aber darf doch kein Faktor in einem funktionierenden Bildungssystem sein. In einer demokratischen Gesellschaft müssen doch alle Menschen die gleichen Möglichkeiten und den gleichen Zugang zu Bildung haben. Da darf Bildung doch nicht abhängig von der Herkunft sein.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Die frühe Trennung nach der 4. Klasse erfolgt viel zu früh, wirkt sozial selektiv und wird der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen nicht gerecht. An dieser sozialen Ungerechtigkeit, an dieser grundlegenden sozialen Ungerechtigkeit im deutschen Bildungssystem ändert der Koalitionsvertrag leider gar nichts – auch, das will ich ausdrücklich sagen, wenn wir einzelne Maßnahmen wie die Möglichkeit, die Noten abzuschaffen, ausdrücklich begrüßen. Das könnte nämlich durchaus dazu beitragen, den Leistungsdruck an den Schulen etwas zu reduzieren, den Kindern die Angst vor schlechten Noten und vor dem Sitzenbleiben zumindest etwas zu nehmen.

Vor allem aber brauchen Schulen natürlich eine angemessene Ausstattung, eine gute Versorgung mit Lehrkräften. Der bauliche Zustand vieler Schulen in Hessen ist blamabel. Der Ausbau der Ganztagschulen kommt kaum voran, und bei der Inklusion ist Hessen Schlusslicht. Bei der Inklusion haben wir die Situation, dass nur knapp 27 % der Schüler mit Förderbedarf eine Regelschule besuchen. Im Bundesschnitt sind es 41 %. Bei der Inklusion geht es um die Durchsetzung von Menschenrechten. Dafür muss man eben auch die personellen und finanziellen Mittel bereitstellen, weil es darum geht, für diese Kinder ihr Menschenrecht auf inklusive Beschulung durchzusetzen.

(Beifall DIE LINKE)

Sie sprachen davon, dass Lehrerinnen und Lehrer Anerkennung, Dank und Unterstützung für ihre Arbeit verdienen. – Anerkennung und Unterstützung drücken sich aber nicht in warmen Worten des Ministerpräsidenten aus. Wer Lehrkräfte unterstützen will, der muss die Bedingungen verbessern. Aber Schwarz-Grün verweigert den Grundschullehrkräften weiterhin die gleiche Bezahlung mit dem Argument, es sei kein Geld da. Da frage ich Sie: Warum, bitte, kann Hessen sich nicht leisten, was Berlin, Brandenburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und andere Länder sehr wohl finanzieren können?

(Zuruf CDU)

Es ist eine Frage der Prioritäten. Sie behandeln Grundschullehrkräfte, darunter übrigens viele Frauen, als Lehrkräfte zweiter Klasse. Sie erkennen ihre wichtige Arbeit nicht ausreichend an. Deshalb noch einmal ganz deutlich: Wir unterstützen die Forderung der GEW nach A 13 für alle Lehrkräfte, vollkommen egal, ob sie an einer Grundschule oder an einer weiterführenden Schule lehren.

(Beifall DIE LINKE)

Es ist auch kein Zeichen von Anerkennung, wenn immer mehr Lehrkräfte – mittlerweile mehr als jeder Zehnte – nur befristete Verträge bekommen. Es gibt immer noch Lehrerinnen und Lehrer, die sich in den Sommerferien arbeitslos melden, damit das Land Hessen Geld spart. Ich habe im Wahlkampf noch welche getroffen, die es mir erzählt haben, obwohl es das angeblich überhaupt nicht mehr geben sollte. – Wenn man Lehrkräfte so behandelt, dann wundert man sich über den Lehrermangel?

Jedes Jahr gibt es viele junge Menschen, die Lehramt an einer hessischen Hochschule studieren wollen, aber abgewiesen werden, weil sie keinen Studienplatz finden. Das ist doch grotesk: Junge Menschen wollen Lehrer werden, sie können aber nicht Lehramt studieren, weil es nicht genug Studienplätze gibt. Dann studieren sie irgendetwas anderes und kommen als Quereinsteiger ohne pädagogische Ausbildung an die Schulen. – Das ist doch ein absurder Zustand. Warum erhöhen wir denn nicht die Zahl der Lehramtsstudienplätze – –

(Zuruf Mathias Wagner (Taurus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– So, haben Sie? Aber leider nicht genug, Herr Wagner, um dem Lehrermangel, auf den wir zusteuern, zu begegnen. – Deswegen muss man die Zahl der Lehramtsstudienplätze an den Hochschulen weiter erhöhen, damit die Leute nicht als Quereinsteiger an die Schulen kommen.

(Beifall DIE LINKE)

Mittlerweile arbeiten etwa 7.000 Lehrkräfte ohne Lehrbefähigung an den Schulen in Hessen. Das ist nicht nur problematisch für die Qualität des Unterrichts, das bedeutet natürlich auch eine zusätzliche Belastung für die ausgebildeten Lehrkräfte. Der Kultusminister sollte die Überlastungsanzeigen ganzer Kollegien ernst nehmen, statt immer wieder staunenden Schülern, Eltern und Lehrern zu erzählen, es gebe überhaupt keinen Unterrichtsausfall an hessischen Schulen. Jeder, der in den letzten Jahren einmal mit einem Schüler, einem Lehrer oder Eltern gesprochen hat, weiß es besser. Streuen Sie den Menschen keinen Sand in die Augen und erzählen nicht, es gebe keinen Unterrichtsausfall – ja, den gibt es in Hessen, und Grund ist, dass das Land Hessen die Lehrerversorgung grotesk schlecht geplant hat.

(Beifall DIE LINKE)

Gute Bildung bedeutet auch gut ausgestattete Kitas mit kleinen Gruppen, guten Arbeitsbedingungen und Erzieherinnen und Erziehern, die für ihre wichtige Arbeit auch angemessen bezahlt werden. Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt, Sie möchten die Beitragsfreiheit für Kitas für den U-3-Bereich erweitern, allerdings im Rahmen der Möglichkeiten des Landeshaushalts. Das heißt, Sie stellen die Bildungschancen von Kindern unter Haushaltsvorbehalt. Dazu sage ich: In diesem Land ist Geld für jeden Unsinn da. Aber die Entwicklungsmöglichkeiten von Kleinkindern stehen unter Finanzierungsvorbehalt? Das kann nicht Ihr Ernst sein. Es kann für ein reiches Land wie Hessen nicht zu teuer sein, die komplette Gebührenfreiheit im Kita-Bereich herzustellen.

(Beifall DIE LINKE)

Dann loben Sie die hessischen Hochschulen. Dem würde ich mich natürlich anschließen. Aber es wäre auch sinn-

voll, sie verlässlich zu finanzieren, statt öffentliche Gelder nur kurzfristig zu vergeben. Das Exzellenzprogramm LOEWE, das Sie auch heute wieder angesprochen haben, garantiert eben keine verlässliche Finanzierung. So fördert man prekäre Beschäftigung. Viele junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, mit denen Sie sich so gerne schmücken, hangeln sich seit Jahren durch befristete Verträge, ohne Sicherheit, ohne verlässliche Perspektive.

Ich will noch anfügen, dass das junge Frauen ganz besonders trifft, weil der Anschlussvertrag im Falle einer Schwangerschaft eben nicht mehr erfolgt. Deswegen wäre an dieser Stelle dringend etwas zu tun. Das stand schon im letzten schwarz-grünen Koalitionsvertrag als Problem – da hatten Sie das Problem immerhin erkannt –, aber passiert ist nicht viel. Dazu sagen wir: Gute Wissenschaft braucht gute Arbeitsbedingungen und Sicherheit für diese jungen Menschen.

(Beifall DIE LINKE)

Wer vorgibt, die Gesellschaft zusammenhalten zu wollen, und sagt, er wolle Haltung zeigen, der muss auch laut widersprechen, wenn Migranten, Muslime und Flüchtlinge zu Sündenböcken gemacht werden sollen und wenn sie für Probleme verantwortlich gemacht werden sollen, die seit Jahren und Jahrzehnten bestehen. Der darf nicht zulassen, dass Menschen, die zu Niedriglöhnen arbeiten und in Armut leben, gegen Flüchtlinge ausgespielt werden.

Nun hat Deutschland einen Bundesinnenminister, der die Migration als „die Mutter aller Probleme“ bezeichnet hat. Die Mutter aller Probleme: Wohnungsnot, Lehrermangel, Pflegenotstand, Klimawandel, Umweltzerstörung. Also dafür soll die Migration der Sündenbock sein? – Was für ein Unsinn.

Da frage ich mich schon, Herr Ministerpräsident: Warum stellen Sie sich nicht öffentlich schützend vor die zwei Millionen Hessinnen und Hessen, die einen Migrationshintergrund haben und von Seehofer derart beleidigt und diffamiert werden? Warum widersprechen Sie nicht öffentlich, wenn Menschen so angegriffen werden?

(Beifall DIE LINKE)

Sie sagen, für Hetze dürfe kein Platz sein, und dass Sie Hate Speech bekämpfen wollten. Aber dann muss man das auch in den eigenen Reihen tun. Ich sage gerade an die Adresse der Scheuers und der Seehofers, und wie sie sonst noch alle heißen: Wer die Parolen und Forderungen von rechts außen übernimmt, der gräbt den Rechten nicht das Wasser ab, sondern er trägt dazu bei, ein gefährliches Klima zu schaffen, auf dem rechte Parteien erst aufbauen können.

Meine Damen und Herren, 49 Flüchtlinge haben Weihnachten und Silvester auf einem Rettungsschiff auf dem Mittelmeer verbracht, weil kein EU-Staat sie aufnehmen wollte. Über 170 Menschen sind in nur einer Januarwoche ertrunken. Nein, das ist kein tragisches Unglück. Das ist leider die Folge von politischen Entscheidungen. Wer Europa abschottet, wer Seenotretter kriminalisiert und behindert, der nimmt bewusst in Kauf, dass immer mehr Menschen sterben, während sich der Bundesinnenminister über sinkende Flüchtlingszahlen in Deutschland freut. Das Bekenntnis zum Schutz der europäischen Außengrenzen findet sich auch im schwarz-grünen Koalitionsvertrag.

Wir begrüßen sehr, dass die GRÜNEN darauf bestanden haben, dass die Landesregierung der Ausweitung der Liste

der sogenannten sicheren Herkunftsstaaten im Bundesrat nicht zustimmt.

(Beifall DIE LINKE)

So steht es im Koalitionsvertrag. Wir appellieren an die GRÜNEN, auch bei dieser Position zu bleiben. Denen, die das anders sehen, empfehle ich einmal einen Blick in den Jahresbericht von Amnesty International. Darin erkennt man, dass es ein Hohn ist, Algerien, Marokko und Tunesien als sicher einzustufen, angesichts von zahlreichen dokumentierten Menschenrechtsverletzungen. Schläge, Sauerstoffentzug, simuliertes Ertränken, psychische und sexuelle Gewalt – das sind nur einige Foltermethoden, die marokkanische Sicherheitsbehörden einsetzen, um Geständnisse zu erzwingen oder um Aktivisten und Andersdenkende zum Schweigen zu bringen. In allen drei Ländern wird gefoltert. In allen drei Staaten werden Homosexuelle strafrechtlich verfolgt und inhaftiert und Frauenrechte missachtet.

Wer solche Staaten zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt, der legitimiert doch solche Menschenrechtsverletzungen, der ermutigt doch solche Regime und der fällt der Opposition in diesen Ländern in den Rücken. Gerade sind in Marokko vier Aktivisten zu 20 Jahren Haft verurteilt worden. Warum? – Weil sie gegen Arbeitslosigkeit, gegen schlechte Gesundheitsversorgung und Korruption protestiert haben. Nein, solche Länder werden nicht per Beschluss zu sicheren Ländern. Aber Sie schwächen die Opposition, und Sie setzen Asylsuchende einer Beweislastumkehr aus, die überhaupt nicht vertretbar ist. Deswegen: Bleiben Sie bei einem Nein zur Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten, weil dieses ganze Prinzip völlig falsch ist.

(Beifall DIE LINKE)

Herr Ministerpräsident, Sie haben davon gesprochen, dass die freiwilligen Ausreisen immer der Abschiebung vorzuziehen seien. Ich will an der Stelle vielleicht einmal deutlich machen, wie „freiwillig“ diese Ausreisen sind.

Ein afghanischer Schüler, der vor zwei Jahren als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling nach Deutschland kam, hat kurz nach seinem 18. Geburtstag ein Schreiben vom Regierungspräsidium Darmstadt bekommen mit dem Betreff: „Ausreise aus der Bundesrepublik Deutschland“. Darin heißt es:

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat Ihren Asylantrag abgelehnt. Ich gebe Ihnen hiermit Gelegenheit, sich wegen einer freiwilligen Ausreise mit mir in Verbindung zu setzen. Sollte bis zum 02.12.2018 keine Kontaktaufnahme erfolgen, gehe ich davon aus, dass an einer freiwilligen Ausreise kein Interesse besteht. Ich werde sodann ohne erneute Ankündigung die Abschiebung betreiben.

Könnte mir jemand erklären, was daran freiwillig sein soll? Was ist daran freiwillig, zu sagen: Entweder du verlässt dieses Land, oder wir schieben dich ab? Wer um alles in der Welt sitzt in einer Behörde und handelt so unmenschlich, einem gerade erst 18 Jahre alt Gewordenen, der eine fast einjährige Flucht hinter sich hat, der von seinen Eltern getrennt wurde und traumatisiert ist, ein solches Schreiben in die Hand zu drücken? Ich brauche Ihnen wohl nicht zu sagen, dass dieser junge Mann, der in Deutschland zur Schule geht, der Deutsch gelernt hat, der Freunde gefunden hat, seither in dauernder Angst lebt.

So wie ihm geht es doch Hunderten von Schülern in Hessen. Allein in Offenbach haben Lehrer und Mitschüler

50.000 Unterschriften für eine Petition gesammelt, um zu verhindern, dass ihre afghanischen Mitschüler abgeschoben werden. Diese Menschen haben nichts gemacht, außer dass sie 18 geworden sind und damit ihr Bleiberecht verloren haben. Es geht doch bei Abschiebungen nicht um Aktenzeichen oder um Zahlen oder um Statistiken, sondern es geht doch um Menschen und um ihre Schicksale:

Es geht um den 12-jährigen Alek, der aus einer jugendpsychiatrischen Einrichtung geholt und allein nach Mazedonien abgeschoben wurde. Dort wurde er in die Obhut seines bekanntermaßen gewalttätigen Vaters übergeben.

Es geht um einen Vater, der spät abends vor den Augen seiner ein- und dreijährigen Töchter aus der Wohnung geholt und in der gleichen Art abgeschoben wurde. Seitdem hat er seine Kinder nicht gesehen – das ist ein Jahr her.

Es geht um einen Kurden, dessen Schwester gerade in der Türkei zu zehn Jahren Haft verurteilt wurde, der einen unbefristeten Arbeitsvertrag hatte und der trotzdem wochenlang im Abschiebegefängnis in Darmstadt saß.

Das sind alles Fälle aus Hessen. Das sind alles Fälle aus dem letzten Jahr oder den letzten zwei Jahren. Das sind alles Menschen, die nichts Falsches getan haben, außer dass sie einen falschen Pass besitzen, woanders geboren sind und deshalb hier kein Aufenthaltsrecht haben sollen.

Es geht auch um die Sammelabschiebungen nach Afghanistan, an denen sich Hessen beteiligt. In diesem Land steigt die Zahl der zivilen Opfer andauernd. Diese Abschiebepaxis muss beendet werden. Wir brauchen eine humane Flüchtlingspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Ich muss schon sagen, dass wir mittelmäßig entsetzt darüber waren, als wir im Koalitionsvertrag gelesen haben, dass die Landesregierung plant, dass Flüchtlinge – Sie haben es eben gesagt, Herr Ministerpräsident –, „bei denen durch ihr individuelles Verhalten ... erhebliche Zweifel an ihrer Integrationswilligkeit bestehen“ – was auch immer das heißen soll –, wieder zurück in die Erstaufnahmeeinrichtung gebracht werden sollen. Was heißt denn „individuelles Verhalten“? Was heißt denn an der Stelle Nichteinhalten von Gesetzen? Gilt das für Ruhestörungen, wenn jemand abends laute Musik gehört hat? Gilt das, wenn jemand bei Rot über die Ampel geht oder einen Joint raucht?

Es bestand einmal weitgehende Einigkeit, dass es sinnvoll ist, Flüchtlinge möglichst dezentral in den Kommunen unterzubringen, damit sie eine Privatsphäre haben, damit sie ankommen können. Aber jetzt darüber nachzudenken, Flüchtlinge, die vermeintlich oder tatsächlich auffällig sind – das öffnet ja auch der Denunziation Tür und Tor –, aus ihrem Umfeld zu holen und dann geballt an einem Ort in einer Massenunterkunft unterzubringen, wo sich alle Probleme potenzieren: Entschuldigung, aber das ist doch eine Wahnsinnsidee. Wer kommt denn auf so einen Gedanken? Es kann doch wirklich nicht sein, dass Sie das allen Ernstes umsetzen wollen.

(Beifall DIE LINKE)

Nun gibt es ja in Hessen kaum ein politisches Feld, das so umkämpft ist wie die Innenpolitik. Seit Jahren bewegt uns ein Skandal nach dem anderen. Das ist auch ein Vermächtnis des langjährigen Innenministers Bouffier.

Deshalb will ich schon noch einmal daran erinnern – auch weil Sie in Ihrer Rede gesagt haben, Sie hätten die Konse-

quenzen aus dem NSU-Skandal gezogen: Ich finde nach wie vor, dass das Land Hessen und Sie persönlich eine höchst problematische Rolle in der ganzen Geschichte gespielt haben. Es hätte Ihnen gut zu Gesicht gestanden, wenn Sie irgendwann einmal Fehler eingeräumt und irgendwann einmal Worte des Bedauerns geäußert hätten, Herr Ministerpräsident.

(Beifall DIE LINKE, Thorsten Schäfer-Gümbel und Dr. Daniela Sommer (SPD))

Leider wurden aus der Geschichte des NSU und aus der Rolle, die der sogenannte Verfassungsschutz darin gespielt hat, nicht die notwendigen Konsequenzen gezogen. Wenigstens hätte man die Kontrollmechanismen verbessern oder besser das V-Mann-System abschaffen oder am allerbesten diesen ganzen Inlandsgeheimdienst gleich auflösen können, weil sich gezeigt hat, dass er im Kampf gegen rechts einfach komplett unbrauchbar ist.

(Beifall DIE LINKE – Zuruf Holger Bellino (CDU))

Aber stattdessen statten wir diese Behörde mit immer mehr Personal aus, mit immer weiteren Befugnissen, um noch mehr in die Bürgerrechte einzugreifen.

(Holger Bellino (CDU): Die schützen die Bürger!)

Wohlgemerkt: Herr Bellino, das ist eine Behörde, in deren Abgründe wir jahrelang im NSU-Untersuchungsausschuss schauen konnten. Sie können ja zugeben, dass auch Sie an der einen oder anderen Stelle ziemlich entsetzt geschaut haben, als Sie mit dem Innenleben des LfV konfrontiert waren, Herr Bellino.

Das ist genau das Problem, dass hieraus überhaupt keine Konsequenzen gezogen wurden. Wir sagen ganz deutlich: Der sogenannte Verfassungsschutz hat keine Sicherheitslücke im Kampf gegen rechts, sondern er ist eine Sicherheitslücke, und deswegen muss er aufgelöst werden.

(Beifall DIE LINKE – Holger Bellino (CDU): Unverschämt ist das!)

Herr Ministerpräsident, Sie sprachen davon, dass Daten die wertvollste Währung geworden sind und damit neue Bedrohungen entstanden sind, dass es Leitplanken geben müsse und Missbrauch abgewendet werden muss. Aber es sind nicht nur dubiose Unternehmen und Datenhändler, die Daten von Bürgerinnen und Bürgern abgreifen, sondern es ist eben auch der Staat, der immer mehr Daten sammelt, speichert und auswertet.

Ein Paradebeispiel ist der sogenannte Hessen-Trojaner oder die Onlinedurchsuchung, die staatlichen Stellen die Legitimation gibt, heimlich Computer und andere Geräte zu knacken. Das bleibt hoch problematisch – auch deshalb, weil dafür Sicherheitslücken genutzt werden müssen, an deren Offenhaltung der Staat dann ein Interesse hat.

Wir haben mit Interesse etwas verdutzt gelesen, dass auch die Videoüberwachung jetzt ausgeweitet werden soll. So steht es im Koalitionsvertrag von Schwarz-Grün. Das hatten die GRÜNEN bisher ja kritisch gesehen. Deswegen sagen wir ganz deutlich: Wir verteidigen die Bürgerinnen- und Bürgerrechte. Wir wollen keine Überwachungsgesetze, sondern wir wollen den Rechtsstaat verteidigen und die Demokratie verteidigen. Wir wollen auch nicht, dass der Staat immer weiter Daten seiner Bürgerinnen und Bürger abgreift. Wir haben gerade gesehen, mit welchem Missbrauch solche Daten dann auch behaftet sein können.

(Beifall DIE LINKE)

In der Innenpolitik argumentieren Sie oft mit Ängsten, mit den Sorgen der Menschen, mit dem Bedürfnis nach Sicherheit, und damit begründen Sie dann oft sinnlosen Aktionismus, Videoüberwachung und andere Eingriffe in die Bürgerrechte. Ich muss sagen, ich glaube, wirklich beängstigend ist etwas anderes, und die wirklichen Gefahren in dieser Gesellschaft liegen eigentlich tagtäglich woanders.

Viele Menschen haben z. B. Angst angesichts der Situation in der Pflege. Da gibt es leider nicht allzu viel Aktionismus bei Ihnen. Überlastete Pflegekräfte, Probleme bei der Krankenhaushygiene und der zunehmende Kostendruck durch Privatisierungen – ich erinnere nur an die Privatisierung des Uniklinikums Marburg und Gießen –, die Zustände im Gesundheitssystem sind schlecht. Dabei ist es nicht so, dass man in der Pflege nicht eine ganze Menge Geld verdienen könnte – vorausgesetzt, man ist keine Pflegekraft. Wenn man ein privater Pflegekonzern ist, kann man Milliarden machen. Genau das ist das Problem, dass wir hier natürlich auch die Hürden einziehen müssen, dass es eben nicht geht, dass ein privater Pflegekonzern Gewinne mit der Ausbeutung seiner Mitarbeiter macht.

(Beifall DIE LINKE)

Wenn man die Bedingungen der Pflegekräfte verbessern will – das haben Sie angesprochen –, dann braucht man z. B. verbindliche Personalmindeststandards. Leider habe ich sie im Koalitionsvertrag nicht gefunden. Aber da muss man ja schauen, wie man die Situation in den Krankenhäusern wirklich besser machen kann.

Ich will durchaus zugestehen, dass im Koalitionsvertrag auch Fortschritte feststellbar sind, und zwar vor allem dort, wo sich Menschen engagiert gemeinsam in Bewegung gesetzt haben, z. B. bei den Hebammen, aber auch im Bereich der Antidiskriminierung. Das will ich ausdrücklich anerkennen, dass da viele sinnvolle Dinge drinstehen.

Wir haben gestern schon darüber gesprochen: Zu Recht protestieren weltweit Jugendliche für Klimaschutz und ihre Zukunft und gegen die Ignoranz von Regierungen und Konzernen.

(Beifall DIE LINKEN)

Auf der Weltklimakonferenz im polnischen Kattowitz hat sich Deutschland zu stärkeren Klimaschutzanstrengungen verpflichtet, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Von einer deutlichen Verstärkung der Klimaschutzanstrengungen ist im Koalitionsvertrag jetzt allerdings nicht allzu viel zu lesen. Denn CDU und GRÜNE halten ungebrochen an ihrem Integrierten Klimaschutzplan 2025 fest und tun so, als seien die Klimaziele mit diesem Plan erreichbar.

Der Plan war aber bereits vor fünf Jahren nicht geeignet, die Klimaszutzziele zu erreichen – weder das 2-Grad-Ziel noch das 1,5-Grad-Ziel. Deshalb lautet unsere Aufforderung: Legen Sie endlich einen Klimaschutzplan vor, mit dem die Klimaszutzziele erreicht werden können, damit man auch regelmäßig nachvollziehen kann, wie weit wir auf diesem Weg sind.

(Beifall DIE LINKE)

Herr Ministerpräsident, Sie haben von der Bewahrung der Schöpfung und dem Schutz von Arten, Wasser, Luft, Böden, Wäldern und Flüssen gesprochen. Aber ich komme nicht umhin, Sie noch einmal daran zu erinnern, dass Ihnen der wertvolle Bannwald doch ziemlich egal war, nicht nur,

als es um den Ausbau des Flughafens ging, sondern auch, als es um den Kiesabbau bei Sehring ging. Leider haben Sie auf den Schutz von Flüssen und Böden mit Blick auf K+S auch nur wenig Rücksicht genommen. Wenn der Artenschutz dem Ausbau einer Autobahn im Weg stand, dann durfte die betreffende Art getrost aussterben.

Deswegen finde ich: Man muss das, was man macht, auch untersetzen. Aktuell stellen Sie bei der Debatte um den Diesel lieber die gesetzlichen Grenzwerte infrage, als sich wirklich für saubere Luft einzusetzen. Wir sagen ganz deutlich: Wenn man Umwelt- und Klimaschutz wirklich umsetzen will, dann wird man nicht umhinkommen, sich auch mit Industrieinteressen anzulegen. Denn mit Freiwilligkeit und Appellen ist es nicht getan. Wenn man Umwelt und Klima schützen will, dann muss man eben auch bereit sein, die Automobilindustrie, die Energiekonzerne und auch die anderen industriellen Bereiche auf Grenzwerte festzulegen, und dafür sorgen, dass sie auch eingehalten werden.

(Beifall DIE LINKE)

Dann braucht man eben auch eine Energiewende und darf nicht zulassen, dass die großen Energiekonzerne diese Energiewende immer weiter zu blockieren versuchen, sondern dann muss man sie eben auch umsetzen.

Hessen ist so grün wie noch nie – das erklären die GRÜNEN seit dem Wahlabend. Da reibt man sich teilweise schon ein bisschen verwundert die Augen, was man heute so alles unter „grün“ versteht. Die Ausweitung der Videoüberwachung habe ich schon genannt. Das und der Staats-trojaner, den Schwarz-Grün hier eingeführt hat, sind bisher keine urgrünen Themen gewesen, wenn ich mich nicht irre. Beim Thema Flughafen ist von den grünen Ursprüngen an der Startbahn West leider auch kaum etwas geblieben.

Die Nachtflüge am Frankfurter Flughafen haben einen Rekordwert erreicht – mit einem grünen Verkehrsminister. Das waren 2013 unter einem FDP-Minister 286 Nachtflüge im Jahr. Das haben wir kritisiert. Das fanden wir viel zu viel.

(Zuruf Freie Demokraten)

Aber 2018 waren es 1.098.

(Zuruf Freie Demokraten: Pfui!)

Wir haben hier also eine Verdreifachung. Das liegt natürlich an falschen politischen Entscheidungen. Es war ein Fehler, Ryanair mit Rabatten nach Frankfurt zu locken, weil Ryanair zum einen Steuer- und Lohndumping betreibt, aber auch fortlaufend gegen das Nachtflugverbot verstößt. Man lässt sie einfach gewähren.

Jetzt wird noch Terminal 3 gebaut. Der Lärmdeckel lässt zu, dass es noch lauter wird. Eine Deckelung der Flugbewegungen gibt es nicht. Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung gesagt, die Koalition wolle, dass der Flughafen auch in Zukunft wettbewerbsfähig und stark bleibt – was auch immer das heißt. Was heißt denn „wettbewerbsfähig“ in einer Zeit, in der andere Flughäfen ausgebaut werden?

Deswegen sage ich ganz klar: Wir wollen, dass dieser Flughafen, der inmitten eines Ballungsgebietes liegt, nicht nur nicht weiter wächst, sondern da muss der Lärm wirksam reduziert werden. Wer Lärm reduzieren will, der muss eben die Zahl der Flugbewegungen senken. Deswegen brauchen wir eine Deckelung der Flugbewegungen – aus

Klimaschutzgründen und vor allem auch aufgrund des Lärmschutzes für die betroffenen Anwohner.

(Beifall DIE LINKE)

Zum Thema „so grün wie noch nie“: Auch der Flughafen Kassel-Calden soll weiterhin künstlich am Leben erhalten werden, obwohl er während seines Passagierrekordjahres 2018 weniger Passagiere befördert als eine beliebige Kasseler Straßenbahnlinie. Warum man diesen Flughafen braucht, erschließt sich einfach nicht. Das bleibt ein Millionengrab. Deshalb werden wir weiterhin fordern, dass man Kassel-Calden endlich zurückstuft zu einem Verkehrslandeplatz und damit Geld spart. Es gibt sehr viel sinnvollere Dinge in Hessen, in die man investieren kann.

(Beifall DIE LINKE)

Wir brauchen eine soziale und ökologische Verkehrswende. Wir brauchen mehr Platz für Fußgänger und den Radverkehr, insbesondere in den Städten, und das auch auf Kosten des Platzes für das Auto.

Wir brauchen Städte, die eben darauf ausgerichtet sind, dass nicht überall Parkplätze sind. Wir brauchen ein ÖPNV-Angebot, also Busse und Bahnen, das attraktiver werden muss. Das bedeutet im Ballungsraum mehr Platz und günstigere Preise, am besten ein Nulltarif, richtig. Da geht die Koalition jetzt durchaus ein paar Schritte, indem sie sagt, man weitet das jetzt immer mehr aus, auch wenn uns das noch nicht weitgehend genug ist, aber die Richtung ist schon mal nicht schlecht.

Aber auf dem Land muss natürlich an vielen Stellen überhaupt erst wieder so etwas wie eine ÖPNV-Infrastruktur entstehen; denn es sind so viele Orte komplett abgehängt vom ÖPNV. Da braucht man überhaupt erst wieder einen dichteren Takt und attraktive Fahrzeiten. Die erreicht man natürlich nicht mit Bürgerbussen, Mitnahmebänken und anderen Mobilitätsallosen, sondern dafür braucht man ein sinnvolles ÖPNV-Angebot.

(Beifall DIE LINKE)

Das ist eine wichtige Maßnahme für den Klimaschutz, es wäre aber auch eine wichtige soziale Maßnahme hin zu mehr Mobilität für alle: unabhängig vom Auto, unabhängig vom Geldbeutel, unabhängig vom Wohnort.

Die Attraktivität des ländlichen Raums hängt auch davon ab, wie gut er angebunden ist: nicht nur an den öffentlichen Nahverkehr, auch an das Breitbandinternet. Sie hängt auch davon ab, ob es eine gute soziale und kommunale Infrastruktur gibt, ob Schwimmbäder, Bibliotheken und Jugendzentren erhalten und ausgebaut werden. Deshalb brauchen die Kommunen natürlich eine gute finanzielle Ausstattung, um endlich auch wieder Investitionen tätigen zu können, weil ein enormer Investitionsbedarf in den Kommunen existiert. Da müsste das Land unbedingt mehr machen, anstatt die Kommunen chronisch unterfinanziert zu lassen.

(Beifall DIE LINKE)

Herr Ministerpräsident, Sie haben Ihre Rede damit beendet, dass Sie alle in diesem Parlament dazu einladen, an der Gestaltung unserer Zukunft mitzuwirken.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Was?)

Ich persönlich finde es etwas merkwürdig, wenn der Ministerpräsident den Landtag, also die erste Gewalt, den Gesetzgeber, dazu einlädt, an der Gestaltung der Zukunft mitzuwirken.

(Zuruf Michael Boddenberg (CDU))

– Herr Boddenberg, eigentlich beschließen wir hier über die Zukunft des Landes,

(Michael Boddenberg (CDU): Nicht „eigentlich“!)

und die Regierung setzt es um. So sollte es eigentlich sein.

Deswegen war ich ein bisschen überrascht, dass man den Landtag einlädt, an der Gestaltung der Zukunft mitzuwirken. Aber vielleicht sollte der Ministerpräsident sein Verständnis von Staat und Gewaltenteilung noch mal reflektieren.

(Beifall DIE LINKE – Michael Boddenberg (CDU): Ach, du liebe Zeit! – Weitere Zurufe)

Ich habe ab und zu den Eindruck, dass die CDU Probleme hat, zwischen Regierung, Parlament und Partei zu unterscheiden. Diesen Eindruck hatte ich in den letzten Jahren.

(Beifall DIE LINKE – Michael Boddenberg (CDU): Da wollte er einmal nett zu Ihnen sein, und das mögen Sie auch nicht!)

Diese Landesregierung ist mit einer Stimme Mehrheit gewählt.

(Michael Boddenberg (CDU): Ja!)

Warum Sie, Herr Ministerpräsident, sich bei einem Minus von 10 Prozentpunkten für die CDU bei der Landtagswahl bestätigt fühlen, erschließt sich mir nicht. Aber durch die Realität lässt sich die CDU ja ohnehin nur selten in ihrem Weltbild beirren.

Ihr Koalitionsvertrag ist an vielen Stellen vage und unverbindlich. Ich habe nachgeschaut: Über 90-mal kommt allein das Wort „prüfen“ in Ihrem Koalitionsvertrag vor. Sie wollen also eine ganze Menge in den nächsten fünf Jahren prüfen.

Aber – das habe ich gesagt – es steht eine ganze Reihe sinnvoller Vorschläge im Koalitionsvertrag. Jedoch stehen viele wichtige Projekte unter einem Finanzierungsvorbehalt.

(Michael Boddenberg (CDU): Da unterscheiden wir uns von Ihnen!)

Dabei gibt es eigentlich genug Geld in diesem Land, das aber zutiefst ungerecht verteilt ist. Wenn zwei Familien in Hessen über mehr Vermögen verfügen, als die Staatsverschuldung Hessens beträgt, könnte die Landesregierung darüber nachdenken, sich auf Bundesebene für eine andere Steuerpolitik einzusetzen. Dann kann man die wichtigen Sachen auch finanzieren.

(Beifall DIE LINKE)

In Hessen gibt es die Schuldenbremse. Jeder kleine Verein muss haarklein nachweisen, wie er mit öffentlichen Mitteln umgeht, aber der Finanzminister kann natürlich Steuergelder in Milliardenhöhe in Derivategeschäften versenken, ohne dass das irgendeine Konsequenz nach sich zieht. Ich sage Ihnen zu, dass wir auch dieses Thema in dieser Wahlperiode nachbearbeiten werden. Dazu haben wir eine ganze Menge Fragen. Wir finden, dass man mit Steuergeld anders umgehen muss, als es in Derivategeschäften zu versenken.

(Beifall DIE LINKE)

Deshalb ist ein soziales Korrektiv hier im Landtag wichtiger denn je. Ich verspreche Ihnen: Das werden wir auch in den nächsten fünf Jahren sein – ohne Wenn und Aber, aber mit drei Abgeordneten mehr. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Wissler. – Das Wort hat der Kollege Boddenberg, der Fraktionsvorsitzende der CDU.

Michael Boddenberg (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist eine gewohnte Übung im Hessischen Landtag, dass ganz zum Schluss der Vertreter der Regierungsfraktion spricht. Ich glaube, das ist nicht nur eine gute Übung, sondern auch für mich die Gelegenheit, auf das eine oder andere einzugehen, was heute im Zuge der Debatte vorgetragen worden ist.

Zunächst einmal ist Folgendes sicherlich deutlich geworden: Die Debatte heute ist eine Standortbestimmung der jetzt im Hessischen Landtag vertretenen sechs Fraktionen. Viele große Überraschungen, was die Grundhaltungen und Programmatiken angeht, hat, glaube ich, niemand erwartet – ich auch nicht. Aber sie dürfen erwarten, dass wir heute natürlich über die nächsten fünf Jahre, also über die vor uns liegende Legislaturperiode, reden.

Das – ich sage das ganz deutlich – hat der Ministerpräsident in herausragender Art und Weise heute getan, indem er nämlich – gefangen in der hier schon immer geltenden Praxis, dass der Ministerpräsident und diejenigen, die eine Regierungserklärung halten, vorher die Oppositionsfraktionen schriftlich wissen lassen, was sie sagen werden – die wesentlichen Punkte nicht nur herausgearbeitet, sondern sehr klare Signale in Richtung der Dinge gegeben hat, die die Menschen in unserem Land zur Orientierung brauchen: Wie soll es denn weitergehen in unserem Land? – Darauf will ich an einigen Stellen natürlich eingehen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben nicht nur eine neue Fraktion im Hessischen Landtag, wir haben auch viele neue Gesichter hier. Ich freue mich über die neuen Kolleginnen und Kollegen in den die Regierung tragenden Fraktionen – zunächst einmal ein herzliches Willkommen. Wir hatten schon mehrfach Gelegenheit, aber was ich bisher sehe und höre – auch in meiner eigenen Fraktion –, lässt mich und uns erwarten, dass wir viele neue Impulse haben werden.

Da Demokratie nun einmal vom Wandel lebt – Herr Kollege Müller, Sie lächeln freundlich –, will ich ausdrücklich sagen: Ich bedauere das Ausscheiden einiger wirklich herausragender Persönlichkeiten aus unserer Fraktion und auch aus anderen Fraktionen. Ich freue mich aber auch genauso auf die Beiträge der neuen Kolleginnen und Kollegen. Das wird eine gute Zeit im Hessischen Landtag, eine erfolgreiche Regierungsarbeit der Landesregierung und der Fraktionen von CDU und GRÜNEN. Darauf dürfen sich die Hessinnen und Hessen freuen. Mir ist wichtig, das zunächst einmal festzustellen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist mir wichtig festzustellen; denn es ist natürlich die Aufgabe und das gute Recht der Opposition, schon gleich am ersten Tag zu kritisieren. Aber ein bisschen Freude und

Zuversicht würden uns allen aus meiner Sicht gut anstehen. Denn – auch das sage ich heute für uns und, wie ich glaube, für viele, die hier sitzen – viele Menschen auf dieser Welt, vielleicht auch viele Menschen außerhalb Hessens in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa hätten ganz gern die Probleme, die wir haben, die ich damit aber ausdrücklich nicht kleinreden will. Ich werde nachher auf einige Beiträge bis hin auf denjenigen von Frau Wissler eingehen.

Aber wir sollten feststellen, dass wir einen demokratischen parlamentarischen Diskurs pflegen wollen, in dem hart gerungen und um die besten Lösungen gestritten wird – übrigens nicht nur in diesem Haus, sondern bis hin zu einer Koalition zwischen CDU und GRÜNEN –; und wenn wir das als Voraussetzung genauso sehen und ernst nehmen wie die Tatsache, dass es den Menschen in unserem Land insgesamt gut geht – bei aller Kritik, die man weiter äußern muss, dass es eben nicht allen, sondern einem großen Teil gut geht –, haben wir Grund zur Zuversicht. Diese würde ich heute ein bisschen verbreiten wollen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist von mehreren Rednern, von Herrn Kollegen René Rock, vom Kollegen Schäfer-Gümbel und unter anderem von Frau Wissler, darauf eingegangen worden, dass diese Koalition nur eine einzige Stimme Mehrheit hat. Das haben wir auch schon festgestellt.

(Heiterkeit)

Vor allem haben es alle am 18. Januar bei der Wahl des Ministerpräsidenten und der Vertrauenserklärung für diese Landesregierung festgestellt. Wir können mit dieser Einstimmigkeit offensichtlich ganz gut umgehen. Sie werden in dieser Woche, aber auch in den nächsten Jahren erleben, dass das gut funktioniert.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben bei aller notwendigen Selbstkritik – niemand macht keine Fehler und alles richtig – bei der Bewertung und der Analyse des Wahlergebnisses vom 28. Oktober schon auch darauf hinzuweisen – Herr Kollege Schäfer-Gümbel, Sie haben es ansatzweise getan –, dass dieser Tag für die beiden Volksparteien eine besondere Herausforderung darstellte.

Ich will auch hier ganz freimütig einräumen, dass wir von Unionsseite natürlich mit den Begleitumständen dieses Tages unzufrieden waren, ohne dass wir mit Fingern ausschließlich in andere Richtungen zeigen.

Ich komme noch darauf zu sprechen, dass wir durchaus sehen, dass wir in vielen Politikfeldern Verbesserungsbedarf haben. Gleichwohl stellen wir zumindest für die CDU-Seite fest, dass der Auftritt der Großen Koalition in Berlin im vergangenen Jahr das Klima in unserem Land sehr geprägt hat.

(Holger Bellino (CDU): Allerdings! – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ich stimme zu!)

Dazu gehörte der Streit zwischen den Koalitionspartnern. Dazu gehörte aber auch der offen zutage getretene Streit, übrigens zu wichtigen Fragen, innerhalb der Unionsfamilie. Offensichtlich hat sich in Berlin herumgesprochen, dass das etwas ist, was die Menschen am wenigsten wollen. Wenn Vereinbarungen getroffen worden sind, Wahlprogramme geschrieben worden sind, Grundsatzprogramme diskutiert worden sind, dann muss es auch so sein, dass

man geschlossen als Partei, als Fraktion hinter diesen Vereinbarungen steht.

Ich stelle fest, dass das in Berlin angekommen ist. Wenn man sich ausnahmsweise mit Umfragen der vergangenen Monate beschäftigt, dann kann man feststellen, dass das Ergebnis anders ausgesehen hätte, wenn zwei oder drei Monate später gewählt worden wäre. Nach dem alten steinbrückschen Motto „Hätte, hätte, Fahrradkette“ will ich das nur der guten Ordnung halber erwähnt haben, damit niemand auf die Idee kommt, dass wir an einem solchen Wahltag ganz allein auf der Welt sind, sondern wir unterliegen durchaus Einflüssen, die wir nur bedingt selbst steuern können.

Die Zufriedenheitswerte mit der Landesregierung in der vergangenen Legislaturperiode waren jedenfalls sehr ordentlich: Platz 2 unter 16 Ländern. Ich will das nur noch einmal in Erinnerung rufen für den Fall, dass das jemand überlesen haben sollte. Wir haben das nicht vergessen. Ich will aber ausdrücklich sagen, dass das kein Grund für Hochmut ist. Vielmehr ist das schlichtweg auch ein Grund für uns, darüber nicht nur nachzudenken, sondern auch an vielen Stellen besser zu werden, unsere politischen Schwerpunktsetzungen so zu vermitteln, dass sie bei den Menschen ankommen.

Wir haben einen Koalitionsvertrag mit den GRÜNEN verhandelt, der heute vielfach besprochen worden ist und der auch in den nächsten fünf Jahren vielfach besprochen werden wird. In diesem wird aus meiner Sicht jedenfalls eines deutlich: Vor uns liegt sehr viel Arbeit. Vor uns liegen nicht nur angenehme Entscheidungen. Auch das gehört zum Wahltag 28. Oktober dazu.

Wir haben in der Summe ein ordentliches Ergebnis erzielt. In den vergangenen zehn Jahren ist dies, auch in der Bundespolitik, selten gelungen, nämlich die Fortsetzung, also die Bestätigung einer Koalition vom Wähler zu erreichen. Bei all den Dingen, die wir in den vergangenen fünf Jahren gemacht haben, haben wir es uns nicht immer leicht gemacht. Das will ich anhand einiger Beispiele darlegen. Eines davon konnten wir am gestrigen späten Nachmittag – erneut von der SPD auf die Schiene gesetzt – hier beobachten.

Herr Kollege Rudolph, ich nehme einmal das Beispiel der Straßenausbaubeiträge. Die einfachste Übung für eine Landesregierung wäre es, zu sagen: Haken dran. Wir bezahlen das. – Das wäre einfach. Das wäre populär, um bei Ihren Worten zu bleiben, Herr Kollege Schäfer-Gümbel. Das machen wir aber nicht. Wir machen es vor allen Dingen aber nicht – das will ich sehr deutlich sagen –, um die Menschen zu ärgern, sondern weil wir eine Gesamtverantwortung für dieses Land haben,

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil wir bei all dem, was wir gerne machen würden und gerne hätten, immer auch in der Gesamtverantwortung stehen und zusehen müssen, dass wir keine Politik machen, die nur den heutigen Tag im Blick hat, sondern die unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder im Blick hat.

Herr Rudolph hat gestern wieder einmal den Versuch unternommen, die Ausstattung der Kommunalfinanzen in diese Thematik einzurühren. Auch darauf möchte ich eingehen.

(Günter Rudolph (SPD): Da kenne ich mich wirklich aus, Herr Kollege!)

Herr Kollege Rudolph, Sie vergessen immer wieder, dass der einfache oberflächliche Blick, den Sie einnehmen, indem Sie nur eine Statistik zurate ziehen, selten der richtige Weg ist. Wir haben die Interessen der Kommunen, die für die Politik vor Ort verantwortlich sind, die für die Bürgerinnen und Bürger an vielen Stellen verantwortlich sind, immer im Blick. Vor allen Dingen haben wir immer im Blick, dass die Gestaltungsspielräume der Kommunen genauso wie die des Landes erhalten bleiben müssen.

Das wiederum heißt – ich glaube, an diesem Beispiel kann man es gut festmachen –, dass wir der Meinung sind, dass zu Gestaltungsspielräumen in der Politik nicht nur die einseitige Ausübung von Gestaltung Thema ist, sondern am Ende immer auch die Antwort auf die Frage stehen muss, wie es funktionieren kann und wie es finanziert werden kann. Darüber sind wir gerne bereit mit Ihnen zu streiten.

Übrigens: Falls Sie sich gewundert haben sollten, dass wir die erste Lesung Ihres Entwurfs gestern nicht zum Anlass genommen haben, den Entwurf gleich abzulehnen, will ich Ihnen den Grund dafür nennen. Ich glaube, Sie haben das gestern aber bereits mitbekommen. Für uns ist es in einer neuen Legislaturperiode mit neuen Abgeordneten im Hessischen Landtag selbstverständlich, dass wir uns dieser Debatte stellen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist aber genauso selbstverständlich, dass ich Ihnen heute schon sage, dass ich mir vorstellen kann, dass wir am Ende nicht zu einem sehr viel anderen Ergebnis kommen als zu dem Ergebnis, das wir in der vergangenen Legislaturperiode noch vor eineinhalb Jahren hier diskutiert und am Ende auch entschieden haben.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wir geben die Hoffnung nicht auf, Herr Boddenberg!)

Wir versuchen, nicht nur einseitig nach dem Motto „Im Himmel ist Jahrmarkt“ vorzugehen. Das war die Politik der Sozialdemokraten in den vergangenen fünf Jahren. Vielmehr gehen wir nach dem Motto vor: Was können, müssen und sollen wir verantworten in diesem Land? – Darauf geben wir seriöse und sauber finanzierte Antworten, wie wir das in allen anderen Politikfeldern auch tun.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In den vergangenen fünf Jahren haben wir es uns manchmal ein bisschen schwerer gemacht. Manchmal haben wir es uns auch vorsätzlich schwerer gemacht. Ich sage noch einmal, dass wir das nicht gemacht haben, um die Menschen in diesem Land zu ärgern, sondern weil wir beispielsweise dafür gesorgt haben, dass der hessische Haushalt ordentlich aussieht und konsolidiert werden kann, weil wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieses Landes durchaus etwas zugemutet haben. Wir haben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine ganze Menge zugemutet. Aber auch das haben wir nicht getan, um sie zu ärgern, sondern schlichtweg mit Blick darauf, dass wir auch für die Arbeitsplätze dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Perspektiven dieser Arbeitsplätze verantwortlich sind.

Ich könnte das fortsetzen. Sie haben das Thema der Energiepolitik und das Thema der Windenergie angesprochen. Ja, auch da haben wir es uns nicht immer einfach gemacht. Wer würde denn bestreiten, dass die Diskussion vor Ort sehr anstrengend ist? Das kennen Sie doch genauso. Gestern ist mehrfach hervorgehoben worden, dass Sie bei den

Straßenausbaubeiträgen, die ich nicht noch einmal bemühen möchte, hier aber als Beispiel nennen darf, durchaus auch schon andere Positionen vertreten haben.

Auch in der Energiepolitik ist es so, dass es Menschen gibt, die davon nicht nur positiv, sondern auch negativ betroffen sind. Zum Jahreswechsel war ich einige Tage lang an der Nordsee. Wenn man von den Nordseeinseln aufs Festland schaut, so kann man sich einen schöneren Anblick vorstellen, als dort Tausende dieser Anlagen zu sehen. Da ich die Gegend dort sehr gut kenne, weiß ich aber auch, dass es dort sehr viele Menschen gibt, übrigens bis hin zu den landwirtschaftlichen Unternehmern, die froh sind, dass es diesen Wirtschaftszweig gibt. Es gibt dort aber auch Menschen beispielsweise aus dem Bereich der Tourismusbranche, die das blöd finden.

Es ist also eine Abwägung zu treffen zwischen dem, was erforderlich ist, was energiepolitisch erforderlich ist, was wirtschaftspolitisch erforderlich ist, und dem, was erforderlich ist an notwendiger Kommunikation und Erklärung. Es ist also zu erläutern, warum wir glauben, dass das eine kluge und abgewogene Lösung ist. Das wird die große Herausforderung der Zukunft sein. Dazu hat der Ministerpräsident Sie zu Recht eingeladen.

Frau Wissler, wenn Sie das falsch verstanden haben, wird es dem Ministerpräsidenten unglaublich leidtun, dass er den Hessischen Landtag aufgefordert hat, dieses Land mitzugestalten. Sie wissen natürlich, wie er es gemeint hat. Lassen Sie uns also über diese und viele andere Fragen in diesem Landtag streiten und um die beste Lösung ringen.

Im Zuge der Koalitionsverhandlungen haben wir natürlich viele Kompromisse finden müssen, Herr Kollege Schäfer-Gümbel. Heute sind bereits einige Beispiele genannt worden, die zeigen, dass es uns nicht leicht gefallen ist, zu Kompromissen zu kommen. Ein Beispiel ist die Schulpolitik. Hier sitzt Mathias Wagner, der jahrelang schulpolitischer Sprecher der grünen Landtagsfraktion war. Dieser setzt in einigen Bereichen natürlich andere Schwerpunkte als die CDU. Wer wollte denn das bestreiten? Im Gegenteil, wir sollten häufiger darüber reden, was die eigenen Vorstellungen der Parteien einer Koalition sind. Am Ende müssen wir aber zu den Kompromissen stehen, die wir gefunden haben.

Das mit den Ziffernoten ist für jeden verständlich, da alle einmal die Schule besucht haben. Insofern kann jeder etwas damit anfangen. Ich finde es zumindest wert, dass man auch einmal darüber diskutiert, was ich in den Zeitungen von Schulleiterinnen und Schulleitern und Lehrkräften dazu gelesen habe. Keine Sorge, ich bleibe bei den Positionen der CDU. Dazu hat der Ministerpräsident heute einiges klar festgestellt. Die FDP hat in den letzten Tagen so getan, als würden wir das Leistungsprinzip an den Schulen abschaffen. Das ist natürlich völliger Unsinn. Das wissen Sie doch auch.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Jürgen Lenders (Freie Demokraten))

Insofern kann ich Sie beruhigen. Natürlich wird es weiterhin so sein, dass die Schülerinnen und Schüler eine Bewertung erfahren. Ich sage voraus – ohne schon das letzte Detail möglicher Veränderungen in den wenigen Schulen zu kennen, die mit den Möglichkeiten, die wir ihnen gewähren wollen, hantieren –, dass diejenigen, die glauben, dass man ausschließlich eine Bewertung vornehmen sollte, statt eine Note zu geben, feststellen werden, dass das nicht so

ganz einfach ist, und dass es möglicherweise an einigen Stellen eine Kombination aus beidem geben wird.

Mein Vorschlag und meine Bitte ist, nicht nur im Kulturpolitischen Ausschuss, sondern auch hier im Plenum über diese Fragen zu diskutieren und sich einmal anzuschauen, was die Schulen machen, die die Möglichkeit – aber nicht die Verpflichtung – haben, das umzusetzen. Sie wissen außerdem – das haben die meisten in ihren Äußerungen in den letzten Tagen verschwiegen –, dass für den Fall, dass sich eine Schule für diesen Weg entscheidet, die Lehrer, die Schulleitung, die Schüler und die Eltern ihr Einverständnis erklären müssen.

(Beifall CDU)

Wenn das am Ende Konsens ist, dann soll man das ausprobieren und schauen, ob das der vielleicht bessere Weg für die Schülerinnen und Schüler ist. Damit bin ich einverstanden. – Kollege Wagner nickt, wofür ich sehr dankbar bin.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schwarz-Weiß-Malen – Stichwort: öffentlicher Personennahverkehr. Wir von der Union nehmen seit vielen Jahren wahr, dass zunehmend auch Wählerinnen und Wähler aus dem bürgerlichen Lager der Meinung sind, dass wir in der Verkehrspolitik Veränderungen brauchen. Bei den GRÜNEN läuft das unter dem Label „Verkehrswende“. Das ist okay; davon spricht mittlerweile sogar die CSU in Bayern. Wenn es das auf den Punkt bringt, was wir gemeinsam wollen, nämlich dass Verkehrsträger neben- und miteinander – ohne dass man einzelne dieser Träger ausschließlich fördert und protegiert – die Mobilität der Zukunft sicherstellen, dann ist das genau das, was auch bürgerliche Wählerinnen und Wähler wollen. Wenn Sie sich die Bürgerinitiativen anschauen, die sich beispielsweise für mehr Raum für das Radfahren starkmachen, dann sehen Sie, dass da nicht nur GRÜNE, nicht nur Wähler der Sozialdemokraten vertreten sind, sondern auch langjährige CDU-Wähler – ziemlich viele aus meinem Bekanntenkreis –, die sagen: Wir hätten das gerne als eine weitere Möglichkeit der Mobilität, gerade in einer Stadt wie Frankfurt. – Das finde ich gut, und dem tragen wir mit vielen Vorhaben im Koalitionsvertrag Rechnung.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schwarz-Weiß-Malen – Stichwort: Landwirtschaftspolitik. Wir haben leider nur noch einen Landwirt im Hessischen Landtag, nämlich Hans-Jürgen Müller.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir beide haben uns verabredet, weil ich beruflich zwischen ihm und allen anderen Abgeordneten stehe,

(Heiterkeit CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass wir uns über einige Dinge austauschen. Er ist der Urproduzent, ich gehöre dem Berufsstand an, der daraus ein Nahrungsmittel macht – das machen viele Landwirte mittlerweile selbst –, und die übrigen sind Verbraucher. Wir haben verabredet, dass wir uns anschauen – er als Produzent, ich als derjenige, der einer Branche angehört, der man nicht unterstellt, dass sie sich als allererste mit Tierschutzfragen beschäftigt –, was wir in Hessen weiter verbessern können, damit eine dezentrale, mittelständische Landwirtschaft auch künftig ihren Platz in unserem Bundesland hat.

Ich kann da übrigens nicht erkennen, dass auf diesem Feld das eine gut und das andere schlecht ist. Irgendjemand hat heute gesagt, die einen seien die Bösen, die anderen die Guten; ich glaube, das sagte der Kollege Rock. Ich habe das von den GRÜNEN noch nie gehört. Ich will die GRÜNEN nicht in Schutz nehmen – das können sie selbst –, aber man kann hier ganz offen ansprechen, dass sich die grüne Politik in den Punkten, die den GRÜNEN wichtig sind, in den letzten fünf, acht, zehn Jahren gewandelt hat. Ich erinnere mich an eine aus meiner Sicht legendäre Rede des parlamentarischen Geschäftsführers Holger Bellino, die er im Jahr 2012 gehalten hat. Damals hat der Kollege Bellino das Thema Verbotspartei behandelt. Ich glaube, sagen zu können, ohne den grünen Kolleginnen und Kollegen zu nahe treten zu wollen, dass es auch bei den GRÜNEN Entwicklungen gegeben hat, dass auch sie – wie wir – zu der Feststellung gekommen sind, dass man mit Anreizen arbeiten sollte, dass man die Rahmenbedingungen so setzen muss – ich bleibe bei der Landwirtschaft –, dass der sogenannte konventionelle Landwirt die Dinge zunehmend kritischer sieht und darüber nachdenkt, ob nicht auch er neue Wege gehen sollte, dass das ein besserer Weg ist, als ihn in irgendeiner Form dazu zu zwingen. Das unterstelle ich den GRÜNEN nicht, aber die Rede von Holger Bellino hatte den Duktus, dass der Druck des Gesetzgebers laut grüner Auffassung damals durchaus stärker und dominanter sein sollte.

(Holger Bellino (CDU): Die haben sich ja gebessert!)

Das haben beide Seiten – ich glaube, das darf ich sagen – in der Koalition in den letzten fünf Jahren gelernt. Wenn ich bei Landwirten bin – ich werde häufig eingeladen –, dann sage ich oft: Ich bin der Auffassung, dass jedes Mitgeschöpf, das ihr hegt und pflegt, doppelt so viel oder gar dreimal mehr Platz haben sollte als bisher. – Wenn ich das sage, schauen die Landwirte ein bisschen skeptisch und fragen sich: Was ist das für einer? – Mein nächster Satz lautet aber: Dann müsste aus meiner Sicht das Kilo Schweinefleisch aber auch doppelt oder dreimal so teuer sein, dann würde es wieder passen, und es hätten alle Seiten gewonnen.

Diese Idee tragen mittlerweile sehr viele der sogenannten konventionellen Landwirte mit. Die Umsetzung dauert noch ein bisschen. Ich denke, wir werden dieses Thema noch viele Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, auf der Tagesordnung haben. Aber dass wir uns schrittweise einer besseren, nachhaltigeren Landwirtschaft zuwenden sollten, das unterschreiben 100 % der hessischen Landwirtinnen und Landwirte.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Thema Flughafen Frankfurt ist angesprochen worden. Frau Wissler hat eben noch einmal darauf hingewiesen, dass die GRÜNEN all das verraten hätten, was sie in ihre Programme geschrieben haben. Nein, die GRÜNEN erklären nach wie vor, dass sie den Ausbau des Flughafens Frankfurt für falsch halten. Das sollten Sie wenigstens erwähnen, Frau Wissler. Ich gehöre einer Partei an, die den Flughafenausbau immer für richtig gehalten hat, nicht deshalb, weil wir mit dem Kopf durch die Betonwand wollten, sondern weil wir sagen: Das ist einer der wichtigsten Wirtschaftsmotoren, die wir in Hessen haben. Der Ministerpräsident spricht immer vom „Herzmuskel des Landes Hessen“.

Frau Wissler, das, was Sie an der Stelle machen, erinnert mich ein bisschen an einen Artikel in der „FAZ“ vom letzten Wochenende. Darin war von „Salonsozialisten“ die Rede. Ich hätte jeden Satz in diesem Artikel unterstreichen können. Der Autor hat die Auffassung vertreten, dass sich ziemlich viele der linken Ideologen, allen voran Sahra Wagenknecht, ausschließlich mit den schönen und zugegebenermaßen auch notwendigen Dingen – Stichwort: Asyl- und Flüchtlingspolitik – befassen, sodass andere Themen nicht mehr vorkommen. Beim Thema Flughafen kommen bei Ihnen, Frau Wissler, die vielen Tausend Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach meiner Wahrnehmung nicht vor.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Wie bitte?)

– Nein, die kommen bei Ihnen nicht vor. Bei Ihnen kommt nur vor, dass Sie die Zahl der Flugbewegungen begrenzen wollen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Im Gegensatz zu Ihnen war ich bei den Streiks dabei!)

Wenn ich Sie dann frage, ob das konkret heißt, dass Sie sich dem Votum der Bürgerinitiative in Frankfurt anschließen, die fordert, die neue Bahn wieder zu schließen, dann antworten Sie nicht.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Stimmt doch gar nicht!)

In Wahrheit antworten Sie eigentlich doch. Übrigens, Herr Schäfer-Gümbel: Herr Feldmann verhält sich fast genauso. – Wenn ich dann frage, was das bedeutet, und Ihnen vorrechne, dass wir dann wieder bei 380.000 Flugbewegungen sind – das ist die Größenordnung, wo die Leute, über die ich gerade rede, hinkommen wollen –, und Ihnen anschließend vorrechne, dass wir, als wir 380.000 Flugbewegungen in Frankfurt hatten, 15.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Frankfurter Flughafen weniger hatten, dann wollen Sie das nicht wissen. Das muss aber gesagt werden, damit jeder, der eine solche Position wählt, weiß: Er schafft die Arbeitsplätze ab, über die zu reden Sie sich heute und hier erdreistet haben.

(Beifall CDU – Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Die CDU kann nicht mit Zahlen umgehen!)

– Doch, ich kann mit Zahlen umgehen. Ich kann Ihnen das gerne noch einmal vorrechnen, aber ich glaube, Sie wissen, dass diese Zahlen stimmen.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Wir warten immer noch auf die 100.000 Arbeitsplätze, die durch den Ausbau des Flughafens geschaffen werden sollten!)

Ich will das Thema Diesel ansprechen, das der Kollege Rock aufgegriffen hat. Ich nehme Bezug auf seine Ausführungen und auf das, was ich in den letzten Tagen lesen konnte. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben vor der Wahl immer wieder zwei wesentliche Sätze gesagt: Erstens. Wir wollen saubere Luft und eine Verbesserung des Klimas – im Sinne der Reduzierung von Schadstoffen –, insbesondere dort, wo viel Verkehr stattfindet, nämlich in den Städten. Zweitens. Wir wollen keine pauschalen Fahrverbote.

Wir könnten nach Rheinland-Pfalz schauen und dort und an vielen anderen Ecken beobachten, was gerade passiert. Ich bin sehr zufrieden mit dem, was wir mittlerweile erreicht haben. Ich will Umweltministerin Priska Hinz ausdrücklich loben. Vertreter der Landesregierung und die

Spitzen der Fraktionen haben miteinander über die Frage gesprochen, wie wir unser Ziel erreichen. Dass jetzt in Darmstadt zwei Straßen für Dieselfahrzeuge gesperrt werden sollen, ist leider notwendig, weil das ein Ziel, nämlich saubere Luft, dort noch nicht – ich sage bewusst: noch nicht – erreicht worden ist.

Die Hügelstraße, um die es konkret geht, ist ein neuralgischer Punkt – wenn man dort ist, kann man das auch als Laie, wie ich einer bin, nachvollziehen; ich habe mir das mehrfach angeschaut –, an dem wir im Interesse der Menschen, die dort wohnen, besser werden müssen, was die Qualität der Luft angeht. Es ist gut, wenn das dann gelingt in einem Vergleich zwischen der Stadt, der Landesregierung und auch den Klägerinnen und Klägern.

Ich sage heute nichts zur Deutschen Umwelthilfe. Wir haben z. B. auf unserem Parteitag ausreichend besprochen, was wir von diesem Verein halten. Aber es gibt ihn nun einmal, und es gibt nun einmal das Verbandsklagerecht. Wenn ich das alles zusammennehme, bin ich mit diesem Vergleich – diesem Kompromiss – sehr zufrieden; denn er führt dazu, dass wir in Darmstadt keine pauschalen Fahrverbote haben werden.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, dass sich die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Wiesbaden mit einem breiten Maßnahmenpaket so aufstellt, dass man das in Wiesbaden ebenfalls hinbekommen kann, möglicherweise sogar völlig ohne neuralgische Punkte aufweisende Straßen zu sperren, dass wir in der Stadt Frankfurt als Erstes eine Zulassung der Berufung erreicht haben und dass wir sogar Herrn Oesterling von der SPD, den Verkehrsdezernenten der Stadt Frankfurt, der sich in den letzten Jahren nicht gerade nach dem Motto „Ich bin Verkehrsdezernent, und ich setze alles, aber auch wirklich alles daran, das Problem in Frankfurt gar nicht erst aufkommen zu lassen“ hervorgetan und noch vor fünf oder sechs Monaten erklärt hat, Fahrverbote würden unumgänglich sein, dazu gebracht haben, dass er erklärt, er sieht das jetzt anders, könnte dafür sprechen, dass wir bisher einen ordentlichen Job in dieser Frage gemacht haben. Seien Sie sicher, dass wir das weiterhin so machen werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zuruf Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Ich will noch auf ein anderes Thema eingehen. Ich könnte viele weitere Beispiele nach dem Motto „nicht nur schwarz, nicht nur weiß“ nennen. Ich könnte z. B. über die Sicherheitspolitik reden. Sie haben auf die gestern getroffene Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hingewiesen. Wir werden – der Innenminister hat sich sofort dazu geäußert – natürlich darauf reagieren und nachbessern.

Aber ich glaube, es ist doch uns allen klar, dass wir in der Sicherheitspolitik, was Persönlichkeitsrechte und Freiheitsrechte auf der einen Seite und Sicherheitserfordernisse auf der anderen Seite anbelangt, einen Dauerprozess der Abwägung haben müssen. Dass sich Parteien in ihrer Schwerpunktsetzung oder in der Ausrichtung bei dieser Abwägung durchaus unterscheiden, ist nicht nur gut und völlig normal, sondern auch hilfreich.

Auch in der Christlich Demokratischen Union, die in diesem Hause sicherlich die Partei ist, von der man sagt, dass Sicherheit bei ihr die höchste Priorität hat – ich sage einmal, das gilt hoffentlich für alle Parteien –, sind wir näm-

lich durchaus bereit, über das eine oder andere zu diskutieren. Das fällt uns nicht leicht. Auch wir wollen Datenschutz. Auch wir wollen – wenn man durch London geht, weiß man, wovon ich rede – keine Totalüberwachung neuralgischer Punkte in den Städten oder sogar ganzer Städte, wie in London.

Aber wir müssen schlichtweg erkennen, dass sich die Kriminalität – die nicht neu, sondern jetzt eben nur anders ist – in jeder Gesellschaft zunehmend in digitalen Netzen verbreitet bzw. sich dort abspielt oder dass die digitale Kommunikation zumindest für kriminelles, terroristisches Handeln genutzt wird. Dass wir sagen: „Wir bleiben weiter in einer schönen, rosaroten analogen Welt“, kann doch niemand ernsthaft wollen.

Kolleginnen und Kollegen, seien Sie sicher: Wir stehen, was diese Fragen betrifft, in diesen Tagen nicht nur jeder Debatte offen gegenüber, sondern wir sind auch kritisch und sensibel genug, um zu wissen, dass diese Abwägung eine solch eminent wichtige Bedeutung für die Zukunft unserer Gesellschaft hat, dass wir mit dieser Debatte und mit all diesen Maßnahmen sehr sorgsam umgehen müssen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben in der Koalition Vereinbarungen dazu getroffen; die können Sie alle nachlesen. Ich will sie jetzt nicht wiederholen. Ich will es dabei bewenden lassen und nur deutlich machen, dass wir einige Wochen darum gerungen haben. Wir, CDU und GRÜNE, sind der Meinung – das will ich doch noch sagen –, dass es auch mit einer Stimme geht und dass wir im Gegenteil sogar die demokratische Verpflichtung haben, eine Mehrheit zu bilden und diese in den nächsten fünf Jahren in Form von Entscheidungen im Hessischen Landtag auch zu nutzen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Herr Ministerpräsident hat viele Punkte angesprochen, die wir uns vorgenommen haben. Ich will nur auf einige wesentliche Punkte eingehen, nämlich auf die Schwerpunktthemen der Landespolitik. Ich nenne z. B. die Schulpolitik: Ja, es bleibt weiter bei einer sehr ordentlichen Versorgung. Heute ist irgendwo wieder das Wort „Unterrichtsausfall“ gefallen – geschenkt.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ja! – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ein ganz böses Wort!)

– Geschenkt, Herr Schäfer-Gümbel. Ich werde nicht müde, Ihnen zu sagen: Ja, es kann sein, dass der Mathelehrer krank wird und der Unterricht ausfällt. Es kann sogar sein, dass er drei Wochen lang krank ist. Das hat noch nie jemand bestritten.

(Holger Bellino (CDU): So ist es!)

Aber es kann nicht sein, dass man unterstellt – das ist in diesem Wahlkampf auch gründlich schiefgegangen, seien Sie doch einmal ehrlich; wenn Sie auf Ihr Ergebnis schauen, sehen Sie, es hat nicht verfangen –, es gebe einen geplanten, in Kauf genommenen Unterrichtsausfall, wenn wir 53.000 Vollzeitlehrerinnen und -lehrer an den Schulen haben und für die reine Unterrichtsabdeckung 38.000 Lehrerinnen und Lehrer brauchen.

(Marius Weiß (SPD): Sie sollten sich einmal die Zahlen von der Schülerversammlung liefern lassen!)

– Ja, dann man kann immer noch erleben, dass der Mathelehrer krank wird. Man kann zwar versuchen, auf dieser

Grundlage eine Kampagne zu starten, aber wozu das führt, haben Sie am 28. Oktober 2018 gesehen. Wie gesagt, es ist gründlich schiefgegangen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich würde Ihnen vorschlagen, dass wir uns über die Inhalte unterhalten. Der CDU war es wichtig, dass wir das Beherrschen von Deutsch als Kompetenz stärken. Ich habe eben über neue pädagogische Konzepte gesprochen. Auf der anderen Seite war es uns wichtig, zu sagen – Stichwort: Schreiben nach Gehör –, dass wir glauben, es gibt, gerade in den ersten Jahren der Grundschule, bessere Möglichkeiten, Kindern Lesen, Schreiben, Rechtschreibung und Sprache zu vermitteln.

Ich will Ihnen aber sagen, worauf wir besonders stolz sind. Der Kollege Rock hat heute über das Thema Fachkräftemangel gesprochen. Zu sagen: „Wir müssen da jetzt einmal anfangen“, ist schön; aber ich glaube, auch die Freien Demokraten haben mitbekommen, dass das Thema seit mindestens zehn Jahren auf unserer Agenda steht. Ich finde, die Fachkräftekommission des Landes Hessen hat 2009, 2010 und 2011 gute Ergebnisse auf diesem Gebiet erzielt. Sie können ja nur gut sein, weil ich die Landesregierung damals dort vertreten habe.

Wir haben damals gesagt: Wir werden den Fachkräftemangel nur dann lindern können, wenn wir uns bestimmten Zielgruppen – in volkswirtschaftlicher Hinsicht könnte man von „Ressourcen“ sprechen – zuwenden. Beispielsweise können wir bei älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern dahin kommen, dass deren Erwerbstätigkeit, wenn sie es denn wollen, länger dauert, als es das gesetzliche Renteneintrittsalter normalerweise hergibt. Das ist eine riesengroße Zielgruppe.

Wir müssen noch besser werden bei der Erwerbstätigkeit von Frauen. Ja, wir liegen mit etwas mehr als 70 % erwerbstätigen Frauen im europäischen Mittel. Die Quote steigt sich allmählich. Aber bei den Wochenarbeitszeiten besteht weiter Verbesserungsbedarf. Viele Frauen, die heute 15 oder 20 Stunden pro Woche arbeiten, sagen: Ich würde gern mehr arbeiten, aber dafür fehlen noch ein bisschen die Rahmenbedingungen. – Da ist man sehr schnell bei den Themen, über die hier schon diskutiert worden ist und die ich heute nicht noch einmal aufrufen will – Stichwörter: Familie, Ganztagschulen, Kinderbetreuung und vieles andere mehr. Wir werden viele Gelegenheiten haben, darüber zu reden.

Aber eine weitere wichtige Ressource – ich sage „Zielgruppe“ – sind die Menschen mit Behinderungen, die es in den Arbeitsmarkt zu integrieren gilt. Diese Landesregierung liegt, was die Beschäftigungsquoten angeht, mit Abstand auf Platz 1 im Vergleich der 16 Bundesländer.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das kann man noch besser machen. Ja, das könnte man auch in den Unternehmen noch besser machen. Daran arbeiten wir im Sozialministerium. Kai Klose hat dort sicherlich eine ganze Reihe von Aufgaben, mit denen schon begonnen worden ist, deren Bearbeitung aber weiter intensiviert werden muss.

Damit sind wir beim internationalen Arbeitsmarkt. Ich hoffe, dass Bund und Länder irgendwann zu einer gemeinsamen Lösung kommen, was den Fachkräftezuwanderungsteil dieses Problems angeht. Aber wir waren damals Vorreiter. Wir waren 2012/2013 das erste Land, das eine

Kooperation mit einer Region in Spanien vereinbart hat. Das ist noch lange nicht so, wie ich es mir wünschte. Da kann man noch viel mehr tun. Zunächst einmal den europäischen Markt in den Blick zu nehmen ist sicherlich lohnend und auch erforderlich.

Aber – das ist der Punkt, auf den ich eigentlich hinauswollte – die wichtigste Ressource sind natürlich die jungen Menschen. Frau Wissler, ich mache da keinen Unterschied zwischen denen, die hier geboren sind, und denen, die zu uns gekommen sind. Wir – Ministerpräsident Volker Bouffier gemeinsam mit Ministerpräsident Kretschmann aus Baden-Württemberg – waren es, die dafür gesorgt haben, dass diejenigen, die zu uns kommen und einen Ausbildungsplatz haben, für die drei Jahre der Ausbildung plus zwei weitere Jahre einen Aufenthaltsstatus haben. Das ist ein ganz wichtiges Signal an diejenigen gewesen, die sich wirklich integrieren wollen. Das tragen wir nicht nur mit, sondern das unterstützen wir zu 100 %.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nein, ich will auf die andere Zielgruppe zu sprechen kommen, über die wir auch hin und wieder reden und die wir ganz besonders im Fokus haben. Das sind nämlich diejenigen jungen Männer und Frauen, die vielleicht aus Gründen ihres sozialen, ihres familiären Umfelds nicht so viele Chancen und Perspektiven hatten wie andere. Diesen wenden wir uns in ganz besonderer Weise zu. Dazu haben wir in der Schulpolitik eine Reihe von Ansätzen; ich nenne einmal das Stichwort Mittelstufenschule.

Irgendjemand hat hier heute gesagt: Es sollen und müssen ja nicht alle studieren. – Das stimmt; das teile ich. Das muss auch nicht sein; es kann aber sein, wenn es jemand will. Das wollen wir auch nicht verhindern, sondern wir sagen: Das eine ist genauso wichtig wie das andere. Diejenigen, die aus der beruflichen Laufbahn kommen, müssen die gleichen Chancen haben wie diejenigen, die aus der akademischen Laufbahn kommen.

Frau Kollegin Wissler, jetzt, als Ergebnis unserer Politik, nachdem wir beispielsweise nicht erst jetzt das Spracherefordernis entdeckt haben, haben wir die Situation, dass Hessen auch bei den Schülerinnen und Schülern, die die Schule verlassen, mit Abstand die Nummer eins ist, was die Erfolgsquote der Schulabgängerinnen und -abgänger angeht. Darauf sind wir wirklich zu Recht stolz.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf AfD)

– Ja, es sind immer noch 4 oder 5 %; daran müssen wir weiter arbeiten. Aber, ich glaube, wenn wir über Integration, über Chancengerechtigkeit reden, ist das der bessere Ansatz als der der LINKEN, die glauben, dass man das am Ende alles mit staatlicher Alimentation übertünchen könne.

(Beifall CDU und Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, wir haben in diesem Koalitionsvertrag wichtige Signale für die Hochschulpolitik gesetzt. Die Hochschulen wollten ein bisschen mehr. Ja, das ist ihr gutes Recht, aber auch dort haben wir natürlich die Finanzen im Auge. Ich glaube, dass wir mit einer Festschreibung, dass der Hochschulpakt um 4 % wachsen soll, irgendwie die Mitte getroffen haben. Gewollt haben sie 5 %; dann wollten sie noch einen besonderen Digitalpakt. Das haben wir jetzt alles so möglich ge-

macht, dass wir es auch haushaltstechnisch verantworten können.

Wir haben eine deutliche Stärkung der früheren Fachhochschulen, der Universities of applied Sciences. Das war dringend notwendig, weil dort ganz vieles stattfindet: Wirtschaft und Hochschulstudium parallel. Das ist in den nächsten Jahren für die Fachkräftegewinnung vielleicht der wichtigste Arbeitsbereich in der Hochschulpolitik.

Wir bleiben weiterhin dabei, dass wir überall dort, wo Hessen stark ist und besondere Exzellenzen hat, auch mit Geld fördern – Stichwort: LOEWE-Programm. Was wir dort mittlerweile erreicht haben, ist wirklich beispielgebend. Kolleginnen und Kollegen, wir haben in Hessen 14 LOEWE-Zentren. Wir haben 54 LOEWE-Schwerpunkte; und wir haben – das finde ich besonders erfreulich – 283 KMU, also Verbünde mit mittelständischen Unternehmen. Das ist genau das, was das Herz Hessens ausmacht, dass wir ein Land der Bildung, auch ein Land mit stolzen Universitäten sind, aber auch ein Land mit Unternehmen, wo Unternehmer, Mittelständler die Ärmel hochkrempeln; und wenn beides zusammenkommt, dann muss dabei doch etwas Gutes herauskommen. Das ist weiterhin einer der Schwerpunkte unserer landespolitischen Aufstellung.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will natürlich auch zur Sicherheitspolitik kommen. Die Zahlen sind schon genannt worden: mehr Polizei im Vollzugsdienst, genauso in der Verwaltung und mehr Wachpolizisten. Ja, wir wenden uns auch den Überstunden zu, aber unter der Prämisse, dass wir wissen, dass die Mittel endlich sind. Aber, ich finde, das sind deutliche Prioritätensetzungen, die so auch ganz klar im Koalitionsvertrag benannt sind.

Wir kümmern uns weiterhin um die Feuerwehr mit einer Garantiesumme von 45 Millionen € pro Jahr. Das hat es in diesem Land noch nie gegeben.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

72.000 Feuerwehrleute machen das im Ehrenamt, bei rund 2.500, die das hauptberuflich machen. 72.000 ehrenamtliche Feuerwehrleute haben es doch verdient und sind es allemal wert, dass wir ihnen sehr klar sagen, dass sie in den nächsten fünf Jahren fest mit dem rechnen können, was sie von uns kennen, nämlich eine verlässliche finanzielle Ausstattung ihrer Gerätschaften und ihrer Arbeit.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist von Frau Wissler wieder einmal – das ist ihr gutes Recht – die Asyl- und Flüchtlingspolitik kritisiert worden. Wir hatten in unserem Land ja eine Phase, dass man mehr über Vokabeln nachgedacht und gestritten hat, als sich mit der Sache zu beschäftigen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ja, von Herrn Seehofer!)

Frau Wissler, wissen Sie, die Einzelfälle, die Sie hier aufrufen, lassen niemanden kalt – nicht nur Sie nicht, sondern auch alle anderen nicht. Wenn Sie von den schlimmen Ereignissen im Mittelmeer, die es nach wie vor gibt und die niemand bestreiten wird, in schlimmen Bildern reden, von den Schicksalen und den Toten, dann lässt das natürlich niemanden kalt. Dass Sie in Ihrer Rede trotzdem zum wiederholten Male den Versuch machten, als würden wir da nur zusehen, ist – ich sage es einfach einmal mit meinen Worten – unverschämte.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben in diesen Tagen eine Debatte, die Sie doch auch kennen und die übrigens innerhalb der LINKEN, allen voran von Sahra Wagenknecht, geführt wird,

(Janine Wissler (DIE LINKE): Aber Marburg wollte doch Flüchtlinge aufnehmen! – Holger Bellino (CDU): Horst Seehofer II!)

nach dem Motto: Hat der Bundespräsident denn jetzt recht, oder hat er nicht recht? – Gemeint ist der frühere Bundespräsident Gauck mit seiner berühmten und, wie ich finde, völlig zutreffenden Aussage

(Holger Bellino (CDU): Ja!)

in seiner Rede in der Alten Oper in Frankfurt am Main anlässlich „25 Jahre deutsche Wiedervereinigung“. Er hat ja den Ministerpräsidenten fast ein bisschen kritisiert oder, besser gesagt, korrigiert, der ihm am 1. Dezember die Wilhelm-Leuschner-Medaille überreicht hat. Seine Aussage trifft genau den Kern dieser Thematik, indem er sagte: „Unser Herz ist weit. Doch unsere Möglichkeiten sind endlich.“ Korrigiert hat er den Ministerpräsidenten, weil ihn dieser mit „begrenzt“ zitiert hat, weil das wiederum zur Assoziation dieser unsäglichen Debatte führte, die wir in diesem Land über Jahre hatten.

Ich finde, wenn man das teilt, dass unsere Möglichkeiten begrenzt sind – Frau Wissler, damit sind natürlich in erster Linie nicht die finanziellen Möglichkeiten gemeint, sondern die Frage: ist unsere Gesellschaft und wie weit ist unsere Gesellschaft, die sich in den Jahren 2015 bis heute in Bezug auf ihre Aufnahmebereitschaft der Menschen, die zu uns gekommen sind, großartig gezeigt hat, insgesamt bereit, zu akzeptieren, in welchem Maße wir das denn so hinkriegen, dass wir auch wirklich von Integration reden können?“ –,

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ja, aber Sie schieben gut Integrierte ab!)

dann ist das genau die Debatte, die mit dem Stichwort „Salonsozialisten“ in der „FAZ“ gemeint war. Das ist genau die Debatte, der Sie aus dem Weg gehen, wo Sie immer nur den einen Teil erklären, nämlich dass Sie die vermeintlichen Gutmenschen seien, während die anderen zuschauen, wie Menschen im Mittelmeer ertrinken. Das werden wir hier weiterhin thematisieren; und ich lasse weiterhin nicht zu, dass Sie diese einfachen Bilder stellen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie können jedes Thema aufrufen – ja, auch die Rückführung nach Afghanistan. Das ist ein Thema, wo CDU und GRÜNE immer wieder ringen, wo wir schauen: Wer ist zunächst einmal für diese Politik verantwortlich? Wer ist in der Lage, die Situation in Afghanistan zu beurteilen? – Das ist der Bund. Damit ducken wir uns nicht weg. Es kann gar nicht anders sein, als dass der Bund für solche Fragen zuständig ist, weil allein er die Mittel hat, um sich ein Urteil zu bilden. Das kann man immer noch kritisieren, aber er bildet sich ein Urteil. Wir können das am Beispiel Afghanistans weiterhin diskutieren.

Wir können es auch weiterhin diskutieren, wenn Sie es denn wollen – das ist jetzt keine hessische Landespolitik; das ist Grundsatzpolitik –: Was ist denn mit der Thematik der Außengrenzen der Europäischen Union? Sie wissen ganz genau, dass viele, wie ich finde, nicht ganz falsch liegen mit der Argumentation: Wenn wir die Anreize weiter-

hin erhöhen, dass noch mehr Menschen in die Boote steigen, dann wird es auch weiter Tote geben. – Das ist aber noch immer kein Grund, einfach wegzusehen und es zu ignorieren.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Aber das ist falsch! Die Leute in Libyen brauchen keine Anreize!)

Aber es ist eine Tatsache, an der man in dieser Diskussion nicht vorbeikommt; und deshalb müssen wir darüber reden – nicht nur aus Gründen der Integrationspolitik und der Aufnahmebereitschaft unserer Gesellschaft, sondern auch mit Blick auf die Betroffenen. Das werden wir hier allein nicht lösen können.

Ich bin aber bei Ihnen, dass wir für die Menschen vor Ort sehr viel mehr tun müssen, damit sie gar keinen Grund mehr haben, ihr Heimatland zu verlassen. Das ist unsere Politik, die ist nicht unmenschlich, sondern realistisch und dem zugewandt, was wirklich erforderlich ist.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, ich habe die Finanzen angesprochen. Es wird von der SPD, von Herrn Rudolph, immer wieder der Versuch unternommen, wenn es um die finanzpolitische Historie Hessens geht, zwei Zahlen in den Raum zu werfen und zu sagen: Seht einmal, wie schlimm ihr seid. – Ich zitiere jetzt den Kollegen Rudolph, er hält nämlich immer wieder fest, dass unter der CDU-Regierung seit dem Jahr 1999 20,611 Milliarden € neue Schulden gemacht worden seien. – Das stimmt.

(Günter Rudolph (SPD): Was, Sie geben mir recht?)

– Ja, das kann man doch nachlesen, Herr Kollege Rudolph.

(Lachen SPD – Günter Rudolph (SPD): Ach so, ich habe mich schon gewundert!)

Es ist ein bisschen mühsam, Sie müssen 20 Haushalte, oder 18, wenn man die Doppelhaushalte berücksichtigt, nachlesen. Diese Zahl kennen Sie, sie ist nicht neu.

Ich muss aber schon darauf hinweisen: Das bedeutet pro Jahr unserer Regierungsverantwortung round about 1 Milliarde € Neuverschuldung. – Das stimmt. Das war übrigens vor unserer Regierungsverantwortung auch schon so.

(Zuruf Torsten Warnecke (SPD))

– Doch, Herr Warnecke. Sie haben in acht Jahren 8,33 Milliarden € Schulden gemacht – also nicht Sie persönlich, da wäre es ja ganz anders gelaufen, sondern die Sozialdemokraten.

(Marius Weiß (SPD): Die SPD hat vorher 50 Jahre Regierungsverantwortung gehabt!)

Was Herr Rudolph immer vergisst und was für die neuen Kolleginnen und Kollegen vielleicht ganz interessant ist, ist der zweite Teil. Das könnte darauf hindeuten, dass sich die Wirtschaftskraft des Landes Hessen dramatisch, d. h. positiv, verändert hat. Das belegen die Zahlen, die ich Ihnen auch nennen möchte und die Sie, wie gesagt, immer weglassen.

Die Zahlungen in den Länderfinanzausgleich in acht Jahren Verantwortung eines SPD-Finanzministers

(Marius Weiß (SPD): Das ist ein gutes Beispiel!)

betragen 9,7 Milliarden €. Das sind 1,2 Milliarden € pro Jahr, ein Tick über der Neuverschuldung. Die Zahlungen in

den Länderfinanzausgleich seit 1999, also der letzten 20 Jahre, betragen – Herr Kollege Kaufmann wird die Zahlen auch bestätigen – 43,8 Milliarden €.

(Marius Weiß (SPD): Ach du meine Güte, das ist nicht Ihr Ernst!)

Herr Weiß, das heißt, dass wir pro Jahr weit über 2 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich zahlen. Das waren früher 1 Milliarde bis 1,2 Milliarden €.

(Zurufe SPD)

Das erklärt so ein bisschen die Frage, warum Hessen weiter aufs Geld schauen muss und wir bei der Haushaltskonsolidierung weiter große Anstrengungen unternehmen müssen. Wir tragen dazu bei und helfen, dass es anderen Ländern in Deutschland auch gut geht.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Marius Weiß (SPD): 800 Millionen € weniger!)

Ich freue mich auf die Diskussion, Herr Kollege Weiß. Ob Sie andere Zahlen haben, weiß ich nicht. Ich kann mir das nicht vorstellen. – Ich will doch nur darauf hinweisen: Ja, es gibt weiter Verbesserungsbedarf, beispielsweise bei der Finanzierung und der Ausstattung der Kommunen.

(Marius Weiß (SPD): 800 Millionen € weniger!)

Der Innenminister hat gestern im Zuge der Debatte, die ich eben schon angesprochen habe, nicht ganz zu Unrecht darauf hingewiesen, dass wir – ich übersetze das jetzt frei aus der Erinnerung – von 2012 bis 2022, das ist die mittelfristige Finanzplanung, die Mittel für den Kommunalen Finanzausgleich von 3 Milliarden € auf über 6 Milliarden € verdoppeln werden, innerhalb von zehn Jahren. Es gibt also eine Verdoppelung der Mittel für die Kommunen im Land Hessen. Dass die kommunale Finanzausgleichsmasse vom Jahr 2018 auf 2019 um 300 Millionen € gestiegen ist, hat er, Gott sei Dank, auch noch einmal in Erinnerung gerufen. Es könnte auch dort immer noch ein bisschen mehr sein.

Herr Kollege Hahn und andere, wir werden uns sicherlich mit den Fragen beschäftigen. Der Minister hat gestern eine Frage im Zusammenhang mit dem KFA angesprochen, nämlich die Diskussion um die Beiträge und die Frage der Bedarfe der Kommunen. Die Bedarfe der Kommunen haben wir jetzt zu ermitteln. Wir werden beispielsweise den KFA sicherlich im Wohnungsbau verändern, indem wir diejenigen Kommunen belohnen, die Bauland ausweisen.

Auch das ist eine sehr verantwortungsvolle Politik, indem wir sagen: Erstens ist in Summe erst einmal deutlich mehr Geld in die Kommunen geflossen und wird es auch weiterhin tun. Zweitens werden wir dabei weiterhin dafür sorgen, dass die Kommunen mit den Spielräumen, die wir schaffen, verantwortlich umgehen. Es werden diejenigen belohnt, die insgesamt zum Gemeinwohl beitragen. Das gilt insbesondere für den Ballungsraum und das Stichwort Wohnungsbau und Wohnungsbauförderung der Landesregierung.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will meinen vorletzten Punkt ansprechen. Ich habe den Verkehr schon erwähnt. Es ist eben auch über Calden gesprochen worden. Das ist eines der beiden Flughafenprojekte in Hessen, die die GRÜNEN nicht so toll fanden, die sie immer noch nicht so toll finden. Das ist so, und das wird auch niemand wegreden. Wir haben aber eine Verein-

barung getroffen, die es möglich macht, dass sich dieser Flughafen weiterentwickelt.

Frau Wissler, wenn Sie denn einmal hinfahren würden – ich weiß nicht, ob Sie schon einmal dort waren, es hört sich so an, als seien Sie noch nie dort gewesen –, dann werden Sie wissen, dass das Bild, das Sie und manche dort stellen wollen, dass wir nämlich dort jeden Passagier einzeln zählen, ein Bild ist, bei dem ich einräumen muss, dass wir die Planzahlen bei Weitem noch nicht erreicht haben.

Wenn Sie sich anschauen, dass wir dort pro Jahr fast 30.000 Flugbewegungen haben – auch den Sportflughafen, auch den Trainingsflughafen, auch den Wartungsflughafen –, dann, finde ich, kann man nicht sagen, dass dort nichts stattfindet. Ich sage: Wir haben in der Kommunikation zu sehr das Thema Passagiere aufgerufen und zu wenig die gesamtwirtschaftliche Bedeutung. Das werden wir sicherlich verbessern. Ich bin froh, dass der Flughafen Kassel-Calden für die nächsten fünf Jahre eine Perspektive hat.

Ich bin den GRÜNEN sehr dankbar, das ist ihnen sehr schwergefallen. Das kann ich hier ausdrücklich einräumen. Aber sie haben gesagt, dass sie dem Flughafen und dem Mittelstand und dem Drumherum eine Entwicklungschance geben. Herr Schäfer-Gümbel, da freue ich mich, dass Sie, durch zustimmendes Nicken, das offensichtlich genauso sehen.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass die Nordhessen weiter sagen können, dass sie im Fokus der Landespolitik stehen. Frau Kollegin, noch schöner wäre es, wenn Sie auch mit dazu beitragen – das machen wir aber alle gemeinsam –, dass die nordhessische Wirtschaft noch ein bisschen von dem beiträgt, was sie uns früher, als wir in der Planungsphase waren, versprochen hat. Darauf kommen wir immer wieder zurück. Wenn wir es alle gemeinsam wollen, dass sich dieser Flughafen gut und ordentlich entwickelt, dann haben wir dort eine gute Chance für die Menschen in einem wichtigen Landesteil Hessens.

(Beifall CDU)

Ich will einen letzten Punkt aufrufen. – Ich darf es sagen, Thorsten Schäfer-Gümbel hat mir eine SMS geschickt: Geht es auch kürzer als eine Stunde? – Ja, es geht auch kürzer.

(Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten): Da müssen Sie sich sputen! – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ich war unter einer Stunde!)

Holger Bellino fragt mich auch jedes Mal. Ich bin jetzt einmal nett und versuche es.

Ich will noch einmal auf die 30-mal vorkommenden Worte „digital“ und „Digitalisierung“ kommen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): 33!)

– Also, ich habe es nicht gezählt, aber ich würde es nicht in Zweifel ziehen. – Der Ministerpräsident hat völlig zu Recht zunächst einmal darauf hingewiesen, dass wir eine gute Besetzung im Kabinett haben.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Das gilt übrigens für das gesamte Kabinett, das will ich noch einmal ausdrücklich sagen. Ich bin froh, dass wir einen so guten Mix aus neuen, aus jungen, aus erfahrenen Kolleginnen und Kollegen im hessischen Landeskabinett haben.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will auf die Digitalministerin kommen und auf das, was vor ihr an Arbeit liegt. Das ist auch schon mehrfach angesprochen worden. Es geht nicht nur um die Infrastruktur, also die technische Seite, sondern es geht genauso um die gesellschaftliche Akzeptanz und die ethischen, arbeitsmarktpolitischen und vielen anderen Fragen mehr.

Die CDU Deutschlands hatte vor vier Jahren einen Parteitag, auf dem sie sich mit dem Schwerpunktthema „Zukunft der Arbeit“ beschäftigt hat. Ich war damals in der Kommission, und ich erinnere mich, dass wir mit den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Ländern und aus der Bundespartei über die Frage gesprochen haben: Welches Bild hat die Volkspartei CDU von der Zukunft der Arbeit, und wie sehen zukünftige Arbeitsplätze aus?

In der ersten Runde bekamen wir ein Papier mit einem Umfang von 30 Seiten. Davon haben sich 27 Seiten nur mit der Frage der Digitalisierung befasst. Ich habe damals gesagt, schon mit Blick auf die Seitenzahl ist das eine falsche Pointierung dieses Themas auf die technische Entwicklung auf der einen Seite und die vielen anderen Bereiche bis hin zu arbeitsmarktrechtlichen Fragen und, und, und, auf der anderen Seite. Das hat sich mittlerweile verändert.

Wenn ich das auch noch sagen darf: Ein Jahr darauf hat der Hessische Rundfunk federführend die Verantwortung für die ARD-Themenwoche „Zukunft der Arbeit“ gehabt. Wir waren damals schon beide im Rundfunkrat und haben darüber diskutiert. Dabei haben wir genau das Gleiche gemacht, nämlich zu sehr auf die technische Seite gesetzt. Das ist okay, vernachlässigt aber die andere Seite etwas.

Mit diesem Ethikrat verbinde ich jedenfalls große Erwartungen. Ich verbinde damit die Erwartung, dass wir all diese Fragen, die die Menschen bewegen, aufrufen. Wir müssen uns beispielsweise mit der Frage der Arbeitszeit befassen. Früher ist man morgens in die Firma gegangen, hat die Stempelkarte gestochen, und abends hat man sie nach acht Stunden, oder wie viel auch immer, wieder gestochen. Damals hatte man einen relativ sauber durchdeklinierten Fünf-Tage-Wochenplan. Das haben heute viele nicht mehr.

Da gibt es viel Regelungsbedarf. Da ist viel Bundespolitik und Bundesrecht, wo wir im Bundesrat mit zuständig sind, genauso erforderlich wie die Frage, wie wir mit der Digitalisierung in Hessen, wo wir unmittelbar Verantwortung tragen, umgehen.

Herr Kollege Schäfer-Gümbel – wie gesagt, das ist mein letztes Thema; ich will es nur kurz ansprechen –, die pauschale, fast sarkastische Bemerkung: „Landesverwaltung und Digitalisierung, na ja“ – –

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Die war nicht von mir, mit Verlaub!)

– Oh, dann nehme ich das zurück. Dann suchen wir jetzt den, der es gesagt hat. – Diese Bemerkung nehme ich dem oder derjenigen ein bisschen übel, weil wir es natürlich auch in der hessischen Landesverwaltung mit Menschen zu tun haben.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja, eben!)

Ich erinnere mich noch gut daran – ich durfte einmal ein paar Jahre in der Staatskanzlei dabei sein –, dass ich bei der Einführung der elektronischen Akte bei manchen Mitarbeitern inklusive meiner eigenen Person das Gefühl hat-

te, dass es Menschen gibt, die sagen: Muss das alles noch sein? Ich bin jetzt 58 Jahre alt, und jetzt soll ich komplett von Papier, also analog, auf digital umstellen, und das auch noch parallel, damit es die nächsten zehn Jahre übergangsweise in jedem Fall sichergestellt ist?

Es ist eine enorme Kraftanstrengung, Arbeitsleistung und, ich sage auch, emotionale Herausforderung für viele, insbesondere in meiner Altersgruppe. Das müssen wir genau so sehen. Ich sage, es gibt dort irre Fortschritte.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Es war der Kollege Wagner, der die Bemerkung gemacht hat!)

– Dann war es der Kollege Wagner, oh.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich war es! – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Er war es! Dann haben Sie ein Problem!)

– Dann haben wir jetzt eine ernste Koalitionskrise. Das machen wir beide aber bei einer Tasse Kaffee aus. Aber ich glaube, Mathias Wagner hat es natürlich nicht so gemeint.

(Heiterkeit und Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten und DIE LINKE)

Aber im Ernst: Es ist eine wirklich große Herausforderung. Bezüglich Onlinezugangsgesetz will ich für alle beschreiben, was vor uns liegt. Ich glaube, die Auswirkungen haben noch nicht alle auf dem Schirm – in diesem Fall im wahrsten Sinne des Wortes.

Wir haben bundesweit die große Herausforderung, bis zum Jahr 2022 abschließend einen Portalverbund herzustellen zwischen allen Behörden der Bundesrepublik Deutschland, der Länder und der Kommunen. Wir reden über 60.000 behördliche Stellen, und wir reden über ca. 7.000 verschiedene Dienstleistungen und Verfahren.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war meine Angst!)

– Die teile ich auch. Das ist wirklich eine irre Herausforderung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann ist es ja gut!)

Das ist in den nächsten drei Jahren zu stemmen. Wir haben noch drei Jahre Zeit, das zu stemmen. Das erfordert zunächst einmal insgesamt die gemeinsame Anstrengung, auch des Hessischen Landtags – Frau Wissler, da beziehe ich Sie wieder mit ein, nachdem der Ministerpräsident das so vorgeschlagen hat –, und eine Diskussion darüber, wie wir das hinbekommen, ohne dass wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – uns oder zumindest mich eingeschlossen – dabei überfordern.

Insofern bin ich der Meinung, Digitalisierung ist weit mehr als das, was häufig diskutiert wird, nämlich 50 MBit/s oder Gigabit-Gesellschaft. – Ja, das ist alles richtig und gehört mit dazu. Aber wir müssen erreichen, dass sich die Menschen weiterhin darauf verlassen können, dass Politik jedenfalls in aller Regel eine ziemlich präzise Vorstellung von dem hat, was die Menschen in unserem Land bewegt. Ich möchte niemandem in diesem Hause absprechen, dass er sich wenigstens bemüht, zu wissen, was Menschen bewegt. Am Ende ist Politik für die Antworten zuständig und dafür, dass wir das, was wir daraus an Schlüssen und Politiken ziehen, am Ende auch bezahlen können. Das bewegt

die Menschen möglicherweise nicht heute, aber es bewegt die Kinder und Kindeskinde.

Wenn wir alles das zusammenfassen, dann freue ich mich auf fünf Jahre eines lebhaften, streitigen Diskurses über all diese großen und wichtigen Fragen im Land Hessen und darüber hinaus.

Mit Ihnen gemeinsam will ich als Letztes sagen: Ich glaube, wir sollten uns in den nächsten Wochen und Monaten natürlich mit Landespolitik beschäftigen. Aber wir sind alle aufgerufen, dafür zu sorgen, dass am 26. Mai das Wort „Schicksalswahl“ nicht nur von uns im Munde geführt wird, sondern wir alle auch wissen, dass das wirklich eine Schicksalswahl ist, bei der es um die Zukunft Europas, um die Zukunft unserer Kinder und um die Frage geht, ob sie auch in Frieden und Freiheit leben können, so wie wir das in meiner Generation, in unserer Generation erleben durften. Dann haben wir neben dem Hessischen Landtag und der Landespolitik noch eine weitere Aufgabe.

Ich lade Sie alle dazu ein, dass wir das bei allem politischen Streit in der Sache gemeinsam als Ziel vor Augen haben: eine hohe Wahlbeteiligung am 26. Mai und ein Wahlergebnis für die Parteien, die dieses Europa tatsächlich wollen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender lebhafter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Herr Boddenberg. Ihr Ziel, unter einer Stunde zu bleiben, haben Sie knapp, um vier Sekunden, verfehlt. Aber immerhin noch eine Punktlandung.

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Deswegen ist die Regierungserklärung jetzt abgehalten und entgegengenommen.

Bevor ich zum nächsten Tagesordnungspunkt komme, haben wir noch etwas abzuarbeiten. Eingegangen und mittlerweile auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Schaffung von guten Rahmenbedingungen für eine zukunftssichere Holzvermarktung in Hessen, Drucks. 20/117. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Punkt Tagesordnungspunkt 25 und kann, wenn jetzt niemand widerspricht, zusammen mit Punkt 11 zu diesem Thema aufgerufen werden. – Dann machen wir das so.

Außerdem eingegangen und an Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag, ebenfalls von den Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Übertragung der Sitzungen des Hessischen Landtags, Drucks. 20/118. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dies Punkt 26. Er kann, wenn auch hier niemand widerspricht, zusammen mit Punkt 10 zu diesem Thema aufgerufen werden.

Dann ist noch eingegangen und an Ihren Plätzen verteilt ein Dringlicher **Antrag** der Fraktion der AfD zur Parlamentarischen Kontrollkommission Verfassungsschutz, Drucks. 20/119. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Zur Geschäftsordnung, Herr Bellino.

Holger Bellino (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sehen hier keine Dringlichkeit. Wir werden uns, wie in der Runde der parlamentarischen Geschäftsführer am Dienstagmorgen besprochen, mit dieser Thematik natürlich auseinandersetzen. Wir haben gesagt, das geschieht zu Beginn einer Legislaturperiode, und haben dort deutlich gemacht, dass wir das in der zweiten Plenarwoche tun werden. Dann werden wir die Parlamentarische Kontrollkommission Verfassungsschutz entsprechend besetzen. Das heißt, wir werden zwei Beschlüsse fassen: Erstens. Wie umfangreich soll sie sein, wie viele Personen sind dabei? Zweitens. Wer werden sie im Einzelfall sein?

Es gab bisher noch keine Absprache über diese zwei Punkte, weder über den Umfang der PKV noch über die betreffenden Namen. Insofern sehen wir hier keine Dringlichkeit und gehen davon aus, dass es in der zweiten Plenarwoche aufgerufen werden wird.

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank. – Eine weitere Wortmeldung.

Dr. Frank Grobe (AfD):

Wir sehen die Dringlichkeit. Denn, wie wir schon begründet haben, muss am Anfang der Legislaturperiode darüber gesprochen und abgestimmt werden. Deswegen bitte ich um Abstimmung.

Vizepräsidentin Karin Müller:

Gut, dann stimmen wir darüber ab. – Herr Rudolph.

Günter Rudolph (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben es hier mit einem bemerkenswerten Vorgang zu tun. Derzeit gibt es nicht das Kontrollgremium Parlamentarische Kontrollkommission, weil CDU und GRÜNE es augenscheinlich versäumt haben, dieses Gremium konstituieren zu lassen, also erstens die Zahl der Mitglieder festzulegen und zweitens die Wahl durch den Hessischen Landtag durchführen zu lassen.

Uns interessiert, ehrlich gesagt, auch nicht, wann und wie Sie sich in Koalitionsrunden entscheiden, sondern der Verfassungsschutz in Hessen braucht eine parlamentarische Kontrolle. Die ist nicht gewährleistet.

(Lebhafter Beifall SPD, AfD und Freie Demokraten)

Es gibt ein Schreiben des hessischen Innenministers an den Hessischen Landtag, das den Fraktionen zur Kenntnis gegeben wurde. Der Innenminister sagt, es gibt einen Vorgang, den er der Parlamentarischen Kontrollkommission vortragen muss. Dieses Gremium gibt es zurzeit nicht. Wir haben auch nicht wie im Bundestag und in anderen Ländern eine Übergangslösung. Das haben nicht wir zu verantworten. Sie haben das Gesetz gegen unsere Stimmen verabschiedet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen besteht Handlungsbedarf. Zurzeit gibt es keine parlamentarische Kontrolle des hessischen Verfassungsschutzes. Das haben GRÜNE und CDU zu verantworten. Dies ist ein unerträglicher Zustand: keine parlamentarische Kontrolle.

(Beifall SPD, AfD, Freie Demokraten und vereinzelt DIE LINKE)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Herr Rudolph, Sie hatten sich zur Geschäftsordnung gemeldet.

Günter Rudolph (SPD):

Ich spreche zur Geschäftsordnung. – SPD und FDP haben einen Antrag eingebracht, der derzeit umgedruckt wird. Er wird dann auch zur Diskussion stehen. Darin geht es genau darum, erstens die Zahl der Mitglieder der Kontrollkommission zu benennen. Wir sind jederzeit bereit, heute oder morgen die Mitglieder zu wählen. Nur weil CDU und GRÜNE Koalitionsspiele machen, kann es nicht darum gehen, Rechte zu behindern.

„Zu Beginn“ der Wahlperiode heißt nicht irgendwann. Sie sind nicht in der Lage, die Dinge ordnungsgemäß abzuhandeln. Deswegen muss das in dieser Plenarsitzungsrunde geschehen. Wir können uns darüber verständigen, ob das heute oder morgen heißt. In dieser Plenarsitzungsrunde muss erstens die Zahl der Mitglieder der Kontrollkommission festgelegt werden. Zweitens muss dann die Wahl erfolgen. Denn wir wollen eine demokratische Kontrolle durch den Hessischen Landtag. Wenn Sie das nicht hinbekommen, muss das eben der Landtag in Gänze regeln. – Vielen Dank.

(Beifall SPD, AfD und Freie Demokraten)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Zur Geschäftsordnung hat sich Herr Frömmrich zu Wort gemeldet.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, vielen Dank. – Herr Kollege Rudolph, ich finde, es könnte bei dieser Frage eine Nummer sachlicher zugehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU – Zurufe AfD: Oh!)

Sie sollten vielleicht einmal die Faktenlage so erwähnen, wie sie ist. Wir haben in der Runde der parlamentarischen Geschäftsführer über dieses Thema gesprochen. Wir haben es erörtert. Die parlamentarischen Geschäftsführer sind alle gemeinsam davon ausgegangen, dass die alte Parlamentarische Kontrollkommission so lange weiterhin im Amt ist,

(Zurufe AfD: Nein! – Robert Lambrou (AfD): Fake News!)

bis eine neue gewählt ist.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist falsch!)

– Das waren die Informationen, die wir gehabt haben. Herr Kollege Rudolph, das wissen Sie ganz genau.

Im Gesetz steht, dass die Parlamentarische Kontrollkommission am Anfang der Wahlperiode gewählt wird. Das heißt, das muss nicht in der ersten oder zweiten Sitzung geschehen, sondern am Anfang.

(Vereinzelt Lachen AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen befinden wir uns auch im Gespräch. Im Übrigen will ich einmal daran

erinnern, dass wir nicht nur in der Runde der parlamentarischen Geschäftsführer darüber geredet haben. Vielmehr haben wir dieses Thema in interfraktionellen Gesprächen mit den Fraktionsvorsitzenden und den parlamentarischen Geschäftsführern gehabt. Wir wollten darüber reden, ob wir uns einigen können, in welcher Größenordnung diese Parlamentarische Kontrollkommission aufgestellt werden soll.

Auf der einen Seite kritisieren Sie immer, dass bei solchen Verfahren nicht auf die Opposition zugegangen werde und diese Dinge mit der Opposition nicht besprochen würden. Aber wenn Sie die Möglichkeit haben, einen Skandal zu wittern und die Dinge geschäftsordnungsmäßig hochzutreiben, dann nutzen Sie diese Gelegenheit. Die werden wir Ihnen nicht geben. Wir haben das besprochen. Deswegen werden wir die Dringlichkeit ablehnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Auch Herr Kollege Lenders hat sich zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet.

Jürgen Lenders (Freie Demokraten):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich darf noch einmal daran erinnern, dass wir zurzeit über die Dringlichkeit beraten und darüber eine Geschäftsordnungsdebatte führen.

Herr Kollege Rudolph hat es schon angekündigt: Die Fraktionen der SPD und der Freien Demokraten haben einen eigenen Dringlichen Antrag in den Geschäftsgang eingebracht. Er ist noch nicht verteilt. Deswegen kann ich für uns, die Mitglieder der Fraktion der Freien Demokraten, schon erklären, dass wir uns an der Abstimmung über die Frage der Dringlichkeit nicht beteiligen werden. Denn wir haben einen eigenen Dringlichen Antrag im Geschäftsgang und wollen abwarten, bis er verteilt ist.

Davon einmal abgesehen, muss man sich natürlich schon eines einmal fragen. Sie haben einen Sitz Mehrheit. Es ist die Frage, ob Sie Ihre Mehrheit in diesem Haus immer werden darstellen können. Ansonsten müssen wir uns natürlich fragen, ob diese Regierung handlungsfähig ist. Daran haben wir schon große Zweifel.

(Beifall Freie Demokraten, SPD und vereinzelt AfD)

Wir können gern in diese Debatte einsteigen. Ich glaube, Herr Kollege Rudolph hat dazu das Richtige gesagt. Wir können diese Debatte heute führen. Wir können sie auch morgen führen.

Wir werden Ihnen einen vernünftigen Vorschlag machen, damit wir, wie es im Gesetz vorgesehen ist, den ersten Aufschlag machen. Wir wollen, wie es in dem Gesetz steht, die Dinge einmal auf den Weg bringen. Wenn CDU und GRÜNE dazu nicht bereit sind, weil sie nicht handlungsfähig sind, dann werden wir das eben als Parlament in Gänze machen. – Vielen Dank.

(Beifall Freie Demokraten, vereinzelt SPD und AfD)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Herr Lenders, danke. – Das Wort erhält Herr Abg. Schaus, auch zur Geschäftsordnung.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!
Es ist zweifellos die Aufgabe der Regierungskoalition,

(Mathias Wagner (Taurus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, des Landtags!)

die Diskussion über die Zusammensetzung der Parlamentarischen Kontrollkommission vorzubereiten und uns da entsprechende Vorschläge zu machen.

(Mathias Wagner (Taurus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege, nein, es ist Aufgabe des Landtags!)

Sie müssen auf die Fraktionen zugehen. Ich will diese Mär richtigstellen. Herr Frömmrich hat gesagt, alle parlamentarischen Geschäftsführer seien sich einig gewesen, dass das verschoben werden kann. Herr Frömmrich, nein, das war nicht so. In der gestrigen Sitzung hat Herr Kollege Rudolph als Erster Bedenken angemeldet. Denn im Gesetz steht, dass das „zu Beginn“ der Legislaturperiode geschehen muss. Das ist die Frage. Die Festlegung der Zahl der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission muss „zu Beginn“ der Legislaturperiode vorgenommen werden. Danach sind die einzelnen Mitglieder zu wählen. So ist das Recht.

Wir können uns hier lange darüber streiten, was der Beginn der Legislaturperiode ist. Da haben wir offensichtlich zwischen den Regierungsfractionen und den Oppositionsfractionen unterschiedliche Auffassungen. Wir sehen das als Bringschuld der Koalitionsfractionen. Deswegen werden auch wir uns an dieser Abstimmung nicht beteiligen. Wir erwarten Ihre Vorlage schnellstens.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Herr Schaus, danke. – Ich lasse jetzt über die Frage der Dringlichkeit des Dringlichen Antrags Drucks. 20/119 abstimmen. Das ist der Dringliche Antrag der Fraktion der AfD. Wer bejaht die Dringlichkeit? – Das sind die Mitglieder der AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Mitglieder der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer enthält sich der Stimme? – Nicht beteiligt haben sich die Mitglieder der Fraktionen der SPD, der Freien Demokraten und die fraktionslose Abg. Walter.

(Zuruf)

– Dies geschah auch bei Nichtbeteiligung der LINKEN. Entschuldigung. – Damit ist die Dringlichkeit abgelehnt, und der Dringliche Antrag wird eingereicht.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 4:**

**Erste Lesung
Gesetzesentwurf
Landesregierung
Gesetz zu dem Zweiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag
– Drucks. 20/43 –**

Herr Staatsminister Wintermeyer bringt ihn ein.

Axel Wintermeyer, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich darf den Entwurf des Zustimmungsgesetzes zum Zweiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag einbringen. Hintergrund, Anlass und Ziel ist es, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Internet zukunftsfähig zu machen und den Telemedienauftrag zeitgemäß fortzuentwickeln.

Als Beispiele will ich nur Folgende nennen: Die Angebote können in den Mediatheken derzeit nur sieben Tage eingestellt werden. In Zukunft werden sie länger eingestellt werden können. Sie werden damit für den Verbraucher auch über den Fernseher nutzbar gemacht werden können. Damit ergibt sich auch die Möglichkeit, dass Netflix, Amazon und YouTube etwas Entsprechendes entgegengesetzt werden kann.

Zweitens. Den Öffentlich-Rechtlichen wird mehr interaktive Kommunikation ermöglicht werden. Sie können dann in den Social Media entsprechend präsent sein. Sie können die jungen Menschen dann da ansprechen, wo sie unterwegs sind. Die meisten jungen Menschen schauen kein lineares Fernsehen mehr, obwohl sie länger fernsehen, als es früher der Fall gewesen ist. Sie nutzen die mobilen Endgeräte. Sie lassen sich auch nicht vorschreiben, wann sie fernsehen. Vielmehr schauen sie es sich an, wenn sie gerade Lust und Laune darauf haben. Es ist deshalb ganz wichtig, dass die Mediatheken des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht nur länger genutzt werden können, sondern dass sie auch überall, nämlich auch auf mobilen Endgeräten, erreichbar sind.

Etwa 24 Millionen Menschen unter 40 Jahren nutzen diese mobilen Endgeräte entweder ständig oder gelegentlich. Sie sehen damit Fernsehsendungen, Filme und Ähnliches.

Weiterhin wird mit dem Zweiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag der Ausbau der barrierefreien Angebote in Internetportalen vorgeschrieben werden. Ich glaube, dass das eine sinnvolle und gute Lösung ist.

Zuletzt will ich auf etwas hinweisen. Es hat sehr lange gedauert, bis die 16 Länder diesen Rundfunkänderungsstaatsvertrag zusammenbekommen haben. Es gab zwei Konflikte, die aber beide mit den Beteiligten ausgeräumt werden konnten.

Erstens wurde im Sinne der Zeitungsverleger das Thema Presseähnlichkeit genauer definiert. Da gab es einen Streit mit den Zeitungsverlegern wegen der Platzierungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Internet. Dieser Streit ist ausgeräumt worden.

Zweitens können angekaufte Spielfilme, die keine Auftragsproduktionen sind, nun 30 Tage in den Mediatheken vorgehalten werden. Das kommt den Produzenten entsprechend entgegen.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu dem Zustimmungsgesetz zum Zweiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir die öffentlich-rechtlichen Medien weiterhin als Medien des Qualitätsjournalismus stärken, dass wir sie im Internet festigen und dass die Validität der dortigen Informationen stärker online geht. Die Ratifikationsurkunden müssen bis spätestens Ende April vorliegen, sodass ich Ihnen anbiete, auch weitere Informationen im entsprechenden Ausschuss, dem Hauptausschuss, zu geben.

Dieser Zweiundzwanzigste Rundfunkänderungsstaatsvertrag bringt den öffentlich-rechtlichen Rundfunk dorthin, wo die Menschen mit ihrem Medienkonsumverhalten sind. Damit trägt er zu einer weiteren Akzeptanzstärkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bei. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Vielen Dank für die Einbringung, Herr Staatsminister Wintermeyer. – Ich eröffne die Debatte. Als Erste spricht Frau Wallmann von der CDU-Fraktion. Sie haben das Wort.

Astrid Wallmann (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Rundfunkänderungsstaatsvertrag ist die rechtliche Form, mit der die 16 Bundesländer in Deutschland ein einheitliches Rundfunkrecht schaffen. Seit Bestehen des Rundfunkänderungsstaatsvertrags, seit gut drei Jahrzehnten, hat es immer wieder Bedarf an Veränderungen gegeben, weil die Zeit voranschreitet. Ich nenne etwa die Regelungen zum Bereich der Werbung, Anpassungen beim Daten- und Jugendschutz oder auch die Grundlage der Rundfunkfinanzierung, die auf neue Füße gestellt wurde.

Heute diskutieren wir über den Zweiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, in dem nun der Telemedienauftrag behandelt wird. Dort geht es darum, die Rahmenbedingungen – Herr Staatsminister Wintermeyer hat dazu schon ausgeführt – für das Internetangebot des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auszugestalten und vor allem auch neu zu gestalten. Die Betonung liegt auf „neu“; denn es war schon Gegenstand des Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrags aus dem Jahr 2009.

Wenn man sich die Zeit seit 2009 anschaut, muss man feststellen, dass die Kritik seitdem nie wirklich abgebrochen ist. Es gab immer wieder kritische Töne, was das Internetangebot angeht, und das, obwohl bereits seinerzeit die Unzulässigkeit von presseähnlichen Angeboten der öffentlich-rechtlichen Sender erklärt worden ist und auch sogenannte Bereitstellungsfristen – auch hierzu hat der Herr Staatsminister ausgeführt – schon damals festgelegt worden sind.

Natürlich stellen wir fest, dass Nutzer ihr Verhalten ändern – eben ist beispielsweise das Stichwort Netflix genannt worden – und man auch dem technologischen und inhaltlichen Wandel des Internets am Ende Rechnung tragen muss.

Nach zähem Ringen – naturgemäß ist es so, wenn sich 16 Bundesländer auf einen Vertrag einigen sollen – ist es aber gelungen, eine Einigung hinsichtlich der Ausgestaltung der Internetaktivitäten zwischen den unterschiedlichen Protagonisten herbeizuführen. Das sind zum einen natürlich Vertreter deutscher Verlagshäuser, das sind die Ministerpräsidenten unter Federführung des Landes Sachsen-Anhalt und natürlich auch Vertreter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Im Ergebnis soll der Textanteil in öffentlich-rechtlichen Beiträgen reduziert werden und der Schwerpunkt, was ich auch sehr nachvollziehbar finde, auf den Bild- und Tonbeiträgen liegen. Gleichwohl wird das Onlineangebot bei ARD, ZDF und Deutschlandradio erweitert. Das hat am Ende natürlich auch damit zu tun, dass sich das Verhalten der Beitragszahler bzw. der Nutzer einfach verändert hat

und man einer immer stärker digitalisierten Welt Rechnung tragen will.

So können fortan – ich finde, das ist eine der ganz wesentlichen Neuerungen – audiovisuelle Inhalte bereitgestellt werden, die vorher noch nicht im Radio oder im Fernsehen gezeigt worden sind. Das ist eine wichtige Neuerung und stärkt aus meiner Sicht auch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Ich will es kurz machen, weil der Minister schon dazu ausgeführt hat: Die Sieben-Tage-Regel entfällt, stattdessen können Beiträge bis zu 30 Tage lang gezeigt werden. Bei Großereignissen wie beispielsweise Bundesligaspielen gab es bisher eine 24-Stunden-Regelung, nun wird es möglich sein, diese bis zu sieben Tage lang abzurufen.

Im Bereich von Wissenschaft und Kultur wird es möglich sein, sich Verlinkungen anderer Einrichtungen anzuschauen. Dazu gehören Museen, Bibliotheken oder auch Hochschulen. Das ist eine ganz klare Stärkung des Markenkerns des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und eine wichtige Neuerung in diesem Vertrag.

Außerdem, das will ich nur stichpunktmäßig benennen, wird der barrierefreie Zugang thematisiert, sowohl was die Inhalte als auch den Zugang angeht. Ich glaube, auch das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Nach mehreren Jahren des Ringens um diesen Vertrag – wie gesagt, das ist nachvollziehbar, wenn sich 16 Bundesländer und unterschiedliche Akteure wie Verlagshäuser und Vertreter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf einen Text einigen müssen – ist es im Juni 2018 gelungen, eine Einigung zu erreichen. Im Oktober 2018 haben die Ministerpräsidenten diesen Staatsvertrag unterschrieben, er soll am 1. Mai 2019 in Kraft treten. Deswegen ist es auch gut und richtig, dass wir ihn heute hier beraten. Ich glaube, er stellt einen guten Kompromiss aller Beteiligten und der unterschiedlichen Interessen dar. Ich freue mich auf die weiteren Beratungen. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Wir bedanken uns bei Frau Wallmann. – Als Nächsten darf ich den Kollegen Enners von der AfD aufrufen.

Arno Enners (AfD):

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Den hier vorgelegten Gesetzentwurf kann man eigentlich nur als Friedensangebot an die Zeitungsverleger allein um des lieben Friedens willen bezeichnen. Man hätte durchaus mehr erwarten können als diese problematische, möglicherweise sogar verfassungswidrige Gesetzesvorlage.

Erinnern wir uns: Diesem Änderungsgesetz ging ein jahrelanger Streit zwischen den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger voraus. Die Pressevertreter bemängelten, dass die sogenannten Telemedienangebote der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu sehr Presseartikeln ähnelten und sich nicht genügend von ihnen unterschieden. Dass in dem Streit zwischen dem Chef des BDZV, Mathias Döpfner vom Springer-Verlag, und der früheren ARD-Vorsitzenden Karola Wille vom MDR auch an Worten wie „Staatsfunk“ und „Verhältnisse wie in Nordkorea“ nicht gespart wurde, zeigt das Niveau der Auseinandersetzung.

(Beifall AfD)

Der unter anderem von der Ministerpräsidentin und Vorsitzenden der Rundfunkkommission Maria Luise Dreyer vorgestellte und vorher unter Führung von Ministerpräsident Haseloff auf der einen und den Zeitungsverlegern auf der anderen Seite erarbeitete vermeintliche Kompromiss liegt uns nun heute als Gesetzentwurf vor. Dabei ist eine der größten Änderungen, die Einzug halten wird, der neu formulierte Abs. 7 des § 11d. Schon der erste Satz „Die Telemedienangebote dürfen nicht presseähnlich sein“ birgt unseres Erachtens verfassungsrechtlichen Sprengstoff; denn in einem Gutachten des ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier in Zusammenarbeit mit Prof. Meinhard Schröder erläutern diese beiden, dass sich die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der im Internet üblichen Mittel bedienen dürfen, also auch Text- und Bilderseiten verwenden können, um den gesetzlichen Grundauftrag zu erfüllen.

Natürlich konkurrieren die privaten Medien mit den öffentlich-rechtlichen. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, zunächst einmal gibt es eine verfassungsrechtlich definierte Internetpresse nicht, und andererseits sind die Öffentlich-Rechtlichen an ihren Grundversorgungsauftrag gebunden. Das bedeutet, auch die Onlineangebote müssen somit eine objektive und binnenplurale Informationsquelle darstellen. Es gibt also durchaus gewichtige Bedenken, die die Formulierung „Telemedienangebote dürfen nicht presseähnlich sein“ mit sich bringt.

Ein weiterer Punkt ist die neu eingeführte Schlichtungsstelle. Diese soll nach Medienberichten paritätisch besetzt werden mit einem Vorsitzenden an der Spitze, der bei einer Pattsituation ausschlaggebende Stimme haben soll. So können die privaten Pressevertreter einen erheblichen Einfluss auf den Auftrag der Öffentlich-Rechtlichen ausüben, und genau dies ist verfassungsrechtlich und wohl auch unionsrechtlich äußerst bedenklich.

(Beifall AfD)

Wir verstehen, dass der Rundfunkänderungsstaatsvertrag an die Gegebenheiten der heutigen Zeit und gerade auch in Bezug auf das Internet angepasst werden muss. Dieser Gesetzentwurf ist jedoch ein Schritt zurück, und er ist ein Einknicken vor den privaten Medien.

Kann den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten wirklich zur Last gelegt werden, dass sie für den Auflagenrückgang der Zeitungen und Zeitschriften mitverantwortlich sind? – Nein, das haben die Zeitungsverlage selbst zu verantworten, nämlich ab dem Zeitpunkt, als sie die Strategie des kostenlosen Lesens ihrer Artikel im Netz anwandten. Dass sie nun heute auf der Suche nach Refinanzierungsmöglichkeiten ihre Artikel hinter Bezahlschranken anbieten, ist ihr gutes Recht. Ein Einmischen in die Darstellungsform der Telemedienangebote der Öffentlich-Rechtlichen, wie es jetzt hier im Gesetzentwurf festgezurrert werden soll, ist jedoch nicht akzeptabel.

Ich komme zum Ende. Mit meiner hier vorgetragenen Ausführung bin ich nicht weit weg von der Argumentationslinie der grünen Bundestagsabgeordneten Tabea Rößner. Somit sind wir von der AfD-Fraktion sehr gespannt, ob die hessischen GRÜNEN ihrer Kollegin aus dem Bundestag folgen oder vielmehr dem Koalitionszwang unterliegen. – Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Vielen Dank, Herr Kollege. – Als Nächsten darf ich den parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion der GRÜNEN, Jürgen Frömmrich, aufrufen. Sie haben das Wort.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich brauche wohl keine Erinnerungen an die Auffassung der grünen Bundestagsfraktion. Von Ihnen unterscheidet uns grundlegend Folgendes, nämlich dass wir meinen, dass eine freie, gute, offene, journalistisch qualitativ hochwertig arbeitende Presse sowohl im freien als auch im öffentlich-rechtlichen Bereich die Grundlage unserer Demokratie bildet. Das unterscheidet uns ganz deutlich von Ihnen. Deswegen unterscheide ich mich da von meiner Kollegin im Deutschen Bundestag überhaupt nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass der Konflikt mit dem Rundfunkänderungsstaatsvertrag beseitigt werden soll – der Staatsminister hat es gesagt –, begrüßen wir ausdrücklich. Ein Kompromiss ist gefunden worden. Mit dem Rundfunkänderungsstaatsvertrag werden die rundfunkvertraglichen Vorschriften zum Telemedienauftrag des öffentlichen Rundfunks an den technischen Fortschritt im Internet und an das geänderte Nutzerverhalten angepasst.

Zur Frage der Presseähnlichkeit von öffentlich-rechtlichen Telemedien wird auf der Grundlage eines zwischen den Ländern, zwischen den Rundfunkanstalten und den Zeitungsverlegern gefundenen Kompromisses eine neue Regelung getroffen. Diese Regelung löst den jahrelang schwelenden Konflikt zwischen den öffentlich-rechtlichen Anstalten und den Verlegern – so, wie ich meine – hoffentlich auf.

Während die privatrechtliche Presse die Hoheit über das Textformat behält, werden die Öffentlich-Rechtlichen den Schwerpunkt auf Audio- und Videoinhalte legen. Was bei dem Kompromiss im Auge behalten werden muss, ist die Tatsache, dass heute die meisten Menschen Medien über mobile Endgeräte konsumieren, z. B. in der Bahn und auf dem Weg zur Arbeit. Dabei werden Nachrichten von vielen Bürgerinnen und Bürgern im Textformat präferiert. Es stellt sich also die Frage, inwieweit dieser Kompromiss mit dem Nutzerverhalten und auch mit dem Nutzerbedarf der Konsumenten in Einklang zu bringen ist.

Auch gilt es, dass eigentlich der Inhalt die Form bestimmen sollte. Das heißt, manchmal bietet sich ein Fernsehinterview an, manchmal eher ein redaktioneller Text. Mit dem Kompromiss wird die Wahl des Formats an den Produzenten des Inhalts geknüpft, was nicht immer unbedingt sinnvoll erscheint.

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Da hast du recht!)

Hier, so meine ich, ist der Weisheit letzter Schluss noch nicht gefunden. Eventuell muss man das im Auge behalten. Deshalb werden wir sehr genau zu beobachten haben, ob der gefundene Kompromiss auch in der Praxis trägt.

Auch muss darauf geachtet werden, dass die audiovisuelle Kultur- und Kreativwirtschaft nicht zum Leidtragenden wird. Wenn z. B. die Verkaufschancen ihrer Produkte an private Streaminganbieter durch längere Verweildauern in Mediatheken der Öffentlich-Rechtlichen sinken, ist an dieser Stelle auf eine faire Anpassung der Vergütung und der

Rechteverwertung für Kultur- und Medienschaffende zu achten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich verweise da ausdrücklich auf die Protokollnotiz der Ministerpräsidenten. Dieses Thema ist im Rundfunkänderungsstaatsvertrag in der Protokollnotiz hinterlegt.

Natürlich soll der beitragsfinanzierte öffentlich-rechtliche Rundfunk den privaten Verlegern nicht das Leben schwer machen. Die Situation der Verlage und der Überlebenskampf vieler Printmedien sind uns hinreichend bekannt. Aber neben den fairen Wettbewerbsbedingungen für die Verlage muss auch sichergestellt werden, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinem Versorgungsauftrag, auch in den Telemedienangeboten, umfassend nachkommen kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Astrid Wallmann (CDU))

Wie gesagt, die Praxistauglichkeit für die Nutzerinnen und Nutzer muss genau beobachtet werden.

Nun sind Staatsverträge immer komplizierte Gebilde. Die Interessen von 16 Ländern müssen unter einen Hut gebracht werden. Die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten haben mit dem Zweiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag einen, wie ich meine, medienpolitischen Spagat hingelegt. Das Ziel muss weiterhin sein, die Medienvielfalt in Hessen zu erhalten. Freie und unabhängige Medien sind für das Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft unerlässlich. Die Praxis- und Nutzungstauglichkeit des Zweiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags müssen wir beobachten. Ich habe vorhin die Parameter genannt, was die Frage der Nutzungseigenschaften der Telemediennutzer angeht. Darauf müssen wir, wie ich glaube, sehr genau achten.

Aber, wie gesagt, ein Rundfunkänderungsstaatsvertrag ist ein kompliziertes Gebilde. Ich glaube, wir sind hier auf einem guten Weg. Wir beenden damit einen langen Streit zwischen den Rundfunkanstalten und den Verlegern. Ich freue mich auf die Beratungen im zuständigen Ausschuss.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Vielen Dank, Herr Kollege Frömmrich. – Nun darf ich für die SPD Frau Kollegin Löber aufrufen.

Angelika Löber (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund der ständigen und der aktuellen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Funktion des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist die Neugestaltung des Telemedienauftrags in der uns hier vorliegenden Form des Zweiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags verfassungsrechtlich erforderlich und auch begründet, insbesondere aufgrund neuer Technologien und der Digitalisierung der Medien. Der bisherige Telemedienauftrag ist bereits – das wurde auch schon von Frau Wallmann erwähnt – mehr als zehn Jahre alt und bedarf daher unbedingt einer Anpassung.

Unter den veränderten und sich ständig weiter wandelnden Bedingungen des Internets hat gerade der öffentlich-rechtliche Rundfunk eine besondere Bedeutung. Das Nutzungs-

verhalten hat sich in der digitalen Welt verändert. Viele Nutzer zahlen heute Beiträge, ohne die klassischen linearen Angebote überhaupt noch in Anspruch zu nehmen. Immer mehr Menschen informieren sich im Internet über aktuelle und politische Themen. Zudem wächst die Bedeutung der Aufgabe des beitragsfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunks sogar stetig. Denn die Entwicklung der Digitalisierung der Medien einschließlich der sozialen Netzwerke begünstigt eine Konzentration und Monopolisierung bei Anbietern und Verbreitern von Inhalten. Werbefinanzierung, die Abstimmung von Inhalten auf Neigungen der Nutzer führen oft zur Verstärkung gleichgerichteter Meinungen und nicht zur Meinungsvielfalt. Fakten und Meinungen, Inhalte und Werbung sind immer schwerer zu trennen.

(Beifall SPD)

Der einzelne Nutzer muss hier die Verarbeitung und Bewertung übernehmen. Wir benötigen daher dringender denn je authentische, sorgfältig recherchierte Informationen, die Fakten und Meinungen auseinanderhalten und die die Wirklichkeit nicht verzerrt darstellen.

Wir brauchen weiterhin einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der ein Vielfalt sicherndes und Orientierungshilfe bietendes Gegengewicht bildet.

(Beifall SPD)

Gerade in Zeiten, in denen Falschmeldungen gezielt zur politischen Desinformation eingesetzt werden, ist es ein wichtiges Zeichen, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu stärken. Wir begrüßen daher den vorliegenden Staatsvertrag ausdrücklich. Durch den Wegfall gesetzlicher Verweilfristen und die Möglichkeit, Ankaufproduktionen auch europäischer Filme und Serien in die Mediatheken einzustellen und eigenständige Onlineinhalte zu produzieren, werden interessantere und vielfältigere Mediatheken entstehen. Dies berücksichtigt vor allem die gewachsene Bedeutung von Abrufangeboten im Internet und ermöglicht den Anstalten eine bessere Nutzung vorhandener Rechte.

Die Länder verbinden mit der Reform des Telemedienauftrags aber auch die Erwartung, dass die Rechteinhaber von Produktionen, die maßgeblich zur Qualität des öffentlich-rechtlichen Angebots beitragen, finanziell angemessen beteiligt werden. Dies müssen wir alle konstruktiv begleiten, da wir für eine vielseitige Medienlandschaft auch eine freie Produktionswirtschaft mit unabhängigen Journalisten und freien Filmschaffenden benötigen, die für ihre Arbeit angemessen entlohnt werden müssen.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Interaktive Kommunikation und Social-Media-Nutzung werden erstmals ausdrücklich beauftragt und geregelt, und die Telemedienangebote von ARD, ZDF und Deutschlandradio werden besser vernetzt. Dies macht es für die Nutzer weitaus einfacher, sich über Themen vollumfänglich zu informieren. Dem Kulturauftrag von ARD, ZDF und Deutschlandradio wird mit der Beauftragung zeit- und kulturgeschichtlicher Archive mit informierenden, bildenden und kulturellen Inhalten und der Verlinkung auf Angebote von Einrichtungen der Wissenschaft und Kultur Rechnung getragen.

Die öffentlich-rechtlichen Onlineangebote sollen ihren Schwerpunkt in Bewegtbild und Ton haben, um sich von den Angeboten der Presseverlage zu unterscheiden. Auch hierauf sind Vorredner schon eingegangen. Dieses Verbot

der Presseähnlichkeit besteht bereits nach der geltenden Rechtslage, wird durch die Neuregelungen aber konkretisiert. Die Änderungen dienen der Rechtssicherheit und Rechtsklarheit.

Die Abgrenzung von Textangeboten auf den Websites der öffentlich-rechtlichen Sender gegenüber den digitalen Angeboten der Presseverlage ist nicht immer einfach und führte oft zu Auseinandersetzungen. Die eingerichtete Schlichtungsstelle muss sich bewähren, und es bleibt für uns auch abzuwarten, ob es sich dadurch vereinfacht.

Ein für uns besonders wichtiger Punkt ist die Verbesserung der barrierefreien Gestaltung der Onlineangebote und des Zugangs zu diesen.

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Darf ich Sie an das Ende der Redezeit erinnern?

Angelika Löber (SPD):

Wir begrüßen außerordentlich, dass Belange von Menschen mit Behinderungen bei der Gestaltung der Telemedienangebote stärker berücksichtigt werden. – Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Vielen Dank, Frau Kollegin Löber. – Nun rufe ich für DIE LINKE Herrn Dr. Wilken auf – mit der Bitte, vorzutragen.

Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Aktuelle Herausforderungen der digitalen Öffentlichkeit, verfassungsrechtliche Entwicklungsgarantien, der Auftrag an die Öffentlich-Rechtlichen – all das zeigt schon seit geraumer Zeit, dass die meisten Anpassungen, die wir heute anlässlich dieses Rundfunkänderungsstaatsvertrages diskutieren, längst überfällig sind.

Ich will, wie bereits Herr Staatsminister Wintermeyer und auch andere Vorredner, zwei Problembereiche in diesem Zusammenhang noch einmal ausführlicher diskutieren.

Mehrfach ist dieses Wort jetzt schon gefallen: die Presseähnlichkeit von Internetangeboten der Öffentlich-Rechtlichen. Einmal abgesehen davon, dass „Presseähnlichkeit“ eigentlich ein Unwort ist, sollen also öffentlich-rechtliche Anbieter damit in Zukunft darauf verpflichtet werden, sich auf audiovisuelle Inhalte zu konzentrieren und auf Texte weitgehend zu verzichten. Die jahrelangen juristischen Auseinandersetzungen darum sollen im Zweifelsfall durch ein privates Schiedsgericht abgelöst werden. Ob das dann schneller geht, daran habe ich meine Zweifel.

Aber wir müssen uns auch klar darüber sein, welche Probleme wir uns damit schaffen. Da gebe ich Herrn Frömmrich ausdrücklich recht. Da müssen wir einmal ganz genau beobachten, ob das funktioniert. Denn wir haben das Problem, dass Suchmaschinen Texte lieben. Damit haben wir ein Problem der Auffindbarkeit. Weniger Text bedeutet deshalb: Teuer produzierte öffentlich-rechtliche Inhalte verschwinden oder verstecken sich im Internet.

Wir haben zweitens das Problem der Medienkonvergenz. Moderner Journalismus im Internetzeitalter ist crossmedial. Onlinejournalismus ist fast immer eine Kombination

aus Text, Bild, Video- und Audioinhalten. Presseähnlichkeit als Kriterium hat sich also eigentlich überholt.

Wir haben auch das Problem von Barrierefreiheit. Textinhalte lassen sich von Menschen mit Behinderungen relativ einfach in ein wahrnehmbares Format umwandeln. Diese werden also jedenfalls Leidtragende einer Beschränkung des Textanteils in öffentlich-rechtlichen Angeboten sein.

Machen wir uns doch nichts vor: Letztlich wird der Textverzicht die Verlage nicht retten. Schauen wir in die USA, wo das Zeitungssterben besonders weit fortgeschritten ist. Dort gibt es gar keine nennenswerte öffentlich-rechtliche Konkurrenz.

Schauen wir aber noch einmal auf das Nutzerverhalten, auf das auch schon Vorredner hingewiesen haben. Laut „Reuters Institute Digital News Report“ für Deutschland sagen 60 % der Befragten über alle Altersgruppen hinweg, dass sie Nachrichten meist in schriftlicher Form lesen und sich höchstens gelegentlich einmal ein Video online ansehen. Für die Öffentlich-Rechtlichen befürchte ich da viel rausgeschmissenes Geld.

Mit weniger Texten bekommen die Beitragszahlenden weniger, mobil unpraktischeren und schlechter auffindbaren Journalismus für ihr Geld. Ich halte diesen Weg kurzfristig für falsch, und er unterminiert langfristig auch die Legitimität öffentlich-rechtlicher Angebote im Netz.

(Beifall DIE LINKE)

Deswegen wäre es aus unserer Sicht wegweisender gewesen, das Verbot presseähnlicher Angebote ersatzlos zu streichen.

(Beifall DIE LINKE)

Jetzt noch ein Gedanke zur anderen Seite dieses Problems. Diese – in Sachen Presseähnlichkeit aus meiner Sicht – Kapitulation der Öffentlich-Rechtlichen vor der Verlegerlobby wurde damit kompensiert, dass die Standzeiten in den Mediatheken verlängert werden. Ich höre jetzt häufig, dass dies doch jetzt eigentlich selbstverständlich sei, weil diese Produktionen mit unserer Abgabe bezahlt seien und deswegen auch unbegrenzt zur Verfügung stehen sollten. Das Problem ist: Diese Darstellung ist leider falsch.

Die Urheber und Leistungsschutzberechtigten, also diejenigen, die für die Produktion verantwortlich sind, die sie gemacht haben, werden schlicht und ergreifend nicht ordentlich bezahlt. Sie müssen sich über Angebote ihrer Filme z. B. als Downloadangebot im Internet gegenfinanzieren. Wenn dann die Mediathekenzeiten verlängert werden, muss das notwendigerweise zur Folge haben, dass diese Produzierenden und diese Kulturschaffenden zukünftig deutlich besser bezahlt werden. Im Zweifelsfall müssen da Verträge auch nachgebessert werden.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um.

Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. – Wir werden dies weiter diskutieren, wohl wissend, dass wir bei diesen Rundfunkänderungsstaatsverträgen zwar diskutieren können, aber im Grunde genommen nur zustimmen oder ab-

lehnen können. Ich hoffe trotzdem, dass ich die Problematik deutlich gemacht habe. – Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Wir bedanken uns auch. – Nun rufe ich in der Debatte den Fraktionsvorsitzenden der Freien Demokraten, René Rock, auf.

René Rock (Freie Demokraten):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, die Thematik ist von meinen Vorrednern schon sehr ausführlich dargelegt worden. Wir haben die Frage, wie sich das Nutzungsverhalten verändert. Wir haben die Frage, wie wir damit umgehen können, dass ein gebührenfinanzierter Sender gleichzeitig in Konkurrenz mit privatwirtschaftlichen Unternehmen steht. Das ist für uns zum einen eine Frage von Qualitätsjournalismus und der Wunsch, dass Printmedien auch weiterhin eine Möglichkeit haben, ihre redaktionellen Inhalte – gleich, ob sie dann auch noch gedruckt werden – entsprechend zu verwerten. Das ist auch in unserem Sinne.

Von daher haben wir die besondere Situation: Bei Rundfunkänderungsstaatsverträgen hat man die Möglichkeit, ihn mitzutragen oder ihn eben abzulehnen. Da er ein Resultat eines sehr langen Abstimmungsprozesses zwischen den Ländern ist, ist hier die Frage, ob man das in Nuancen anders sieht oder ob man in Nuancen die Überlegungen hat, wie man etwas besser machen könnte, nicht so entscheidend wie bei normalen Gesetzesvorhaben, wie wir sie eigentlich hier im Hessischen Landtag beraten, sondern wir haben nur die Möglichkeit, einen entsprechenden Gesetzentwurf mitzutragen oder nicht.

Für uns als Freie Demokraten ist klar, dass bei diesem Thema eine einvernehmliche Lösung mit den Zeitungsverlagen erzielt worden ist. Das war ein langer Weg. Das begrüßen wir. Darum wollen wir an dieser Stelle das Positive bewerten. Natürlich begrüßen wir auch, dass es eine Lösung für die Barrierefreiheit gegeben hat. Wir haben also in zwei Schwerpunktthemen Übereinstimmung mit dem, was im Rundfunkänderungsstaatsvertrag gefordert bzw. festgelegt wird.

Darum ist unsere Tendenz, diesen Rundfunkänderungsstaatsvertrag mitzutragen. Natürlich gibt es auch eine Anhörung. Aber wir werden uns voraussichtlich am Ende des Prozesses dafür entscheiden. Denn wenn wir, wie gesagt, auch kleinere Bedenken hätten, ist die Frage: „Trägt man einen solchen Vertrag mit oder nicht?“, bei uns eher positiv hinterlegt. Darum erwarten wir die Anhörung und gehen davon aus, dass wir am Ende der Anhörung den Rundfunkänderungsstaatsvertrag auch mittragen können. – Vielen Dank.

(Beifall Freie Demokraten)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Wir bedanken uns beim Kollegen Rock. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Ich empfehle, dass wir den Gesetzentwurf zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den zuständigen Hauptausschuss überweisen. – Ich sehe keinerlei Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor der nächste Tagesordnungspunkt aufgerufen wird, gehe ich zum Thema „Dringliche Anträge“. Auf Ihrem Platz ist in den letzten zehn Minuten Drucks. 20/120 verteilt worden: **Antrag** der SPD und der Freien Demokraten über die Zahl der Mitglieder in der Parlamentarischen Kontrollkommission zur Kontrolle des Verfassungsschutzes in Hessen. Ich frage der Form halber: Wird die Dringlichkeit bejaht? – Herr Bellino, bitte schön.

Holger Bellino (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir verweisen auf die Diskussion vorhin und werden die Dringlichkeit nicht bejahen.

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Vielen Dank. – Als Nächster hat sich der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten, Herr Schäfer-Gümbel, gemeldet. Bitte schön, Sie haben in der Dringlichkeitsdebatte das Wort.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich erstmals in einer Geschäftsordnungsdebatte wegen der Dringlichkeit des gemeinsamen Antrags von SPD und FDP zu Wort gemeldet. Hintergrund ist, dass es seit Wochen eine Diskussion zwischen verschiedenen Fraktionen über die Einsetzung der PKV und vor allem über die Größe der PKV gibt. Hintergrund ist, dass eine mögliche Zahl der Mitglieder von drei am Ende nicht wirklich zu einer Kontrolle des Verfassungsschutzes führen würde, weil die Opposition nur mit einem einzigen Sitz vertreten wäre.

Am gestrigen Tag – ich sage das nur deshalb, weil es eben in der ersten Debatte Zwischenrufe dazu gab – kam es zu einem kurzen Gespräch auch zu dieser Frage zwischen den Fraktionsführungen der Union und uns mit dem Hinweis, dass man noch nicht entscheidungsfähig sei und dass man es in der nächsten Runde aufrufen wolle.

In der anschließenden Geschäftsführerrunde ist dann der Hinweis verteilt worden, dass die alte PKV ein Schreiben des Innenministers an den Präsidenten, dass es einen relevanten Vorgang gebe, der zu berichten sei, entgegennehmen solle und dass man im Parlament einen Heilungsbeschluss einbringen wolle, dass die alte PKV dies jetzt, in der aktuellen Legislaturperiode, durchführen könne. Dem ist mit Blick auf rechtliche Aspekte energisch widersprochen worden. Bezweifelt wurde, dass das gehe. Daraufhin haben offensichtlich die Koalitionsfraktionen davon abgesehen, diesen Heilungsbeschluss einzubringen, was dafür spricht, dass man entweder die Debatte nicht wollte oder dass die rechtlichen Hinweise richtig sind.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Deswegen besteht eine Dringlichkeit in dieser Frage; denn es ist nicht akzeptabel, dass die PKV sich sechs Wochen lang nicht konstituiert.

(Beifall SPD, AfD, Freie Demokraten und DIE LINKE)

Die Koalitionsfraktionen haben jetzt die Möglichkeit – wir sind völlig flexibel bei der Frage, wann wir das in diesem Plenum aufrufen –, innerhalb der Koalition zu klären, wel-

che Zahl sie wollen. Aber dass es jetzt zu klären ist, ist nach den Abläufen von gestern völlig klar.

Damit hier keine Geschichtsklitterung eingeläutet wird, habe ich das ausgeführt. Ich bitte um Zustimmung. – Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, AfD, Freie Demokraten und DIE LINKE)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Vielen Dank, Herr Schäfer-Gümbel. – In der Geschäftsordnungsdebatte hat sich nunmehr der Vorsitzende der FDP-Fraktion, René Rock, gemeldet. Auch er hat jetzt das Wort.

René Rock (Freie Demokraten):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich verstehe, ehrlich gesagt, die Aufregung bei den regierungstragenden Fraktionen nicht.

(Zuruf CDU: Wo sind wir denn aufgeregt?)

Wir haben eine Gesetzesänderung, die im Januar dieses Jahres in Kraft getreten ist. Wir haben uns im Vorfeld genau Gedanken gemacht, wie wir uns aufstellen. Klar ist, dass die Größe der PKV festgelegt werden muss.

Die regierungstragenden Fraktionen sind komplett im Hessischen Landtag anwesend. Sie können am Ende dieser Sitzung eine Beratung durchführen und können die gewünschte Größe in Ihren Gremien beschließen. Sie können Vorschläge präsentieren.

Wir können klugerweise unseren Antrag, in dem die vernünftige Größe von neun Mitgliedern vorgeschlagen wird, bald abstimmen. Ich sehe überhaupt keinen Hinderungsgrund, dass Sie heute Abend in Ihren Fraktionen beraten und dass wir morgen diesen Beschluss fassen. Für die Ernsthaftigkeit, mit der wir in der Debatte um die Kontrolle diskutiert haben, ist das schon ein Signal, ob Ihnen das Thema wichtig genug ist, damit Sie sich am Ende dieser Plenarsitzung eine Stunde zusammensetzen, das innerhalb Ihrer Fraktionen klären und das beschließen, damit der Hessische Landtag morgen handlungsfähig ist. Alles andere wäre kein gutes Zeichen an die Bevölkerung in unserem Land und für die Ernsthaftigkeit der Kontrolle und dafür, wie wir den Hessischen Landtag sehen.

Daher: Treffen Sie sich nachher. Treffen Sie die Entscheidung. Ob Sie diese nächsten Montag oder heute Abend treffen, ist doch völlig egal. Sie sind beschlussfähig; das hoffe ich doch zumindest. Dann können wir morgen wählen, und dann ist doch die Welt in Ordnung. Ich verstehe die ganze Aufregung bei Ihnen nicht. – Vielen Dank.

(Beifall Freie Demokraten, SPD, AfD und DIE LINKE)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Vielen Dank. – Nun rufe ich den Fraktionsvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herrn Kollegen Wagner, auf. Jetzt haben Sie das Wort.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Ich will begründen, warum wir der Dringlichkeit widersprechen. Ich hatte in meiner Rede heute

Vormittag gesagt, dass ich mir sehr gewünscht hätte, dass wir uns im 20. Hessischen Landtag manche Rituale des 19. Hessischen Landtags ersparen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Stimmt! – Zuruf AfD: Richtig!)

Genau ein solches Ritual erleben wir gerade. Wir erleben mal wieder den Versuch, einen völlig normalen Vorgang

(Lachen Günter Rudolph (SPD))

auf Biegen und Brechen zu skandalisieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Widerspruch SPD – Zuruf Klaus Herrmann (AfD))

Mehr noch: Es soll versucht werden, die Absprachen zwischen den Fraktionen, die noch laufen, hier zu skandalisieren und ein Problem zu konstruieren, wo beim besten Willen kein Problem ist.

Was ist der Sachverhalt? – Die Fraktionen sprechen darüber, welche Größe die Parlamentarische Kontrollkommission haben soll. Darüber sind wir in Gesprächen. Diese Gespräche sind nicht abgeschlossen. Wir wollen diese Gespräche in Ruhe bis zum zweiten Februar-Plenum zu einem Ergebnis bringen, und zwar indem wir in Ruhe mit allen Fraktionen reden, was die Wünsche der Fraktionen für die Größe dieses Kontrollgremiums sind. Das ist ein völlig normales Verfahren und alles andere als ein Skandal, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Es ist übrigens keine Entscheidung der regierungstragenden Fraktionen. Es ist eine Entscheidung des Landtags.

(Zustimmung Jürgen Lenders (Freie Demokraten) – Günter Rudolph (SPD): Dann lassen Sie uns doch mal! Wir wollen es ja!)

Deshalb wollen wir mit allen Fraktionen vernünftig reden. Der erste Vorschlag der regierungstragenden Fraktionen war, dass dieses Kontrollgremium drei Mitglieder hat.

(Günter Rudolph (SPD): Nur ein Oppositionsabgeordneter!)

Kollege Rudolph, da wurde von Ihrer Seite darauf hingewiesen, dass das aus Sicht der SPD keine ausreichende Repräsentanz

(Günter Rudolph (SPD): Ja, eine Person!)

der Opposition sei. Dann haben wir nicht gesagt: „Wir ziehen das mit Mehrheit durch“, sondern wir haben gesagt: Wir sind mit Ihnen darüber im Gespräch und wollen eine einvernehmliche Lösung finden.

(Lachen Günter Rudolph (SPD))

Die Antwort darauf ist, dass Sie das Bemühen um eine einvernehmliche Lösung zum Skandal aufblasen.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Jetzt geben Sie uns bitte einmal einen Hinweis, wie wir künftig mit Ihnen umgehen sollen. Wenn wir versuchen, Sie einzubinden, machen Sie daraus einen Skandal. Soll die Antwort sein, dass wir Sie nicht einbinden? Das ist nicht unser Stil. Wenn Sie allerdings Wert darauf legen, können wir aber darüber nachdenken. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte die Rednerinnen und Redner, auf das Zeitkontingent zu achten. Drei Minuten Redezeit sind das äußerste Maximum. – Als Nächster spricht der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Boddenberg.

(Günter Rudolph (SPD): Herr Bellino hat auch schon geredet!)

– Ach so. Stimmt.

(Michael Boddenberg (CDU): Darf ich jetzt?)

– Sie haben noch 21 Sekunden.

Michael Boddenberg (CDU):

Dann muss ich es kurz machen. – Ich bin natürlich vollumfänglich bei dem, was Kollege Wagner vorhin gesagt hat.

Kollege Schäfer-Gümbel, da Sie aus einem Gespräch zitiert haben, das wir beide gestern Morgen geführt haben, will ich nur zwei Dinge sagen.

Erstens. All das, was Kollege Wagner zum Verlauf der vergangenen Tage – nicht Wochen, sondern Tage – hier vorgebracht hat, ist richtig. Wir haben Ihnen drei Mitglieder vorgeschlagen. Dann kam der Einwand von Ihrer Seite.

(Zuruf Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

– Gut. Zum ersten Mal auch vor Wochen. Wir haben aber gesagt, dass wir das in den nächsten Tagen klären.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Sie sind nicht entscheidungsfähig! Das ist das Problem!)

– Sie sollten bei 21 Sekunden nicht auch noch dazwischenrufen, Herr Schäfer-Gümbel. Ich rede gerade über unser Gespräch am gestrigen Vormittag. Ich habe Ihnen gesagt, dass wir Ihnen entgegenkommen. Wir reden darüber, wie wir eine einvernehmliche Lösung finden.

Zweitens habe ich vorgeschlagen, dass wir das in der Sitzung Ende Februar machen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Und dann kamen die parlamentarischen Geschäftsführer!)

Ohne Widerspruch. Also, behaupten Sie hier nicht das Gegenteil. Und wenn Sie Ihren parlamentarischen Geschäftsführer in der Sitzung munter darauf loslassen,

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Jetzt geht es aber los!)

was die Frage von Skandalisierung anbelangt, dann hat Herr Wagner vorhin alles Erforderliche gesagt. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Eine Fraktion hat noch gar nicht geredet. Deshalb rufe ich jetzt von der AfD Herrn Dr. Grobe auf.

Dr. Frank Grobe (AfD):

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die rechtlichen Hinweise von Herrn Schäfer-Gümbel sind zutreffend.

(Beifall AfD)

Es ist gesetzlich ausgeschlossen, dass jemand Mitglied der Kommission ist, der nicht aus der Mitte des 20. Landtags gewählt worden ist.

Lassen Sie mich noch eines sagen: Die Zahl drei ist – mit Verlaub – eine Unverschämtheit.

(Beifall AfD)

Es müssen nämlich alle Fraktionen hier beteiligt sein. – Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Vielen Dank. – Nun noch einmal für höchstens eineinhalb Minuten René Rock.

René Rock (Freie Demokraten):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin überrascht über die Art der Argumentation. Es geht um die Kontrolle des Geheimdienstes durch dieses Parlament. Wenn etwas dringlich ist, dann ist es die Frage, ob dieses Parlament die Geheimdienste in unserem Land kontrollieren kann oder nicht. Das ist ureigenes Recht dieses Parlaments.

(Beifall Freie Demokraten, AfD, vereinzelt SPD und DIE LINKE)

Ich bin ein Stück weit sprachlos, dass Sie als GRÜNE sich einfach hinsetzen. Sie könnten ohne Probleme heute Abend in den beiden Fraktionen die Diskussion führen, wie Sie es haben wollen, und morgen beschließen wir, wie hier kontrolliert wird und wie das umgesetzt wird. Dazu sind Sie in der Lage. Warum verweigern Sie das ohne Not? Sie bringen das Argument vor, Sie würden mit uns reden. Sie haben uns einen Vorschlag gemacht,

(Günter Rudolph (SPD): Ja!)

der völlig inakzeptabel ist. Wir hätten diesen Vorschlag gar nicht öffentlich gemacht, weil er so gegen Sie und alles spricht, was wir im NSU-Ausschuss gelernt haben, was wir überall besprochen haben. Wir haben doch einvernehmlich gesagt, dass wir diese Kontrolle stärken wollen. Schlagen Sie ernsthaft vor, dass nur noch ein Abgeordneter der Opposition an dieser Kontrolle teilnimmt? Das kann doch nicht wirklich Ihr Ernst gewesen sein. Wir haben Sie geschützt, indem wir das nicht öffentlich gemacht haben.

(Beifall Freie Demokraten, SPD, AfD und DIE LINKE)

Jetzt lassen Sie uns dieses unwürdige Schauspiel beenden. Gehen Sie nachher in Ihre Fraktionen, und machen Sie einen Vorschlag. Wenn Ihr Vorschlag auf drei Mitglieder hinausläuft, dann werden wir diesen Vorschlag zur Kenntnis nehmen und diesen hier auch bewerten.

Wir haben einen Vorschlag gemacht, nach dem die Regierung die Mehrheit hat. Außerdem können so alle Fraktionen beteiligt werden, sodass der Kontrolle insgesamt Rechnung getragen werden kann.

(Zuruf Holger Bellino (CDU))

Dieser Antrag ist nicht hochkomplex. Es ist ein politischer Wille, ob man diesen Antrag mitträgt oder nicht und ob man die parlamentarische Kontrolle herstellt oder nicht. Bitte respektieren Sie dieses Parlament. Bitte respektieren Sie, dass das dringlich ist. – Vielen Dank.

(Beifall Freie Demokraten, SPD, AfD und DIE LINKE)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen in der Dringlichkeitsdebatte keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich lasse deshalb jetzt abstimmen. Wer dafür ist, dass der Antrag Drucks. 20/120 dringlich ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Ich unterstelle einmal, dass alle Kolleginnen und Kollegen – –

(Günter Rudolph (SPD): Nein! – Zuruf AfD: Namentliche Abstimmung!)

– Wir machen keine namentliche Abstimmung über einen Geschäftsordnungsantrag, wenn es nicht sein muss.

(Zuruf Günter Rudolph (SPD))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, machen Sie es mir bei meiner Jungfernarbeit nicht so schwer. Der Präsident setzt sich jetzt auch hin. Das gilt dann auch für alle Kabinettsmitglieder.

(Günter Rudolph (SPD): Sonderrechte gibt es hier nicht!)

Da wir uns im Präsidium unsicher waren, ob die Fraktionen vollzählig sind, bitte ich die Kolleginnen und Kollegen, Platz zu nehmen. – Ich bedanke mich, dass Sie alle das getan haben.

Jetzt lasse ich noch einmal abstimmen. Ich wiederhole: Wer ist für die Dringlichkeit des Antrags? – Das sind die SPD, DIE LINKE, die AfD und die FDP. Soweit wir das hier sehen, sind die Reihen vollzählig. Bei der FDP sind zwei Plätze nicht besetzt. Diese Plätze sind aber hier besetzt. Jetzt frage ich, wer dagegen ist. – Sind wir uns einig, dass das jetzt so aussieht, als ob alle anwesend sind? – Ja. Damit stelle ich fest, die Dringlichkeit des Antrags ist vom Hause nicht bestätigt worden, sodass er als normaler Antrag auf die Tagesordnung kommt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Antrag

Fraktion der SPD, Fraktion der Freien Demokraten, Fraktion DIE LINKE

Livestream der Plenarsitzungen des Hessischen Landtags

– Drucks. 20/63 –

(Unruhe)

– Unser ehemaliger Präsident hat in solchen Situationen immer eine schöne Sache angewandt, die er in der Schule gelernt hat: Wenn es zu laut ist, sollte man einfach schweigen.

(Zuruf: Das funktioniert hier nicht!)

Vereinbarungsgemäß rufe ich gemeinsam damit auch **Tagesordnungspunkt 26** auf:

Dringlicher Entschließungsantrag

Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Übertragungen der Sitzungen des Hessischen Landtags

– Drucks. 20/118 –

Wir haben fünf Minuten Redezeit pro Fraktion beschlossen. Für die Antragsteller des erstens Antrags hat sich Kollege Dr. Wilken zu Wort gemeldet. Er hat nun auch das Wort.

Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich mache jetzt einmal etwas für mich ganz Außergewöhnliches. Ich zitiere den Vorsitzenden der grünen Fraktion aus der Geschäftsordnungsdebatte, um vielleicht ein bisschen mehr Aufmerksamkeit zu erzielen. Herr Wagner, Sie haben gerade gesagt: Lassen Sie uns die Rituale der letzten Legislaturperiode ersparen. – Darum werbe ich jetzt.

(Beifall Lisa Gnadl (SPD))

Lassen Sie uns zeitgleich Fehler aus der alten Legislaturperiode gemeinsam korrigieren.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Meine Damen und Herren, es geht schlicht und ergreifend um etwas, was in vielen Landtagen selbstverständlich ist, was auf vielen unserer Politikveranstaltungen, z. B. auf unseren Parteitagen, selbstverständlich ist: dass es einen Livestream der Beratungen gibt, damit Menschen, die nicht im Raum anwesend sind, den Beratungen folgen können.

Drei Oppositionsfraktionen haben einen gemeinsamen Antrag eingebracht, der sich schlicht und ergreifend dafür ausspricht, dass wir eine Möglichkeit wiederherstellen, die es schon einmal gegeben hat, nämlich eine Livestream-Übertragung aus dem Parlament.

Seit 14:22 Uhr bin ich optimistisch, dass wir das gemeinsam schaffen werden. Seit diesem Zeitpunkt liegt nämlich ein Antrag der Regierungsfaktionen vor, der im Grunde genommen den Weg beschreibt, wie wir zur Umsetzung unseres Anliegens kommen. Von daher bin ich der Meinung, dass wir die Zielgerade gemeinsam beschreiten werden, sodass der Hessische Landtag zukünftig wieder einen Livestream anbietet und damit in der Moderne ankommt. Ich hoffe, dass auf diesem Weg das Vorhaben nicht am Klein-Klein irgendwelcher Finanzierungen scheitern wird.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Meine Damen und Herren, wir werden – so ist zumindest mein Kenntnisstand – über die beiden Anträge konstruktiv beraten. Wir werden die Zuarbeit der Verwaltung brauchen, die mit Sicherheit liebend gern bereit ist, uns die notwendigen Informationen zur Verfügung zu stellen. Lassen Sie uns gemeinsam den politischen Willen ausdrücken, dass es zur Transparenz von Politik gehört, dass es einen Livestream von unseren politischen Beratungen gibt. Dann wären wir wieder modern.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Danke schön, Herr Kollege Dr. Wilken. – Für die Fraktionen, die den zweiten Antrag gestellt haben, darf ich den

Kollegen Martin von den GRÜNEN bitten, nach vorne zu kommen und einen Redebeitrag zu leisten.

Felix Martin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst einmal sagen, warum es in dieser Debatte nicht geht. Herr Dr. Wilken, es geht nicht um die Frage, ob wir Transparenz wollen oder nicht wollen. Selbstverständlich wollen wir Transparenz herstellen.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Ihnen kommt es darauf an, was es kostet!)

Wir Politikerinnen und Politiker leben doch davon, dass sich die Menschen einbringen und sich darüber informieren können, was hier im Parlament passiert.

Heute geht es vielmehr darum – daher haben wir mit der CDU-Fraktion einen gemeinsamen Antrag eingebracht –, zu klären, welche attraktiven Instrumente wir den Bürgerinnen und Bürgern an die Hand geben, damit sie sich in die hessische Landespolitik einbringen können, und wie wir aus den verschiedenen Instrumenten, die es schon gibt, und optionalen weiteren Instrumenten ein Gesamtkonzept stricken können.

Ein Instrument haben wir getestet, nämlich den Livestream. Wir haben festgestellt, dass pro Tag durchschnittlich gerade einmal 120 Menschen diesen Livestream verfolgt haben.

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Die Testphase sah nur 100 Teilnehmer vor!)

An der Stelle kann man argumentieren, der Livestream habe nicht genug Zeit gehabt, sich zu etablieren. Wir müssen aber doch feststellen: Die durchschnittlich 120 Menschen pro Tag, die den Livestream gesehen haben, hatten ein Durchhaltevermögen von gerade einmal zweieinhalb Minuten beim Verfolgen einer Debatte. Daher müssen wir doch feststellen, dass dieses Instrument offensichtlich nicht attraktiv genug war. Davor dürfen wir die Augen nicht verschließen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, der Linksfraktion und der FDP-Fraktion, ich wäre Ihnen wirklich dankbar gewesen, wenn Sie die Debatte genutzt hätten, mit uns darüber zu sprechen, welche Instrumente attraktiv sein könnten, was man tatsächlich für mehr Transparenz tun kann, wie wir die bestehenden Angebote erweitern können. Das haben Sie aber nicht getan. Stattdessen wollen Sie ein altes Angebot, ein offensichtlich nicht attraktives Angebot, aufwärmen und in der gleichen Form wieder einführen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Drei Fraktionen haben sich zusammengesetzt, und heraus kam ein Satz. So viel war Ihnen die Transparenz an der Stelle wert, so viel Arbeit haben Sie sich da gemacht.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Ein Satz reicht doch!)

Damit versuchen Sie, in dieser Debatte vorzutäuschen, dass es Ihnen um Transparenz gehe. Das sollte niemanden wirklich bewegen. 120 Menschen haben den Livestream geschaut, und wir sollen genau dieses Instrument wieder einführen?

Wir nehmen die Gelegenheit gerne auf, an der Stelle ein Gesamtkonzept zu erarbeiten. Wir werden uns anschauen, was die Parlamente in den übrigen 15 Ländern machen, was der Bundestag macht, was das Europaparlament macht.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Die haben einen Livestream!)

Wir werden dann schauen, welche sinnvollen und attraktiven Instrumente es gibt, die wir den Bürgern zur Verfügung stellen können. Eines dieser Instrumente könnte ein – wie auch immer gestalteteter – Livestream sein. Vielleicht gibt es aber Möglichkeiten, die für die Bürgerinnen und Bürger noch schneller, noch besser, noch attraktiver sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Eben kam der Zwischenruf: Das hängt am Geld. – Wir lassen uns die Transparenz selbstverständlich etwas kosten. Das ist vollkommen klar. Gestatten Sie mir als Finanzpolitiker aber auch die Anmerkung: Kosten und Nutzen müssen schon in einem einigermaßen guten Verhältnis zueinander stehen.

Wenn ich mir überlege, wer überhaupt die Chance hat, einen Livestream zu verfolgen, wer die Chance hat, beispielsweise morgens einer Debatte live zu folgen, dann frage ich mich: Ist das wirklich das Nonplusultra-Instrument, um politische Transparenz zu gewährleisten – ich bin da vollkommen offen und neutral –, oder gibt es andere Instrumente, die besser geeignet sind?

Zum Schluss möchte ich eine Bitte an Sie richten, vor allem an die Kolleginnen und Kollegen von der SPD, der FDP und der LINKEN. Bei der nächsten Veranstaltung, auf der Sie öffentlich vor Menschen sprechen, machen Sie sich bitte genauso viel Arbeit wie bei Ihrem Antrag: Formulieren Sie einen Satz, und sagen Sie den Menschen, dass es alle Debatten des Hessischen Landtags, thematisch sortiert, mit Untertiteln, jederzeit abrufbar, auf YouTube gibt. Dafür brauchen Sie nur einen einzigen Satz – mit dem kleinen Unterschied, dass Sie mit diesem Satz wirklich etwas für die Transparenz tun würden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Vielen Dank, Kollege Martin. Das Haus gratuliert Ihnen zu Ihrem ersten Redebeitrag im Hessischen Landtag.

(Allgemeiner Beifall)

Jetzt darf ich den Kollegen Bellino aufrufen und frage nicht, der wievielte Redebeitrag von ihm jetzt zu hören ist.

(Heiterkeit)

Holger Bellino (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Parlamentarier sind immer gut beraten, wenn sie für sich werben, wenn sie insbesondere für den Parlamentarismus werben, für unsere Demokratie, für die Debatten, die wir in diesem Hause führen, und vor allen Dingen darüber berichten, was wir tun; denn in der Öffentlichkeit wird mitunter ein Bild erzeugt, das nicht dem entspricht, was hier passiert.

Ich möchte an dieser Stelle auch sagen: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung, aber auch die

Fraktionen leisten schon heute sehr gute Arbeit. Ich erinnere an die zahlreichen Materialien, die von der Landtagsverwaltung bereitgestellt wurden, an den hervorragend funktionierenden Besucherdienst, an die Schülerparlamente und vieles andere mehr, was in der vergangenen Legislaturperiode und bereits zuvor realisiert wurde.

Ich bin sicher, dass die angesprochene YouTube-Lösung, die der Vorredner angesprochen hat, ein wichtiger Baustein der Kommunikation und des Werbens für den Parlamentarismus darstellt. Ich erlaube mir auch den Hinweis, dass das, was wir damals vorgeschlagen haben – Herr Kollege Wilken, die Idee stammt von uns, nicht von anderen –, nämlich die YouTube-Lösung, eine weitaus höhere Nachfrage ausgelöst hat, als der zuvor existierende Livestream zu leisten in der Lage war.

Hinzu kommt, dass die Lösung, die wir jetzt haben, ein oder zwei Tage nach einer Sitzung verfügbar ist. Sie ist barrierefrei zugänglich; denn die Sequenzen sind entsprechend unterteilt. Vor allen Dingen ist man aufgrund des Videoarchivs, das damit einhergeht, in der Lage, gezielt nach Debattenbeiträgen und -themen zu suchen. Das ist gerade für Schülerinnen und Schüler, selbstverständlich aber auch für Erwachsene eine zusätzliche Serviceleistung, die nicht unterschätzt werden darf. Man muss sich also nicht mehr einen ganzen Tag lang vor den Bildschirm setzen und warten, bis endlich der Tagesordnungspunkt aufgerufen wird, der einen interessiert, sondern man hat die Möglichkeit, auf ein Archiv zurückzugreifen. Außerdem ist die YouTube-Lösung immer und überall abrufbar. All das darf man nicht vergessen.

Dennoch: Wenn es bessere Lösungen gibt, sind wir dafür offen. Deshalb haben wir einen entsprechenden Antrag eingebracht. Da sind wir offen.

Aber ich bitte auch, immer zu beachten, wie sich die Kosten-Nutzen-Relation darstellt. Die jetzige Version ist deutlich preiswerter und nutzbringender als das, was vorher angedacht wurde und was in Ihrem Antrag unter dem Stichwort Livestream beschrieben wurde. Es waren 120 Aufrufe; das wurde gesagt. Man muss auch bedenken, in der laufenden Legislaturperiode sind es knapp 1 Million €, die dort investiert werden müssen. Da gilt es wirklich, zu überlegen, ob das besser ist als die jetzt existierende Lösung.

Aber – deshalb haben wir den zweiten Antrag eingebracht; ich denke, wir werden darüber im Ältestenrat, auch unter Begleitung von Vertretern der Verwaltung, diskutieren – wenn es bessere Lösungen gibt und man das optimieren kann, können wir es gern machen. Allerdings muss man immer die Kosten- und die Nutzeneffekte betrachten.

Ich würde auch – das haben wir im Vorfeld getan – mit den Betroffenen sprechen; denn es heißt ganz schnell, die Gebärdensprachdolmetscher sollen zum Einsatz kommen. Das Ganze soll barrierefrei sein: Es wird live übertragen, und parallel dazu kommen live die Gebärdensprachdolmetscher zum Einsatz.

Ich wäre da vorsichtig bzw. empfehle Ihnen, das zu tun, was wir da getan haben: die betroffenen Verbände fragen. Von denen hört man ziemlich deutlich, dass die jetzige Regelung mit der Untertitelung, bei der man das Gesagte lesen sowie die Aufzeichnung anhalten und das Abspielen wiederholen kann, besser ankommt als die Lösung mit der Simultanübersetzung durch einen Gebärdensprachdolmetscher.

(Marius Weiß (SPD): Die will doch keiner abschaffen, Herr Bellino!)

– Herr Weiß, ich berichte doch nur. Das können wir alles im Ältestenrat besprechen. – Ich will nur deutlich sagen, die Lösung, die wir jetzt haben, ist transparent und wird vor allem weitaus mehr genutzt als die vorige Lösung, die Sie hier anscheinend immer noch hochjubeln wollen. – Besten Dank.

(Beifall CDU – Janine Wissler (DIE LINKE): Ja, aber die Aufzeichnung ist erst drei Tage später im Netz! – Marius Weiß (SPD): Es geht doch nicht darum, das gegeneinander auszuspielen!)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Wir bedanken uns bei Herrn Kollegen Bellino. – Als Nächsten darf ich Herrn Kollegen Gagel von der AfD aufrufen.

(Vizepräsidentin Heike Hofmann übernimmt den Vorsitz.)

Klaus Gagel (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Zurufe: Präsidentin!)

– Entschuldigung. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben es hier mit einem gemeinsamen Antrag der SPD, der Linkspartei und der FDP zu tun – ein sehr bemerkenswerter Antrag. Er ist deshalb bemerkenswert, weil zwei dieser Parteien, nämlich DIE LINKE und die SPD, auf der Kreisebene gegen einen Livestream und gegen Transparenz argumentieren, im Landtag aber dafür sind.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Wo?)

So haben beispielsweise die SPD und DIE LINKE im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Kassel ein Live-TV aus dem Kreistag abgelehnt. Vielleicht, weil es ein Antrag der AfD war?

(Beifall AfD)

Die Antragsteller sprechen bezüglich der angeführten Argumente Demokratie und Öffentlichkeitsarbeit gegenüber dem Bürger sogar von einem „mitteleuropäischen Standard“. Das Beispiel der hessischen Kreistage – diese gehören eindeutig zu Mitteleuropa; Herr Weiß, das wissen Sie genau – zeigt, SPD und DIE LINKE machen an vielen Stellen und auf vielen Ebenen orientierungslose Hü-hott-Politik.

(Beifall AfD)

Jetzt kommt noch ein Antrag von CDU und GRÜNEN hinzu. Dieser konkurrierende Antrag läuft darauf hinaus, dass man sich erst einmal einen Überblick über bestehende Angebote und die Kosten verschafft. Da frage ich Sie: Wo bleibt eigentlich Ihr grundsätzliches Bekenntnis zur Digitalisierung?

(Beifall AfD)

Herr Martin, die Transparenz kommt selbstverständlich auch noch hinzu. Ich habe von Ihnen kein einziges Mal das Wort Transparenz gehört. Sie wollen die Landtagsverwaltung das Rad neu erfinden lassen. Sie wollen sich erst einmal darüber informieren, welche Angebote es gibt. Das

Rad brauchen Sie nicht neu zu erfinden; die Angebote liegen alle auf dem Tisch. Sie können sich nämlich ansehen, was für Livestream-Lösungen andere Bundesländer und auch der Bundestag haben.

(Beifall AfD)

Ich nenne ein paar Beispiele: Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz haben ein Live-TV. Im Fall Baden-Württemberg ist das Live-TV barrierefrei – mit Gebärdensprache –, im Fall Thüringen nicht. Technisch sollte die Liveschaltung ins Internet keine hohen Kosten verursachen. Die Schaffung von Transparenz ist also mit einfachen Mitteln zu erreichen.

Davon, ob man dieses mit Übersetzungen durch Gebärdensprachdolmetscher, wie wir es schon einmal hatten, oder mit Untertitelungen ergänzt, sollte die grundsätzliche Entscheidung nicht abhängen. Auch sollten wir uns von vergleichsweise geringen Nutzerzahlen nicht abschrecken lassen. Im Jahr 2014 nutzten durchschnittlich 120 Personen den Livestream; das wurde hier schon erwähnt. Seitdem ist doch die Digitalisierung, von der Sie immer reden, erheblich fortgeschritten.

(Beifall AfD)

Nach den Wünschen der Regierungskoalition soll sie jetzt ganz besonders schnell fortschreiten. Darum verstehe ich nicht, warum Sie mit dem konkurrierenden Antrag von CDU und GRÜNEN das Ganze weiter verzögern wollen. Auf jeden Fall wird es so sein, dass das politikinteressierte Publikum durch den Livestream auf einfache Art und Weise mit Informationen direkt aus dem Landtag versorgt wird, und zwar in Echtzeit. Das halten wir für einen großen Fortschritt.

(Beifall AfD)

Herr Bellino, unabhängig davon kann man daneben die Archivlösungen behalten. Am Ende des Tages sind doch Öffentlichkeitsarbeit, Demokratie und Transparenz die wichtigen Gedanken. Das vermisse ich bei Ihnen. – Vielen Dank.

(Beifall AfD – Zuruf Holger Bellino (CDU))

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, das war die erste Rede des Abg. Gagel.

(Beifall AfD und vereinzelt SPD)

Als nächsten Redner darf ich Herrn Abg. Rudolph nach vorne bitten.

(Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten): Die erste Rede! – Zuruf Freie Demokraten: Heute Nachmittag!)

Günter Rudolph (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Wagner, da Sie das in der vorausgegangenen Debatte gesagt haben: the same procedure as every year. Ich finde es übrigens bemerkenswert, dass der Kollege Martin, der sich seit 19 Tagen im Landtag befindet, bei den GRÜNEN schon klar auf Linie gebracht worden ist: die gleichen Argumente wie in der letzten Wahlperiode.

(Beifall SPD)

Da erdreisten sich die Oppositionsfraktionen FDP, SPD und DIE LINKE, in einem Antrag zu fordern, wieder einen Livestream einzuführen. Das ist, wie ich feststelle, wenn ich mir die Beiträge so anhöre, für Sie wahrscheinlich eine Majestätsbeleidigung. Wir hatten eine Zeit lang einen Livestream. Dieser Livestream hat, zugegeben, rund 600.000 € gekostet – FFH –, war ziemlich ruckelig, technisch sicherlich nicht perfekt und noch ausbaufähig. Er hatte auch wenig Zuhörer. Ja, das ist so. Das Angebot war vielleicht auch nicht gut genug. Darüber könnte man einmal nachdenken.

Dann kam derjenige, dem das von Anfang an nicht passte. Das war der Abg. Kaufmann von den GRÜNEN, dem, wenn ihm sonst nichts mehr einfällt, immer das Geld wichtig ist. Wissen Sie, dem Geld gegenüber haben Sie eine merkwürdige Haltung: Wenn Sie Stellen für zwei zusätzliche Staatssekretäre schaffen, ein Ministerium einrichten, ein paar Bedienstete einstellen und eben einmal 700.000 oder 800.000 € ausgeben, spielt das alles keine Rolle. Das ist kein Problem.

(Beifall SPD, AfD, Freie Demokraten und DIE LINKE)

Dann fragt das höchste hessische Parlament: Wie können wir die Öffentlichkeitsarbeit verbessern? Wie können wir das machen, was in anderen Landtagen und im Bundestag mitteleuropäischer Standard ist? – Ich lasse jetzt einmal die Kreisebene weg; denn das sind ehrenamtlich Tätige. Deswegen würde ich das ein bisschen differenzierter sehen. Da gibt es andere Möglichkeiten. Wie kann man das attraktiver machen? Es will keiner YouTube abschaffen. Es ist vielleicht eine gute Ergänzung, sich das drei Tage später anzuschauen.

Aber wir leben doch von der spontanen Debatte; die müssen wir aktuell erleben können. Dann kommen Sie mit dem Vorschlag, sich das drei Tage später anzuschauen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe manchmal den Eindruck, Sie haben Angst davor, dass man Sie live erlebt.

(Beifall SPD, AfD und DIE LINKE)

Deswegen sage ich: Herr Kollege Wagner, mit Ihnen kann man über solche Dinge gar nicht reden. Das war, was den Parlamentsbetrieb betrifft, Öffentlichkeitsarbeit: wie wir Enquetekommissionen begleiten, an denen die Öffentlichkeit nicht teilnehmen kann.

Wir müssten auch bei Besuchergruppen mehr tun. Schauen Sie sich einmal das an, was der Deutsche Bundestag macht: welche Möglichkeiten die Bundestagskollegen haben, Besuchergruppen einzuladen. Bei uns liegt vieles im Argen; aber das kostet eben auch ein paar Euro. Demokratie, die transparent ist und informieren soll, darf einen Euro kosten. Die Regierung gibt auch Geld für Öffentlichkeitsarbeit aus. Warum nicht dieser Landtag?

(Beifall SPD, AfD und DIE LINKE)

Dann kommt der glorreiche Antrag: Wir sollen bei anderen Landtagen, beim Deutschen Bundestag und beim Europaparlament prüfen. Die UNO haben Sie noch vergessen.

(Beifall SPD)

Wir müssen auch prüfen, ob die dort einen Livestream haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß doch, wie die Debatte ausgeht: Sie wollen es nicht. Sie wollen es

im Kern nicht. – Ja, es kostet Geld. Ja, wir wollen, dass dieser Hessische Landtag im 21. Jahrhundert transparenter wird. Ja, wir wollen einen Livestream, der technisch auf der Höhe, der attraktiv gestaltet ist.

Dann komme ich zum Thema der Barrierefreiheit: Ja, natürlich haben wir die Zahlen gehört; diese sind hoch. Aber wenn wir über Inklusion und Barrierefreiheit reden, dürfen wir das nicht nur mit Geld bemessen.

(Beifall SPD, AfD, Freie Demokraten und LINKE)

Deswegen werden wir unseren Antrag in den Ältestenrat geben. Dann können wir vielleicht einmal in Ruhe beraten, wie wir etwas hinbekommen. Aber nach den Debattenbeiträgen von CDU und GRÜNEN stelle ich fest: Die Hoffnung stirbt zuletzt. Ich habe da, ehrlich gesagt, keine große Hoffnung mehr. Dennoch haben wir uns erdreistet, diese Idee erneut aufzugreifen. Wir werden sehen, wie ernst das gemeint ist. Dass wir aber alles prüfen müssten, ist ziemlich absurd. Die Fakten liegen auf dem Tisch. Ich finde, wer sich nicht vor der Öffentlichkeit verstecken muss, kann das transparent machen – passgenau, sekundengenau.

Was Sie wollen, ist kein offener Landtag. Deswegen gilt für mich die These: Sie wollen das im Kern nicht. Deswegen hätten Sie sich das mit der Digitalisierung und allem sparen können. Sonst sind Sie auch nicht so zögerlich, was Ihren Stab an Ministerbüros und Pressedinge anbelangt. Also da sind Sie nicht kleinlich – mit Broschüren, und was Sie alles machen. Sie sind auch in den Blogs unterwegs. Sie machen mit vielen Mitarbeitern viel Öffentlichkeitsarbeit.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Zum Beispiel Kameras auf dem Rednerpult!)

– Ja, mit Kameras auf dem Rednerpult wie bei der ersten Sitzung des Landtags. – Ich finde, dass die erste Gewalt in diesem Land, der Hessische Landtag, genauso das Recht hat, sich parteiübergreifend zu präsentieren; und deswegen ist das ein vernünftiger Antrag. Aber nach den Reden von CDU und GRÜNEN habe ich wenig Hoffnung. – Vielen Dank.

(Beifall SPD, AfD, Freie Demokraten und LINKE)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Als Nächster hat sich Herr Lenders von den Freien Demokraten zu Wort gemeldet.

Jürgen Lenders (Freie Demokraten):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nach diesen fast zwei Tagen haben wir gemerkt: Es ist nicht mehr die 19. Legislaturperiode; wir haben die 20. Legislaturperiode; und dieser Hessische Landtag ist in der Tat deutlich anders. Manche Dinge ändern sich Gott sei Dank nie; da ist auf Herrn Staatsminister Al-Wazir Verlass. Zwischenrufe, dumme Kommentare, das kann er noch immer – auch von der Regierungsbank.

(Minister Tarek Al-Wazir: Ich habe nicht dazwischengerufen! – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wo sind wir denn jetzt wieder?)

– Ich habe nicht damit angefangen, Herr Kollege Wagner.

Meine Damen und Herren, ich glaube, für Transparenz macht dieser Landtag eine ganze Menge. Wir haben einen sehr offenen Plenarsaal. Wir laden Menschen zu uns ein. Wir haben Besuchergruppen. Wir versuchen, unsere Presseabteilungen dazu zu bekommen, dass möglichst viele Journalisten über unsere Arbeit berichten. Aber leider muss man feststellen: Das ist bei der Landespolitik zumeist nur mit überschaubarem Erfolg gesegnet. Wenn wir uns selbst fragen: „Machen wir eigentlich alles, damit die Menschen von der Arbeit des Hessischen Landtags, von der höchsten Volksvertretung in diesem Land, etwas mitbekommen?“, müssen wir einfach einmal feststellen: Nein, wir tun nicht alles. Wir machen nicht all das, was wirklich möglich wäre.

Herr Kollege Martin, Sie sind jetzt neu dabei. Auch ich finde es bemerkenswert, wie schnell Sie den Sprechblasen Ihrer Fraktion aus der 19. Wahlperiode verfallen sind.

(Hartmut Honka (CDU): Na, na!)

Aber, meine Damen und Herren, es stellt sich nicht die Frage, ob wir mit unserem Antrag einfach sagen: „Wir wollen den alten Livestream, so wie er war, fortsetzen“, sondern es ist eben eine Grundsatzdiskussion darüber, ob wir einen Livestream, modernste Techniken, nutzen wollen, ja oder nein. Daher würde ich jetzt nicht gleich der Aussage verfallen, dass der Antrag von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine klare Abfuhr wäre; so habe ich den Antrag nicht verstanden. Ein klares Nein ist das nicht. Von daher glaube ich – ich hoffe ja immer auf das Gute im Menschen –, dass wir das im Ältestenrat vernünftig diskutieren können.

(Beifall Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Aber, Herr Kollege Wagner, eines muss man nun leider auch sagen: Es war tatsächlich in der 19. Legislaturperiode; wir hatten einen Versuch gestartet; die Zuschauermerkmale war nicht so richtig überzeugend, stimmt.

(Zuruf SPD)

Haben wir das richtige Angebot gemacht? – Na ja, zumindest hat sich die Technik fortentwickelt. Ich glaube, dass wir das auch prüfen können. Neben YouTube gibt es mittlerweile auch Angebote von Wikipedia; das kann man jetzt viel moderner sowie zeitnah machen. Ich glaube, etwas anderes wollten wir, SPD, Freie Demokraten und LINKE, überhaupt nicht. Es ging eigentlich gar nicht darum, alte Debatten aufzuwärmen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da sind wir uns doch einig!)

Aber eines müssen Sie sich gefallen lassen: Damals war es vor allem Herr Kaufmann, der gesagt hat: Kosten/Nutzen; das bringt nichts.

(Günter Rudolph (SPD): „Das will ich nicht“!)

Barrierefreiheit wird noch teurer. Ihre Konsequenz als GRÜNE war: Wir kriegen die Barrierefreiheit nicht hin, also stellen wir das Ding einfach komplett ein. – Es war Ihre Logik, das Ganze einfach komplett einzustellen. Damals haben Sie es sich verdammt einfach gemacht.

(Beifall Freie Demokraten)

Da wir jetzt weiter, in der 20. Legislaturperiode, sind – vielleicht gehen wir heute Abend einfach einmal irgendwo ein Bier trinken und rüsten verbal alle wieder ein bisschen ab –, gibt es vielleicht auch die Chance, dass ein Dringlicher Antrag einfach wieder als dringlich gesehen wird, sodass wir hier keine Grundsatzdebatten über die Dringlichkeit führen müssen, sodass wir uns auch nicht darüber schwindelig reden müssen, dass wir als Hessischer Landtag möglichst viele Menschen erreichen und mit einer Landesregierung auf Augenhöhe agieren wollen. Dann sollte es auch möglich sein, im Hessischen Landtag wieder einen Livestream einzuführen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall Freie Demokraten und SPD)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Für DIE LINKE, der noch zwei Minuten und 13 Sekunden verbleiben, hat sich Herr Schaus gemeldet.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Da von allen Fraktionen, außer von den GRÜNEN, in dieser Debatte die parlamentarischen Geschäftsführer oder diejenigen gesprochen haben, die diese Geschichte des Livestreams kennen, habe ich mich noch einmal zu Wort gemeldet. Es ist Ihr legitimes Recht, in diese Diskussion zu schicken, wen sie wollen. Das ist völlig klar –

(Hartmut Honka (CDU): Na, na, na! – Minister Tarek Al-Wazir: Es war seine erste Rede, Herr Kollege! Jetzt hört es aber auf!)

– Ja, Moment, Herr Minister, jetzt hören Sie auch einmal auf, hier dazwischenzureden.

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Ich bitte, von der Regierungsbank aus keine Bemerkungen und Anmerkungen zu machen.

(Anhaltende Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was wollen Sie denn jetzt sagen?)

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Ich stelle das nur fest, aber die Feststellung allein scheint Ihnen schon wehzutun.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unsäglich! – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was wollen Sie damit sagen?)

– Ich wollte damit sagen, dass der Kollege die Vorgeschichte natürlich überhaupt nicht kennt

(Lachen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und dann natürlich zu Aussagen kommt, die er aufgrund der Vorgeschichte gar nicht anders machen kann.

Einer der Punkte ist z. B. – Herr Wagner –, dass wir seinerzeit bei der Einführung des Livestreams sehr skeptisch waren, skeptisch deshalb, weil die Übertragung von FFH und nicht vom hr vorgenommen werden sollte. Dass der Livestream nicht gut funktioniert hat – da Sie die Zahlen der Zuschauer angesprochen haben –, ist auch bekannt. Das hat möglicherweise damit zu tun, dass, wenn viele Leute im Livestream waren, dieser sozusagen „ausgesetzt“ hat.

Daher war die Attraktivität dieses Livestreams, der hier schon einmal bestanden hat, nicht so, wie wir das erhofft hatten. Insofern sind reine Zahlen von Zuhörern und Fakten – das wollte ich nur sagen; das will ich dem Kollegen gar nicht vorwerfen; ich will Ihnen nur sagen, wie die Diskussion war – an dieser Stelle nicht aussagekräftig; denn es kommt natürlich darauf an, dass es ein System gibt, das funktioniert und das auch dann funktioniert, wenn mehrere Tausend Leute zugreifen. Vielleicht ist das in anderen Ländern besser gelöst.

(Beifall DIE LINKE)

Im Übrigen war es in der Tat so, dass wir mit dem Livestream gar keine Probleme hatten, weil er nur 6.000 € gekostet hat. Das Problem ist dann aufgetaucht, als die Gebärdensprache dazu kam, und diese sollte 130.000 € kosten. Nun kostet das natürlich auch entsprechend etwas –

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Herr Schaus, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Zuruf CDU)

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. – Mein letzter Satz: Das war der Punkt, wo dann seitens der GRÜNEN aus Kostengründen die Abschaffung des Livestreams betrieben wurde. Also lassen Sie sich von Ihrer eigenen Fraktion nicht so einfach vorführen.

(Beifall DIE LINKE – Günter Rudolph (SPD): Ja wohl, so ist es! – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unfassbar!)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Für die restliche Redezeit hat sich als folgender Redner noch einmal Herr Gagel von der AfD zu Wort gemeldet.

Klaus Gagel (AfD):

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich will noch auf eines hinweisen, das habe ich vergessen. Es mag so gewesen sein, dass das damals, bis zum Jahr 2014, nur 120 Personen angeschaut haben. Aber da waren Sie ja auch hier. Jetzt ist die AfD im Parlament. Da sage ich Ihnen: Es werden viel mehr werden. – Danke.

(Lebhafter Beifall AfD)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Meine Damen und Herren, es wurde beraten, dass der Antrag der SPD, der Freien Demokraten und der LINKEN gemeinsam mit dem Dringlichen Entschließungsantrag von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur weiteren Beratung an den Ältestenrat überwiesen wird.

Dann kommen wir zu **Tagesordnungspunkt 11:**

Antrag

Fraktion der SPD

Öffentlichkeitsbeteiligung bei Rückzug des Landes aus Holzvermarktung in Kommunal- und Privatwald – Fristverlängerung bis 31.12.2020

– Drucks. 20/65 –

gemeinsam mit **Tagesordnungspunkt 25:**

Dringlicher Antrag

Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Schaffung von guten Rahmenbedingungen für eine zukunftssichere Holzvermarktung in Hessen

– Drucks. 20/117 –

Als erste Wortmeldung habe ich den Kollegen Heinz Lotz von der SPD.

Heinz Lotz (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kaum ein Rohstoff ist für uns Hessen ökologischer als das Holz aus dem hessischen Wald.

(Beifall SPD)

Wo dieses Holz wegfällt, muss es von woandersher importiert werden. Da wissen wir noch lange nicht, unter welchen Bedingungen es bewirtschaftet wurde. Der Landesbetrieb Hessen-Forst war und ist Garant dafür, dass wir einen hochwertigen und nachhaltigen Rohstoff zur Verfügung haben.

(Beifall SPD)

Das liegt an einer guten Ausbildung der Försterinnen und Förster und der Forstwirte, deren immenser Erfahrungen und der gewachsenen Infrastruktur bei Hessen-Forst. Nicht zuletzt deshalb ist es im hessischen Interesse, das Einheitsforstamt zu stärken und beizubehalten.

(Beifall SPD)

Die Diskussion um die Zukunft der Holzvermarktung in Hessen hat vielerorts zu Verunsicherungen geführt. Zum einen besteht der Wille der Kommunen und der Privatwaldbesitzer, das Einheitsforstamt zu erhalten, zum anderen gilt es, kartellrechtliche Bedenken zu berücksichtigen. Übrigens stelle ich mir hier die Frage: Warum Kartellrecht? – Der Wald wird da als reines Wirtschaftsgut gesehen, die Grenze ist aus meiner Sicht falsch gezogen. Bei öffentlichen Dingen kann und darf es aus meiner Sicht kein Kartellrecht geben.

(Beifall SPD)

Sowohl das Land als auch die Gemeinden sind vom gleichen Gemeinwesen getragen. Ob der Wald Gemeinde, Land oder Bund gehört, kommt alles auf dasselbe heraus. Das ist unser Wald, der Wald der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall SPD)

Auch im Koalitionsvertrag von CDU und GRÜNEN findet sich ein Passus zur Holzvermarktung. Da steht unter anderem, dass die betroffenen privaten und kommunalen Waldbesitzer vom Land unterstützt werden sollen, um eigenständige marktfähige Holzverkaufsorganisationen zu gründen. Das ist aus meiner Sicht ein ehrgeiziges Vorhaben.

Am 23.12. unterzeichneten CDU und GRÜNE den Koalitionsvertrag, und am 01.01.2019 müssen Kommunen und Privatwaldbesitzer ihr Holz selbst vermarkten. Zwischen der Unterzeichnung und dem Fristende liegen vier Werktage für die Privat- und Kommunalwaldbesitzer. – Spaß beiseite, meine Damen und Herren. Wir von der SPD-Landtagsfraktion sind der Auffassung, dass das Land Hessen nicht

das Optimum bei der Neuordnung der Holzvermarktung herausgeholt hat.

(Beifall SPD)

Die vom Umweltministerium angesetzte Frist in Verbindung mit der 100-ha-Regelung ist aus unserer Sicht zu kurz. Den Schutz des Einheitsforstamts sehen wir daher in Gefahr, und wir glauben, dass dies damit nicht gewährleistet ist. Deshalb fordern wir, die Übergangsfristen zur eigenverantwortlichen Holzvermarktung grundsätzlich und für alle bis zum 31.12.2020 zu verlängern.

(Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, diese Zeit sollte für eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung genutzt werden. Gemeinsam mit den Betroffenen ist öffentlich ein Konzept zur Zukunftssicherung der Holzvermarktung im Kommunal- und Privatwald zu erarbeiten.

Jetzt werden wir natürlich im Anschluss von der Koa und auch von der Regierung mit viel Larmoyanz hören, was alles unternommen wurde. Das sehen wir auch an dem Antrag, den die Koalition noch vorgelegt hat. Es wurde verhandelt, es wurden bestimmte Fachgremien gehört. Aber hier im Parlament ist das die erste Diskussion über die Holzvermarktung. Da gehört es aus meiner Sicht her. Deshalb sollten wir alles bis zum 31.12.2020 verlängern, um das anständig im Parlament und in den entsprechenden Ausschüssen zu diskutieren.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Herr Lotz, ich darf Sie auf die abgelaufene Redezeit hinweisen.

Heinz Lotz (SPD):

Ja. – Wir sind der Auffassung, dass das aus öffentlichem Interesse verlängert werden muss. Es wurde aus unserer Sicht versäumt – wir haben vorhin viel über Transparenz gehört –, dies immer transparent nach außen zu kommunizieren. – Danke schön.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Als nächster Redner hat sich für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Diefenbach zu Wort gemeldet.

Frank Diefenbach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Hessen ist bekanntlich ein besonders schönes Bundesland. Das liegt nicht nur, aber auch an dem hohen Waldbestand, den wir in Hessen haben. Dieser Wald kann in seiner Bedeutung natürlich nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Wenn wir von dem berühmten Dreieck der Nachhaltigkeit ausgehen, von der sozialen, der wirtschaftlichen und der ökologischen Bedeutung, dann hat der Wald zunächst einmal eine große Bedeutung als ökologischer Faktor, als Kohlenstoffspeicher und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Natürlich hat er auch eine soziale Funktion als Erholungsgebiet mit einer hohen identitätsstiftenden Bedeutung für die Menschen einer Region.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Selbstverständlich hat er auch eine wirtschaftliche Bedeutung für die Waldbesitzer. Es versteht sich von selbst, dass die hessischen Waldbesitzer an Rahmenbedingungen interessiert sind, die ihnen eine zukunftssichere Vermarktung ihres Holzes ermöglichen. Diese Rahmenbedingungen unterliegen seit Sommer 2017 einem Wandel. Die kartellrechtlichen Vorgaben zur Neuorganisation der Holzvermarktung verlangen eine weitgehende Abkehr von der bisherigen Vermarktung des kommunalen und privaten Waldbesitzes durch Hessen-Forst und eine Übernahme dieser Vermarktung durch die kommunalen und privaten Waldbesitzer selbst.

Die Funktion der Landesregierung bestand dabei in diesem Zusammenhang von Anfang an nicht darin, diesen, wenn man so will, Liberalisierungsschub in der Holzwirtschaft gewollt zu haben, sondern er besteht darin, diesen Wandel hin zu einer verlässlichen Holzwirtschaft, die in den Kommunen vorgenommen werden soll, verantwortungsvoll neu zu organisieren. Die Zunahme an Wettbewerb, die jetzt aufgrund der kartellrechtlichen Veränderungen im Holzmarkt zu erwarten ist, kann sich zum Wohle aller Beteiligten entfalten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Es war wichtig und richtig, dass im Landesforstsausschuss sehr frühzeitig alle maßgeblichen Interessengruppen, der Hessische Waldbesitzerverband, die Kommunalen Spitzenverbände, Gewerkschaften und Berufsverbände, in die politische Willensbildung rund um die Neukonzeption der hessischen Holzvermarktung einbezogen werden. Das begrüßen wir ausdrücklich; denn es geht hier nicht nur um die Ernte eines landwirtschaftlichen Produktes, sondern auch um die wirtschaftliche Existenz aller am Marktgeschehen Beteiligten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Klar ist, dass nach der Rechtslage die kommunalen und privaten Waldbesitzer in Hessen sich umorientieren und ihre Holzvermarktung in neu zu gründenden kommunalen Zweckverbänden organisieren müssen. Aber viele Kommunen haben sich schon erfolgreich auf den Weg gegeben.

Beispielsweise am 17. Dezember 2018 wurde in der Stadtverordnetenversammlung in Michelstadt der Magistrat mit der Gründung eines Zweckverbandes für die nicht unerhebliche Fläche der Kommunen im Odenwaldkreis und im Kreis Bergstraße beauftragt.

Wir bitten die Landesregierung, die Gründung solcher eigenständigen Holzvermarktungsorganisationen mit entsprechenden Anschubfinanzierungen zu unterstützen, und wir finden es richtig und wichtig, dass die Landesregierung das bereits zugesagt hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Darüber hinaus bitten wir die Landesregierung, zu prüfen, wie man mit Blick auf die Hessische Gemeindeordnung und das Vergaberecht die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen kann, die Zusammenarbeit von kommunalen und privaten Waldbesitzern zu ermöglichen, damit sie zusammen diese Aufgabe stemmen können. Denn eines ist klar: Sowohl bei reinen kommunalen Zweckverbänden als auch, wenn Private und Kommunale kooperieren, muss es am Ende möglich sein, dass markttaugliche Akteure entstehen, die sich am Holzmarkt trotz der von mir so genannten Liberalisierung in diesem Bereich behaupten können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Insgesamt geht es also darum, verlässliche und rechtssichere Strukturen zu schaffen. Wir möchten die Landesregierung bitten, auf dem eingeschlagenen Pfad weiterzugehen.
– Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Meine Damen und Herren, das war die erste Rede des Abg. Diefenbach. Herzlichen Glückwunsch.

(Allgemeiner Beifall)

Als Nächste rufe ich Frau Kollegin Papst-Dippel von der AfD auf.

Claudia Papst-Dippel (AfD):

Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der Fraktion der SPD besteht aus zwei Teilen. Mit dem ersten Teil sollen Übergangsfristen grundsätzlich bis mindestens Ende 2020 verlängert werden.

Allein der Prozess der Neustrukturierung der Holzvermarktung bei Hessen-Forst ist teilweise schon zu, sagen wir, 70 oder sogar 90 % abgeschlossen. Von den 41 hessischen Forstämtern gilt die von Ihnen geforderte Fristverlängerung für 17 Forstämter. Von den anderen 24 sind mir zwei nordhessische Forstämter bekannt, die den Prozess nahezu abgearbeitet haben: Diemelstadt und Vöhl.

Aus Südhessen hört man, dass dort ebenfalls Holzverkaufsorganisationen schon weitgehend gestaltet sind. Man sollte eben nie die Leistungsfähigkeit der hessischen Forstbeamten, des Ministeriums und der beteiligten Kommunen unterschätzen.

(Beifall AfD)

Seit dem Urteil des Bundesgerichtshofs im Juni 2018 haben die verschiedenen Gremien ständig getagt und einen von allen akzeptierten und tragfähigen Kompromiss ausgehandelt, der auch vom Kartellamt mitgetragen wird. Die entsprechenden Vertretungen wie der Waldbesitzerverband, Kommunalvertretungen, Hessen-Forst usw. waren in diese Gespräche eingebunden.

In meinem Heimatlandkreis Waldeck-Frankenberg gibt es eine Besonderheit. Hier ist der größte Kommunalwald Deutschlands, Domonialverwaltung, zu Hause. Diese hat schon sehr früh erkannt, dass ein weiteres Aufschieben nicht möglich sein würde, und inzwischen eine eigene Holzverkaufsorganisation aufgebaut. Sie hat viele umliegenden Kommunen mit ins Boot geholt und verkauft spätestens ab dem 01.10. dieses Jahres ihr eigenes Holz und das der angeschlossenen Kommunen.

Die Ausgestaltung des Kompromisses wurde in meinem Heimatort öffentlich in der Stadtverordnetenversammlung vorgestellt. Kurz gesagt: Punkt 1 des Antrags erscheint uns gut gemeint, aber nicht notwendig.

Nachdem ich nun schon einige Aussagen zum zweiten Punkt des Antrags gemacht habe, nämlich dass die Öffentlichkeit informiert und die betreffenden Organisationen beteiligt waren, möchte ich noch erwähnen, dass es eine Zusage des entsprechenden hessischen Ministeriums zum Erhalt des Einheitsforstamts gibt. Wir haben es hier also ins-

gesamt mit einem Prozess zu tun, der kartellrechtlich umgesetzt werden muss, und viele Fachleute arbeiten immer noch an der zurzeit besten Ausgestaltung für alle Betroffenen.

Die Formulierung der Beteiligung der Öffentlichkeit negiert dabei, dass der Umstrukturierungsprozess, wie oben schon ausgeführt, in vollem Gange und teilweise sehr weit fortgeschritten ist. Die Kommunalwaldverordnung ist vor Kurzem, soweit ich weiß, angepasst worden, und ich denke, dass für Hessen-Forst schon ein Erlass erstellt worden ist oder in Arbeit ist, der das Nähere regelt. Die Öffentlichkeit wurde unter anderem anlässlich der nordhessischen Landwirtschaftswoche in Baunatal am 16.01. informiert.

Meine Damen und Herren von der SPD, warum reichen Sie diesen Antrag erst jetzt ein? Eine Fristverlängerung hätte im letzten Herbst mehr Sinn gemacht.

(Beifall AfD)

Jetzt halten wir sie für ein falsches Signal für die Betroffenen, die eine Umstellung im Jahre 2019 abgearbeitet haben werden, und auch für diejenigen, die sich nach den bisherigen Fristen gerichtet haben.

Die AfD spricht sich generell für mehr Bürgerbeteiligung aus. Aber, salopp gesagt: Hier ist der Drops gelutscht.

(Beifall AfD)

Die mühsam ausgehandelten Kompromisse mit dem Kartellamt stehen. Man sollte nicht noch mehr Unruhe in die Belegschaft von Hessen-Forst bringen oder die betroffenen Waldbesitzer beunruhigen oder das Erreichen des Ziels ohne Not verzögern. Kurz: Wir werden diesem Antrag nicht zustimmen. – Danke sehr.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Meine Damen und Herren, das war die erste Rede der Abg. Papst-Dippel.

(Beifall AfD, vereinzelt SPD und Freie Demokraten)

Als Nächsten darf ich den Abg. Meysner ans Rednerpult bitten.

Markus Meysner (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Fast die Hälfte, 42 %, des Bundeslandes Hessen ist von Wald bedeckt. Somit ist eine ordentliche Holzbewirtschaftung eine wichtige Grundlage für viele Waldbesitzerinnen, Waldbesitzer und die Kommunen.

Durch die immensen Unterschiede insbesondere in der Größe der zu bewirtschaftenden Flächen ist es schon immer eine für uns wichtige Angelegenheit, insbesondere für die kleineren Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer sowie die Kommunen mit Hessen-Forst in der Unterhaltung und Bewirtschaftung, der Aufforstung und Vermarktung ein guter Partner, Berater und Unterstützer zu sein.

Im Jahr 2017 mahnte das Bundeskartellamt mehr Wettbewerb bei der Holzvermarktung in Hessen an. Dass der Holzverkauf in Hessen weitgehend über den Landesbetrieb Hessen-Forst organisiert wird, verstößt nach Ansicht des Bundeskartellamtes gegen das Wettbewerbsrecht. Mit dieser Entscheidung befinden wir uns in relativ schwierigen Zeiten, das bisherige Einheitsforstamt wirtschaftlich fort-

zuführen, den Waldbesitzern, egal ob Körperschaftswald oder Privatwald, weiterhin zur Seite zu stehen und den Forderungen des Kartellamts letztendlich Rechnung zu tragen.

Bereits seit Sommer 2017 beschäftigt sich das Land Hessen damit, den kartellrechtlichen Vorgaben durch eine Neuorganisation der Holzvermarktung gerecht zu werden. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die neu entstehenden Strukturen für alle Waldbesitzenden wirtschaftlich auskömmlich und letztendlich auch für die Beschäftigten keinesfalls nachteilig sind, sondern möglichst neue Chancen eröffnen.

Es ist daher durchaus zu würdigen, dass in diesem Zusammenhang im Rahmen der Sitzungen des Landesforstausschusses alle dort vertretenen Interessenvertretungen – das sind der Hessische Waldbesitzerverband, die Kommunalen Spitzenverbände, die Gewerkschaften und die Berufsverbände – frühzeitig über die erforderlichen Neuerungen informiert und in den Prozess der Konzepterstellung und in die Umsetzungsplanung fest eingebunden wurden. Über diese Einbindung hinaus wird es unserer Ansicht nach ebenfalls unabdingbar sein, die Neugründung eigenständiger Holzvermarktungsorganisationen mit einer Anschubfinanzierung zu unterstützen, um diese auf feste und vor allem zukunftsfähige Füße zu stellen. Entsprechende Förder Richtlinien sind auf dem Weg.

An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass mit der Neufassung der Privat- und Kommunalwaldverordnung durch die Landesregierung bereits wichtige Grundlagen geschaffen wurde, auf deren Basis kommunale Waldbesitzende sowie Privatwaldbesitzende ihr zukünftiges Auftreten auf dem Holzmarkt vor allem rechtssicher planen können. Ein weiterer wichtiger Hinweis ist, dass es notwendig ist, zu prüfen, inwiefern für eine zukünftige Zusammenarbeit kommunaler und privater Forstbetrieb im Hinblick auf die gemeinsame Holzvermarktung landesgesetzliche Vorgaben angepasst werden müssen. Dies betrifft insbesondere § 121 Hessische Gemeindeordnung und das Vergaberecht.

Für die Umstellung der Holzvermarktung gilt eigentlich grundsätzlich der Stichtag 1. Januar 2019. Allerdings hat man auf die regional unterschiedlichen Gegebenheiten reagiert und verschiedene Fristverlängerungen ermöglicht. In Regionen mit einem hohen Anteil Körperschaftswald haben die Bemühungen zu einer selbstständigen Holzvermarktung bereits begonnen. Dort sind die Strukturen günstiger, um eigenständige kommunale Holzverkaufsorganisationen zu bilden. Sofern es dort jedoch zu massiven Störungen des Holzmarktes z. B. durch einen Sturm wie Friederike, durch eine lang anhaltende Dürre wie im letzten Sommer oder durch einen Borkenkäferbefall kommen sollte, kann der Holzverkauf weiterhin bis zum 31. Dezember 2019 über Hessen-Forst erfolgen.

(Holger Bellino (CDU): Hört, hört!)

Eine weitere Fristverlängerung gibt es für Kommunen vor allem in Nord- und Osthessen, wo es nur geringe Anteile Körperschaftswald gibt, für Privatwaldbesitzer und für forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse. Hier gilt für die Holzvermarktung eine Übergangsfrist bis zum 31. Dezember 2020. Kleinteilige und gemischte Besitzstrukturen erschweren es dort, marktfähige Verkaufseinheiten zu bilden.

Es finden somit keine Ungleichbehandlungen im eigentlichen Sinne statt. Vielmehr werden die regionalen Gegebenheiten – –

(Unruhe)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit für den Redner.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt Freie Demokraten)

Markus Meysner (CDU):

Vielmehr wird den regionalen Gegebenheiten durch unterschiedliche Übergangsfristen Rechnung getragen, um letztendlich Schwierigkeiten, Ärger und Probleme zu vermeiden. Das Ganze geschieht, ohne die kartellrechtlichen Vorgaben zu verharmlosen – das ist wichtig – bzw. aus den Augen zu verlieren.

Sie sehen, die Umsetzung der kartellrechtlichen Forderungen ist eine große Herausforderung, der die Landesregierung engagiert und aktiv mit dem Ziel entgegentritt, für die hessischen Wälder auch zukünftig eine ordentliche Holzvermarktung zu gewährleisten. Die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer sollen, wenn es notwendig ist, unterstützt werden. Letztendlich wird das Einheitsforstamt mit all seinen Beschäftigten nicht aus den Augen verloren. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Das war eine Punktlandung. Herr Meysner, Sie haben fünf Minuten gesprochen.

Als Nächste hat sich Frau Abg. Knell für die Fraktion der Freien Demokraten zu Wort gemeldet.

(Zuruf: Wiebke!)

Wiebke Knell (Freie Demokraten):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Debatte um die Neuordnung der Holzvermarktung ist eine, die wir aus der letzten Wahlperiode mitgenommen haben. Sie wird uns sicherlich noch eine Zeit lang begleiten.

Auslöser ist das Bundeskartellamt, das die Holzvermarktung der Länder unter die Lupe genommen hat. Wie immer, wenn es Veränderungen gibt, bedarf es behutsamen Vorgehens und einer Abwägung aller Interessen. Angesichts der Anzahl der betroffenen Personen und Organisationen ist es daher kein Wunder, dass es auch einmal zu Reibereien und Fehlern kommt. Für die Freien Demokraten möchte ich heute schon festhalten, dass wir dem Anliegen des Bundeskartellamts nicht entgegenstehen und als Partei der sozialen Marktwirtschaft natürlich eine Kartellbindung zukünftig nicht mehr haben wollen.

(Beifall Freie Demokraten)

Insofern ist der Weg, den das Ministerium genommen hat, unserer Ansicht nach nicht grundsätzlich falsch. Wir stellen aber fest, dass es an der einen oder anderen Stelle noch Probleme gibt, die wir lösen müssen.

Es gibt vor Ort gerade in den Bereichen viel Verunsicherung, in denen die Privatwaldbesitzer die deutliche Mehrheit haben und die Vermarktungszusammenschlüsse bilden. Deshalb hat die Landesregierung den Forstämtern, die

das betrifft, eine Fristverlängerung bis zum Jahr 2020 eingeräumt. Sie hat damit schon den ersten Teil des Antrags der Fraktion der SPD zumindest teilweise erfüllt.

Nach Ansicht der Mitglieder meiner Fraktion ist das auch richtig. Wir würden es begrüßen, wenn Anträge anderer Kommunen, wenn es Probleme gibt, entsprechend unbürokratisch genehmigt werden. Wir fordern die Landesregierung auf, diese Fristverlängerungen dann auch zu genehmigen.

In vielen Regionen, gerade in denen, in denen die Privatwaldbesitzer größere Anteile haben, stellt sich noch eine ganz andere Frage. Was passiert denn mit den Gebühren für die privaten Waldbesitzer? Denn genau das ist die entscheidende Krux, ob die Zusammenschlüsse am Ende gelingen oder nicht. Denn nur wenn die Privatwaldbesitzer mit einer Vermarktung rechnen können, die für sie gewinnbringend ist, werden sie sich in die Vermarktungsorganisationen einbringen.

(Beifall Freie Demokraten)

Wenn die Gebühren aber steigen – was die Befürchtung einiger ist –, dann werden die privaten Waldbesitzer andere Wege der Vermarktung suchen. Dann stehen die Kommunen dumm da.

Die Landesregierung hat vor der Wahl eine klare Aussage vermissen lassen. Das geschah wahrscheinlich zu Recht. Es wäre nun an der Zeit, die Karten auf den Tisch zu legen und Klarheit zu schaffen.

Wir halten die Forderung im Antrag der Fraktion der SPD nach einer generellen Fristverlängerung nicht für zielführend. Das habe ich eben schon ausgeführt. Denn es gibt auch Zusammenschlüsse, die funktionieren und auf dem Weg sind. Sie werden bis Ende 2019 in der Lage sein, diese Strukturen zu schaffen. Warum sollte man diese dann ausbremsen?

Die zweite Forderung des Antrags der Fraktion der SPD nach einer Beteiligung der Öffentlichkeit sehen wir sehr kritisch. Generell ist die Beteiligung der Öffentlichkeit bei vielen politischen Prozessen natürlich sinnvoll. Aber bei der Frage der Holzvermarktung, die durch kartellrechtliche Vorgaben geprägt ist, bei der kommunale und private Waldbesitzer beteiligt sind und bei der es um sehr komplexe Sachverhalte, wie z. B. das Einheitsforstamt, geht, sehen wir nicht, wie eine zielführende und ergebnisorientierte Beteiligung der Öffentlichkeit möglich sein soll.

Im Ergebnis kommen wir deshalb dazu, uns beim vorliegenden Antrag der Stimme zu enthalten. Wir hoffen, dass wir bei den intensiven Beratungen im Ausschuss über den aktuellen Sachstand informiert werden.

Ich komme jetzt auf den Dringlichen Antrag der Fraktionen der CDU und der GRÜNEN zu sprechen. Den hätte man sich sparen können, vor allem die Punkte 1 bis 3.

Die Landesregierung muss nun endlich das Heft des Handelns in die Hand nehmen und zu Lösungen vor Ort kommen. Wir glauben, dass gerade für die Vermarktung des heimischen Rohstoffs Holz Nichtstun auf jeden Fall der falsche Weg ist. – Vielen Dank.

(Beifall Freie Demokraten)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Frau Knell, vielen Dank. – Für die Landesregierung erhält jetzt Frau Hinz das Wort.

Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich sage das ganz offen. Das habe ich auch schon im Landtag und während einer Ausschusssitzung gesagt. Sehr geehrter Herr Kollege Lotz, das wissen Sie auch; denn Sie waren an der Debatte beteiligt und haben die Informationen. Von mir aus hätte es diese Neuorganisation der Holzvermarktung nicht gebraucht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich halte diese Entscheidung der Kartellbehörde auch für falsch. Hessen-Forst hat kundige und hervorragend arbeitende Försterinnen und Förster. Sie haben die Kommunalverwaltungen und die Stadtverordneten sehr gut informiert. Sie gehen mit dem Wald pfleglich um. Es ist wirklich außerordentlich schade, dass sie in weiten Teilen aus der Holzvermarktung aussteigen werden.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber es ist so. Die Sägewerksbetreiber haben geklagt. Es gibt jetzt kartellrechtliche Vorgaben.

Noch ist es nicht aus der Welt, ob es nicht auch Schadenersatzklagen für die Jahre zuvor geben wird, also für das Jahr 2018 und vorhergehende Jahre, als wir die Holzvermarktung im Landesbetrieb selbst vorgenommen haben. Das wird man noch sehen.

Ich glaube, für die heutige Debatte ist es wichtig, dass wir seit zwei Jahren im Landesforstausschuss gemeinsam mit den beteiligten Kommunalen Spitzenverbänden, mit dem Privatwaldbesitzerverband, mit den Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinschaftswälder, mit der Gewerkschaft und mit den berufsständischen Verbänden in verschiedenen Arbeitsgruppen Empfehlungen für die Neuorganisation der Holzvermarktung erarbeitet haben. Es hat also eine Beteiligung stattgefunden, und zwar derjenigen, die betroffen sind. Das ist auch richtig und wichtig, weil die am Ende die Holzvermarktungsorganisationen stemmen müssen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darüber hinaus wurden auch öffentliche Veranstaltungen durchgeführt. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind seit letztem Sommer vor Ort in den unterschiedlichsten öffentlichen Versammlungen gewesen, teilweise auch bei Bürgermeistertreffen, und haben dort erläutert, wie es gehen kann, wie die Vorgaben sind, was sinnvoll ist und wie das Ministerium unterstützen kann. Dass es keine Öffentlichkeit gegeben hätte oder keine öffentliche Debatte, halte ich tatsächlich für an den Haaren herbeigezogen – dann hätte man vor Ort in die Kreise gehen müssen, in die Kreise, in denen die Debatten stattgefunden haben. Ich sage Ihnen: Das Ministerium war immer dabei.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben auch festgelegt, wie das Ganze mit Übergangsfristen gestaltet werden kann. Das heißt, für die großen Kommunalwälder wird es die Übergangsfrist bis zum Sep-

tember dieses Jahres geben. Das wissen die Kommunen bereits seit Frühjahr letzten Jahres. Das heißt, sie haben quasi einviertel Jahre Zeit. Die Gemeinschaftswälder werden weiterhin insgesamt von Hessen-Forst bewirtschaftet, sowohl in der Betreuung als auch in der Holzvermarktung. Das ist gerade für die kleinen Privatwaldbesitzer unglaublich wichtig. Für die Kommunen mit wenig Waldfläche haben wir eine Übergangsfrist bis Ende 2020 vorgesehen. Darüber hinaus ist für diejenigen, die große Kommunalwaldanteile haben und Kalamitäten, wie es so schön heißt – also Schäden durch Orkane, Borkenkäfer, Dürre und Ähnliches –, die Frist bis 2019 verlängert worden.

Wir gehen also differenziert auf die Situation vor Ort ein, und wir werden das Ganze im Jahr 2020 für die kleinen Kommunen überprüfen, ob die Lösung auch vernünftig ist und vernünftig umgesetzt werden kann.

Sie sehen also, wir nehmen Rücksicht, aber trotzdem wollen wir natürlich das Ganze, wie es jetzt im Einvernehmen mit der Kartellbehörde ist, umsetzen. Das Schlimmste wäre nämlich, wenn die Kartellbehörde am Ende des Tages sagt, das gehe so nicht, und gegen uns einschreitet – dann hätten wir den Kommunen einen Bärendienst erwiesen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Frau Ministerin, ich darf Sie auf die abgelaufene Redezeit hinweisen.

Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Ich komme zum Schluss. – Es gibt bereits die Holzvermarktungsorganisationen, die im Entstehen begriffen sind. Es gibt schon viele Beschlüsse auf kommunaler Ebene. Sie sehen, wir sind da im guten Einvernehmen, im guten Gespräch. Wir werden das Ganze auch finanziell unterfüttern und finanziell fördern. Die Vorsorge ist im Haushalt getroffen. Zumindest das müsste die SPD eigentlich gemerkt haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Meine Damen und Herren, es ist vorgesehen, dass der Antrag der SPD und der Dringliche Antrag von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz beraten werden.

Ein ereignisreicher Plenartag geht zu Ende, was nicht bedeutet, dass unsere Arbeit für heute schon beendet wäre. Ich darf Sie darauf hinweisen, dass nun der Ältestenrat in Raum 501 A tagt. Im Anschluss daran tritt der Innenausschuss zusammen, ebenfalls in Raum 501 A.

Ich darf ferner darauf hinweisen, dass im Anschluss an diese Plenarsitzung der parlamentarische Abend des Verbands der Bau- und Rohstoffindustrie im Restaurant des Hessischen Landtags stattfindet. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen noch einen angenehmen Abend.

(Schluss: 17:55 Uhr)